

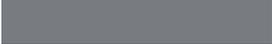
**Agrarpolitik und Ländlicher Raum
in Mecklenburg-Vorpommern
nach 1989**



Reihe
Beiträge zur Geschichte
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 15

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern



Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Wolf Karge

Agrarpolitik und Ländlicher Raum in Mecklenburg-Vorpommern nach 1989

Unter Mitarbeit von
Gerhard Rudolphi
Wolfgang Röhl
Martin Just

© Copyright by
Friedrich-Ebert-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstr. 8
D-19053 Schwerin

Layout: uwe-sinnecker.de
Fotos: H. Kienscherf, G. Rinas
Druck: Altstadt-Druck GmbH Rostock

1. Auflage
ISBN 978-3-86872-862-0

Schwerin
November 2011

Inhaltsverzeichnis

Seite 5	Zum Geleit: Till Backhaus Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern
6	In eigener Sache: Politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern – Ein Rückblick auf Aktivitäten und Akteure (M. Just)
13	1. Nichts bleibt, wie es war Wendezeit und Neuorientierung 1989 bis 1992
28	2. Agrarpolitik und Landwirtschaft sind zwei verschiedene Dinge – Reformen der Marktordnung aufgrund der EU-Agrarstruktur ab 1993 bis 2000
42	3. Europa regiert die Agrarwirtschaft Agenda 2000 und die Folgen
49	4. Gemeinsame Agrarpolitik und Ankunft in Europa – GAP-Reform 2003
68	5. Kurzvorstellung ausgewählter Vereine, Verbände und Initiativen
73	6. Zusammensetzung des Landwirtschafts- bzw. Agrarausschusses im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
76	Personenregister
78	Die Autoren
79	ANHANG, Faksimiles
106	Gründung und Geschichte des LAND-FRAUENVERBANDES Mecklenburg-Vorpommern
110	Dr. Hans Schwiderski: Erinnerungen an die Jahre des Aufbaus der Arbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande M/V e. V. (2005 umbenannt in Landurlaub M/V)
114	Prof. Dr. Peter Kauffold - Zeitzeugenbericht
120	Stellungnahmen zu Fragen der Entwicklung des Ländlichen Raums in MV Dr. Lutz Laschewski , Sozialwissenschaftler, Neustrelitz
122	Corinna Cwielag , Geschäftsführerin des BUND Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
124	Angus Fowler , Kunsthistoriker, Bauforscher, Marburg
125	Dr. Sibylle Berger , Landwirtin und Kunsthistorikerin, Venze auf Rügen
126	Karin Johannsen , Museumsleiterin, Dishley
127	Karin Kaspar , Diplomökonomin, Grüssow
129	Solveig Leo , Diplomagraringenieur, Banzkow
130	Wolfgang Kniep , Lehrer, Liedermacher, Leisterförde
131	Hans-Thomas Sönnichsen , Diplomagraringenieur(FH), Dissau
132	Dr. Jürgen Walter , Hochschulprofessor, Neubrandenburg
133	Dr. Gerhard Rudolphi , Diplomagraringenieur, Dummerstorf
135	Zu empfehlende weiterführende Literatur



Zum Geleit

**Von Dr. Till Backhaus,
Minister für Landwirtschaft, Umwelt
und Verbraucherschutz**

In keinem anderen Bereich hat sich nach der Wende ein solch tiefgreifender Strukturwandel vollzogen wie in der ostdeutschen Landwirtschaft. In kaum einem anderen Bereich spitzten sich ideologische Auseinandersetzungen um Eigentum, Unternehmensstruktur und Herkunft derart zu wie in der ostdeutschen Landwirtschaft. Alteigentümer, Wiedereinrichter, kleinbäuerliche Landwirtschaft, Genossenschaft, Agrarfabrik – Begriffe, die aufeinander prallten und polarisierten. In den Medien wurde mache Schlacht ausgetragen, oftmals sehr emotional.

Denn – und auch das stellt eine Besonderheit dar - die Beziehung zum Grund und Boden, zum Acker, aus dem die Frucht gedeiht, zu den Tieren, für deren Wohl man sorgt, ist auch immer eine stark emotionale.

Ich bin den Autoren dieser Schrift sehr dankbar, dass sie sich dieses wichtigen Themas deutscher Geschichte nach der Wiedervereinigung angenommen haben. Auf Fakten und Untersuchungen basierend, ergänzt durch persönliche Erlebnisse und Erfahrungen am Prozess Teilnehmer sowie politischer Beobachter wird ein umfassendes Bild einer beeindruckenden Entwicklung gezeichnet. Die Land – und Ernährungswirtschaft hat sich zu einem der erfolgreichsten Wirtschaftsbereiche entwickelt. Wettbewerbsfähig, ja durchaus wettbewerbsbestimmend was die Arbeitsproduktivität in Deutschland anbelangt, umweltgerecht und nachhaltig wirtschaften die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben sich veränderten Bedingungen gestellt und diese gemeistert und sie stehen wieder vor Veränderungen im Hinblick auf die Neuausrichtung der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik.

Für mich war das Lesen dieses Werkes wie ein Streifzug in die eigene Vergangenheit. Zu DDR-Zeiten als Abteilungsleiter in einer LPG Pflanzenproduktion tätig, habe ich in der ersten freigewählten Volkskammer am Landwirtschafts Anpassungsgesetz mitgearbeitet. Später als Abgeordneter des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender des Agrarausschusses beschäftigte mich z.B. der Flächenerwerb nach Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz. Seit 1998 als Minister für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume zuständig, habe ich all die im Buch dargestellten Entwicklungen mit begleitet. Dabei ging es mir stets darum, die auf europäischer Ebene eingeleiteten Reformen in Mecklenburg-Vorpommern so umzusetzen, dass sie der heimischen Landwirtschaft Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklungsspielräume sichern. Darum wird es auch in Zukunft gehen.

Dr. Till Backhaus

In eigener Sache:

Politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern – Ein Rückblick auf Aktivitäten und Akteure (M. Just)

Unser Landesbüro begann mit seiner Arbeit im Januar 1991. Das erste Büro befand sich in Schwerin am Großen Moor Nr. 6. Gemeinsam mit dem ersten Landesbüro des ZDF bezogen wir die Oberetage eines denkmalgeschützten Bürgerhauses.

Es lag in der Natur dieses Bundeslandes: Agrarpolitik war von Anfang an ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Mecklenburg-Vorpommern als historisch gewachsenes Agrarland bildete dafür günstige Voraussetzungen.

Es gab dramatische Veränderungen in den ersten Jahren nach der friedlichen Revolution. Diese öffentlich zu diskutieren und mögliche Alternativen und Lösungen anzubieten, stand auf unserer Tagesordnung. Es ging um Erklärungen von Trends, die einer umgekehrten „Hockeyschlägerkurve“ glichen. Am schlimmsten war wohl der radikale Abbau der Arbeitskräfte von rund 189.000 AK in der Land- und Forstwirtschaft 1989 auf rund 35 000 im Jahre 1993, leicht degressiv bis heute. Arbeitslos wurden Tausende Betriebsschlosser, Betriebsarbeiter, Traktoristen und Tierpfleger, mit und ohne Facharbeiterabschluss. Diese waren teilweise schlecht bezahlt, aber zu DDR-Zeiten sicher ein Arbeitsleben lang unter dem Dach der Genossenschaften und volkseigenen Güter aufgehoben.

Die Rechtsformen und Betriebsstrukturen änderten sich infolge des Wirkens des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes der letzten Volkskammer und seiner Novellierungen hin zu einer Vielfalt von juristischen und natürlichen Personen, „Neueinrichtern“, und „Wiederein-

richtern“, wovon in den nächsten Kapiteln später eingehender berichtet wird. Aus dem Westen drängten Enteignete der Bodenreform auf den Markt der Begehrlichkeiten. Bauern, die vor der mit Zwang verbundenen Kollektivierung und wegen des hochgeschraubten Abgabensolls in den frühen DDR-Jahren ihre Höfe verließen, meldeten ihre Ansprüche auf deren Rückübertragung an und bekamen sie zurück, durch die Bodenreform-Enteignete bekanntlich zum größten Teil nicht. Sie konnten, gesetzlich gesteuert bevorzugt als „Alteigentümer“ einen Teil ihrer Flächen zum Teil preisbegünstigt zurückkaufen. Dieser Prozess setzt sich bis heute fort, dabei gibt es Streit zwischen den Interessenten an lukrativem Pachtland. Ab Mitte der 90er Jahre meldeten sich die sog. „Kreispatchgeschädigten“, deren „Arbeitseigentum“, erworben in der Bodenreform, nach dem Ausscheiden aus der Landwirtschaft wieder in den staatlichen Bodenfonds zurückfiel.

Überall gab es also Baustellen und Konflikte. Diese in die politische Bildung eines Landesbüros einzubeziehen, war und ist nicht leicht, eben wegen dieser angedeuteten Interessenkonflikte zwischen den Personengruppen. Und dann wegen der Zuständigkeiten, die zwischen der EU, dem Bund und dem Land aufgeteilt sind: der Löwenanteil der Beihilfen der Marktordnung kommt aus Brüssel, wie der größte Teil der agrarsozialen Sicherung aus dem Bundeshaushalt kommt, da bleibt für die Landesebene oft nur ein enger Spielraum. Es verlangt politisches Geschick, diese Spielräume optimal zu nutzen. Und dann gibt es den Grundkonflikt zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz. Diese Ressorts sind in der abgelaufenen Legislaturperiode in MV unter einem Dach vereint. Eine Harmonisierung der widerstrebenden Kräfte ist also eine ständige Aufgabe, die wir versucht haben zu begleiten. Unsere erste agrarpolitische Veranstaltung im Lande war im Juni 1991 mit Till Backhaus und dem damaligen Landwirtschaftsminister von Brandenburg Edwin Zimmermann. Till Backhaus war damals als SPD-Mitglied des ersten Landtages und als Abgeordneter der letzten frei gewählten Volkskammer der DDR gemeinsam

mit seinem Landtagskollegen Peter Kauffold, Staatssekretär im letzten Agrarministerium der DDR, prädestiniert, die Agrarfrage aus sozialdemokratischer Sicht in Mecklenburg-Vorpommern zu behandeln.

An zentraler Stelle standen Tagungen und der sich später ab 1995 etablierte „Agrarpolitische Gesprächskreis“ zu verschiedenen Themen, die den Anforderungen der aktuellen Debatte auf Ebene der EU, Bund und Land angepasst waren. Sehr wichtig für uns war die möglichst gute Einbeziehung der Entscheidungsträger und Akteure. Ihrer Individualität und ihrem

persönlichen Engagement und ihrer Ausdauer sind die Veränderungen im politischen Raum zu verdanken, sie sind nicht ersetzt- oder austauschbar. Im folgenden kommt eine Auswahl, wie sich die Bildungsarbeit unseres Büro zum Thema Landwirtschaft und Ländlicher Raum entwickelt und aufgefächert hat.

Die tabellarische Darstellung kann das besser als eine verbale Reihung widerspiegeln. Die mit einem Sternchen ergänzten Personen haben eine eigene Website oder werden auf Wikipedia beschrieben.

Jahr	Datum	Ort	Themenschwerpunkte, Beiträge von ...
1992	14.11.	Lübtheen	Agrarpolitik, Bodenfrage , Edwin Zimmermann*, Till Backhaus*
1993	06.03.	Schwerin	Strukturwandel und Chancengleichheit Harald Röpke ¹ , Karl Eigen*, Lilly Wiebensohn ² , Heiner Iversen ³
	12.11.	Gülzow	Dorferneuerung , Michael Succow*, Horst Möhring ⁴ , Detlev Simons ⁵ , Heidrun Bartel ⁶
	03.12.	Grambin	Landwirtschaft und Umwelt , Herbert Brückner*
1995	12.05.	Schwerin	Ökologischer Landbau , Harald Röpke, Georg Janßen ⁷ , Heide-Dörte Matthes ⁸ ,
1996	12.01.	Rostock	Die Agrarfrage in der Sozialdemokratie - Geschichte und gegenwärtige Diskussion , Adolf Weber ⁹ , Horst Sielaff*, Peter Kauffold*, Ulrike Hoefken*, Ulrike Mehl*, Jochen Dettmer ¹⁰ , Karl-Heinz Funke*, Helmuth Rehhahn*
	20.09.	Schwerin	Förderung der Veredlungswirtschaft , Hans-Wilhelm Windhorst*, Heinz Schremmer ¹¹ , Horst Wagner ¹² , Sabine Lehmkuhl ¹³
	22.11.	Schwerin	Nachwachsende Rohstoffe , Andreas Schütte ¹⁴ , Karsten Pellnitz ¹⁵ , Holger Hanselka ¹⁶ , Fritz Tack*, Rolf Kröcher ¹⁷
1997	08.01.	Schwerin	Agrarpolitische Leitlinien EU-Bund-Land Karl-Heinz Funke*, Klaus Rehder ¹⁸ , Thomas Griese*, Ulrike Höfken*, Horst Sielaff*, Gerald Thalheim*, Heinz Kindermann*
	22. und 23.08.	Langhagen	EU-Förderprogramme für die Dorfentwicklung Gerda Stachowitz ¹⁹ , Renate de Veer ²⁰ , Detlev Simons.

1 Erster Präsident des Bauernverbandes M-V

2 Erste Vorsitzende des LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V.

3 damals Landesvorsitzender Schleswig-Holstein der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

4 damals Betriebsleiter eines landwirtschaftlichen Betriebes in Lenzen/Elbe

5 Universitätsprofessor für Siedlungsplanung und Dorfentwicklung

6 Redakteurin und Journalistin, NDR

7 Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

8 Akademieforscherin, damals Vorsitzende des Anbauverbandes BIOPARK e. V.

9 Universitätsprofessor für Agrarökonomie († 2011)

10 Landwirt, derzeit Bundesgeschäftsführer vom NEULAND e.V.

11 Akademieprofessor für Tierzucht (†)

12 damals Abteilungsleiter im Agrarministerium MV

13 Referentin beim Bauernverband MV

14 Dr.-Ing., Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Gülzow.

15 Referatsleiter im Agrarministerium MV

16 Universitätsprofessor für Maschinenbau

17 Dr. agr., Referent für Pflanzenschutz

18 damals MdEP

19 Architektin und NGO- Aktivistin für den Erhalt ländlicher Baukultur

20 Architektin und NGO-Aktivistin für den Erhalt von Gutshäusern in Mecklenburg-Vorpommern s. www.a-dv.de

Jahr	Datum	Ort	Themenschwerpunkte, Beiträge von ...
1998	08.01.	Schwerin	Agenda 2000 - Europäische Agrarpolitik für die Regionen Rudolf Wendt ²¹ , Karl-Heinz Funke*, Wilhelm Graefe zu Baringdorf*, Hartmut Vogtmann*, Heinz Kindermann*
	09.05.	Lietzow	Tourismus und Landwirtschaft auf Rügen, mit Angelika Peters*
	25.06.	Klink	Agenda 2000, Rudolf Borchert*
1999	07.01.	Schwerin	GATT und WTO - Folgen für die deutsche Landwirtschaft Till Backhaus*, Karl Heinz Funke*, Rudolf Buntzel-Cano*
	29.10.	Groß- Potrems	Regionalisierung als Antwort auf Globalisierung Ingo König ²² , Manfred Helzer ²³ , Thorsten Permien ²⁴
	12.02.	Lohmen	Reiter- und Pferdehöfe in Mecklenburg-Vorpommern - Eine tragende Säule für die touristische Infrastruktur – Hans Schwiderski ²⁵ , Ulrich Täuber ²⁶ ,
2000	05.01.	Schwerin	Mit Visionen ins nächste Jahrtausend ?, Till Backhaus*, Karl-Heinz Funke*, Lutz Ribbe ²⁷ , Heide-Dörte Matthes, Manfred Helzer
	31.03.	Warne- münde	Tage der Innovativen und Nachhaltigen Landwirtschaft in Mecklenburg- Vorpommern, Inge Broer ²⁸ , Manfred Schwerin ²⁹ , Christian Gienapp ³⁰ , Fritz Tack*, Michael Succow*, Konrad Ott*
2001	03.01.	Schwerin	Landwirtschaftliche Sozialpolitik, Till Backhaus*, Peter Mehl ³¹ , Gerald Thal- heim*, Harald Deisler ³² , Werner Melzer ³³
	09.02.	Demmin	Vertrauen in unsere Lebensmittel – gläserne Produktion, Ute Schildt*, Gerd-Heinrich Kröchert ³⁴
	06.09.	Bömitz	Ökoregion Vorpommern - Für ein Reinheitsgebot in Landwirtschaft und Tourismus, Hendrik Fulda ³⁵ , Wilfried Götz ³⁶ , Henning Holst ³⁷ , Helmut Klüter ³⁸ , Svenja Tidow ³⁹
2002	03.01.	Schwerin	Agrarpolitischer Gesprächskreis: Wende ohne Ende? Christel Deichmann*, Jochen Dettmer, Thomas Dosch ⁴⁰ , Karl-Heinz Funke, Jörg Gerke ⁴¹ , Dietmar Schulze ⁴² , Manfred Helzer
	05.06.	Poggendorf	Landwirtschaft 2002 bis 2006 - Verlässliche Rahmenbedingungen für eine sichere Perspektive im ländlichen Raum, Lilly Wiebensohn, Till Backhaus
	14.06.	Tellow	50 Jahre Agrarproduktivgenossenschaften in Deutschland - Geschichte und Gegenwart, Till Backhaus*, Arnd Bauerkämper ⁴³ , Tanja Busse*, Siegfried Kuntsche ⁴⁴ , Barbara Schier*
	15.10.	Schwerin	Ökologischer Landbau im Konsens zur europäischen Agrarpolitik - Entwicklungspotenziale und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Osteuropa Karl-Otto Kreer*, Gottfried Marth ⁴⁵

21 Dr., Ministerialrat Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

22 Akademieprofessor für Fortpflanzungsbiologie

23 Universitätsprofessor für Agrar- und landw. Betriebslehre

24 Dr., Referatsleiter im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und Verbraucherschutz MV

25 s.a.a.O.

26 damals Vorsitzender des Landesverbandes Reiten, Fahren,
Voltigieren

27 Agrarpolitiker und Naturschützer s. <http://www.euronatur.org/Lutz-Ribbe.1252.0.html>

28 Universitätsprofessorin für Agrobiotechnologie

29 Universitätsprofessor für Tierzucht

30 Universitätsprofessor für Pflanzenzüchtung und - pro-
duktion

31 Agrar- und Sozialwissenschaftler s. <http://www.vti.bund.de>

32 damals Vors. der Bundesverbände der Landwirtschaft-

lichen Sozialversicherungsträger

33 damals Landwirtschaftliche Sozialversicherung Berlin

34 damals Präsident des Landesbauernverbandes MV

35 Kommunalpolitiker B90/Die Grünen

36 Biolandwirt in Vorpommern

37 Diplomagraring., Landwirtschaftsberater

38 Universitätsprofessor für Regionale Geographie

39 Dr., Dipl.Biologin, Umweltberaterin

40 damals Präsident des Anbauverbandes BIOLAND

41 Landwirt, Landesvorstand der AbL

42 Dr., damals Staatssekretär im Agrarministerium Branden-
burg

43 Universitätsprofessor für Geschichte

44 Akademieprofessor für Geschichte und Archiwissenschaften

45 Landwirt, Vorstandsmitglied BIOPARK e. V.

46 Universitätsprofessor für Moor- und Paläoökologie

Jahr	Datum	Ort	Themenschwerpunkte, Beiträge von ...
	23.11.	Greifswald	Alternative Nutzungsformen für Moorstandorte in Mecklenburg-Vorpommern Hans Joosten ⁴⁶ , Wendelin Wichtmann ⁴⁷ , Michael Succow*, Tiemo Timmermann ⁴⁸ , Konrad Ott*
2003	26.02.	Demmin	Die EU-Agrarpolitik nach 2006, Ute Schildt*, Till Backhaus*
	30.10.	Hagenow	Energetische Nutzung von Biomasse, Hans Joachim Hacker*, Michael Müller*
	13.12.	Tellow	Landschaftspflegeverbände als Partner bei der Umsetzung europäischer Agrar- und Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang Methling*, Hannelore Monegel*
2004	7.01-	Schwerin	Die Umsetzung der EU-Agrarreform - Eine Halbzeitbewertung mit Ausblick in die Zukunft, Till Backhaus, Theodor Fock ⁴⁹ , Lutz Laschewski ⁵⁰ , Hannelore Monegel*, Fritz Tack*, Waltraud Wolff*, Gerald Thalheim*
	04.02.	Demmin	Nationale Beschlüsse zur EU-Agrarreform, Ute Schildt*
	21.05.	Grimmen	Was bringt die Biotechnologie für die Zukunft unserer Landwirtschaft? Inge Broer, Lilly Kühnel
2005	05.01.	Schwerin	Agrobiotechnologie - Wege in die Zukunft Till Backhaus, Inge Broer, Manfred Schwerin, Lorenz Franken ⁵² , Andreas Hensel ⁵³ , Joachim Schiemann ⁵⁴ , Harald Seulberger ⁵⁵ , Gerd Spelsberg ⁵⁶
	14.04.	Krakow	Innovative Strategien für den ländlichen Raum Till Backhaus, Ralf Bokermann ⁵⁷
	13.06.	Schönfeld	Was bringt die Biotechnologie für die Zukunft unserer Landwirtschaft? Harald Nitschke ⁵⁸ , Inge Broer, Lilly Kühnel
2006	03.04.	Leyerhof	Chancen und Potentiale der energetischen Nutzung von Biomasse Till Backhaus, Lilly Kühnel
2007	03.01.	Schwerin	Agrar- und Ernährungsmarketing, Tierseuchenprophylaxe und -therapie Lebensmittelqualität und -sicherheit Till Backhaus, Maria Dayen ⁵⁹ , Frerk Feldhusen ⁶⁰ , Christian Grugel ⁶¹ , Rolf Heidenberger ⁶² , Thomas Mettenleiter*, Gottfried Marth, Uta Nehls ⁶³ , Eike Schön- Petersen ⁶⁴ , Klaus-Dieter Wilke ⁶⁵ , Holger Vogel ⁶⁶ , Edgar Offel ⁶⁷
2008	03.01.	Schwerin	Klimaschutz und Landwirtschaft, Biokraftstoffe, Wertschöpfung im Ländlichen Raum Karl-Otto Kreer*, Franz-Josef Löpmeier ⁶⁸ , Peter Sanftleben ⁶⁹ , Christiane Opitz ⁷⁰ , Torsten Gabriel ⁷¹ , Johann Scheringer*, Bertold Meyer ⁷² , Günter Rhein ⁷³

47 Dr., Agrarwissenschaftler, s. http://www.uni-greifswald.de/~laekon/ps_wendelin.htm

48 Dr., Dipl.-Biologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, s. <http://www.botanik.uni-greifswald.de/index.php?id=timmermann0>

49 Hochschulprofessor für Agrarwirtschaft und Lebensmittelwissenschaften

50 s.a.a.O.

51 s.a.a.O.

52 Dr., Regierungsdirektor, *Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft* und Verbraucherschutz)

53 Universitätsprofessor, Präsident des Bundesinstitutes für Risikobewertung (*BfR*) in Berlin,

54 Universitätsprofessor, Biochemiker, Sicherheitsforschung in der Grünen Gentechnik

55 Dr., Vorstand der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB)

56 Dipl.-Ing., Projektleitung www.transgen.de. Redaktionsleitung www.biosicherheit.de. Projektentwicklung, Autor

57 Universitätsprofessor, FB Ökologische Agrarwissenschaften

58 Landwirt, GF der Agrar GmbH Ramin

59 Dr., Abteilungsleiterin im Agrarministerium MECKLENBURG-VORPOMMERN

60 Universitätsprofessor, Erster Direktor des Landesamtes für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern

61 Dr., damalig Präsident des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

62 damals Geschäftsführer EDEKA Nordfrischezentrum Valluhn

63 Mitarbeiterin Neue Verbraucherzentrale in Mecklenburg und Vorpommern e.V

64 Landwirt, s. www.haffwiesenhof.de

65 damals Geschäftsführer der Erzeugerorganisation Mecklenburger Ernte GmbH

66 Dr., Amtstierarzt Landkreis Ostvorpommern

67 Journalist

68 Leiter der agrarmeteorologischen Forschungsstelle des DWD

Jahr	Datum	Ort	Themenswerpunkte, Beiträge von ...
	07.03.	Galenbeck	Lösungsstrategien für die zukünftige Gestaltung der Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum - Das Beispiel Galenbeck Dietrich Daedelow ⁷⁴ , Johann Kaether ⁷⁵ , Claudia Neu ⁷⁶
	10.11.	Berlin	Moore: Nutzungsmöglichkeiten im Kontext ihrer Klimarelevanz Till Backhaus, Michael Succow, Wendelin Wichtmann, Thomas Freund ⁷⁷ , Michael Müller*, Thorsten Permien, Hans Joosten, Eike Schön-Petersen, Martin Piel ⁷⁸ , Stefan Zerbe ⁷⁹ , Cornelia Dührsen ⁸⁰
	28.05.	Vilm	Raum- und Landschaftsplanung - Vom Konflikt zum Ausgleich? Beispiele aus Nordostdeutschland, Stefan Kerth ⁸¹ , Hans Dieter Knapp ⁸²
2010	07. – 08.01.	Schwerin	Agrarpolitik, Agrarsozialpolitik und Politik für den Ländlichen Raum im 20ten Jahr der Wiedervereinigung Karl Otto Kreer*, Peter Mehl ⁸³ , Rainer Tietböhl ⁸⁴ , Henning Bombeck ⁸⁵ , Peter Dehne ⁸⁶

- 69 Dr., Leiter des Instituts für Tierproduktion der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei in Dummerstorf.
70 Vorstandsvorsitzende der LWPG Grimmen-West e.G., Leyerhof
71 Dr., Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe, Gülzow
72 ehrenamtlicher Bürgermeister Bollewick, Initiator des Projekts „Bioenergiedörfer MV“
73 Bürgermeister der Stadt Waren/Müritzt
74 damals ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Schwichtenberg
75 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HS Neubrandenburg
76 Hochschulprofessorin für allg. Soziologie
77 Dr., Bevollmächtigter des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund
78 Hauptgeschäftsführer des Bauernverbandes MECKLEN-

- BURG-VORPOMMERN
79 Universitätsprofessor für Botanik und Landschaftsökologie
80 Redakteurin für Natur und Umwelt beim NDR Hörfunk
81 Bürgermeister der Stadt Barth
82 Universitätsprofessor, Direktor der dem Bundesamt für Naturschutz unterstehenden Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm.
83 s.d.
84 Präsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern
85 Universitätsprofessor für Siedlungsgestaltung und ländliche Bauwerke
86 Hochschulprofessor für Planungsrecht/Baurecht

Man wird bemerken, dass die agrarpolitische Prominenz der Landes- aber auch Bundesebene auf diesen Veranstaltungen nicht fehlte und wir kompetente Referentinnen und Referenten aus der Wissenschaft und Praxis sowie den Verbänden gewinnen konnten.

Vorrangiges Ziel insbesondere der Gesprächskreise war die Verknüpfung von Politik, Berufstand und Wissenschaft und der kritische Dialog zwischen diesen Gruppen.

Ein verlässlicher und kompetenter Moderator unserer Gesprächskreise war Jochen Dettmer. Er streitet heute als Bundesgeschäftsführer von NEULAND e. V. für eine ökologische und tiergerechte Ausrichtung der Produktionsverfahren. Wir konnten auch sehr gut zusammenarbeiten mit unseren Landtagsabgeordneten Ute Schildt, Hannelore Monegel, Angelika Peters und Lilly

Kühnel, die abwechselnd über die letzten 12 Jahre unsere Gesprächskreise souverän moderierten..

Von drei der oben erwähnten Gesprächskreise wurden Dokumentationen als Broschüren angefertigt:

- Im Jahr 2000 zum Thema
Mit Visionen ins nächste Jahrtausend?
ISBN 3-86077-946-X
- Im Jahr 2001 zum Thema:
Landwirtschaftliche Sozialpolitik wohin
ISBN 3-89892-010-0
- Im Jahr 2004 zum Thema :
Die Umsetzung der EU-Agrarreform - Eine Halbzeitbewertung mit Ausblick in die Zukunft
ISBN 3.89892-259-6

Es muss selbstkritisch erwähnt sein, dass diese Tagungsdokumentationen leider nicht fortgesetzt wurden. Die Gründe dafür liegen auch darin, dass die guten Vorträge zunehmend nicht mehr als Fließtext, sondern als Präsentation in POWERPOINT vorlagen, was einer Veröffentlichung in klassischer Form nicht dienlich war.

Eine Auswahl der bei uns gehaltenen agrarpolitischen Beiträge in den Gesprächskreisen finden Sie als download auf unserer Website www.fes-mv.de.

Das „Stöbern“ in diesen über 15 Jahre gesammelten Dokumenten eröffnet einen guten Blick sowohl auf unser „Tagesgeschäft“ als auch die perspektivischen Ansichten und Thesen der Protagonisten unserer Veranstaltungen.



Einen nicht unbedeutenden Anteil an der Stärkung des ländlichen Raums hatten unsere Aktivitäten zur Weiterbildung im kommunalpolitischen Bereich. Unter dem Obertitel „Handwerkszeug für ehrenamtliche KommunalpolitikerInnen“ veranstalteten wir in den vergangenen 20 Jahren eine große Zahl von Seminaren mit hunderten Ehrenamtlern. Dabei konzentrierten wir uns auf die Mandatsträger der amtsangehörigen Gemeinden, also der Dörfer und Kleinstädte: Bürgermeister, Ausschussmitglieder, Amtsvorsteher. Die Themen waren breit gefächert: Dazu gehörte Grundlagen- und Aufbauwissen zu den Stichpunkten : Sitzungen, Satzungen, Wahlen und Wahlverfahren, Baurecht und Bauplanungsrecht, Haushaltsrecht, Umweltrecht, , Kommunikation u.a.m..

Man kann einschätzen, dass wir die Sachkompetenz der Seminarteilnehmer für ihr verantwortungsvolles Ehrenamt nachhaltig gestärkt haben. Besondere Verdienste auf diesem Gebiet haben sich unsere Seminarleiter Heinz Müller, Gunter Albert, Dietmar Vogel und Uwe Menke erworben.

Als Fazit hoffen wir, dass wir dem Ziel, Menschen im ländlichen Raum mit unseren Veranstaltungen ein ordentliches Bildungs- und Diskussionsangebot gemacht zu haben, gerecht geworden sind. Politik für den Ländlichen Raum zu begleiten, wird für unser Büro in Mecklenburg-Vorpommern eine bleibende und vorrangige Aufgabe sein. Es ist wichtig für uns, nochmals zu betonen, dass wir allen hauptamtlichen und insbesondere den ehrenamtlichen und freiberuflichen Akteuren aller Ebenen die entscheidende Rolle im Prozess der Transformation zubilligen. Ohne Ihr Handeln und persönlichen Einsatz für die Sache würde vieles anders, gar nicht oder schlechter gelaufen sein. Entsprechend werden sie auch an geeigneter Stelle genannt und man kann sie im Personenregister finden. Damit komme ich zu einem Schwerpunkt dieser Publikation: Um den Umwandlungsprozessen in der Landwirtschaft und im Ländlichen Raum auch eine subjektive Bewertung zu geben, wurden Akteure, Betroffene, Politiker, Landwirte, Lobbyisten, Berater oder Beobachter dieser Umwandlungen befragt. Das Muster war bei allen gleich. Es gab vier Fragen mit der Bitte um Beantwortung:

1. Wann, wie und ggf. wo konnte ich mich einbringen bei der Entwicklung des Ländlichen Raums von Mecklenburg-Vorpommern?
2. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern sehr gut gelungen?
3. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht gelungen?
4. Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des Ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern ?

12 | POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Von 80 Anfragen bekamen wir rund 30 Antworten, die im folgenden unsystematisch in den Text eingefügt wurden. Ausführlichere Stellungnahmen haben wir in den ANHANG gesetzt. Es sind persönliche Sichten aus dem jeweiligen Betroffenheitsgrad oder aus der jeweiligen Kenntnis heraus, die möglicherweise von der Auffassung der Autoren dieser Studie abweichen können. Sie dienen der Dokumentation momentaner Beurteilungen. Gleichzeitig erhellen sie schlaglichtartig die verschiedenen Möglichkeiten, Absichten oder Wege für eine alternative Entwicklung der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern.

Unser Dank geht an Wolf Karge, der die folgenden Kapitel erarbeitet hat. Dabei unterstützte ihn bei den Recherchen Gerhard Rudolphi und Wolfgang Röhl. Dank auch ihnen. Mein besonderer Dank gilt auch Gerd Rinas, Landesredakteur der Bauernzeitung und Harald Kienscherf, Pressereferent beim Landesbauernverband, für die Bereitstellung treffender Fotos aus ihren Archiven.

Wir wünschen der Broschüre ein gute Aufnahme.

Schwerin, im November 2011

1. Nichts bleibt, wie es war –

Wendezeit und Neuorientierung 1989 bis 1992

Das „Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Landwirtschaftsanpassungsgesetz) wurde am 29.6.1990 von der letzten und demokratisch gewählten Volkskammer der DDR verabschiedet. Es stellte einerseits das Privateigentum an Grund und Boden wieder vollständig her und sicherte andererseits die Gleichbehandlung aller bäuerlichen Betriebsformen, einschließlich der Genossenschaften. Die LPG sollten die Möglichkeit haben, in die Rechtsform einer „eingetragenen Genossenschaft (eG)“ überführt zu werden. Damit hatten alle Betriebsformen, die das Gesellschaftsrecht der BRD kennt, von der Personengesellschaft über den Familienbetrieb bis hin zu den Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, oft als Nachfolgeeinrichtung der LPG, formaljuristisch eine Chance, sich in der Marktwirtschaft zu etablieren.

In der DDR war seit dem Abschluss der Kollektivierung 1960 einerseits eine starke Konzentration der Betriebe und andererseits eine Spezialisierung in Tierproduktion und Pflanzenproduktion erfolgt. Die Situation in den drei Nordbezirken der DDR – Schwerin, Rostock und Neubrandenburg zeigte 1989 folgende Struktur in der Landwirtschaft: 126 Volkseigenen Gütern (VEG) standen 876 LPG gegenüber. In beiden Eigentumsformen war die Trennung der Produktionsbereiche vollständig durchgesetzt. So wirtschafteten 295 Betriebe im Bereich der Pflanzenproduktion und 714 in der Tierproduktion (darunter auch 19 Zwischenbetriebliche Einrichtungen). Von 180.027 Beschäftigten waren 117.991 direkt in der Produktion tätig. In den Dienstleistungsbereichen Werkstatt,



Reparatur und Bau arbeiteten 29.764 Menschen. 22.546 waren in der Leitung und Verwaltung tätig. Der kulturell-soziale Bereich wies 9.726 Beschäftigte aus.

Bis Ende 1991 musste nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz jede LPG umgewandelt sein, andernfalls waren sie aufgelöst. Doch das war lediglich die formaljuristische Seite. Dieses Gesetz stand im wiedervereinigten Deutschland unter heftiger Kritik aus den alten Bundesländern und der Bundespolitik. EG-Normen, bundesdeutsches Recht oder ein ganz anderes Steuersystem bildeten weitere Herausforderungen an die Landwirte der neuen Bundesländer, die sich den veränderten Bedingungen stellen wollten, um ihre Arbeit fortzusetzen oder neu zu beginnen. Das Hauptproblem waren sehr unterschiedliche Wahrnehmungen von Recht und Unrecht in der DDR in Bezug auf die Landwirtschaft. Die durch die Bodenreform enteigneten Landwirte mit Betrieben, die größer als 100 ha waren, sahen sich in der Sowjetischen Besatzungszone ihrer Habe beraubt und wollten nach 1990 und nach bundesdeutschem Recht in ihr Eigentum wieder eingesetzt werden. Die durch die Bodenreform mit diesem enteigneten Land „beschenkten“ Neubauern sahen sich ebenfalls als rechtmäßige Eigentümer dieser Flächen und hatten dabei den Einigungsvertrag auf ihrer Seite. Etlliche Altbauern, die in der DDR ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen bis 100 ha behalten konnten, die sie oft schon in mehreren Generationen bewirtschafteten, sahen sich durch den Druck zur Kollektivierung bis 1960 ebenfalls entrechtet. Etlliche Bauernfamilien waren in den Westen geflüchtet und danach in der DDR enteignet worden. Für diese Familien

war die Rechtslage am günstigsten. Sie erhielten überwiegend recht schnell ihre bäuerlichen Wirtschaften zurück, sahen sich dann aber oft mit komplizierten Grundstücksveränderungen und Bebauungen durch die LPG konfrontiert. Hinzu kamen die LPG-Nachfolgegenossenschaften, die argwöhnisch beobachtet wurden, da sie in der Öffentlichkeit teilweise als „Überlebensform kommunistischer Strukturen“ galten.

Rechtsunsicherheit, Gerichtsverfahren, langwierige Klagen bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, unsachliche Polemik oder unzureichend informierte Medienberichte waren die Folgen.

Ein besonderes wirtschaftliches Problem waren die Altschulden, die sich teilweise aus der Übernahme kommunaler Aufgaben außerhalb der eigentlichen wirtschaftlichen Belange durch die LPG in der DDR aufgehäuft hatten. Das hatte nur selten etwas mit wirtschaftlichem Vermögen oder Unvermögen der Nachfolgeeinrichtungen zu tun.

Insgesamt bestanden 1991 in Mecklenburg-Vorpommern 3.176 landwirtschaftliche Betriebe. Diese Zahl wuchs in den folgenden Jahren um über ein Drittel bei einer Verkleinerung der durchschnittlichen Betriebsgrößen.

Der komplizierte Strukturwandel ist besonders für ein stark im Agrarsektor produzierendes Land wie Mecklenburg-Vorpommern von herausragender politischer Bedeutung gewesen und im Vergleich zu anderen Bereichen der Wirtschaft relativ erfolgreich verlaufen. Die Veränderungen sind in verschiedenen temporären Stadien abgelaufen. Dieser Wandel war von äußeren politischen Faktoren wie der EG-Agrarpolitik und der darauf basierenden agrarpolitischen Förder- oder Entlastungspolitik der Bundesrepublik Deutschland für die Landwirte einerseits und den einschneidenden sozialen Umbrüchen für die Menschen auf dem Lande andererseits geprägt. Die Menschen im ländlichen Raum trafen die politischen Veränderungen und die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 im neu entstehenden Bundesland Mecklenburg-Vorpommern am härtesten.

Das hatte nachhaltige Wirkungen auf die Sozialstruktur in den Dörfern, die die Veränderungen

nach 1945 noch übertrafen. Die Arbeitslosigkeit trat in ihrer Massenerscheinung als völlig neues Problem in den ländlichen Alltag. Viele ältere Berufstätige standen der Situation hilflos gegenüber. Zahlreiche Jugendliche und Höherqualifizierte wanderten ab.

Erstmals wurde in der Dorfbewölkerung die Bindung an die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr als die dominierende Struktur des eigenen Lebens empfunden. Die Menschen wurden mehrheitlich ihrem früheren Erwerbsumfeld entfremdet. Landwirtschaft als Lebensinhalt rückte aus dem Zentrum der dörflichen Sozialstruktur. Die verbleibenden landwirtschaftlichen Produzenten gerieten in die Situation einer dörflichen Minderheit und damit vielfach auch in eine Rechtfertigungsposition besonders in Umweltfragen. Die Entkoppelung des größten Teils der Dorfbewölkerung von der ländlichen Agrarproduktion führte zu völlig neuen Spannungsfeldern. Die soziale Differenzierung nahm trotz allgemein steigender Lebensqualität zu. Wachsen einerseits die technischen Erleichterungen im Haushalt und erfolgte eine erhebliche Verbesserung der Motorisierung, nahm andererseits Angst vor Verarmung und Kriminalität zu. Die in der DDR sozial sehr stark verknüpfte und sich auch teilweise stark kontrollierende Dorfgemeinschaft individualisierte sich zunehmend. Mit der Umwandlung oder dem Verkauf von früheren LPG und VEG brach auch deren sozial-kommunales Engagement im Dorf weg. 1993 hatten bereits 23% der Dorfläden geschlossen.

35 % der Poststellen und 39 % der Kindertagesstätten waren aufgelöst. Dienstleistungsangebote gingen um die Hälfte zurück und die hauptamtlichen Gemeindeverwaltungen hatten in 61 % der Fälle die Arbeit eingestellt. Gemeindegewerkschaften verschwanden aus dem Dorfbild und auch die Abschnittsbevollmächtigten der Polizei.

In stadtnahen Dörfern gab es einen starken Zuzug in Verbindung mit neuen Einfamilienhaussiedlungen, deren Bewohner oft lange keine gemeinsame Sprache mit der ortsansässigen Bevölkerung fanden. Hier blieben die Freiwillige Feuerwehr, die Schule, Sportgemeinschaften oder Chöre oft zunächst die einzigen Kontinua-



itäten und sozialen Bindeglieder. Erst mit der Schaffung neuer Verbände mit sozialpolitischen Zielstellungen, den Karnevals-, Heimat- und anderen Vereinen im Freizeitbereich und in der Traditionspflege keimten neue kommunale Strukturen. Die Neuorientierung der Menschen in politischen Parteien polarisierte andererseits. Überkommene Strukturen der DDR im sozialen Bereich, wie der DFD, der sich 1990 in Demokratischer Frauenbund e.V. (dfb) umbenannt hatte, blieben aktiv. Auch die Volkssolidarität mit den Senioren als Zielgruppe wandelte sich zeitgemäß. Der neuen bzw. öffentlich geförderten Arbeit stellte sich sehr schnell die Kirche mit hohem Engagement in ihren karitativen Aufgaben in den Dörfern – besonders auch in der Familien-, Frauen-, Kinder- und Jugendarbeit. Der Landfrauenverband Mecklenburg-Vorpommern begann seine Tätigkeit 1991 mit Initiativen im sozialen Sektor für die aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsprozess gedrängten Frauen auf den Dörfern. Es war der erste Landfrauenverband auf Landesebene in den neuen Bundesländern. Das erste große Projekt dieses Landesverbandes „Beratung von Frauen im ländlichen Raum“ wurde vom Landwirtschaftsministerium unterstützt. Dabei ging es besonders um die psychologische Hilfe und die Wiedereingliederung von arbeitslosen Frauen in Dauerarbeitsver-

hältnisse durch Fortbildungen und zunächst temporäre Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. 25 speziell für dieses Projekt intensiv ausgebildete Beraterinnen waren in einem mobilen Netz im Land unterwegs.¹

Die Landjugend organisierte sich seit 1990 als Zusammenschluss ländlicher Jugendinitiativen ebenfalls besonders im sozialen und Bildungsbereich.

Eine Verbindung zwischen Agrarwirtschaft und ländlichem Tourismus als neuem Wirtschaftszweig auf dem Lande vermittelt der 1991 gegründete Verband Landurlaub in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Die Zahl der direkt in der Landwirtschaft Beschäftigten sank in Mecklenburg-Vorpommern 1990 zunächst dramatisch von 158.000 innerhalb von zwei Jahren auf 71.000. 1992 hatte sie sich noch einmal auf 36.000 halbiert und sank weiter. Von den 158.000 Menschen, die noch in der DDR direkt in der landwirtschaftlichen Produktion tätig waren, wurden bis 1992 31,6 % Rentner oder Vorruheständler, 18 % wurden arbeitslos (meist auch langzeitarbeitslos). 14,4 % erhielten zunächst ABM-Plätze und Umschulungsmöglichkeiten. Von diesen Letztgenannten wanderten schließlich 36 % in

[1] [http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok_DS_1/1806_S_22_\(15.1.2011\)](http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok_DS_1/1806_S_22_(15.1.2011)).

andere Berufe ab. Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande war zu einem ernsten politischen Problem geworden. In manchen Dörfern waren mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bürger ohne Erwerbsmöglichkeiten im ersten Arbeitsmarkt. Alle Fraktionen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern beschlossen deshalb im Januar 1991 über politische Gegensätze und Parteigrenzen hinweg gemeinsam einen Antrag, eine Bundesratsinitiative zur Lage der Bauern in den fünf neuen Bundesländern zu starten, die eine den besonderen Verhältnissen in den fünf neuen Bundesländern geschuldete und gesonderte Vorruhestandsregelung für die zuvor auf dem Land Arbeitenden zum Ziel haben sollte.² Diese Initiative fand im Bundesrat keine politische Mehrheit.

[2] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de /parldok DS 1/123>.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen hatte seine Ursache zunächst in der oft durch die äußeren Umstände erzwungenen gesunkenen Produktion. Dienstleistungsbereiche z.B. im Bau- und Reparatursektor oder in der saisonalen Bereitstellung von Technik, der ganze sozial-kulturelle Bereich und auch Teile der Verwaltung wurden ausgegliedert oder geschlossen, da gut organisierte Anbieter aus den alten Bundesländern auf diesen Markt drängten oder die marktwirtschaftlichen Zwänge das forderten. Doch auch neue Möglichkeiten der Automatisierung und Mechanisierung der Arbeiten bildeten eine weitere Ursache für den Rückgang. Die Viehwirtschaft zeigte die Veränderungen deutlich. Die Rinderbestände gingen um die Hälfte und die Schweinebestände um 80 % zurück. Als erstes wirkte sich die Milchquotenregelung der Europäischen Gemeinschaft

Tab. 1: Viehbestand in 1.000 Stück in Mecklenburg-Vorpommern¹

Jahr	Rinder	dar. Milchkühe	Schweine	Schafe
1989	1.278		2.748	383
1990	1.106	345	1.970	195
1991	731	248	1.153	77
1992	592	222	970	73

[1] Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Band 1 Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Schwerin 1995, S. 67.

Tab. 2: Landwirtschaftliche Nutzflächen in Mecklenburg-Vorpommern¹

Nutzungsart	1989		1990		1991		1992	
	1.000 ha	%						
LF	1.508,7	100,0	1.560,8	100,0	1.299,1	100,0	1.275,2	100,0
dav. Ackerland	1.129,7	74,9	1.131,6	75,0	1.011,8	77,9	1.008,9	79,1
dav. Dauergrünland	343,9	22,8	341,1	22,6	280,8	21,6	261,1	20,5
dav. Wiesen	142,0	(41,3)	140,3	(41,1)	96,3	(34,3)	100,5	(38,5)
dav. Weiden	182,9	(53,3)	178,9	(52,4)	174,3	(62,2)	154,1	(59,0)
Obstlagen	5,6	0,3	6,0	0,4	4,3	0,3	3,3	0,3
Sonst. Flächen	29,5	1,9	29,6	2,0	2,2	0,2	1,5	0,1

(Anm.: Die Flächenveränderungen bei der LF 1991 zu 1990 sind auf eine veränderte territoriale Zuordnung einiger Kreise und Gemeinden zu Ländern Brandenburg und Niedersachsen zurück zu führen)

[1] Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Band 1 Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Schwerin 1995, S. 65.



reduzierend auf die Produktion aus, die bis zum Milchwirtschaftsjahr 1991/1992 auf 80 % der 1989 verarbeiteten Milchmenge gesenkt werden musste. Das führte zum Wegfall von Arbeitsplätzen und hatte eine drastische Reduzierung des Milchviehbestandes zur Folge.

Im Ackerbau sanken besonders die Flächen und damit die Erträge für die arbeitsintensiven Kartoffel- und Zuckerrüben in dramatischen Größenordnungen. Weitere Rückgänge traten durch die von der europäischen Gemeinschaft vorgeschriebene Flächenstilllegungen ein.

Landbesitzer, die ihr Eigentum nicht selbst bewirtschafteten, gerieten unter den Einfluss von Lobbyträgern und Pächtern mit sehr unterschiedlichen Interessen und Betriebsformen. Viele ehemalige Genossenschaftsbauern mit Landbesitz, die ihre Flächen aus den verschiedensten Gründen nicht mehr selbst bewirtschafteten, schlossen teilweise Pachtverträge mit den Nachfolgeunternehmen oder Wiedereinrichtern ab. Diese Nachfolgeunternehmen bestanden auch aus den „Neueinrichtern“ – ortsansässigen Landwirten, die ihre Nutzflächen überwiegend pachteten. In den Auseinandersetzungen zwischen diesen Bauern und den LPG-Nachfolgebetrieben stand immer wieder die Herausgabe der Vermögens- und Inventaranteile kontrovers und oft sehr emotionsgeladen zur Diskussion.

Aus den verbleibenden Beschäftigten in der Landwirtschaft entstand besonders aus der

Gruppe der Genossenschaftsbauern mit Landbesitz eine differenzierte neue Bauernschaft als Familienbetrieb mit deutlich größeren Flächen als in den alten Bundesländern. Etwa 20.000 dieser Produzenten waren vorher bereits Genossenschaftsbauern und wurden damit auch wieder Eigner oder Anteilseigner. Einige betrieben ihre landwirtschaftliche Tätigkeit nun im Nebenerwerb. Die traditionelle bäuerliche Identität von Eigentümer und Produzent war für sie wieder hergestellt. Ein Hemmnis für die Entscheidung zur Selbständigkeit dieser Landwirte war oft ihre in der DDR einseitig erfolgte Ausbildung für die Bereiche Tierproduktion oder Pflanzenproduktion.

Diese Betriebe wurden als „Wiedereinrichter“ bezeichnet. Das sind Landwirte, die ihr in die LPG eingebrachtes Land wieder zurück erhalten haben, um als Bauern einen Neuanfang zu beginnen. Wiedereinrichter konnten auch ehemalige LPG-Bauern im Nebenerwerb sein, die zum Teil als Rentner den Familienacker von wenigen Hektar bewirtschafteten. Es waren aber ebenso viele jüngere Bauern darunter, die mit zusätzlichem Pachtland und moderner Technik mehrere Hundert Hektar bewirtschafteten und in ihrer Effizienz den Nachfolgebetrieben der LPG nicht nachstanden. Sie erhielten pro Betrieb 23.500 DM Starthilfe oder Bürgschaften durch das Land. Das Verhältnis zwischen Wiedereinrichtern und LPG-Nachfolgebetrieben war oft aus historischen Gründen belastet. Fragen der Bodenreform von 1945, die abschließende Zwangskollektivierung

bäuerlicher Wirtschaften im Jahre 1960 – die alten Differenzen zwischen „Altbauern“ und „Neubauern“ aus den frühen Jahren der DDR – aber auch die in der DDR nie richtig erfassten Grundstücksfragen z.B. bei der Bebauung von privaten Grundstücken mit LPG-Gebäuden (Ställen, Werkstätten, Technikhallen, Sozialeinrichtungen, befestigten Straßen oder Verwaltungsgebäuden) belasteten bei der nun erforderlichen Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum den Neubeginn landwirtschaftlicher Produzenten.

Neu trat die Gruppe der aus den alten Bundesländern und besonders auch aus den Niederlanden zugezogenen landwirtschaftlichen Unternehmen auf. Sie hatten teilweise Land für reine Marktfruchtbetriebe gekauft oder gepachtet und betrieben andererseits Viehwirtschaft. Teilweise wurden ganze ehemals volkseigene Güter oder Zwischenbetriebliche Einrichtungen (ZBE) von der BVVG ausschließlich für die Milchproduktion erworben. Einige von ihnen waren Nachfahren früherer und nach 1945 enteigneter Eigentümer, die teilweise ehemaliges Eigentum zurückerwarben oder Landwirtschaftsbetriebe von der Treuhand und aus der Liquidation ehemaliger LPG kauften. Schleppend verlief gleichermaßen für Neugründer und Wiedereinrichter trotz bestätigter Konzepte zunächst die Ausreichung von



zustehenden oder zugesagten Fördermitteln, da diese durch das Bundesministerium für Landwirtschaft erfolgte. Erst ab 1991 verbesserte sich diese Situation, als die Länder die Hoheit über einzelbetriebliche Investitionsförderungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erhielten. Auch die konkrete Anwendungsmöglichkeit der Investitionszulagenverordnung als Anreiz z.B. für die Tierhaltung war zunächst unklar.

Die Flächenausstattung der Genossenschaften lag erheblich über dem Durchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt. In Mecklenburg-Vorpommern betrug der Durchschnitt an landwirtschaftlicher Nutzfläche 1991 etwa 410 ha, darunter Ackerland 318 ha.

Tab. 3: Leistungsfähigkeit der Agrar Genossenschaften³

Durchschnittswerte	1991 / 1992	1992 / 1993
Arbeitskräfte gesamt	62	40,3
Arbeitskräfte/100 ha	3,5	2,6
LN in ha	1.767	1.561
Anbaufläche in ha	1.371	1.241
Eigentumsfläche in ha	18	6
Pachtfläche in ha	1.589	1.379
von Treuhand/BVVG	692	586
Milchreferenzmenge in kg	2.020.867	1.956.151
Zuckerrüben-Lieferrechte in dt	23.840	22.896

[3] Wie Anm. 1, S. 31.



Den Agrargenossenschaften als Rechtsnachfolger der LPG standen seit der deutschen Wiedervereinigung, und eigentlich bereits schon mit dem Beginn der Vorverhandlungen dazu, erhebliche Widerstände entgegen. Till Backhaus formulierte rückblickend, dass man den „Rechtsnachfolgern der LPG Steine – ich sage wohl besser: Felsen – in den Weg legte“.⁴ Ihre Vorsitzenden, die in diesen Funktionen bereits in der DDR tätig waren, wurden als „Rote Barone“ diffamiert. Sie waren fast alle sehr gut ausgebildet, besaßen aber oft kein eigenes Land. Die Lebensfähigkeit der Genossenschaften war prinzipiell angezweifelt. Im Leitfaden zum 1991 und 1992 novellierten Landwirtschaftsanpassungsgesetz, das nun die freie Wahl zur Betriebsform offen ließ und die Intentionen des alten in der Volkskammer beschlossenen Gesetzes weitgehend aushebelte⁵, lautete die vernichtende Prognose 1992: „Die Agrargenossenschaften befinden sich in einer hoffnungslosen Rechtslage und können nur

durch Auflösung und anschließende Neugründung von Personengesellschaften und Einzelbetrieben sinnvoll umgestaltet werden.“⁶ Die Protagonisten dieser Meinung zweifelten die Wertstellung der Bilanzen und die Kriterien ihrer Aufstellung an. Doch die Vermögensauseinandersetzung und die Ausweisung der Inventarbeiträge war die Voraussetzung, um überhaupt kreditwürdig zu werden. Die in der Bundesrepublik Deutschland bis dahin kaum etablierte Rechtsform landwirtschaftlicher Betriebe wurde insgesamt mit großer Skepsis und mit Misstrauen betrachtet. Das entsprang einer teilweise kuriosen Mischung aus einer auf die früheren LPG projizierten **Überideologisierung und Überpolitisierung** in den alten Bundesländern, der Unkenntnis dort über den hohen Bildungsstand bei den LPG-Vorständen am Ende der DDR und der Vermischung dieses Themas mit den Enteignungen im Zuge der Bodenreform. Hinzu kam als Problem vor Ort in den neuen Bundesländern die völlig gerechtfertigte Einforderung der Inventarbeiträge durch die ehemaligen und nun nicht mehr produzierenden Genossenschaftsbauern. Der Beratungsbedarf für die Entscheidung zur passenden Betriebsform war unter diesem zusätzlichen politischen Druck hoch.

[4] Backhaus, Till, die Transformation der Agrargenossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern, in: Ilona Buchsteiner und Siegfried Kuntsche (Hrsg.), Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart. Rostock 2004, S. 14.

[5] Scheringer, Johann, Die gesetzlichen Grundlagen der Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft, in: Ilona Buchsteiner und Siegfried Kuntsche (Hrsg.), Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart, Rostock 2004, S. 177f.

[6] Leitfaden zum Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Bonn 1992.

Notwendige pragmatische Entscheidungen wurden oft ideologisch überfrachtet. Vielfach orientierte sich die Wahl der Rechtsform nicht an Sachkriterien, sondern an Empfehlungen von Beratern aus den alten Bundesländern. Ein Versuch der CDU in Mecklenburg-Vorpommern bereits im November 1990, nach dem Vorbild der IHK eine Landwirtschaftskammer für die dringend erforderliche Beratung und Qualifizierung, für wissenschaftliche Untersuchungen und auch die Förderung von Jugendlichen und Frauen auf dem Lande zu schaffen,⁷ fand deshalb zunächst auch im Landwirtschaftsausschuss unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Kauffold (SPD) Zustimmung.⁹ Im Januar 1992 verhinderte aber der Bauernverband des Landes endgültig die Landwirtschaftskammer. Stattdessen entstand die Landwirtschaftsberatung Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein GmbH (LMS) mit einer Geschäftsstelle in Rostock. Über die angeschlossene Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFÄ) leistete sie in den folgenden Jahren auch die notwendige wissenschaftliche Analytik und Beratung.¹⁰ Daneben entstanden auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Reihe von berufsständischen und sozial engagierten Verbänden und Vereinen, die sich für die Belange im landwirtschaftlichen und dörflichen Bereich einsetzten. Zunächst hatten sich sehr schnell und spontan ein Mecklenburgischer Bauernverband, nach dem 3.10.1990 ein Landesbauernverband Mecklenburg-Vorpommern und ein Genossenschaftsverband der LPG und GPG Mecklenburg-Vorpommern gebildet. Als Arbeitsgemeinschaft waren sie bereits früh auf Landes- und Bundesebene gemeinsam aufgetreten. Am 22. März 1991 schlossen sie sich auf dem ersten Landesbauernrat zum Bauernverband

[7] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS/1/32>.

[8] Benutzungshinweis: Online kommen Sie zur Parlamentsdatenbank, danach über DS= Drucksache über die Ziffer = Wahlperiode, über die letzten Ziffern = Dokumentnummer zum Dokument

[9] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS/1/81>.

[10] Chronik des Landesbauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, in: 10 Jahre Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., Schwerin 2001, S. 114.

Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Landwirt Harald Röpke aus Löcknitz im damaligen Kreis Pasewalk gewählt. Das war die erste geeinte berufsständische Vertretung dieser Art in den fünf neuen Bundesländern.¹¹ Die Akteure waren in vielen Fällen zuvor Mitglieder der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) in der DDR. Mit dem Motto „Einheit der Vielfalt“ beruft sich die Interessenvertretung der Landwirte bis heute auf ihre breit gefächerte Mitgliedschaft und deren unterschiedliche Interessen. Der Verband sieht seine Hauptaufgabe in der Einflussnahme auf agrarpolitische, agrarwirtschaftliche und agrarsoziale Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Dazu unterhält er ein weit gespanntes Netzwerk für die Interessenvertretung. Er leistet für seine Mitglieder juristische und soziale Hilfe oder unterstützt die Verbände der Landjugend und Landfrauen. In der Landespolitik ist der Verband hoch geachtet und auch gefürchtet.

Bis 1992 gingen 391 der 1989 noch existierenden landwirtschaftlichen Betriebe in Liquidation, Konkurs oder sie lösten sich durch den Zusammenschluss mit anderen Genossenschaften der Pflanzen- und Tierproduktion auf. Lediglich eine LPG hatte keinen Umstrukturierungsantrag eingereicht und wurde dadurch per Gesetz zwangsaufgelöst. Entstanden waren darunter 279 eingetragene Genossenschaften, 268 GmbH und 79 GmbH & Co KG. In diesen Zahlen spiegeln sich auch die unterschiedlichen Beratungsideologien wider. Aktiengesellschaften oder Kirchengüter spielten eine eher untergeordnete Rolle. Die Größe dieser insgesamt 858 Betriebe in Form juristischer Personen lag im Schnitt bei 1.500 ha, während die Betriebsgröße der Familienunternehmen bzw. natürlichen Personen bei nur etwa 130 ha durchschnittlich lag. Letztere machten über 2.500 der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern aus.

Insgesamt hat die BBVG den ihr übertragenen Auftrag der Vermarktung dieser Flächen erfüllt, aus deren Erlösen ein erheblicher Beitrag für die Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung generiert werden sollte.

[11] Bauernzeitung, Sonderbeilage [2001].

Die LPG-Nachfolgeunternehmen als Rechtsnachfolger blieben auf den Altschulden sitzen. Das traf auch für Maßnahmen zu, die als Kreditlast z.B. für Melioration oder allgemeinen Wegebau entstanden, und mit den Flächen bereits in den Besitz der TLG oder neuer Eigentümer übergegangen waren. Obwohl durch den Landwirtschaftsausschuss des Landtages unter Leitung von Prof. Dr. Peter Kauffold (SPD) schon im Dezember 1990 eine Änderung des Einigungsvertrages in dieser Frage angemahnt wurde, blieb diese Regelung von Bestand. Hinzu kamen Auswirkungen der Bestimmungskredite im laufenden Anbaujahr, die im ersten Halbjahr 1990 noch in DDR-Mark erfolgte, aber zum Ende des Jahres nach der Währungsunion in D-Mark bei völlig veränderten Erlösverhältnissen zurückgezahlt werden musste.

Die SPD stellte als einen ihrer ersten Anträge im Landtag die Forderung, eine landeseigene Land- und Siedlungsgesellschaft zu gründen, weil abzusehen sei, „dass die unmittelbar anstehenden dringenden Landesaufgaben der Investitionsförderung, der Kommunalentwicklung insbesondere im Bereich der Infrastruktur, der Anpassung der Markt- und Agrarstrukturen sowie des Umwelt- und Landschaftsschutzes nur dann bestmöglich gelöst werden können, wenn die Verwertung der bisher volkseigenen Flächen dezentralisiert wird“.¹² Der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) wurde darin eine Mitgesellschafterfunktion zugeordnet. Diese Gesellschaft verwaltete im Herbst 1990 über zwei Millionen Hektar landwirtschaftliche Flächen in Mecklenburg-Vorpommern. Darunter 1.670.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche.¹³ 1991 wurde dann die „Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH“ als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Sie führt seitdem Maßnahmen zur Siedlung, zur Agrarstrukturverbesserung und zur Regionalentwicklung durch.¹⁴ In einer für eine Beschlussvorlage ungewöhn-

Dr. Heinrich Graf von Bassewitz, Landwirt, Gut Dalwitz

Ich war beteiligt an Gründungen und in leitender Tätigkeit diverser Vereine und Körperschaften wie z.B. der Erzeugergemeinschaft BIOPARK, der BIOPARK Markt GmbH, der Grundschule Walkendorf, des Mecklenburger Agrarkultur e. V., der Stiftung „Parkland“. Ich sehe folgende Fortschritte im ländlichen Raum: Aufbau des Landtourismus, der ländlichen Infrastruktur (Straße und Wege, DSL, dörfliche Einrichtungen von Feuerwehr bis Kinderspielplatz), Aufbau von Attraktionen von Vogelpark Marlow bis Musikfestspiele. Nicht gelungen sind der Aufbau der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, eine Diversifizierung der Landwirtschaft und eine „Schandfleckbeseitigung“ - sprich der Abriss alter Gebäuderuinen. Zum letzteren wünsche ich mir von der Politik die Auflage eines Schandfleckbeseitigungsprogramms.

lichen polemischen Schärfe formulierte Dr. Harald Ringstorff für die SPD-Fraktion während der Einbringung des Antrages die Forderung für die Aufwertung der Landesgesellschaft: „Für die Privatisierung des bisher volkseigenen Grund und Bodens sind Landgesellschaften geeigneter als die Treuhandanstalt Berlin jetzt ist. Der Grund und Boden von Mecklenburg-Vorpommern ist zu wertvoll, um mit diesem wertvollen Gut Spekulationen zu betreiben. Besonders Geschäftemachern ist das Handwerk zu legen, um damit auch zu stabilen Bodenpreisen zu kommen.“¹⁵ Am 1. Februar 1992 nahm die bundeseigene Bodenverwertungs- und -Verwaltungsgesellschaft (BVVG) ihren Betrieb auf. Sie übernahm den größten Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche von der TLG mit dem Ziel der Weiterverwertung durch Verkauf oder Verpachtung. Die Flächen der in Besitz der BVVG übergebenen Volkseigenen Güter (VEG) wurden (im Gegensatz zu den

[12] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok DS 1/30>.

[13] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok DS 1/4716, S. 1>.

[14] <http://www.lgmvd.de>.

[15] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok DS 1/270>.

früheren LPG) schuldenfrei verkauft, obwohl auch sie über Kredite finanzierte kommunale Aufgaben in der DDR übernommen hatten. Die SPD kritisierte noch 1993 im Landtag, dass bei den Ausschreibungen zur Verwertung dieser Güter einheimische Landwirte ausgeschlossen wurden.¹⁶

Sorge bestand auch für die SPD in der Frage der bevorzugten Verpachtung von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die BVVG an Neueinrichter aus den alten Bundesländern bzw. der Europäischen Gemeinschaft. Diese Situation zeigte sich allerdings

[16] [http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS_1/3108_\(14.1.2011\).](http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS_1/3108_(14.1.2011).)

für Mecklenburg-Vorpommern sehr unterschiedlich in den Regionen des Landes ausgeprägt. Ganz offensichtlich war ein West-Ost-Gefälle vorhanden. Besonders gefragt waren Flächen in den Gebieten entlang der früheren innerdeutschen Grenze wegen der geringen Entfernung zu den verarbeitenden Betrieben. Nordwestmecklenburg im Einzugsgebiet des damaligen Landwirtschaftsamtes Wismar mit seinen hohen Ackerzahlen (Bodenpunkte) stand hoch in der Gunst. Vorpommern scheint dagegen nicht so attraktiv für eine Zuwanderung aus dem Westen gewesen zu sein, insbesondere in Gemarkungen, wo die Böden hier auch teils von geringerer Güte sind.

Tab. 4: Verpachtete landwirtschaftliche Nutzflächen 1991

Landwirtschaftsamt	angezeigte Pachtverträge ha	dav. aus alten BL + EG in ha	Prozent
Demmin	55.990	3.152	5,63
Wismar	77.651	18.344	23,62
Rostock	87.360	10.396	11,90
Neubrandenburg	145.300	19.000	13,08
Güstrow	120.009	10.885	9,07
Neustrelitz	61.339	3.784	6,17
Anklam	171.220	3.082	1,80
Stralsund	110.807	5.161	4,67
Schwerin	140.807	16.490	11,71
Parchim	56.134	5.151	9,18
Zusammen	1.026.344	95.445	9,30

Ein weiteres Problem war die Absatzmöglichkeit der einheimischen Produkte. Der Markt wurde von Erzeugnissen aus der EG überschwemmt. Mit der Mitte 1990 einsetzenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im wiedervereinigten Deutschland gingen die bis dahin in der DDR staatlich hoch subventionierten Erzeugerpreise drastisch zurück. Sie wurden nur zum Teil durch die Ausgleichszahlungen der EG aufgefangen. Die verarbeitenden Betriebe für landwirtschaftliche Produkte in Mecklenburg-Vorpommern steckten selbst in erheblichen Problemen. Ihre oft schleppende Privatisierung durch die TLG, ein erheblicher Modernisierungstau und ein hoher Personalbestand erschwerten einen Neustart un-

ter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Die sich rasant ausbreitenden Supermarktketten verfügten über eigene Herstellerstrukturen, die kaum Interesse an Produzenten und Produkten aus den neuen Bundesländern zeigten. Der Absatz regionaler einheimischer Produkte stockte und kam teilweise ganz zum Erliegen. Die landwirtschaftlichen Produzenten blieben auf ihrer Ernte oder den Schlachttieren sitzen. Das verschärfte wieder die ohnehin angespannte Schuldsituation. Liquidationen von Betrieben war die Folge. Die Landespolitik war gefragt, stand aber auch vor einem Dilemma. Zur Entschärfung dieser für die Landwirte bedrohlichen Situation forderte die SPD-Fraktion im April 1991 ein Gütesiegel für

Dr. Andre Bönsel,

Biologe, Naturschützer und Landschaftsplaner,
Marlow



Von 2006 bis 2008 erarbeitete ich mit meinem Büro für Landschaftsplanung für die Kommunen Marlow, Eixen und Semlow Landschaftspläne mit ökologisch orientierten Zielstellungen (z.B. den Erhalt von aktueller Artenvielfalt in der Kulturlandschaft vor dem Hintergrund der Störungsbiologie) sowie Ziele für landschaftlich ökonomische Fragestellungen z.B. zum Erhalt der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, Feuchtigkeitspools als Ausgleich bei zunehmender Sommertrockenheit (durch Anlegen von kleinen Gewässern bis hin zu Seen). Auch touristisch soziale Themen wurden in den Landschaftsplänen aufgegriffen, wie die Vernetzung der Recknitztal-Gemeinden, zwischen alten (z.B. Kirche Pantlitz) und neuen (Recknitztal-Hotel in Marlow) Infrastruktur-Elementen.

Sehr gut gelungen ist in den vergangenen 20 Jahren die zunehmende Integration von alt ansässigen landwirtschaftlichen Nutzbetrieben im zentralen Naturschutz; trotz der gleichsam zunehmenden Industrialisierung durch die Zwänge der EU. Alte ortsansässige Landwirte

Produkte der Agrar- und Ernährungswirtschaft aus Mecklenburg-Vorpommern, die besonderen Qualitätsanforderungen gerecht werden sollten. „Die Zurückgewinnung und Behauptung von Marktpositionen erfordert offensives Handeln, das staatlich flankiert werden muß. Dazu gehören Qualitätszertifikate für einheimische Produkte. Eile

sorgen sich zunehmend um den Schwund der Artenvielfalt und versuchen mit einfachsten praktischen Mitteln ihren Anteil zum Aufhalten des rapiden Rückgangs zu leisten (z.B. durch Schwalbenbäume auf den landwirtschaftlichen Hofstellen.

Überhaupt nicht gelungen ist im ländlichen Raum die Integration von meist dezentral gelegenen Naturschutzgebieten in die heutige Form der landwirtschaftlichen Nutzung. Viele Naturschutzgebiete werden nicht mehr genutzt, die Artenzahlen gehen gerade dort rapide zurück, weil gerade die administrative Naturschutzebene den Zusammenhang von Störungsbiologie und Erhalt der Kulturlandschaft noch nicht verstanden hat und alten Zwängen unterliegt (z.B. Ablehnung von jeglichen Veränderungen in Raum und Zeit). Dass einzige, was die administrative Naturschutzebene umtreibt, sind die postulierte Klimaveränderung und die Folgen auf die Arten. Ich wünsche mir vorrangig, dass auf allen Ebenen einer Demokratie (Legislative, Administrative & Exekutive) die Veränderung in Raum und Zeit endlich anerkannt wird, und sich danach die Zielstellungs- und Handlungsmuster ausrichten. Für Mecklenburg-Vorpommern wäre neben der Landwirtschaft auch der Tourismus als ein Mittel zur Integration von mäßigen Störungen zu prüfen, um nach den Kenntnissen aus der Störungsbiologie doch deutlich mehr Arten in der Kulturlandschaft zu erhalten wären. Vor allem muss in den dezentralen Naturschutzgebieten etwas passieren, ansonsten sind alle Schutzbemühungen für die Arten umsonst.

ist geboten, weil gleiche marktwirksame Aktivitäten in anderen neuen Bundesländern bestehen.“¹⁷ Die in Mecklenburg-Vorpommern in einer Koalition mit der FDP regierende CDU lehnte aber die staatliche Einflussnahme in diesem Zusammenhang ab

[17] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/S1/390>.

und stellte darüber hinaus fest, dass nach diesen Vorstellungen „80 % der bisherigen Produktion nicht gütesiegelfähig wäre“.¹⁸

Doch trotz aller Hemmnisse und Probleme wurden auch die neuen Möglichkeiten durch Förderinstrumente in der Landwirtschaft bereits früh erkannt. Zur Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft brachte die Europäische

[18] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok> DS 1/440.

Kommission Programme mit einem Gesamtvolumen von über 2 Milliarden D-Mark bis 1993 auf den Weg.

Bis zum 31.12.1991 waren bereits 579 Anträge zur Förderung der Wiedereinrichtung landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern bewilligt worden.

Operationelle Programme des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurden dazu erarbeitet, die als Basis für die Umsetzung im Bundesland dienen.

Tab. 5: Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 1990/91¹⁹

Förderart	Summe in DM
Starthilfe (23.500 D-Mark je Betrieb)	11.961.500
zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen	103.986.620
kapitalisierte Zinszuschüsse	198.632
Zuschüsse für den Wiedereinrichtungsplan	303.687
Öffentliche Darlehen	61.269.000
Zuschüsse für Grünlandbetriebe	8.911.684
Zuschüsse im Agrar-Kreditprogramm	5.625.055
Zuschüsse für Energieträgerumstellung und Einsparung	1.174.332
Betreuergebühren	3.766.990
Zusammen	197.197.500

[19] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok> DS 1/1806. (15.1.2011).

Für juristische Personen wurden im gleichen Zeitraum nur 19 Bewilligungen ausgesprochen. Das entsprechende Mittelvorhaben betrug insgesamt 29.727.600 DM, davon für zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen 29.706.000 DM und an Zuschüssen für den Sanierungsplan 21.600 DM. Darüber hinaus wurden für Wiedereinrichter Ausfallbürgschaften in Höhe von 20.335.800 DM und für juristische Personen in Höhe von 4.864.000 DM zugesagt.

1992 wurden nach den Grundsätzen für die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen der Ernährungswirtschaft und durch ein zweites operationelles Programm 26 Investitionsvorhaben mit ca. 500 Mio. DM und einem Zuwendungsvolumen von 95 Mio. DM bei einer Laufzeit von maximal

vier Jahren gefördert.²⁰ Im Mai 1991 beantragte die SPD-Landtagsfraktion für die Förderung des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern die gleichen Fördermaßnahmen vorzusehen wie in den alten Bundesländern. Die Begründung lautete: „Die Agrarpolitik ist der Entwicklung des ökologischen Landbaus in Mecklenburg Vorpommern unter den Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft, der Produktmengenreduzierung und der Marktstrukturförderung besonders verpflichtet. Bisher sind Landwirte in etwa 18 Betrieben unseres Landes mit 15.000 ha bereit, sich auf ökologischen Landbau umzustellen, sofern durch Zugang zu Fördermitteln die

[20] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok> DS 1/2375 (14.1.2011).



gleichen Wettbewerbschancen wie in den alten Bundesländern eingeräumt werden.^[21] Diese Größenordnung war zu der Zeit vielleicht etwas optimistisch dargestellt. Die Förderung betrug damals 300 - 450 DM/ha. Im Sinne des bundesdeutschen Marktstrukturgesetzes in der Fassung von 1990 entstanden aber bereits die ersten Erzeugergemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern, die „gemeinsam den Zweck verfolgten, die Erzeugung und den Absatz den Erfordernissen des Marktes anzupassen.“^[22] Der bundesweit agierende Verband „BIOPARK e.V.“ hatte sich auch in ersten Ansätzen in Mecklenburg-Vorpommern etabliert und veruchte über seine Mitglieder ökologischen Landbau entsprechend den „Richtlinien für Tierhaltung, Pflanzenbau, Verarbeitung, Vermarktung sowie für das Beratungs-, Vertrags- und Kontrollwesen“ zu betreiben. Für das Bundesland förderlich waren auch die vom Landwirtschaftsministerium 1991 erlassenen „Richtlinien für die Förderung der Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Bewirtschaftung des gesamten Betriebes nach den Regeln des ökologischen Landbaus“. Doch handelte es sich zunächst um ein Nischendasein dieser Initiativen.

Die Partei Linke Liste/PDS nahm im Dezember 1990 im Landtag bereits das Thema der

Windkraft als zusätzliches wirtschaftliches Standbein im ländlichen Raum auf: „Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist gegenüber anderen Bundesländern mit einem natürlichen Windenergieaufkommen bevorzugt. Die alternative Energieerzeugung aus Windkraft wird im Rahmen der EG gefördert. Eine schnelle Nutzbarmachung ermöglicht dem Land die Erschließung seiner natürlichen Ressourcen bei der Lösung der komplizierten Energielage.“^[23] Ein erstes verhalten optimistisches Fazit der traditionellen Kraft und neuen Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern zog die 1. Landwirtschaftsausstellung „MeLa“ im September 1991 in Mühlengiez bei Güstrow.^[24] Diese Leistungsschau etablierte sich als jährlich wiederkehrende viertägige Messe im Spätsommer und als „Fachausstellung für Landwirtschaft und Ernährung, Fischwirtschaft, Forst, Jagd und Gartenbau“ für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Die Verbindung von Fachmesse und Publikumsschau sicherte ihr seit Beginn eine hohe Besucherresonanz. Verschiedene Tierschauen münden in einer abschließenden großen Landestierschau mit der Präsentation der besten Zuchtergebnisse. Etabliert hat sich in

[23] http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok_DS_1/73.

[24] Chronik des Landesbauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, in: 10 Jahre Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., Schwerin 2001, S. 113.

[21] http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok_DS_1/474 (12.1.2011).

[22] Bundesgesetzblatt Teil I, S. 2134.

Rudolf Borchert,

Lehrer, Mitglied des Landtages,
Waren/Müritz



Seit 1994 konnte ich mich als Kommunalpolitiker und seit 1998 als Landtagsabgeordneter insbesondere in der Müritzregion bei der Entwicklung des Ländlichen Raums einbringen. Dazu gehörte z. B. mein Einsatz für die Entwicklung von Bioenergieidörfern und eines naturnahen Tourismus.

Sehr gut gelungen sind die Entwicklung der Infrastruktur (Straßen, Gebäude) u. a. durch Förderung von Dorferneuerungsmaßnahmen und der touristischen Infrastruktur (z. B. Radwegenetz, Hotels, Pensionen etc.). Auch die deutliche Verbesserung des Umwelt- und Naturschutzes und damit auch eine Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität ist hervorzuheben. Im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern ist es leider überhaupt nicht gelungen, die Bevölkerungsverluste durch Abwanderung insbesondere von jungen Menschen im ländlichen Raum zu verringern und ausreichend gute Arbeitsplätze mit großer Wertschöpfung zu schaffen.

Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des Ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern?

- Eine noch bessere Nutzung der Potentiale der Erneuerbaren Energien für die Kommune, die Bürgerinnen und Bürger, um damit die Chancen für Arbeitsplätze, regionaler Wertschöpfung und sozialer Teilhabe zu verbessern.

diesem Zusammenhang auch der wissenschaftlich geprägte MELA-Kongress für Landwirte und andere Experten der Agrarbranche. Zu einem (auch kontroversen) Austausch dient der ebenfalls in Mühlengeez stattfindende Landesbauerntag, bei dem die Bauern ihre Positionen präsentieren und die Politiker mit ihren Problemen und Forderungen konfrontieren.²⁵

Zu einem damals ebenfalls kontrovers diskutierten Thema wurde die Agrarforschung, die durch die DDR eine starke Konzentration in den drei Nordbezirken erfahren hatte. Die Fortführung der universitären Forschung und Lehre in Rostock an der Agrarwissenschaftlichen Fakultät war durch die Regierungskoalition aus CDU und FDP gefährdet. Hier konnte sich die SPD für den Erhalt durchsetzen. Sie favorisierte dabei eine Profilierung in den Richtungen „Landeskultur und Umweltschutz“ und „Agrarökologie“.²⁶ Dagegen standen die Institute und Einrichtungen besonders der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften der DDR auf dem Prüfstand und vor der Gefahr der Abwicklung. Sie waren laut Einigungsvertrag nur bis zum 31.12.1991 in ihrer Existenz gesichert. Konkurrierende Situationen mit gleichgelagerten oder ähnlichen Instituten in den alten Bundesländern erschwerten den Erhalt zusätzlich. Eine Evaluierung zur Empfehlung einer Weiterführung als Bundesforschungsinstitute wurde kritisch gesehen. Es ging um die Frage der Schließung von Einrichtungen wie dem Institut für Öl- und Futterpflanzenzüchtung in Malchow auf der Insel Poel oder dem Institut für Kartoffelforschung in Groß Lüsewitz. Auch hier setzte sich die SPD vehement für den Erhalt ein.²⁷

Zunächst gab es in der Landespolitik den Gedanken zur Etablierung einer „Landesforschung für Agrarwissenschaften“. Schließlich konnte für Groß Lüsewitz die Ansiedlung von Teilinstituten der Bundesforschungseinrichtungen durchgesetzt werden, während die Liegenschaften

[25] Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Landschaft – ländlicher Raum – Landwirtschaft, Berlin 2005, S. 34f.

[26] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldokDS/1/974>.

[27] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldokDS/1/1089>.

in Malchow/Poel der Fachhochschule Wismar angeschlossen wurden.

Das Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf sollte laut Kabinettsbeschluss vom 24. September 1991 zu einer öffentlich rechtlichen „Stiftung Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere“ umgewandelt werden. Als gemeinsame Forschungseinrichtung von Bund und Land sollte es in die „Blaue Liste“ aufgenommen werden. Die offizielle Gründung erfolgte dann erst im Januar 1993.²⁸

Hinzu kam auf der Insel Riems das Friedrich-Loeffler-Institut, das 1985 als „VEB Friedrich-Loeffler-Institut“ Bestandteil des „VEB Kombinat Veterinärimpfstoffe Dessau“ geworden war. Die Forschung wurde bei dieser Umwandlung in der DDR der Produktion untergeordnet. 1990 übernahm das Land Mecklenburg-Vorpommern das „Friedrich-Loeffler-Institut für Tierseuchenforschung Insel Riems“. 1992 erfolgte nach der Ausgliederung der Impfstoffproduktion die Überführung des Instituts in die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Verbindung mit der Gründung der „Friedrich-Loeffler-Institute Insel Riems“ für Zelluläre und Molekulare Virologie, für Virusdiagnostik und für Angewandte Virologie (BFAV). Damit war sein Erhalt gesichert.²⁹

- Eine moderne, zukunftsfähige Landwirtschaft mit Ökolandbau, artgerechter Tierhaltung und Gentechnikfreiheit.
- Die verbesserte Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte, die Entwicklung eines naturnahen Tourismus unter Einbeziehung der Potentiale der Gesundheitswirtschaft.

[28] <http://www.fbn-dummerstorf.de>

[29] Hinz-Wessels, Annette; Thiel, Jens, Das Friedrich-Loeffler-Institut 1910-2010 : 100 Jahre Forschung für die Tiergesundheit. Berlin, 2010. - Steffens, Sabine, Wiege der Virusforschung. Eine Ausstellung zur 100-jährigen Geschichte des Friedrich-Loeffler-Instituts. Greifswald-Riems [2010].



2. Agrarpolitik und Landwirtschaft sind zwei verschiedene Dinge –

Reformen der Marktordnung aufgrund der EU-Agrarstruktur ab 1993 bis 2000

Langsam begann sich die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern in die neuen Verhältnisse einzufügen. Produzenten und Landeigentümer hatten sich mit den neuen Bedingungen arrangiert – oder aufgegeben. Trotz immer noch vorhandener zahlreicher Unklarheiten im Detail und verschiedener anhängiger Klagen waren die formaljuristischen Rahmenbedingungen 1993 einigermaßen überschaubar. Die Anpassung der Landesgesetze an die bundesdeutsche und europäische Gesetzgebung war zu großen Teilen abgeschlossen. In dieser scheinbar beruhigten Situation kam bereits eine neue Herausforderung auf die Landwirte zu. Im Dezember 1992 wurden in Edinburgh drei wichtige Beschlüsse durch den Rat der Europäischen Gemeinschaft beschlossen, die für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum von großer Tragweite waren. Mit dem Europäischen Regionalfonds (ERF) und

dem Europäischen Sozialfonds (ESF) konnten besonders auch personalpolitische Fragen und Förderungen im ländlichen Raum abgedeckt werden. Von herausragender Wichtigkeit für die Landwirtschaft war aber der Europäische Ausgleichs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL), der noch einmal in verschiedene Abteilungen gegliedert war. Allein daraus erhielt Mecklenburg-Vorpommern 1,4 Milliarden DM. Die Abteilung „Ausrichtung“ war darin für die „sonstigen Ausgaben“ mit der Zielrichtung auf die weniger gut entwickelten Regionen zuständig. Im Mittelpunkt stand die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur, was nicht nur landwirtschaftliche Belange betraf, sondern auch touristische oder kulturelle Bereiche, sofern sie die wirtschaftliche Situation auf dem Lande verbessern konnte. Großer Wert wurde auf die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze gelegt. Das Kriterium einer weniger gut entwickelten Region traf auch im europäischen Vergleich für Mecklenburg-Vorpommern in besonderem Maße zu. Dabei spielten die hohe Arbeitslosenquote im ländlichen Bereich und die Probleme als relativ dünn besiedeltes Flächenland eine entscheidende Rolle für die besonders herausgehobene Förderung des Bundeslandes im Nordosten Deutschlands.³⁰

[30] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS/1/3679>.

Dr. Heinrich Cuypers,
Biologe, Greifswald



Die Agrarforschung ist – neben der medizinischen Forschung – eine der wesentlichen Säulen der wirtschaftlichen Nutzung moderner Biotechnologien in Mecklenburg-Vorpommern. Als Projektmanager mit fachlichem Hintergrund (Promotion am Kölner Max-Planck-Institut für Pflanzenzüchtungsforschung) erleichtern mir die Experten des Landes seit 1996, die Konzepterstellung „BioRegio Greifswald-Rostock“, die Zusammenarbeit in der Region. Die Agrarforschung hat in Mecklenburg-Vorpommern eine über 100-Jährige Tradition: die NPZ Norddeutsche Pflanzenzüchtung Hans-Georg Lembke KG wurde als das erste Unternehmen der Branche 1897 auf der Insel Poel gegründet und das Friedrich-Loeffler-Institut - Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit (FLI) hat am 10.10.1910 auf der Insel Riems seine Forschung gestartet. Trotz der seit 20 Jahren noch immer nicht abgeschlossenen Meinungsbildung ist es gelungen,

die Potentiale der modernen Genetik als unverzichtbares Instrument für die Pflanzen- und Tierzüchtung im Land bewusst zu machen und die Chancen auch gentechnisch veränderter Pflanzen sachlich zu thematisieren. Mit vereinten Kräften, u.a. im „Verein zur Förderung innovativer und angewandter Agrobiotechnologie finab e.V.“, dem „BioCon Valley Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ und dem Rat für Agrarwissenschaften, wurden Konzepte für die moderne Agrarforschung weiter entwickelt und realisiert. Sichtbar wird dies unter anderem durch das 2004 in Groß-Lüsewitz eröffnete AgroBioTechnikum, dem Kompetenz- und Gründerzentrum für Biotechnologien in der Landwirtschaft. Genveränderte Bakterien sind für die Entwicklung und Produktion lebensrettender Medikamente unverzichtbar und sind in der Bevölkerung anerkannt. Genveränderte Pflanzen werden jedoch eher als Bedrohung und nicht als Chance gesehen. Dies ist verständlich bei einer derzeitigen Überproduktion in der Landwirtschaft in Europa. Aber schon jetzt müssen wir uns den Herausforderungen der steigenden Weltbevölkerung stellen und Konzepte für eine noch intensivere und dabei dennoch umwelt- und klimaschonendere Landwirtschaft erarbeiten als Basis für die Produktion von gesunden Lebensmitteln wie auch von nachwachsenden chemischen Rohstoffen. Nutzen wir darüber hinaus noch intensiver die Chancen der EU und die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern an der Ostsee – der Baltic Sea Region!

Tab. 6: Verteilung des EAGFL 1993 auf die neuen Bundesländer³¹

Bundesland	Anteil am EAGFL, Abt. Ausrichtung (in %)
Mecklenburg-Vorpommern	25,30
Brandenburg	22,03
Sachsen-Anhalt	20,39
Sachsen	17,65
Thüringen	14,33
Berlin	0,33

[31] Ebd.

Zur Kofinanzierung des EAGFL stand weiterhin das Instrument der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zur Verfügung, das dafür 1993 entsprechend angepasst wurde.³²

Als Zuarbeit für einen „Regionalentwicklungsplan“ für die fünf neuen Bundesländer wurde ein „Operationelles Programm des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Entwicklung des ländlichen Raumes und zur Förderung der Verarbeitung und Vermarktung von land-, forst- und fischwirtschaftlichen Erzeugnissen für den Zeitraum 1994 bis 1999“ erstellt. Damit entstand auf Landesebene ein erstes langfristiges Planungs- und Finanzierungsinstrument für die Landwirtschaft nach den politischen Veränderungen von 1989/90, das auch den Landwirten in den verschiedenen Betriebsfor-

men Möglichkeiten für Investitionen und andere weitreichende Maßnahmen bot. Besonders die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur erhielt dadurch einen erheblichen Schub, der sich bald in sanierten Wegen, Straßen und einem sichtbar verschönerten Dorfbild zeigte.

[32) Bundesgesetzblatt 1993, Teil I, S. 1865.

Tab.7: Operationelles Programm M-V 1994-1999³³

Maßnahme-komplex	Bezeichnung	Zuständigkeit	EG-Beteiligung Mio. DM
I	ländlicher Wegebau, Dorferneuerung, Agrartourismus und agrartouristische Infrastruktur, umweltverträgliche Land- und Forstwirtschaft, Forstwegbau, Flurneuordnung, freiwilliger Landtausch	Landwirtschaftsminister	571,14
II	Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung, wasserwirtschaftliche und kulturbau-technische Maßnahmen, Umwelt- und Naturschutz/Landschaftspflege, Erhaltung wertvoller Kulturlandschaften	Umweltminister	284,20
III	Technische Hilfe	Landwirtschaftsminister	5,88
IV	Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei sowie zur Umstrukturierung der Lebensmittelindustrie	Landwirtschaftsminister	527,24 dar. 137,2 FIAF
I-IV	Summe		1.388,46

[33) <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/ DS I/3679>.

Tab. 8: Finanzplan 1994 bis 1999 Mecklenburg-Vorpommern³⁴ (in TDM)

Öffentliche Aufwendungen					
Maßnahme- komplex	davon: EG	davon: Bund/Land	Gesamt	Eigenanteil off. und priv. Investoren	Gesamt-in- vestsumme
I	571,144	190,381	761,525	380,761	1 142,286
II	284,200	284,200	568,400	378,933	947,333
III	5,880	1,960	7,840	2,613	10,453
IV	527,240	**	**	**	1066,975
Summe	1388,464	476,541	1337,765	762,307	3167,047

[34] Ebd.

Hinzu kamen die Möglichkeiten, die das LEADER-Programm (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale – Aktion zur ländlichen Entwicklung auf Initiative der Europäischen Kommission) der europäischen Gemeinschaft zur Verbindung zwischen verschiedenen Initiativen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft bot und mit dem seit 1991 modellhaft innovative Aktionen im ländlichen Raum gefördert wurden. Das Programm ging erheblich über die Landwirtschaft hinaus und förderte auch touristische, handwerkliche oder kulturelle Aktivitäten. Deshalb war es auch in die Maßnahmen des EAGFL eingebunden. Lokale LEADER-Aktionsgruppen, die nicht zwingend an Kreisgrenzen gebunden waren, erarbeiteten gemeinsam mit den lokalen Akteuren Entwicklungskonzepte für ihre Region. Eingebunden waren auch regionale Tourismusverbände und andere Organisationen. Ziel war, die benachteiligten ländlichen Regionen in Europa nachhaltig auf dem Weg zu einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Die autarken lokalen Aktionsgruppen sollten besonders die Zielgenauigkeit der Förderung in den sehr kleinteiligen Regionen erhöhen. In Kombination mit der Denkmalförderung des Landes (in starkem Maße begleitet durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz) wurden dadurch auch Gutshäuser, Dorfkirchen oder denkmalgeschützte Wirtschaftsgebäude erhalten und für eine ständige Nutzung saniert. Auch hier stand die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze im Vordergrund, was

dann allerdings nicht immer in eine Kontinuität und Selbständigkeit mündete.

Dr. Renate de Veer,
Kunsthistorikerin, Stralendorf/Darze



Es war 1992 nicht abzusehen, wie aktuell und brisant das Thema werden sollte, den ländlichen Raum als geschichtlich geprägte Kulturlandschaft zu erhalten. Seit dieser Zeit befasste ich mich in der Publikation „Steinernes Gedächtnis“ – eine Arbeit zur Agrar-, Kultur-, Kunst-, und Bau-geschichte – mit den Gutsanlagen in Mecklenburg und Vorpommern und ihren die Landschaft prägenden Bauten; dazu gehört gleichermaßen die Komponente Dorf.

Schon damals gab es Gründe, besorgt zu sein, dass nicht die Traditionslinie einer bedachtsamen (langsamen) Entwicklung dieser ländlich geprägten Regionen, sondern durch die neue Wachstumsphase das auf schnellen Gewinn zielende Wuchern den Vorrang bekäme.

Durch maßgebliche Organisation einer Tagung (12.-13. November 1993) unter der Ägide der Friedrich-Ebert-Stiftung hoffte auch ich dazu beizutragen, diesen ländlichen Raum als einen *genius loci* sichtbar zu machen – sichtbar zu machen, dass eben nicht überall auf die gleiche Weise gebaut werden kann.

Dem ehrenamtlichen Engagement eines „Arbeitskreises Dorferneuerung“ stand das staatlich aufgelegte „Landesverschönerungsprogramm“ konträr gegenüber – nach fast zwanzig Jahren prägen nicht mehr, wie noch vielfach bis 1995, die Silhouetten der Gutsanlagen die Regionen; die meisten Dörfer sind verstört, sie haben sich vollständig gewandelt, ihre harmonische Einbettung in die Landschaft verloren; viele sind gesichts- und geschichtslos und damit beliebig austauschbar geworden. Der zudem stattgefundene Abbruch allzu vieler landwirtschaftlicher Bauten (vor 1953 entstandene) war eine politische Entscheidung – bleibt zu wünschen, dass der immer noch großartige Fundus, namentlich an Gutshäusern, wenigstens seinen *terminus technicus*, das Wort „Gutshaus“, im offiziellen Sprachgebrauch bewahren kann: wenn ein Wort stirbt, sterben tausend Gedanken ... z.B. das Wort „Gutsanlage“. Das Wegräumen von Architektur bedeutet ein Wegräumen von sichtbarer Geschichte: Niemandem kann etwas fehlen, wovon er nichts weiß.

Bis zum Jahr 2000 veränderten sich durch diese verschiedenen nationalen, europäischen oder regionalen Förder- und Entwicklungsinstrumente und durch den Wandel, verbunden mit einer Konsolidierung der inneren Struktur, die landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern erheblich.

Die absolute Zahl der Betriebe stieg von 3.176 im Jahre 1991 auf 5.226 im Jahre 2000. Die durchschnittliche Betriebsgröße sank von 410 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf 262 ha. Davon verringerte sich der durchschnittliche Anteil an Ackerland von 318 ha auf 207 ha.³⁵

[35] www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/la/index.jsp.

1994 waren in Mecklenburg-Vorpommern noch 61 % der Nutzflächen von Unternehmen in der Rechtsform juristischer Personen bewirtschaftet, davon 24 % durch Agrargenossenschaften, 25 % als Agrar-GmbH und 11 % als GmbH & Co. KG.

Insgesamt entwickelten sich die Größenverhältnisse für die Erfordernisse an eine moderne Agrarproduktion in Mecklenburg-Vorpommern außerordentlich günstig. 1993 bewirtschafteten 92 % der Betriebe landwirtschaftliche Flächen über 200 ha.³⁶

Ein weiteres eigentumsrechtliches Problem neben der latenten Bodenreformproblematik war die Rückübertragung von Grundeigentum an Alteigentümer. Vor 1945 und nach 1949 zwangseigneter Boden konnte durch die enteigneten Familien zurückgefordert werden. Das war im „Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage“ (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz - EALG) am 27. September 1994 festgelegt worden.³⁷ Dieses Gesetz hatte besonders für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft sehr nachhaltige Wirkung. Denn darauf baute neben anderen eigentumsrechtlichen Fragen auch die Flächenerwerbsverordnung vom 30. Dezember 1995 auf, wonach als Entschädigungskompromiss für besatzungshoheitliche Entscheidungen Alteigentümer und deren Nachkommen, LPG-Nachfolgebetriebe und ortsansässige Wiedereinrichter Vergünstigungen beim Flächenerwerb erhalten sollten.³⁸ 1999 stoppte die Europäische Kommission diese Möglichkeit des verbilligten Bodenkaufs wegen der Unvereinbarkeit mit den europäischen Wettbewerbsregeln und forderte eine Novellierung des Gesetzes. Das ließ zahlreiche Aktivitäten in diesem Bereich wieder stagnieren. Die seit 1998 in Deutschland erstmalige

[36] Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Band 1 Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Schwerin 1995, S. 60.

[37] BGBl. I, 1994, S. 2624 ff.

[38] BGBl. I, 1995, S. 2072 ff.

rot/rote Landesregierung aus SPD und PDS wurde deshalb durch die Abgeordneten der Regierungskoalition im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns dazu aufgefordert, die wegen dieser „Wettbewerbsverzerrung“ im Bundestag geplante Änderung des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes im Bundesrat abzulehnen, um die Rechts- und Planungssicherheit nicht zu gefährden. Auch die Option auf Pachtkauf wurde gefordert, um die finanziellen Belastungen der Landwirte zu verringern.³⁹

[39] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/736.

Während schließlich die Klausel zur Ortsansässigkeit gestrichen wurde, konnte der 35 %ige Preisnachlass zum Verkehrswert beim Flächenkauf erhalten werden.⁴⁰

Heftige und kontroverse Debatten, die teilweise auch durch die Medien noch zugespitzt wurden, löste immer wieder die Frage der Rechtmäßigkeit der Bodenreform aus. Die Auseinandersetzungen kulminierten öffentlich zum 50. Jahrestag dieser landwirtschaftlichen „Umverteilung“, 1995.

[40] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Dritte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2002. Schwerin 2003, S. 461.

Christel Deichmann,
Diplomingenierin (FH),
Mitglied des Bundestages 1994 - 2002



1. Wann, wie und ggf. wo konnte ich mich einbringen bei der Entwicklung des Ländlichen Raums von MV?

Kommunalpolitisch: seit 1990 als Gemeindevertretungsmitglied in Holthusen, seit 1997 bis heute als Bürgermeisterin der Gemeinde Holthusen

In der Bundespolitik :1994 – 2002 als Bundestagsabgeordnete, 1994 – 1998 ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion u.a. für Klärschlammverordnung und für Agrarsozialreform 1997, die besonders für die Alterssicherung der Frauen einen großen Fortschritt brachte; Mitarbeit bei Flächenerwerbsverordnung, stellv. Mitglied im Umweltausschuss u.a. 1998 gegen Flächenverkäufe in Naturschutzgebieten an kapitalkräftige Bewerber,

1998 – 2002 ordentliches Mitglied im Umweltausschuss, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion u.a. für Novellierung Bundesnaturschutzgesetz 2001, stellv. Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Weitere allgemeine Schwerpunkte: Frauen im ländlichen Raum; Unterstützung Existenzgründerinnen; Gesetz zu der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen;

Mitwirkung in Verbänden: insbesondere Landschaftspflegeverbände (LPV) = Mitbegründerin des LPV Krakow a. See; Mitglied im Bundesvorstand, 2002 – 2008: Vorsitzende der Stiftung Umwelt- und Naturschutz MV

2. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von MV sehr gut gelungen? Die Verbesserung der Infrastruktur im ganzen Land bis hin zum Ausbau des Wanderwegnetzes; die Bewahrung bzw. Instandsetzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – MV ist nicht nur das Bundesland mit den meisten Nationalparks / Biosphärenreservaten usw., sondern auch außerhalb der Schutzgebiete sind Natur und Landschaft in einem guten bis sehr guten „Zustand“; Die Förderung des gemeinschaftlichen Lebens – auch über Vereine und Verbände hinaus

3. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von MV überhaupt nicht gelungen? Ich finde nicht, dass in diese Rubrik etwas fällt

4. Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums in MV?

Die bessere Finanzausstattung der Kommunen und einen gerechteren Finanzausgleich. (Für die Gemeinde Holthusen fällt 2011 die Schlüsselzuweisung weg, weil 2009 die Gewerbesteuererinnahmen gut waren – Gewerbesteuererückzahlungen wurden schon nicht mehr berücksichtigt!!! Gleiches gilt für die Berücksichtigung des Altersaufbaus – als rel. junge und bewusst kinderfreundliche Kommune hat diese Gemeinde u.a. hohe Kinderbetreuungskosten und Schullastenbeiträge zu tragen....

Im Gegenzug fasst die Landeshauptstadt trotz ihrer überproportionalen Förderung durch das Land immer mehr in unsere Taschen)

Eines muss immer mehr in den Blickpunkt der Diskussion rücken: die ländlichen Räume sind mehr als nur Ausgleichsräume für die Ballungszentren, sondern sie sind eigentlich die Räume, in denen die Zukunft stattfinden wird, weil dort die größten Potentiale vorhanden sind, wenn man weiter in die Zukunft fort denkt.

Die PDS-Fraktion hatte 1995 eine aktuelle Stunde im Landtag zum 50. Jahrestages des Beginns der Bodenreform initiiert. Die Fraktionen nutzten die Stunde für unterschiedliche Stellungnahmen. Die PDS betonte die Schaffung eines breit gestreuten Bodeneigentums. Die CDU versuchte zwischen der „historischen Tatsache“ und dem „groben Unrecht“ zu relativieren und die SPD näherte sich dem Thema sachlich-chronologisch an, ausgehend vom Reichssiedlungsgesetz der Weimarer Republik bis zur Bodenverwertung über die Treuhandgesellschaft.⁴¹

Ein Jahr später brachte der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns fraktionsübergreifend eine „Entschließung gegen neuerliche Versuche zur Ausbebelung der Bodenreform“ ein, um zur Beruhigung und zur Rechtssicherheit im ländlichen Raum beizutragen. Darin heißt es, dass es erforderlich sei, „allen Bestrebungen der Interessenvertreter der Alteigentümer, die darauf gerichtet sind, die Bodenreform ohne Restitutionsanspruch aus besatzungshoheitlichen Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 rückgängig zu machen, mit Nachdruck entgegenzutreten“.⁴² Doch damit war die Diskussion noch lange nicht beendet. Immer wieder flammten die Ansprüche der Alteigentümer auf, die die

besatzungsrechtliche und besatzungshoheitliche Grundlage der Bodenreform anzweifelten. 1998 lud der Rechtsausschuss des Landtages zu einem Expertengespräch ein, und auf Antrag der SPD fand am 24. Februar 1998 eine Sondersitzung des Parlaments zum Thema „Bodenreform, insbesondere zu den Empfehlungen der CDU/CSU zum Flächenerwerb“ statt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte über eine Arbeitsgruppe einen Zwischenbericht zu „Enteignungen 1945 bis 1949“ erarbeiten lassen, der erneute Debatten auslöste. Das Thema eskalierte, als Michail Gorbatschow erst 1994 und dann 1998 noch einmal erklärte, mit Lothar de Maizière 1990 in Vorbereitung auf die deutsche Wiedervereinigung nicht über die Bodenreform als unveränderliche besatzungsrechtliche Maßnahme gesprochen zu haben. Damit wäre der Passus im Einigungsvertrag angreifbar gewesen.⁴³

Schließlich kam auch noch die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz in der Frage der Flächenerwerbungen unzulässig sei. Das konnte erst Ende 1999 korrigiert werden.⁴⁴ Erst damit war weitgehend eine Rechtssicherheit für die Eigentümer von Bodenreformland eingetreten, obwohl noch eine weitere Be-

[41] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Zweite Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 1998. Schwerin 1998, S. 273f.

[42] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Zweite Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 1998. Schwerin 1998, S. 274.

[43] Gorbatschow sagt die Unwahrheit, in: DER SPIEGEL 11/1998, S. 72.

[44] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Dritte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2002. Schwerin 2003, S. 460f.

schwerde in dieser Angelegenheit vor das Bundesverfassungsgericht getragen wurde. Offen blieb weiterhin die Frage eines Vorkaufsrechts von Alteigentümern bei der Privatisierung von ehemals volkseigenen Flächen – sprich: besonders der Flächen ehemals Volkseigener Güter. Zuvor waren bereits vielfach durch die Eigentümer von Bodenreformland Flächenverkäufe zu viel zu niedrigen Preisen erfolgt, um einer eventuellen Enteignung zuvorzukommen. Anders verhielt es sich mit dem in Treuhandverwaltung übergebenen ehemaligen volkseigenen Boden besonders aus dem Bereich der früheren Volkseigenen Güter. Erst seit 1993 war das Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern auch beratend und begleitend in den Verkauf von ehemaligen VEG und anderen ländlichen Liegenschaften durch die Treuhänder eingebunden.

Per 30. Juni 1994 befanden sich noch 1,4 Mio. ha landwirtschaftliche Flächen Mecklenburg-Vorpommerns in der Hand der Treuhandanstalt,

davon verwaltete die Tochter BVVG allein 1,14 Mio. ha. 516.647 ha waren davon verpachtet und nur 20.298 ha waren im Wesentlichen an Wiedereinrichter und Neueinrichter verkauft worden.

Pächter waren damit in erster Linie die großen landwirtschaftlichen Betriebe in der Betriebsform der juristischen Personen. Sie standen damit in erheblicher Abhängigkeit zur BVVG und waren aber gleichzeitig am meisten gefährdet durch einen eventuellen Verkauf der Flächen. Für einen Erwerb der Flächen durch die Pächter fehlte die Kapitaldecke. Ein spektakulärer Verkauf durch die BVVG war 1995 das frühere Kombinat für industrielle Mast (KIM) Ferdinandshof, das 1990 mit dem örtlichen VEG verschmolzen wurde, an den Augsburger Getreidehändler A. Osterhuber. Ferdinandshof war schon in der DDR mit 18.000 Bullen zum größten europäischen Rindermastbetrieb geworden und wurde nun auf 23.000 Bullen erweitert.

Tab.9: Verpachtete Flächen in Mecklenburg-Vorpommern 1994⁴⁵

Betriebsform	Treuhandanstalt		BVVG	
	ha	Prozent	ha	Prozent
Wiedereinrichter ohne Restitutionsanspruch	21.760	39,58	23.799	5,16
Ortsansässige Neueinrichter	11.333	20,61	6.317	13,68
Nicht ortsansässige Neueinrichter	14.055	25,56	26.357	5,70
Juristische Personen	7.032	12,79	274.012	59,35
Sonstige (Nebenerwerb u.a.)	51	0,09	5.796	1,26

[45] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/> DS 1/4716, S. 2.

Für die Agrargenossenschaften war es die Phase des Überlebenskampfes. Sie hatten sich neben den täglichen Aufgaben der Produktion mit Fragen der Rechtmäßigkeit der juristischen Umwandlung, Vermögensauseinandersetzung mit ehemaligen LPG-Mitgliedern, Entlastung von den Altschulden, der Sicherung der Pachtverträge mit den Bodeneigentümern und der Kreditbeschaffung für den laufenden Betrieb zu beschäftigen. 1994 wurden die Altschulden in Mecklenburg-Vorpommern für die Genossenschaften immer noch mit 860 Mio. DM ausgewiesen. Das Problem bestand besonders darin, dass die Tilgung fast vollständig durch die auf-

laufenden Zinsen aufgezehrt wurde. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht endete 1997 mit der Bestätigung der Altschulden, aber auch mit der Auflage an die Politik, die Möglichkeit für eine Entschuldung nachzubessern.⁴⁶

Hinzu kam eine ständige polemische Diffamierung dieser LPG-Nachfolgebetriebe und ihrer Führungskräfte überwiegend aus den alten Bundesländern. Wortmeldungen, wie die folgende aus dem Büro des renommierten Wirtschaftsprüfers Dr. Werner Kuchs in Kirch-

[46] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Zweite Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 1998. Schwerin 1998, S. 276.

heim, waren nicht dazu angetan, die aufgeheizte Situation zu entschärfen: „Alljährlich, wenn die Agrarberichte des Bundes und der Bundesländer vorgelegt werden, sind in den Medien, insbesondere der landwirtschaftlichen Fachpresse der neuen Bundesländer ‚Erfolgsberichte‘ zu lesen, die glauben machen wollen, die LPG-Unternehmen hätten sich stabilisiert und dass der Agrarstrukturumwandelungsprozess nach dem Zusammenbruch der LPG-Wirtschaft im wesentlichen abgeschlossen sei.“ Schon diese konjunktivische Formulierung suggeriert das Gegenteil. Die unrechtmäßige Aneignung fremden Vermögens und die unzulässige Subventionierung mit Steuergeldern vermittelt die Aussage auf der Homepage des Büros, dass „die LPG-Unternehmen unverändert – bis zum heutigen Tag – ganz überwiegend von der Substanz leben, der Substanz, die sich die LPGs bei ihrer Gründung im Zuge der Zwangskollektivierung durch Übernahme des Bauernvermögens angeeignet haben, das nach der Wende nur zum Bruchteil gemäß LwAnpG zurückgezahlt wurde und wodurch der Staat durch jährliche Millionensubventionen, Alt-schuldenentlastung und Verzicht auf Zinsen bezüglich der Alt-schulden nunmehr seit 1991

die Aufrechterhaltung dieses Unrechts gefördert hat.“⁴⁷ Derartige Polemik, die auch noch nach 2000 nicht aufhörte, unterstellte eine generelle Zwangskollektivierung aller Bauern in der DDR, eine generelle Verweigerung der Rückgabe von Inventarbeiträgen einschließlich einer Verzinsung für die Nutzung durch die LPG an die Bauern oder die Kapitalisierung der Alt-schulden als Eigenkapital (und nicht als Investition in öffentliche kommunale Aufgaben außerhalb des Landwirtschaftsbetriebes) in den Nachfolgegenossenschaften. Das Problematische daran war, dass derartige Äußerungen, wie im zitierten Fall, von Spezialisten für Landwirtschaftsrecht kamen.

Es ist auch den Regierungen und Parlamenten in Mecklenburg-Vorpommern hoch anzurechnen, dass sie sich von derartigen Polemik nicht von der Richtigkeit der Entscheidung für die Möglichkeit der gleichberechtigten Einrichtung agrarischer Genossenschaften in der bewussten Nachfolge der LPG neben den anderen rechtlichen Formen landwirtschaftlicher Unternehmen abbringen ließen.

[47) www.kuchs.de/7_1_Agrarberichte_des_Bundes_u.85.0.html

Prof. Dr. Theodor Fock,
Agrarwissenschaftler, Neubrandenburg



Seit Anfang der 1990er Jahre bin ich an der Hochschule Neubrandenburg im Studiengang Agrarwirtschaft tätig. In meiner Professur Agrarpolitik spielen ländliche Räume zwangsläufig eine große Rolle, heute eher mehr als vor fünfzehn Jahren. Der Arbeitsmarkt im ländli-

chen Raum interessiert mich seit langem und für Mecklenburg-Vorpommern wurde in meiner Arbeitsgruppe im Jahr 1996 die erste Studie (im Auftrag des damaligen Sozialministeriums) angefertigt, die den zukünftigen Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft untersuchte, eine Fragestellung, die nach dem drastischen Abbau in den ersten Jahren nach der Wende wieder aktuell wurde. Seitdem hat mich diese Fragestellung in allen ihren Facetten nicht mehr losgelassen.

Landwirtschaft und ihre Betriebe haben sich in beeindruckender Weise an komplett veränderte Verhältnisse angepasst. Heute gibt es viele Betriebe, von klein bis groß, konventionell oder ökologisch, die modern, effizient und meistens auch umweltgerecht produzieren. Wichtig ist vor allem, dieses sehr wettbewerbsstark im eu-

Tab.10: Leistungsfähigkeit der Agrargenossenschaften⁴⁸

Durchschnitt pro Genossenschaft	1998/1999	2000/2001
Arbeitskräfte gesamt	24,7	22,7
Arbeitskräfte/100 ha	1,69	1,52
LN in ha	1.472	1.493
dav. Ackerland in ha	1.222	1.243
Eigentumsfläche in ha	121	142
Pachtfläche in ha	1.431	1.412
von BVVG	398	360
von Privat	1.034	1.043
Milchreferenzmenge in kg	2.153.242	2.306.471
Zuckerrüben-Lieferrechte in dt	19.059	18.948

[48] *Wie Anm. 1, S. 31.*

Völlig neue Herausforderungen für alle Landwirte, egal in welcher juristischen Form sie tätig waren, stellten die Fördermöglichkeiten aus den verschiedensten Bereichen der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes oder des Landes Mecklenburg-Vorpommern dar, die in der ungewohnten Bürokratie der Antragstellung, Abwicklung und Gegenfinanzierung mit Eigenmitteln auch eine neue Kreativität der Antragsteller erforderten. Hier entwickelte sich

in vielen Fällen eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit beratenden Gremien und Unternehmen.

Doch die EG brachte für die Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern auch gravierende Probleme. Zum Hauptproblem im Marktfruchtbaubau wurde die Basisflächenfestlegung der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb appellierte der Landtag fraktionsübergreifend an die EG

ropäischen Vergleich. Im Unterschied zu vielen Bereichen in Industrie oder Handel gibt es auch eine vielfältige Eigentümerstruktur, vor allem aber zahlreiche Landwirte, die sich für „ihre“ Region mitverantwortlich fühlen.

Leider hat ein (zu großer) Teil der Bevölkerung im ländlichen Raum an diesen erfreulichen Prozessen nicht teilhaben können. Viel zu viele Menschen leben heute in Dörfern (oder leben nicht mehr dort, weil sie schon weg sind), die zwar von der Bausubstanz nahezu perfekt durch renoviert wurden, aber Lebens- und Arbeitsperspektiven fehlen. Es ist zu wenig gelungen, neue, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Was wünsche ich mir für die weitere Entwicklung?

Hier sollte angesetzt werden, eine stärkere Förderung von Menschen und sozialen Aktivitäten,

weniger in Straßen, Kanäle und Hausfassaden als bisher; vielleicht gelingt es so, bedrohliche Abwärtsspiralen zu stoppen. Es wäre auch wünschenswert, mehr auf die Fähigkeiten und Ressourcen der Menschen vor Ort zu setzen als auf externe Investoren. Als Hochschullehrer will ich natürlich auch nicht vergessen zu erwähnen, dass Bildung – als berufliche Bildung, im Studium und besonders auch die Weiterbildung – eine ganz wichtige Voraussetzung bleiben wird, um Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Man sollte auch nicht zu sehr auf scheinbar unabänderliche demografische „Fallbeile“ starren, sondern im kleinen vor Ort, in jedem Dorf, wie auf Landesebene und in Zusammenarbeit mit den Nachbarn Chancen und unkonventionelle Lösungen suchen. Dafür ist es wichtig, dass Politik und Verwaltung den Bürgern vor Ort mehr Verantwortung geben.

und den Agrarministerrat, die Agrarreform für Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich zu korrigieren, um den Anbau für 1993/94 auf verlässlicher Grundlage vornehmen zu können. Die Basisflächen - im Sprachgebrauch der EG Grandes Cultures: Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen und der Anteil der stillgelegten Flächen - sollten den realen Gegebenheiten angepasst werden. „In Mecklenburg-Vorpommern ist die Einbeziehung von weiteren 126.000 ha unerlässlich. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern stellt fest, dass die 1992 vom EG-Agrarministerrat getroffene Entscheidung den besonderen Verhältnissen des Landes nicht gerecht wird, da die zugrunde gelegten Anbauverhältnisse nicht den realen Bedingungen des Landes entsprechen. Die Ausdehnung der Basisflächen ist das Ergebnis der grundlegenden Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Unternehmen, der sich daraus ergebenden weitreichenden Umgestaltung der Anbauverhältnisse, des dramatischen Rückgangs der Tierbestände sowie der unzureichenden

Ableitung statistischer Aussagen.“⁴⁹ Die vorgeschriebene Basisflächenregelung gefährdete die erst begonnene langsame Konsolidierung der Landwirtschaft erheblich. Etwa 13 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen waren bereits stillgelegt. Der Landtag resümierte und forderte deshalb weiter: „Von 955.000 ha beihilfefähiger Flächen werden 144.000 stillgelegt. Über 100.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden extensiv bewirtschaftet. Durch die Bemessung der Quoten ist die Produktion der jeweiligen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ohnehin auf niedrigem Niveau festgeschrieben. Um die positive strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu unterbinden und den Landwirten ihre Zukunftsperspektive nicht zu nehmen, ist die Korrektur der Basisflächen notwendig.“⁵⁰

[49] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS/1/3468> (19.1.2011)

[50] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS/1/3468> (19.1.2011).

Prof. Dr. Christian Gienapp,

Agrarwissenschaftler, Gülzow



Der Aufbau der angewandten Agrarforschung für den Bereich Landwirtschaft, Gartenbau und Fischerei war für ein Hauptziel meiner Aktivitäten nach der Wende. Dieses Ziel wurde erreicht mit der Gründung der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern Gründung 1992, deren Direktor ich bis heute bin. Diese Anstalt verfolgt die Zielrichtung Stärkung des ländlichen Raumes

in seiner regionalen Wirtschaftskraft und Versorgungsstruktur; die ökonomische Existenz der landwirtschaftlichen Unternehmen im Land unter Anwendung umweltgerechter Produktionsverfahren langfristig abzusichern und wettbewerbsfähig zu gestalten und alternative Produktionsverfahren für die Landwirtschaft zu entwickeln, um neue Einkommensquellen für den ländlichen Raum zu schaffen (Bioenergie, Aquakultur)

Diese Zielrichtung ist von immenser Bedeutung, da sie zur Stärkung des ländlichen Raumes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen auf dem Land führt. Die Landesforschungsanstalt als Ressortforschung des Landwirtschaftsministeriums des Landes MV bietet dafür gute Voraussetzungen, an der Schnittstelle zwischen Grundlagenforschung und Praxis anwendungsbereite Produktionslinien zu entwickeln und dabei gezielt auf agrarpolitische Rahmenbedingungen des Landes, des Bundes und der EU zu reagieren. Kommunalpolitisch tätig war ich nach der Wende



An diese Phase der erfolgreichen Intervention und Korrekturbestrebungen europäischer Vorgaben bzw. an ihre kreative Umsetzung schloss sich die Phase der Konsolidierung der Landwirtschaft seit etwa 1995 an. Im Mittelpunkt der Probleme standen dabei die Altschuldentilgung und die langfristige Finanzierung der Genossenschaften.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft zeigte für Mecklenburg-Vorpommern eine weiter anhaltend rückläufige Tendenz, die zwar am Ende im gesamtdeutschen Trend lag, aber im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern in der absoluten Zahl am stärksten abnahm. Umgerechnet auf die LF sank die Zahl von 9,7 Beschäftigten/100 ha LF im

als erster Kreistagspräsident und Abgeordneter des Landkreises Güstrow und als Bürgermeister von 1990 bis 2003 der Gemeinde Gülzow

Sehr gut ist gelungen der Ausbau der Infrastruktur des Landes, der Erhalt und Ausbau der Kultur- und Naturlandschaften, der Aufbau der Tourismusregionen und die Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Unternehmen im Land.

Nicht gelungen ist der Erhalt der mittelständischen Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft als entscheidender Arbeitgeber im ländlichen Raum, der Abriss und die Entsorgung alter, nicht mehr genutzter Produktionsstätten und die Einigung darauf, nur einen zentralen Flughafen im Land zu fördern und auszubauen. Ich wünsche mir für den landwirtschaftlich geprägten Raum MV den Erhalt der angewandten Agrarforschung. Dabei darf es nicht darum gehen, „freiwillige Leistung“ oder „Pflichtaufgaben“.

Die Agrarforschung befasst sich mit der elementarsten Lebensgrundlage des Menschen – der Ernährung. Die Bekämpfung von Hunger, die Verlagerung von Anbauzonen durch den globalen Klimawandel, die Optimierung von Erträgen bei sinkender Ressourcenverfügbarkeit bei gleichzeitiger Verbesserung des Verbraucherschutzes, der Erhalt von Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit und die Perspektiven für die Menschen im ländlichen Raum sind die dringendsten Aufgaben, die zurzeit von der Gesellschaft zu lösen sind. Die Ressortforschung des Landes, die Landesforschungsanstalt, hat sich der Aufgabe angenommen, regionale Teillösungen zu erarbeiten. Damit leistet die Agrarforschung wichtige Aufgaben für die Gesellschaft und trägt gleichzeitig zur Stärkung der Agrarwirtschaft und des ländlichen Raumes bei.

Jahre 1989 bereits bis 1993 auf 2,1 Beschäftigte/100 ha LF.⁵¹ Der sicherlich in großen Teilen auch notwendige Arbeitskräfteabbau in der Landwirtschaft fand aber für die in den Dörfern lebenden Menschen keine alternative Kompensation in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes. Das Problem der Arbeitslosigkeit auf dem Lande wuchs in Mecklenburg-Vorpommern zu einem politischen Problem. Bis 1995 schieden 86 % der 1989 in der Landwirtschaft Beschäftigten aus ihrer Tätigkeit aus. Danach stabilisierte sich zwar die Zahl der verbleibenden Arbeitskräfte, aber die sozialen Fragen der auch nicht zur Abwanderung bereiten verbleibenden Arbeitslosen traten als Langzeitproblem immer deutlicher hervor. Maßnahmen der Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt fanden kaum Verstärkung und konnten überwiegend nur zeitweilig Abhilfe schaffen. Neue ländliche Wirtschaftszweige im Bereich des Tourismus zeigten nur vereinzelt Erfolgsaussichten.

1996 beschloss die Landesregierung eine „Konzeption zum Anbau, zur Markteinführung und zur Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen sowie deren energetische Nutzung“. Obwohl zu dem Zeitpunkt bereits 7 Projekte zur Biomasse- bzw. Pflanzenölverbrennung in Blockheizkraftwerken vorlagen, konnte wegen der hohen Eigeninvestitionen keins davon umgesetzt werden. Im Landkreis Güstrow wurde ein Pilotprojekt zum Einsatz von Schmierstoffen auf biogener Basis durchgeführt und an über 150 Maschinen und Geräten positiv getestet. Eine Spitzenposition in Deutschland nahm Mecklenburg-Vorpommern 1996 mit einem Anbaupotenzial von 190.000 ha Ölpflanzen bei der Herstellung und Anwendung biogener Treibstoffe ein. Verarbeitungsanlagen konnten aber im Bundesland aufgrund der ungünstigen Förderbedingungen trotz verschiedener Initiativen nicht errichtet werden.

Mecklenburg-Vorpommern blieb in diesen Feldern zunächst ausschließlicher Rohstofflieferant.

Verschiedene Forschungseinrichtungen des Landes engagierten sich im Bereich der „Nachwachsenden Rohstoffe“. Das Institut für Stressphysiologie und Rohstoffqualität Groß Lüsewitz der damaligen Bundesforschungsanstalt für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben bearbeitete ein vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gefördertes dreijähriges Forschungsthema „Biochemische Grundlagen und Methoden zur Erhöhung des Gehaltes und der Qualität von Getreidestärke für die industrielle Verwertung durch züchterische und agrartechnische Methoden“.

Zur Bündelung und Kooperation der verschiedenen Vorhaben wurde ein Facharbeitskreis „Nachwachsende Rohstoffe“ bei der Innovationsagentur Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

Seit 1993 wurde das Innovationszentrum für nachwachsende Rohstoffe INZENARO in Pasewalk durch das Wirtschaftsministerium als Schulungsorganisation und Netzwerk gefördert. Projekte zur Herstellung von Dämmmaterial aus Flachfasern oder die Verarbeitung von Pflanzenfasern und Stärke zu Formteilen, die Sanierung degradierter Niedermoore durch Schilfanbau und -verwertung oder die Massenproduktion volatiler Öle wurden in der Planung bearbeitet und begleitet. Eine besondere Förderung erfuhr auch der Versuchsanbau von Chinaschilf (*Miscanthus sinensis*), der sich allerdings als Fehlschlag erwies.⁵²

Im Juni 1999 wurde die Gut Dummerstorf GmbH insbesondere auf Initiative der SPD-Fraktion als 100%ige Tochter der mehrheitlich dem Land gehörenden Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH gegründet. Ihr Profil beinhaltet seitdem: die Produktion und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die kostenpflichtige Bereitstellung von Flächen, Betriebseinrichtungen und Dienstleistungen für Forschung und Lehre sowie die Erzeugung von erneuerbarer Energie (Elektro und Wärme). Damit war auch wieder ein Praxisbetrieb für die

[51] Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Band 1 Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Schwerin 1995, S. 55.

[52] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 2/1962.

Agrarforschung und –lehre als experimentelle Basis vorhanden.

1997 fiel die politisch und wirtschaftlich weitreichende Entscheidung des Bundesforschungsministeriums, die Insel Riems zum Hauptsitz des Bundesforschungsinstituts für Viruskrankheiten der Tiere zu entwickeln. Besonders der Wissenschaftsstandort im Umfeld der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald erhielt dadurch einen gravierenden und nachhaltigen Impuls.⁵³ Im Jahre 2000 stellte das Friedrich-Loeffler-Institut erstmals offiziell und amtlich einen BSE-Fall bei einem Rind fest. Das führte zum BSE-Skandal, der 2001 eskalierte. Die darauf entwickelten Methoden hatten seit 2002 eine kontinuierliche Abnahme der Fälle zur Folge.

Agrarpolitisch schloss das Millennium mit heftigen Protesten der Bauern gegen die ersten Entwürfe der „Agenda 2000“. Der Landesbauernverband machte gemeinsam mit den Landespolitikern mobil gegen die Pläne aus Brüssel, die zunächst die größten Gefahren für die besonderen Bedingungen der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern bedeutet hätten. Diese Proteste führten zu Überarbeitungen und Anpassungen in der Agenda.

Ein wesentliches Problem der Agrarproduktion blieben die Absatzmärkte. Dem sollte 1994 durch die Gründung einer Agrarmarketinggesellschaft Abhilfe geschaffen werden. Damit griff die CDU eine Idee der SPD aus dem Jahre 1991 auf. Die Begründung spiegelt die damalige Situation in Mecklenburg-Vorpommern: „Der Verbraucher griff zu den vermeintlich besseren, den westlichen Produkten, die oftmals vor allem durch ihre Aufmachung auffielen. Dieses Verbraucherverhalten änderte sich zwar bis zum heutigen Tage entscheidend, das Problem besteht aber weiterhin darin, dass landwirtschaftliche Produkte und deren Erzeugnisse in den großen Handelsketten nur spärlich zu

finden sind.“⁵⁴ Zwar hatte sich das Verbraucherverhalten in den neuen Bundesländern geändert und durchaus eine Sensibilisierung für arbeitsplatzerhaltendes Kaufverhalten hervorgebracht, aber das Angebot derartiger Produkte in den Supermärkten war überwiegend von anderen Faktoren abhängig.

[53] Steffens, Sabine, Wiege der Virusforschung. Eine Ausstellung zur 100-jährigen Geschichte des Friedrich-Loeffler-Instituts. Greifswald-Riems [2010].

[54] <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS 1/4749> (14.1.2011).



3. Europa regiert die Agrarwirtschaft –

Agenda 2000 und die Folgen

So gingen die Landwirte mit unsicheren Zukunftserwartungen in die Jahrtausendwende und in das 21. Jahrhundert. Dass sich in der Subventionierung der Landwirtschaft mit den Mitteln der Europäischen Gemeinschaft dringend etwas ändern müsste, war allen Beteiligten klar. Die Osterweiterung der Europäischen Staatengemeinschaft gab dann den letzten Anstoß zu grundsätzlichen Reformen. Die bisher fließenden umfassenden Subventionen waren noch auf die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft der 1950er Jahre zurückzuführen. Um die Produktion zu steigern, wurden damals die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte von der EG garantiert. Nicht abgesetzte Erzeugnisse wurden von staatlichen Stellen aufgekauft. Die EG übernahm eine Abnahmegarantie für alle landwirtschaftlichen Produkte. Einfuhrabgaben glichen die Differenzen zu den Weltmarktpreisen aus. Für die Einführung landwirtschaftlicher Produkte galt eine Obergrenze. Marktwirtschaft-

liche Mechanismen waren damit außer Kraft gesetzt. Schon seit Mitte der 1980er Jahre führte das zur Überproduktion von Lebensmitteln. Die Überschüsse wurden dann stark subventioniert auf dem Weltmarkt verkauft, vernichtet oder eingelagert. Die Unsinnigkeit dieses Umgangs mit Lebensmitteln wurde angesichts des Hungers in der Dritten Welt auch zu einem politisch immer dringender werdenden Problem. Die Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft, durch die besonders landwirtschaftlich geprägte Staaten hinzukamen, machte die Notwendigkeit einer Reform schließlich unübersehbar und unaufschiebbar, sollten die bisherigen Ausgleichs- und Fördermechanismen nicht kollabieren.

Wesentliche Bestandteile der im März 1999 beschlossenen Reformen waren die „Erhöhungen der Ausgleichszahlungen für Ackerkulturen zur Abmilderung von Preissenkungen, die Festschreibung der obligaten Flächenstilllegungen für den Zeitraum 2000 bis 2006, die Verschiebung der Reform der Milchmarktordnung auf das Wirtschaftsjahr 2005/2006, die Erhöhung der Plafonds für prämierten Rinder sowie der Verzicht auf marktstabilisierende Interventionsaufkäufe bei Getreide (ab dem Wirtschaftsjahr 2000/2001 und in zwei Schritten um 15%), Butter und Magermilchpulver (ab dem Wirtschaftsjahr

2005/2006 in drei gleichen Schritten um 15 %“.⁵⁵

Die gestützten Preise für Rindfleisch sollten um etwa 30 %, für Getreide um 20 % und Milch um 15 % gesenkt werden. Die Entkopplung der Preise sollte ab 2007 erfolgen. Dabei blieb es den Mitgliedsstaaten freigestellt, bereits im Jahre 2005 damit zu beginnen. Die EG wollte ländliche Regionen stärker fördern. Die Zahlungen zwischen 2000 und 2006 wurden auf 213 Milliarden Euro begrenzt. 195 Milliarden Euro entfielen auf die Strukturfonds, die in Deutschland alle neuen Bundesländer betrafen, um Entwicklungsdefizite auszugleichen. 18 Milliarden entfielen auf die Kohäsionsfonds, durch die Projekte für die Umwelt und die Integration in die transeuropäischen Verkehrsnetze gefördert werden sollten.

Der Landtag führte zu dem Thema am 16. März 1999 eine Sondersitzung durch. Während die Regierungskoalition aus SPD und PDS die Agenda 2000 als „anspruchsvolle Herausforderung für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ bezeichnete und die Regierungsarbeit dazu lobte,⁵⁶ lehnte die CDU-Fraktion in einer Entschließungsvorlage die Vorschläge der EU-Kommission in den entscheidenden Passagen ab und forderte eine grundlegende Überarbeitung.⁵⁷ Schließlich wurde im Mai 1999 durch die Regierungskoalition der Beschluss gefasst, dass die Landesregierung sich beim Bund dafür einsetzen solle, die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen durch mehr Marktanpassung und Anpassung der Betriebsstrukturen zu fördern, die Einkommenseinbußen für die Landwirte zu minimieren und die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume zu verbessern. Dazu sollten auf Landesebene die entsprechenden Förderinstrumente und besonders auch die Beratung der Landwirte verbessert werden.⁵⁸

Agarpolitische Hauptthema wurde für die

[55] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007, S. 508.

[56] Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/245.

[57] Ebd. Drucksache 3/253.

[58] Ebd. Drucksache 3/365.

Prof. Dr. Mathias Grünwald,

Zoologe, Neubrandenburg



Wo konnte ich mich einbringen?

- Als Mitglied im Beirat für Natur und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, des wissenschaftlichen Beirats des (früheren) Umweltministeriums, in themenbezogenen Arbeitskreisen der Landesverwaltung und in vielen Verbändegesprächen mit Mitgliedern der Landesregierung
- im Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V., seit 2002 auch als Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, oft in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Bürgerinitiativen
- durch Betreuung, Anleitung und Durchführung wissenschaftlicher und planerischer Arbeiten und Projekte zu Einzelfragen der Entwicklung des ländlichen Raumes
- nicht zuletzt durch praktische Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die ich mit meinen Studierenden und in Zusammenarbeit mit vielen Partnern durchführe

Was ist gut gelungen?

- Gründung der Nationalparke, Biosphärenreservate, Naturparke neuer Prägung, Einrichtung von Naturschutzgebieten
- Ausweisung des Schutzbietsnetzes „Natura 2000“ (FFH- und EU-Vogelschutzrichtlinie), wengleich auch in einem mühevollen Prozess, der unnötigerweise vier Tranchen zur Erreichung des fachlich gerade ausreichenden Gebietsumfangs benötigte.

Was ist überhaupt nicht gut gelungen?

Es fehlt nach wie vor eine in sich konsistente Strategie des Landes zur Entwicklung des ländlichen Raumes, da man von allem etwas will. So passen z.B. Agrogentechnik und wenig tier- und umweltgerechte Massentierhaltung nicht zusammen mit dem Anspruch, Tourismus- und Gesundheitsland Nummer 1 werden zu wollen. Hier wären u. a. wirklich konsequente Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes, stärkere Förderung des Öko-Landbaus und qualitätsvolle Premiumprodukte die passenden Antworten.

Was wünsche ich mir für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes

- Eine Politik mit klarer Schwerpunktsetzung, die an den Stärken des Landes ansetzt und auf eine Bündelung der Kräfte ausgerichtet ist, erscheint Erfolg versprechender als eine Politik, die es ohne eigenes Profil allen recht machen will.
- Dass der demographische Wandel verstärkt auch als Chance begriffen wird.

Folgezeit die Anpassung nationaler Bedingungen an die Vorstellungen und Gesetze der Europäischen Gemeinschaft und speziell für Mecklenburg-Vorpommern die nationale und europäische Sensibilisierung für den immer noch nicht abgeschlossenen Übergang aus den sozialistischen in die marktwirtschaftlichen Bedingungen im Agrarsektor. Daher hieß das Thema für eine Aktuelle Stunde am 10. Dezember 2003 im Landtag auch folgerichtig: Nationale Beschlüsse zur Umsetzung der EU-Agrarreform – Perspektiven für unser Land“.⁵⁹

In Mecklenburg-Vorpommern sah die Situation in der Landwirtschaft noch problematischer aus als in den anderen deutschen Bundesländern.

[59) Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007, S. 510.

Tab.11: Landwirtschaftliche Produktion in Mecklenburg-Vorpommern⁶⁰

	Einheit	1991	2000	2003
Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl	3.176	5.226	5.229
LF	in: 1.000 ha	1.297	1.367	1.350
davon: Ackerland	in: 1.000 ha	1.012	1.082	1.073
Getreide	in: 1.000 t	2.869	3.940	3.472
Kartoffeln	in: 1.000 t	673	640	544
Zuckerrüben	in: 1.000 t	1.507	1.420	1.381
Raps und Rübsen	in: 1.000 t	377	726	757
Gemüse	in: 1.000 t	36	44	32
Milch	in: 1.000 t	1.258	1.350	1.360
Eier	in Mill. Stück	434	379	438
Schweine (Bestandszahl)	in: 1.000 Stück	1.153	636	688
Rinder (Bestandszahl)	in: 1.000 Stück	731	594	567
Schlachtmenge	in: 1.000 t	125	92	94

[60) www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/la/index.jsp (10.12.2010); Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Tabellenanhang, Schwerin 2004.



Diese Zahlen machen einige signifikante Veränderungen deutlich. Zunächst erhöhte sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe bis 2000 um etwa ein Drittel und blieb dann auf dieser Zahl stabil. Da die landwirtschaftliche Nutzfläche nur geringfügig wuchs (durch veränderte regionale Gliederung), bedeutete das gleichzeitig eine durchschnittliche Verkleinerung der Betriebe. Lag die durchschnittliche Größe 1991 noch bei 408 ha, schrumpfte sie bis

2000 auf 262 ha. Diese Entwicklung bekommt eine zusätzliche Brisanz, wenn berücksichtigt wird, dass die Agrargenossenschaften von der Gesamtfläche 18,4 % bewirtschafteten und in dieser Betriebsform die durchschnittliche Größe der LF bei 1.400 ha lag.

Die flächenbezogenen Ausgleichszahlungen an die Landwirte betragen in den Jahren 2000 bis 2003 für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt weit über eine Milliarde Euro.

Tab.12: Flächenbezogene Ausgleichszahlungen in Mecklenburg-Vorpommern (in Mio Euro)⁶¹

Ausgleich für	2000	2001	2002	2003
Getreide	210,8	222,0	214,3	215,6
Eiweißpflanzen	7,7	7,6	7,3	7,1
Öllein	6,1	1,7	0,4	0,3
Stilllegung	40,6	44,1	43,5	45,4
Ölsaaten	127,6	81,5	67,0	63,6

[61] Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Tabellenanhang, Schwerin 2004, S. 1.

Während der Anbau von Zuckerrüben und Kartoffeln bis 2000 leider nicht ausgedehnt werden konnte, sondern einen leichten Rückgang verzeichnete, stieg die Getreideerntemenge um fast ein Viertel und die Raps- und Rübenernte verdoppelte sich sogar. Zwischen 2000 und 2003 ist dann ein weiterer Rückgang im Bereich der Kartoffelproduktion zu beobachten, während

der Anbau von Raps und Rüben weitere Steigerungsraten aufweist. In letzterem Fall liegt die Ursache eindeutig in der Verwendung des Öls für die Herstellung von Biokraftstoffen, die den Ölpflanzen, die im Anbau stark subventioniert wurden, seit dem Ende der 1990er Jahre einen enormen Schub verliehen. Rapsöl wird hauptsächlich als Kraftstoff bzw. zur Kraftstoffherstel-



lung verwendet. Die Vor- und Nachteile werden immer noch kontrovers diskutiert. Zum einen erhofft man sich durch die Nutzung von Bio-kraftstoffen eine Substitution von Kraftstoffen fossiler Herkunft. Damit dies in nennenswertem Umfang geschehen kann, müssen aber nachwachsende Rohstoffe in erheblichem Umfang angebaut werden. Das führt andererseits zu einer Verarmung der Fruchtfolge und auch zu einer erhöhten Nutzungs- und Flächenkonkurrenz bei der Lebensmittelerzeugung oder beim Umweltschutz (Erhaltung der Biodiversität).

Drastisch rückläufig ist dagegen die Schweinehaltung, die sich im Zeitraum der betrachteten 10 Jahre um fast die Hälfte verringerte. Zwischen 2000 und 2003 wurde dieser Rückgang nur geringfügig wieder aufgeholt.

Ganz anders stellt sich die Entwicklung des Rinderbestandes dar. Hier haben wir zwar auch einen Bestandsrückgang von 20 % zu verzeichnen, der aber primär auf die enorme Milchleistungssteigerung und die Quotierung der Gesamtzeugungsmenge zurück zu führen ist. Insgesamt lagen die Betriebsergebnisse im Jahre 2003 sichtbar unter den Resultaten des Vorjahres. Ganzjährig geringe Niederschläge beeinflussten die Erträge. Dadurch ging auch die Rentabilität zurück. Das konnte nicht durch gestiegene Erzeugerpreise ausgeglichen werden.

Lediglich die Zuckerrübenenerträge lagen über den Vorjahresergebnissen.⁶²

Auch die bereits ökologisch arbeitenden Betriebe litten unter Ertragseinbußen, die außerdem noch durch ungünstige Standortfaktoren verstärkt wurden. Nach der Verordnung über die ökologische Landwirtschaft der EG Nr. 2092/91 waren aus Mecklenburg-Vorpommern 2003 bereits 699 Unternehmen entsprechend zertifiziert. Davon waren 619 in der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produktion tätig. 80 weitere gehörten zu den Verarbeitungs- und Importbetrieben.⁶³

Das zeugt von einem Umdenken bei vielen Landwirten, einer neuen mitunter alternativ denkenden Erzeugergeneration, aber auch von einer erfolgreichen Förderpolitik. Interessant ist auch die Erscheinung, dass gerade aus dem Kreis dieser Produzenten immer wieder neue Ideen für touristische oder soziale Projekte in Verbindung mit kulturellen Initiativen und Projekten entwickelt und umgesetzt werden. Leider ist dadurch mitunter eine Verzettelung zu beobachten, da ähnliche Initiativen gleichzeitig beginnen und dann längere Zeit bis zur gemeinsamen Aktion benötigen.

[62] Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Zusammenfassung, Schwerin 2004, S. 1.

[63] Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2004, S. 31.

Hans-Joachim Hacker,

Rechtsanwalt,
Mitglied des Deutschen Bundestages,
Schwerin



Für die Entwicklung des Ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern waren Gesetze der demokratischen Volkskammer und des Deutschen Bundestages die entscheidende Voraussetzung. An den entsprechenden gesetzlichen Regelungen der Volkskammer wie Landwirtschafts Anpassungsgesetz und Vermögensgesetz habe ich als Parlamentarier mitgewirkt. Ebenso bei den Beratungen und Entscheidungen des Deutschen Bundestages zu offenen Vermögensfragen, die sich auch im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern stellten.

Ein großer Erfolg der Agrarpolitik des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind die Sanierung der dörflichen Wohnbereiche und der ländliche Wegebau. Durch die erheblichen finanziellen Fördermittel konnte das historische Antlitz der Dörfer erhalten und verschönert werden.

Im Zuge der Umstrukturierung der Landwirtschaft ist es leider nicht gelungen, eine breite Streuung des Produktivvermögens zu erreichen. Dies wäre z.B. auf dem Wege von Genossenschaften auf freiwilliger Basis theoretisch möglich gewesen. Die Folgen der Zwangskollektivierung in der DDR und die damit verbundene Abwanderung von „Hofnachfolgern“ waren ein Hemmnis, ebenso wie die konservative Agrarpolitik der Bundesregierung nach der Wiedervereinigung.

Ein Defizit ist auch, dass eine erhebliche Zahl von nicht mehr genutzten baulichen Anlagen der früheren LPG als Schandflecke in der Landschaft stehen. Ich wünsche mir eine Fortsetzung der Förderprogramme für den Ländlichen Raum und Fördermaßnahmen zur Ansiedlung von mittelständischem Gewerbe. Damit können Arbeitsplätze geschaffen und kann der Abwanderung entgegen gewirkt werden

Tab. 13 Zahl und Fläche der ökologisch arbeitenden Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2003⁶⁴

Anbau-, Kontrollverband	Anzahl der Unternehmen	Davon: Landwirtschaft	Fläche in ha
BIOPARK e.V.	387	364	80.837
Bioland e.V.	28	27	5.238
Demeter e.V.	10	10	569
Naturland e.V.	6	6	2.270
Gää e.V.	15	15	905
Ohne Verband	253	197	17.593
gesamt	699	619	107.412

[64] Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Tabellen. Schwerin 2004, S. 27.

Ein Wandel vollzog sich im Bereich der Beschäftigten. Die Zahl hatte sich seit 1999 bei etwa 23.000 (davon etwa 15.500 vollbeschäftigt) stabilisiert,⁶⁵ zeigte aber bereits den Trend zur Überalterung. Die Ergebnisse für die Heranbildung eines ausgebildeten Nachwuchses lagen aber unter den Erfordernissen für die kommenden 10 Jahre.

2001 erreichte die Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns den deutschen Höchstwert von über 1,3 Mrd. Euro. Die landwirtschaftlichen Betriebe profitierten von den Ausgleichszahlungen. Durch die Entkoppelung der EU-Subventionen von der Produktion ging dieses Ergebnis in den Folgejahren mit Schwankungen, aber doch tendenziell zurück. Das ist andererseits durchaus erstaunlich, da die Flächenproduktivität durch den geringen Viehbesatz je ha in Mecklenburg-Vorpommern auf hinteren Plätzen zu finden war.⁶⁶

Eine Erfolgsgeschichte begann im Bereich des gemeinsamen und koordinierten Marketings durch die Gründung des „Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage im Jahre 2000. In den Aufgabenbereich fallen Messebeteiligungen, Marktrecherchen oder temporäre Projekte mit anderen Partnern.

Diese Zeit bis zum Jahre 2003 kann als eine Übergangszeit in der Landwirtschaft betrachtet werden, in der die Ziele der Agenda 2000 diskutiert, modifiziert und schließlich weitgehend angewendet wurden. An der Notwendigkeit der Veränderung bestand kein Zweifel. Die konkrete Umsetzung traf viele Landwirte aber auch in bereits verinnerlichten Gewohnheiten, und die Subventionen gehörten bereits zur jährlichen betrieblichen Planung.

[65] Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Tabellen. Schwerin 2004, S. 1.

[66] Klüter, Helmut, Das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, Agrarindustrie und Tourismus, in: Beileites, Michael; Graefe zu Baringdorf, Friedrich Wilhelm; Grünbaum Robert, Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin 2010, S. 137.

4. Gemeinsame Agrarpolitik und Ankunft in Europa –

GAP-Reform 2003

Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg der Umsetzung der Agenda 2000 der Europäischen Gemeinschaft war die Entkoppelung der Prämienzahlung von der Produktion in der Landwirtschaft, die von dem SPD-geführten Landwirtschaftsministerium von Beginn an positiv begleitet wurde. Die Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft oder die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen wurde zur förderfähigen Prämisse erhoben und ersetzte die ausschließliche Förderung agrarischer Produktion. Damit wurde der Blick auf den Agrarsektor erheblich erweitert.

2002 konkretisierte die Europäische Kommission die Veränderungen in der mit der Agenda 2000 begonnenen Landwirtschaftspolitik. Der Paradigmenwechsel von Produktförderung zur Unterstützung der Produzenten (Entkoppelung der Ausgleichszahlungen von der Produktion) als Kernelement hatte sich nach umfassenden Diskussionen und Modifizierungen durchsetzen können. Für die bisherigen Direktzahlungen traten die betriebsgebundenen entkoppelten Beihilfen in Kraft.

Die Leistungen der Landwirte für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft rückte damit in den Mittelpunkt der Förderpolitik. An Stelle von Zahlungen für eine produzierte Menge sollten die Landwirte im Gegenzug höhere Auflagen im Bereich der Umweltziele einhalten. Tier-, Umwelt- und die Lebensmittelsicherheit traten als Kriterien für die Zahlungen in den Vordergrund („Cross Compliance“). Der Landwirt sollte sich unter Beibehaltung seiner Rolle bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zum Landschaftspfleger wandeln. Verstöße gegen diese Auflagen sollten mit Kür-

zungen von bis zu einem Viertel der Prämien geahndet werden.

Hannelore Monegel,
Diplom-Lehrerin, Teterow



Als Abgeordnete des Landtages MV von 1998-2006 war ich Mitglied des Landwirtschaftsausschusses und Sprecherin der SPD-Fraktion für Forst, Fischerei und Jagd. Außerdem leite ich seit 1999 den Landschaftspflegeverband Krakow am See, Mecklenburger Schweiz. Auf Landesebene bin ich eine von 4 SprecherInnen der Landschaftspflegeverbände. Seit Januar 2011 bin ich wieder in der Landespolitik aktiv als Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Fischerei-, Verbraucher- und Tierschutzpolitik.

Sehr gut gelungen ist die Organisation der Forstwirtschaft im Rahmen der Forstanstalt in Malchin. MV hat ein sehr gutes Jagdgesetz, welches den Wildschadensausgleich regelt. Hege und Pflege der Tier- und Pflanzenwelt sind ausgewogen geregelt. Die Landschaftspflegeverbände konnten durch ihre Tätigkeit eine sanfte Erschließung der Natur für Einheimische und Besucher unterstützen. Sehr gut gelungen ist auch der Ausbau der Infrastruktur durch Verzahnung von Landwirtschaft und Tourismus, Die Tierhaltung in MV hat sich in Qualität und Quantität nicht gleichmäßig gut entwickelt. Zu geringer Tierbestand insgesamt steht den zu großen Anlagen gegenüber. Die damit verbundene Abfallentsorgung ist für das Umfeld und die Humusqualität der Böden nicht gut verträglich. Ich wünsche mir eine wirtschaftliche Entwick-

lung im ländlichen Raum, die auf Agrarwirtschaft basiert, und durch Ganzjahresbeschäftigung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entsprechender Entlohnung die Motivation für ein aktives und kulturelles Leben befördert.

Die Entwicklung des ländlichen Raumes als „zweite Säule“ der GAP sollte durch eine einheitliche Umverteilung der Kürzungen in Höhe von 3 % der Ausgleichszahlungen europaweit gestärkt werden. Die konkrete Umsetzung der Maßnahmen wurde den Mitgliedsstaaten weitgehend freigestellt. Die von der Europäischen Kommission vorgegebenen Eckdaten der GAP bildeten lediglich den Rahmen.⁶⁷

Bis 2013 soll die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abgeschlossen sein. Nach einer breiten öffentlichen Debatte hat die Europäische Kommission einen Entwurf vorgelegt, in dem Optionen für die künftige GAP dargestellt werden und die Debatte mit den anderen Organen und mit Interessengruppen eingeleitet wird. Die Unterbreitung von Rechtsvorschlägen ist für das Jahr 2011 vorgesehen. Im Laufe der Erörterungen wurde von der Mehrheit die Auffassung vertreten, dass auch die künftige GAP eine starke gemeinsame, in zwei Säulen gegliederte Politik sein sollte. Die Nachhaltigkeit all dieser Maßnahmen wurde zu einer zentralen Forderung. Im Mittelpunkt stehen die Ernährungssicherheit, die Versorgung mit hochwertigen und vielfältigen Nahrungsmitteln, sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Zusammengefasst wurden die folgenden strategischen Ziele empfohlen:

„Erhaltung des Potenzials für die Erzeugung von Nahrungsmitteln auf einer nachhaltigen Grundlage in der gesamten EU, um die langfristige Ernährungssicherheit in Europa zu gewährleisten und zur Deckung des wachsenden weltweiten Nahrungsmittelbedarfs beizutragen, der nach Schätzungen der FAO bis 2050 um 70 % ansteigen dürfte. Die jüngsten

Fälle einer gestiegenen Marktinstabilität, die durch den Klimawandel häufig noch verschärft wird, lassen diese Tendenzen und Belastungen noch deutlicher zutage treten. Die Fähigkeit, für Ernährungssicherheit zu sorgen, ist für Europa eine wichtige langfristige Aufgabe und kann nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Unterstützung von landwirtschaftlichen Gemeinschaften, die die Europäer mit hochwertigen und vielfältigen Qualitätsnahrungsmitteln beliefern, die auf nachhaltige Weise im Einklang mit unseren Anforderungen in Bezug auf Umwelt, Gewässer, Tiergesundheit, Tierschutz, Pflanzengesundheit und öffentliche Gesundheit produziert werden. Die aktive Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen durch die Landwirte ist ein wichtiges Instrument, das zur Erhaltung des Landschaftsbilds, zur Minderung des Biodiversitätsverlusts und zum Klimaschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel beiträgt, eine wesentliche Grundlage für langfristige

Renate Holznagel,
Dipl. Veterinärmedizinerin,
Demmin



1. Wann, wie und gegebenenfalls wo konnte ich mich einbringen bei der Entwicklung des Ländlichen Raums von Mecklenburg-Vorpommern?

Seit 1991 bin ich Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und habe mich besonders in den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern stark gemacht. Als Mitglied der Evangelischen Synode konnte ich

[67] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007, S. 508.

weiterhin die Interessen des ländlichen Raumes vertreten. Sowohl im Landesfachausschuss Landwirtschaft und Umwelt der Landes-CDU Mecklenburg-Vorpommern als auch im Bundesfachausschuss der CDU konnte ich die Belange des ländlichen Raumes vertreten.

Als Mitglied des Kreistages Demmin konnte ich mich ebenfalls für die Entwicklung des ländlichen Raumes einsetzen.

Gerade Anfang der 90er Jahre wurden zahlreiche Gesetze erarbeitet (Landeswassergesetz, Landesnaturschutzgesetz, Abfallgesetz des Landes M-V und verschiedene Haushaltsgesetze).

2. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern sehr gut gelungen?

In den zurückliegenden 20 Jahren sind im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns meines Erachtens blühende Landschaften entstanden. Sowohl die Infrastruktur (Straßen-, Wasser und Abwasserversorgung) als auch die Umwelt (Wasserqualität, Ausweisung von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten) hat sich hervorragend entwickelt.

Die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen hat sich in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut entwickelt und ist heute wettbewerbsfähig. Ebenso hat sich auf Grundlage der hohen naturräumlichen Ausstattung der Tourismus auf den Platz 1 innerhalb der Bundesrepublik Deutschland entwickelt.

3. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht gelungen?

Große Aufgaben stehen meines Erachtens im Rahmen des demografischen Wandels und der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum für die kommenden Jahre an. Hier hätte ich mir in den vergangenen 20 Jahren eine dynamischere Entwicklung gewünscht.

4. Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern?

Ich wünsche mir für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern, dass der ländliche Raum auch in Zukunft für alle Generationen eine lebenswerte Umwelt- und Lebensperspektiven bietet. Hierzu gehören insbesondere die Möglichkeit der Einkommenserzielung, aber auch der Ausbildung und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Erhalt bestehender Arbeitsplätze sind die vordringlichsten Aufgaben der Zukunft. Ich wünsche mir, dass unser Land für Jung und Alt als attraktives Lebensumfeld erhalten bleibt.

wirtschaftliche Rentabilität.

Ein zentrale Ziel ist der Erhalt lebensfähiger ländlicher Gemeinschaften, für die die Landwirtschaft eine wichtige wirtschaftliche Tätigkeit ist, mit der lokale Arbeitsplätze geschaffen werden. Hieraus ergibt sich eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und gebietsbezogener Vorteile. Ein signifikanter Rückgang der lokalen Erzeugung hätte auch Folgen in Bezug auf Treibhausgase (THG) und charakteristische örtliche Landschaften und würde das Angebot, aus dem die Verbraucher auswählen können, verringern.⁶⁸ Diese zunächst eher wie ein Appell wirkende Zielstellung setzte eine völlig neue Einstellung der ländlichen Produzenten gegenüber der bereits seit Jahrzehnten geübten Praxis der Subventionierung voraus. Dieser Umdeklarungsprozess erforderte Zeit und viel Geduld. Deutschland präferierte die schnelle europaweite Einführung der Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion. Eine Prämierung

[68] Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen, Brüssel 2011, in: eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0672:FIN:de, S. 2f.



nach dem „Regionalmodell“ je Hektar unter Einhaltung von Umweltstandards für die Kulturlandschaft in Einheit mit der Bereitstellung sicherer und hochwertiger Agrarprodukte wurde favorisiert. Damit sind die Direktzahlungen im Sinne des „Cross Compliance“ an die Einhaltung von Umwelt-, Tierschutz und Qualitätsvorschriften gebunden.

Eine neue Situation für die Landwirtschaft in Europa ergab sich aus dem Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) im Jahre 2004 zur Europäischen Union. Die hohen Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft der osteuropäischen Länder, ihre schwache technische Ausstattung, das Fehlen von Lebensmittelnormen in vielen Bereichen und ihre oft noch auf Selbstversorgung orientierte Produktion sollten schrittweise an die Standards in der EU herangeführt werden.⁶⁹ Das erinnert in vielen Bereichen sehr stark an die Situation in den neuen Bundesländern in den ersten Jahren nach 1990.

Im September 2004 wurde die EU-Agrarreform auf dem Landesbauernkongress im Rahmen der 14.

[69] Weber, Gerald, Neue Perspektiven für die Agrarpolitik durch die EU-Osterweiterung, in: Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Die Umsetzung der EU-Agrarreform. Eine Halbzeitbewertung mit Ausblick in die Zukunft, Schwerin 2004, S. 47-65.

Landessausschuss für Landwirtschaft, Ernährung, Fischwirtschaft, Forst, Jagd und Gartenbau in Mecklenburg-Vorpommern (MeLa) ausführlich diskutiert. In der Folge ließ sich der Landtag vom Landwirtschaftsministerium über die Ausführungsbestimmungen zur Bindung der Direktzahlungen an den Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz und die damit verbundenen Kontrollen und Strafen informieren.⁷⁰

Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns hatte sich bis 2002 zum stabilsten Wirtschaftszweig des Landes entwickelt und lag mit 4,7 Mrd. Euro Umsatz und 1,1 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung immer noch weit vor allen anderen Branchen. Die maritime Wirtschaft als nächstgrößter Wirtschaftsfaktor im produzierenden Sektor erreichte davon nicht einmal ein Viertel. In Mecklenburg-Vorpommern betrug der Anteil der Land- und Ernährungswirtschaft stabil bis 2004 etwa 4,0 % an der Bruttowertschöpfung des Landes. Das war das Dreifache des Bundesdurchschnitts. In den Folgejahren sank dieser Wert, wie in der Bundesrepublik insgesamt, ständig. 2006 lag er nur noch bei 2,6 % mit einer Bruttowertschöpfung von 0,7

[70] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007, S. 511.

Mrd. Euro.⁷¹ In den beiden Folgejahren erholte sich die Landwirtschaft etwas und sank 2009 aber wieder auf einen Wert von 759 Mill. Euro Bruttowertschöpfung.⁷²

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen auch in ihren unterschiedlichen Rechtsformen war zu einer gewissen Stabilität gelangt. Allerdings ist eine langsame, aber stetige Zunahme der Anzahl der Betriebe in der Rechtsform einer juristischen Person zu verzeichnen, während die der natürlichen Personen sich nur unwesentlich veränderte. Auch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Nebenerwerb hat nach einer Phase der ständigen Abnahme bis 2005 im Jahre 2007 fast

wieder den Stand von 2001 erreicht. Die Zahl der Betriebe in der Form der juristischen Personen hat in dieser Zeit eine konstante Zunahme erfahren. Interessant ist die Erscheinung, dass sich dabei die eingetragenen Genossenschaften von 181 auf 159 bei etwa gleichbleibenden Betriebsgrößen verringerten, während die Zahl der GmbH von 396 im Jahre 2001 auf 518 im Jahre 2007 stieg, teils durch Betriebsaufspaltungen. Allerdings sank bei den GmbH gleichzeitig die durchschnittliche Betriebsgröße deutlich von 790 Hektar auf 603 Hektar.

[71] Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum

Mecklenburg-Vorpommern 2007-2013, Schwerin 2009, S. 33.

[72] Klüter, Helmut, Das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, Agrarindustrie und Tourismus, in: Beileits, Michael; Graefe zu Baringdorf, Friedrich Wilhelm; Grünbaum Robert, Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin 2010, S. 139.

Tab.14: Landwirtschaftliche Unternehmen nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern 2001 bis 2007⁷³

Rechtsform	2001				2003			
	Zahl	Betriebsgröße/ha - Ø	Fläche/ha	davon LFN %	Zahl	Betriebsgröße/ha - Ø	Fläche/ha	davon LFN %
Natürliche Personen	4.482	146	653.424	48,1	4.455	148	657.576	48,8
Dav.: Einzelunternehmen	3.774	98	370.632	27,3	3.766	100	376.998	28,0
Dav.: Haupterwerb	1.266	233	295.138	21,7	1.460	218	318.095	23,6
Nebenerwerb	2.504	29	73.385	5,4	2.306	26	58.903	4,4
Personengesellschaften	708	399	282.792	20,8	689	407	280.578	20,8
Dav. GbR	634	381	241.266	17,8	618	379	233.949	17,3
KG	56	735	41.153	3,0	64	678	43.407	3,2
Juristische Personen	744	948	705.252	51,9	774	893	691.017	51,2
Dav.: jur. Pers. D. öff. Rechts	8	165	1.316	0,1	6	128	769	0,1
Jur. Pers. D. priv. Rechts	736	956	703.936	51,8	768	899	690.248	51,2
Dav.: e.V.	23	31	722	0,1	32	27	855	0,1
e.G.	181	1.384	250.491	18,4	173	1.400	242.155	18,0
GmbH	396	790	312.785	23,0	430	736	316.420	23,5
GmbH & Co KG	118	1.049	123.768	9,1	113	995	112.450	8,3
AG	17	937	15.923	1,2	19	954	18.120	1,3
gesamt	5.226	260	1.358.675	100,0	5.229	258	1.348.593	100,0

[73] Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2003). Schwerin 2004, S. 4; Agrarbericht 2009 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2008). Schwerin 2009, S. 17.

Rechtsform	2005				2007			
	Zahl	Betriebs- größe/ ha - Ø	Fläche/ ha	davon LFN %	Zahl	Betriebs- größe/ ha - Ø	Fläche/ ha	davon LFN %
Natürliche Personen	4.348	156	677.415	49,9	4.581	154	704.423	52,0
Dav.: Einzelunternehmen	3.649	107	391.428	28,8	3.849	104	401.194	29,6
Dav.: Haupterwerb	1.307	238	310.687		1.362	242	329.414	24,3
Nebenerwerb	2.287	32	72.486		2.487	29	71.779	5,3
Personengesellschaften	699	409	285.987	21,1	732	414	303.229	22,4
Dav. GbR	613	385	236.020	17,4	599	378	226.181	16,7
KG	73	627	45.777	3,4	115	593	68.209	5,0
Juristische Personen	803	848	680.703	50,1	851	765	651.411	48,0
Dav.: jur. Pers. D. öff. Rechts	9	112	1.006	0,1	6	149	891	0,1
Jur. Pers. D. priv. Rechts	794	856	679.679	50,0	845	770	650.520	48,0
Dav.: e.V.	34	26	898	0,1	39	23	896	0,1
e.G.	168	1.392	233.812	17,2	159	1.411	224.279	16,5
GmbH	451	698	314.606	23,2	518	603	312.599	23,1
GmbH & Co KG	121	923	111.675	8,2	110	869	95.623	7,1
AG	17	972	18.459	1,4	18	938	16.878	1,2
gesamt	5.151	264	1.358.119	100,0	5.432	250	1.355.834	100,0

Die Beschäftigtenzahl hatte sich in der landwirtschaftlichen Produktion weitgehend stabilisiert und sank zwischen 2001 und 2007 lediglich um 1,4 % von 22.296 auf 21.348. Darunter stieg der Anteil weiblicher Beschäftigter sogar um 2,5 %, was aber immer noch nur etwas über ein Viertel der ländlichen Gesamtbeschäftigtenzahl ausmachte.⁷⁴ Der Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl in Mecklenburg-Vorpommern lag mit 4,4 % über dem Bundesdurchschnitt.⁷⁵ Auch die Erwirtschaftung von Gewinn lag bei den Agrarbetrieben des Landes mit 54.600 Euro erheblich über dem Bundesdurchschnitt von etwa 25.000 Euro. Das war auf die günstige Ausstattung mit Betriebsflächen zurückzuführen. Auch darin lag das Land bundesweit an der Spitze. Ebenso liegt die Arbeitsproduktivität um das 1,4fache höher als der gesamtdeutsche Durchschnitt.⁷⁶

[74] Agrarbericht 2009 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2008). Schwerin 2009, S. 17.

[75] Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007-2013, Schwerin 2009, S. 32.

[76] Ebd., S. 33.

Wolfgang Jaeger,
Diplomlandwirt, Penzlin



Mit der politischen Wende habe ich mich nach über 20jähriger Berufspraxis in der ostdeutschen Landwirtschaft der Arbeit für den landwirtschaftlichen Berufsstand und dessen Interessenvertretung verpflichtet und eingesetzt. Ich wurde Gründungsmitglied und erster Hauptgeschäftsführer des ersten einheitlichen Bauernverbandes in den neuen Bundesländern. Dieser Verband versteht sich als Anwalt des ländlichen Raums und hat seine Rolle nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt. Dabei versuchte ich mich federführend einzubringen.

Die landwirtschaftlichen Strukturen, die in M-V in den letzten 300 bis 400 Jahren entstanden, konnten zu großen Teilen erhalten bleiben, was wirtschaftlich vernünftig war. Dadurch wurde die Entwicklung der Landwirtschaft auch nach der Wende eine Erfolgsgeschichte und nicht wie die Industrie im Osten Deutschlands weitgehend demontiert.

Die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze konnte den Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft von 1989 bis ca. 2005 um bis zu 90% nicht ausgleichen. Damit wuchsen Unzufriedenheiten bei vielen Menschen im ländlichen Raum und der Frust „wegen nicht gebraucht werden“ nahm zu.

Ich wünsche mir, dass Wirtschaft (speziell Landwirtschaft), Politik, Umweltverbände und Initiativen ihrer gemeinsamen Verantwortung für unser Bundesland besser gerecht werden. Naturschutz, Tourismus und Wirtschaft bedingen einander, das gegenseitige Verständnis sollte wachsen, dabei muss Wissen und Bildung eine größere Rolle spielen als Ideologien.

Tab.15: Landwirtschaftliche Produktion in Mecklenburg-Vorpommern⁷⁷

	2004	2005	2006	2007
Landwirtschaftliche Betriebe	5.229	5.151		5.432
LF (in ha)	1.357,2	1.349,2	1.368,6	1.355,8
davon: Dauergrünland	270,4	265,9	273,4	
Ackerland	1.083,4	1.080,6	1.091,7	1.076,2
Davon: Getreide	596,3	587,9	571,5	574,3
Davon: Ölsaaten	235,4	234,5	244,9	257,6
Davon: Hackfrüchte	43,1	39,8	37,8	39,1
Davon: Ackerfutter	93,8	118,1	137,2	148,6
Davon: Silomais	73,4	78,7	87,8	99,2
Rinderbestand (1.000)	556,2	536,7	537,4	541,0
Davon: Milchkühe (1.000)	181,4	177,8	170,8	171,0
Milchproduktion (1.000 t)	1.352,3	1.362,6	1.349,3	
Schweine (1.000)	668,4	677,1	709,9	740,1

[77] Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007-2013, Schwerin 2009, S. 40.



Der Rinderbestand und die Milchproduktion waren damit seit 2000 etwa gleich und damit stabil geblieben. Die Milchquote wurde voll ausgeschöpft. Bei der Schweinehaltung war sogar eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, was besonders auf den Bau neuer Stallanlagen und die entkoppelten Prämienzahlungen zurückzuführen ist.

Der Anbau von Getreide hat durch die Entkoppelung bis 2006 deutlich abgenommen, sich aber danach durch die Nachfrage auf dem Bioenergiesektor wieder stabilisiert. Der Anbau von Ölsaaten zeigte eine kontinuierlich steigende Tendenz. Hier ist die Verwertung zur Herstellung von Biokraftstoffen maßgebend gewesen. Eine geradezu explosionsartige Entwicklung nahm der Anbau von Futterpflanzen, der sich um die Hälfte erweiterte, darunter legte der Anbau von Silomais um ein Viertel zu. Hier ist die Ursache im Betrieb von Biogasanlagen zu sehen.⁷⁸

Das Hauptproblem jener Jahre waren die Erzeugerpreise für Milch und Schweinefleisch. Selbst leistungsstarke Betriebe konnten kaum die Kosten decken. Durch Sachverständige wurde dazu bereits 2004 bei einer Anhörung im Landtag dargelegt, dass der schnelle Strukturwandel etwa einem Drittel der Milchbauern die Existenz nehmen würde. Dieser Prozess wurde für Mecklenburg-Vorpommern in beschleunigter Form vorhergesagt. Geringe Eigenkapitaldecke, hohe Lohnkosten in Betrieben mit Arbeitnehmerverfassung seien die Ursachen, stellten die Sachverständigen heraus.⁷⁹

Entgegen diesen Einschätzungen blieb die produzierte Milchmenge stabil.

Die Geflügelproduktion wurde Anfang des Jahres 2006 durch die Feststellung des Vogelgrippevirus H5N1 bei einem Schwan nach seiner Untersuchung im Friedrich-Loeffler-Institut schwer getroffen. Die Vogelgrippe breitete sich rasant aus. 16.000 gesunde Puten, Gänse und Hühner mussten daraufhin vorsorglich getötet werden.

2010 erhielten in Mecklenburg-Vorpommern etwa 4.800 landwirtschaftliche Betriebe (davon etwa 2.500 im Haupterwerb) 403 Millionen Euro Direktzahlungen aus dem Fonds der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union. Das waren bereits 15 Millionen weniger als zuvor. Für konkrete Agrarumweltmaßnahmen flossen in Mecklenburg-Vorpommern allerdings darüber hinaus 49 Millionen Euro, für Ökolandbau 13,5 Millionen, als Ausgleichszahlung in benachteiligten Gebieten sechs Millionen, acht Millionen für umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren und knapp sieben Millionen Euro für die naturschutzgerechte Grünlandnutzung. Ab 2012/13 wird durch diesen Wandel eine einheitliche Flächenprämie von 318 Euro je Hektar LN für Mecklenburg-Vorpommern erreicht.

Ein wichtiges branchenpolitisches Ereignis war der Deutsche Bauerntag des Deutschen Bauernverbandes 2005 in Rostock, der damit erstmals in Mecklenburg-Vorpommern tagte. Die Mitgliederversammlung beschloss auf dieser Veranstaltung Leitlinien für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft als „Rostocker Erklärung“. Sie umfasst einen wettbewerbs- und marktbezogenen Orientierungsrahmen bis zum Jahre 2013. Dem war eine umfassende Diskussion über Chancen und Risiken der deutschen Landwirtschaft im Bauernverband, den Landesverbänden und abschließend unter den Delegierten des Bauerntages vorausgegangen. Die „Rostocker Erklärung“ wurde zu einem klaren Bekenntnis der deutschen Bauern zur EU-Agrarpolitik. Die deutsche Regierung wurde zu einem grundlegenden Richtungswechsel in der nationalen Agrarpolitik aufgefordert, der die Stärkung der bäuerlichen Unternehmen und

[78] Ebd.

[79] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007, S. 516.

ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft zum Ziel haben sollte. Auf nationale Alleingänge sollte verzichtet, bürokratische Hürden abgebaut, eine fördernde Steuerpolitik und eine verlässliche Agrarsozialpolitik des Bundes eingeleitet werden. Dazu wurden konkrete Vorschläge für eine entsprechende Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik unterbreitet. Spektakulär und besonders medienräftig war die Demonstration der Milchbauern vor der Rostocker Stadthalle gegen den ruinösen Preisverfall bei Milch und Milchprodukten.⁸⁰ Neben dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Harald Ringstorff (SPD), und Spitzenpolitikern der Bundesrepublik Deutschland trat auch der französische Landwirtschaftsminister, Dominique Bussereau, auf der Tagung auf.

Für die Agrargenossenschaften begann sich ein Ende der Altschuldenproblematik abzuzeichnen. Unter besonderer Initiative des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft von 1998 bis 2005, Gerald Thalheim, gelang es, die noch vorhandenen Altschulden zu halbieren und schließlich durch günstige Kredite abzulösen. Das befreite die noch tätigen

[80] www.bauernverband.de
/?suchbegriff2=Bauerntag+2005.

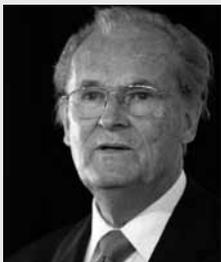
Agrargenossenschaften in den ostdeutschen Bundesländern von der langjährigen Doppelbelastung.

In Mecklenburg-Vorpommern sank zwar die Zahl von fast 200 Agrargenossenschaften auf etwa 150. Sie bewirtschaften aber nur leicht abnehmend etwa 17 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Wichtiger ist aber, dass ihre durchschnittliche Betriebsgröße konstant etwa 1.400 ha beträgt. Damit sind sie mit Abstand die größten landwirtschaftlichen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und liegen auch über dem ostdeutschen Durchschnitt von etwa 1.000 ha. Noch wichtiger ist, dass sie fast die Hälfte (45 %) der tierischen Produktion tragen.⁸¹ Die Spezialisierung im Bereich der Tierhaltung, aber auch die Erschließung neuer Wirtschaftsfelder, wie der Erzeugung von Biogas, ermöglichten neue Investitionen. Letzteres betraf die gesamte Landwirtschaft.

Als völlig neuer Wirtschaftszweig auf dem Lande hat sich die Energieerzeugung etabliert. Sie bindet besonders durch den gezielten Anbau energietechnisch verwertbarer Kulturpflanzen

[81] Backhaus, Till, Die Transformation der Agrargenossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern, in: Ilona Buchsteiner und Siegfried Kuntsche (Hrsg.), Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart. 50 Jahre nach der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR. Rostock 2004, S. 17.

Prof. Dr. Horst Klinkmann,
Arzt, Rostock



**Wo konnte ich mich einbringen,
was sollte gut gelingen?
Mitwirkung an dem Pilotvorhaben
„Gesund alt werden auf dem Lande“:**

Ausgangsbedingungen:

demografische Entwicklung nimmt insbesondere im ländlichen Raum zum Teil gravierende Formen an

- starke Überalterung der Kommunen und Gemeinden
- junge Leute ziehen in die Oberzentren, insbesondere junge Frauen im reproduktionsfähigen Alter - dadurch verschärft sich die Situation erneut.

Fachkräftesituation, insbesondere in den Pflegeberufen entwickelt sich dramatisch

- Kaufkraft und wirtschaftliches Potential nimmt ab, d.h. Dienstleistungen und Gewerbe ziehen sich aus der Fläche zurück
- Anzahl der Singlehaushalte nimmt zu / Familienstrukturen ändern sich
- fehlende Sozialkontakte der Alten werden u.a. beim Arzt kompensiert, was wiederum zur Belastung des sozialen Sicherungssystems führt (in Deutschland hat jeder Bürger durchschnittlich 18 Arztkontakte p.a. in Schweden 3).

ABER:

ohne das es ein spezielles Produkt oder Werbung (Marketing) gibt, gibt es Zuzug der Generation 55+ nach MV (Küste und Seenplatte) und es wird überwiegend Wohneigentum erworben.

Deswegen:

soll das Pilotvorhaben Erkenntnisse darüber bringen, ob neue Formen des Zusammenlebens in speziellen Siedlungen, die in die urbane Fläche einer Gemeinde / Kommune integriert werden, geeignet sind, dem Ansinnen / Bestreben der Alten gerecht zu werden, so lange wie möglich selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden zu leben

- dabei sollen soziale, kulturelle, medizinische und bildungsorientierte Dienstleistungen die Lebensqualität in der Gemeinde erhöhen, das Ehrenamt einen besonderen gesellschaftlichen Status erhalten und jungen Menschen / Familien eine berufliche Perspektive eröffnet werden
- letzteres bspw. durch die Aufnahme neuer Technologie in die Planung und Umsetzung (AAL Technologien), die das „Alleine Leben“ unterstützen (Baukastensystem) oder die

barrierefreie Umgestaltung von vorhandenem und die entsprechende Gestaltung von neuem Wohnraum

- ortsansässiges Handwerk kann durch Qualifizierung auf diese Nachfrage hin vorbereitet werden, erhält neue Aufträge und kann durch die Erfahrungswerte auch in anderen Regionen Märkte erschließen (auch die Wartung von technischen Anlagen und Geräten zählt hierzu)
- Infrastruktur in den Gemeinden kann durch die höhere Auslastung aufrecht erhalten werden (Kitas, Schulen, Einkaufsmärkte etc.)
- durch die Entwicklung neuer Dienstleistungen i.S.d. „Daseinsvorsorge“ können Gemeinden / Kommunen in Kooperationen mit anderen Gemeinden / Kommunen auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung flankieren (bspw. Aufbau eines Fahrservice zum und vom Arzt)
- kann durch Integration bspw. touristischer Angebote auch Neugierigen die Möglichkeit offeriert werden, ihren Lebensabend in MV zu verbringen (Länderstrukturausgleich, Erhöhung der Einwohnerzahlen ...)
- ein MV Produkt entstehen, das geeignet ist, in den Quellmärkten auf MV als Alterwohnsitz aufmerksam zu machen

Was ist nicht gelungen ?

Es ist in den vergangenen 20 Jahren nicht gelungen, das Verbleiben der jungen Generation zu sichern.

Was wünsche ich mir?

Ich wünsche mir, den ländlichen Raum so zu gestalten, dass er bei Beibehaltung seiner natürlichen Schönheit ein attraktiver Wirtschaftsstandort für die Ernährungs-, Gesundheits- und Tourismuswirtschaft wird.

in zunehmendem Maße landwirtschaftliche Nutzfläche und entzieht sie damit der Nahrungsgüterproduktion. Andererseits sind diese erneuerbaren Energien ein Beitrag zum Umweltschutz durch die Ablösung fossiler Brennstoffe. Generell sorgt dieser junge Bereich der

Landwirtschaft für immer größere politische Diskussionen über Sinn und Unsinn dieser Maßnahmen und in dem Zusammenhang auch über die Sinnhaftigkeit der umfassenden Förderung für den Anbau energietechnisch verwertbarer Kulturpflanzen.

.Tab.16: Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern (in MW)⁸²

Energieträger	2001	2005
Feste Biomasse	21,0	50,0
Gasförmige Bioenergie	14,8	51,3
Windkraft	664,0	1000,0
Wasserkraft	2,6	2,8
Fotovoltaik	1,8	6,0

[82) Tack, Fritz, Erzeugung und Nutzung biogener Kraftstoffe im ländlichen Raum, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die Umsetzung der EU-Agrarreform. Eine Halbzeitbewertung mit Ausblick in die Zukunft, Schwerin 2004, S. 80.

Mecklenburg-Vorpommern wurde dadurch schon bis zum Jahre 2004 zum bedeutendsten Rapsanbauland Deutschlands mit einer Fläche von etwa 220.000 ha. Das sind bereits 20 % der Gesamtackerfläche des Bundeslandes. Das zeigt eine besorgniserregende Tendenz zu einer Monokultur in einigen Landwirtschaftsbetrieben. Ein sehr geringer Teil wird davon im Kaltpressverfahren zur Herstellung von Speiseöl eingesetzt. Der größte Teil wird zu Kraft- und Schmierstoffen verarbeitet. Nur ein kleiner Nebenaspekt ist dabei die sichtbar zunehmende Werbung der Tourismuswirtschaft mit den blühenden Rapsfeldern. Die damit auch zunehmende Produktion von Rapshonig der überwiegend im Nebenerwerb tätigen Imker ist ein volkswirtschaftlich eher zu vernachlässigender Faktor.

Die 2002 gegründete Stiftung Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow hat sich für den Einsatz von Bioenergie in den Dörfern engagiert. Biomasse, Geothermie, Solar- und Windenergie sollen zur Versorgungssicherheit mit Energie beitragen und die Umwelt sauber halten oder sauber werden lassen. Klimaschutz, Erneuerbare Energien, der steigende Bedarf nach hochwertigen regionalen Lebensmitteln oder klimafreundliche Tourismusangebote finden sich im Fokus der Stiftung. Der Vorstandsvorsitzende der Akademie, Prof. Dr. Peter Adolphi meint: „Nachhaltigkeit ist ein Entwicklungsziel, das immer wieder und auch nach wie vor an der Sprödigkeit des Begriffes selbst zu scheitern droht. Die Akademie hat dies viele Jahre lang gespürt, wenn sie unterwegs war, unterstüt-

zungswürdige Projekte der Nachhaltigkeit im Lande ausfindig zu machen und entwickeln zu helfen.“ Unter dem Slogan „Bioenergiedörfer“ sind Energiegenossenschaften mit dem Ziel der Autarkie in kleineren ländlichen Regionen geplant.⁸³

Andererseits ist ein Rückgang der Grünlandflächen zu verzeichnen, wobei Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze liegt. Zwischen 2003 und 2007 gingen hier die Grünlandflächen um 4,8 % zurück. Das ist doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Konkret sind das 15.000 ha weniger Grünland, die überwiegend der Milchviehhaltung entzogen sind. Von Kritikern der Grünlandreduzierung werden zusätzlich noch die Umweltaspekte wie Wasserbindung und Bodenregenerierung angeführt. In der Argumentation wird auch der umweltbelastende Methananstieg durch die Rinderhaltung relativiert.⁸⁴

Im Agrarbericht 2009 des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern stehen die Krisenerscheinungen im Vordergrund, die auch die Landwirtschaft trafen. Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD) resümiert dazu in seinen Vorbemerkungen: „Die aktuelle Situation ist jedoch davon gekennzeichnet, dass die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie heftige Schwankungen der Agrarpreise an den Weltmärkten auch den

[83) <http://www.nachhaltigkeitsforum.de>.

[84) Ruppenner, Marion, Zukunft für Wiesen und Weiden. Plädoyer für eine Umkehr im Umgang mit Grünland, in: Landwirtschaft 2010. Der kritische Agrarbericht. Schwerpunkt: Boden, Konstanz/Hamm 2010, S. 29f.

Agrarsektor in Mecklenburg-Vorpommern voll erfasst haben.

Seit dem Sommer 2008 gibt es einen Abwärtstrend bei internationalen Preisnotierungen für Getreide und Milchprodukte von bis zu 50 %.

Dr. Ernst-Jürgen Lode,
Landwirt, Woldegk



Durch meine Tätigkeit als Geschäftsführer der Rinderzucht M-V und damit verbundenen Verbänden, als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde, Bonn und als Bürgermeister der Stadt Woldegk war bzw. bin ich jederzeit in die Entwicklung des ländlichen Raums eingebunden.

Mecklenburg-Vorpommern ist für mich der modernste, am besten strukturierte und zukunftsorientierte Agrarstandort Deutschlands, wahrscheinlich Europas. Produktion, ökologische und naturschutzrechtliche Belange wurden ausgewogen einbezogen - Ergebnis klarer politischer Entscheidungen in Abstimmung mit den Landwirten.

Begrenzt gelungen ist die Wertschöpfung. Die Landwirte haben zu wenig Anteil an der Veredlung.

Die Kombination von Agrarforschung (M-V verfügt über weltweit modernste Einrichtungen) und -produktion und Beachtung der Verantwortung für die Daseinsvorsorge sollten die Prämissen für die Zukunft sein. Den Agrarwissenschaften kommt in der Lehre wieder eine wachsende Rolle zu, sollen die Herausforderungen der Welternährung gelöst werden. Wer den Mut zum Titel Diplomingenieur in der Hochschulausbildung hat, sollte sich auch Gedanken

Demgegenüber stehen die gestiegenen Kosten für Futtermittel und Energie, was insbesondere bei tierhaltenden Betrieben negativ zu Buche schlägt. Der deutsche und europäische Milchmarkt zeigt sich seit Monaten in sehr schwacher Verfassung. Die Milcherzeugerpreise sind auf einen historischen Tiefstand gefallen.⁸⁵

Zu einem Dauerthema in den fünf neuen deutschen Bundesländern wurde die Bodenpolitik in der Frage der Besitzverhältnisse resultierend aus der Bodenreform, der Arbeit der BVVG und der begünstigte Flächenerwerb nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) von 1994 mit den damit verbundenen Klagen. Besonders die sogenannte „Nachschlagsregelung“ ließ die Diskussionen nicht verstummen. Danach konnten bereits begünstigte Bodenkäufer noch einmal in begrenztem Umfang subventionierten Boden erwerben. Eine aktuelle Stunde des Landtags führte fast zu einem Eklat, weil die CDU-Fraktion das von der PDS-Fraktion formulierte Thema „Das Bodenreformurteil des EuGH – Auswirkungen für Mecklenburg-Vorpommern“ als sachlich falsch erkannte und deshalb absetzen wollte. Tatsächlich ging es nicht um ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sondern um ein Urteil der Dritten Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Danach waren die Rechte der Erben von Bodenreformgrundstücken gestärkt worden. Der Ältestenrat klärte zugunsten der Sache. Die SPD unterstützte die Bundesregierung in einer geplanten Revision, während PDS und CDU das Vorgehen gegen das „Neubauernurteil“ ablehnten. 2005 fällte der EGMR zwei Urteile in dieser Sache. Danach wurde im „Alteigentümerurteil“ die Bodenreform als rechtmäßig anerkannt. Das „Neubauernurteil“ wurde allerdings revidiert und damit die Enteignung von 70.000 Erben von Bodenreformland rechtskräftig.⁸⁶ Weiteres Thema im Landtag war die Verpackungspraxis der BVVG, die durch Verkaufsbestre-

[85] Agrarbericht 2009 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2008). Schwerin 2009.

[86] Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007, S. 513 ff.

bungen eine ständige Bedrohung für die Pächter darstellte. Die Landwirte waren mit einem Kauf überfordert. Dieser Unsicherheit versuchte der Landtag mit teilweisem Erfolg entgegenzuwirken, um die Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu sichern. In jüngster Zeit zeigten sich immer stärkere Bestrebungen zum Landkauf durch nicht aktiv wirtschaftende, teils international agierende Investoren, die möglichst große zusammenhängende Flächen erwerben wollen und Bodenpreise zahlen, die oft von den hiesigen Landwirten nicht aufgebracht werden können. Im Januar 2010 gab es eine Einigung zwischen BVVG und den ostdeutschen Bundesländern als Kompromiss zwischen Verkauf und wirtschaftlicher Sicherheit für die bisherigen Pächter. Danach wurde für die Privatisierung der letzten 420.000 Hektar festgelegt, dass sie ohne Ausschreibung an die bisherigen Pächter verbilligt abgegeben werden können. Das kritisierten eine Reihe kleinerer Landwirte als Übervorteilung von „Großagrariern“, worunter besonders die LPG-Nachfolgebetriebe erhebliche Subventionsgewinne ziehen würden.⁸⁷

Gleichzeitig nutzen Großinvestoren nach der internationalen Finanzkrise 2009 den Bodenkauf als sichere Geldanlage. Damit werden die Bodenpreise unnatürlich in die Höhe getrieben und können von Landwirten kaum noch gezahlt werden, da der Ertrag aus den Böden den Kaufpreis nicht mehr decken kann. Besonders die BVVG gerät in diesem Zusammenhang verschärft in die Kritik, da sie versucht, die restlichen Flächen abzustoßen und dabei diese Konjunktur auf dem Bodenmarkt nutzt.

[87] Gerke, Jörg, die Auswirkungen der DDR-Agrarstrukturen auf Landwirtschaft und ländliche Regionen in Ostdeutschland nach 1990, wanskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihr in: Beletes, Michael; Graefe zu Baringdorf, Friedrich Wilhelm; Grünbaum Robert, Klassenkampf gegen die Bauern. Die Ze Folgen bis heute. Berlin 2010, S. 87 f.

machen, ob eine moderne Agrarfakultät in M-V, dem Land nicht gut zu Gesichte stehen würde. Zurzeit dominiert der Westen.

Ich wünsche mir volle Ausschöpfung der Wissenschaften, insbesondere der Genetik, als Grundlage unseres Wohlstandes, und keine Angst der Politiker vor modernen wissenschaftlichen Ergebnissen und Verfahren. Unsere Väter waren hier aufgeschlossener, weil sie Hunger kannten.

Prof. Dr. Wolfgang Methling,

Veterinärmediziner, Rostock



Die ländlichen Räume sind das schöne und vitale Gesicht des Landes.

Meine (Die Linke) Fraktion im Landtag hat sich eine zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume und die Unterstützung der einheimischen Landwirte auf die Fahnen geschrieben. So setzen wir uns z.B. dafür ein, dass der Boden jenen gehören soll, die ihn bewirtschaften, ihren Lebensunterhalt davon bestreiten und vielen Menschen Beschäftigung geben. Zahlreiche gut ausgebildete und motivierte Landwirtinnen und Landwirte haben den schmerzhaften Transformationsprozess gut gemeistert und leiten heute hochmoderne Betriebe. Die Entwicklung der Erträge für Lebensmittel und Rohstoffe, auch im Bereich der erneuerbaren Energien, die Vielzahl kultureller Aktivitäten, gepflegte Kulturlandschaften, Dorferneuerung und ländlicher Tourismus sind nur einige Stichworte und beredte Beispiele für die Rolle der Landwirtschaft bei der zukunftsfähigen Entwicklung der ländli-

chen Räume.

Zugleich stehen die ländlichen Regionen großen Problemen gegenüber, wie Abwanderung, fehlende Erwerbsmöglichkeiten, schlechte Verkehrsanbindung und fehlende Einkaufsmöglichkeiten sowie andere infrastrukturelle Defizite am Ort.

Wir meinen, die ländlichen Räume können Aushängeschild des Landes für intakte Natur, hohe Wertschöpfung und gute Daseinsvorsorge sein. Dazu ist aber einerseits ein komplexes, ressortübergreifendes Handeln der Landesregierung nötig, und es müssen andererseits mehr

Entscheidungskompetenzen und die Mittel in die Regionen gegeben werden. Die Menschen vor Ort wissen am besten, was gut ist für eine zukunftsfähige Entwicklung ihrer Region. So können leistungsfähige Agrarbetriebe die Anreize für ein nachhaltiges Wirtschaften nutzen und beispielsweise durch regionale Stoff- und Energiekreisläufe Arbeitsplätze schaffen. So können unternehmerische Landwirte zu ländlichen Unternehmern werden und Zukunft im ländlichen Raum sichern helfen.¹

[1] Schweriner Volkszeitung, 8.) 1.2011, S. 3.

Diese nüchterne Abwägung der Situation ohne Polemik, Schuldzuweisung, Verdächtigungen oder Parteinahme zeigt die gegenwärtige Position mit allen Möglichkeiten und auch darin enthaltenen Risiken. Soll die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft haben, muss sie diese Einschätzung berücksichtigen. Spezialisierung und Großbetriebe, regionale

Vernetzung und hohe Qualifikation, ökologischer Landbau und leistungsfähige Vermarktungseinrichtungen, leistungsfähige regionale Wertschöpfungsketten sind die wichtigsten Säulen für die zukünftige Landwirtschaft.

Zu den positiven Erscheinungen der neuen europäischen Agrarpolitik gehört die ganzheit-

Tab. 17: „SWOT-Analyse“ [engl. Akronym für Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Bedrohungen)] nach vier gegeneinander abgewogenen Handlungsfeldern im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern 2009⁸⁸

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Stark ausgeprägter, im Bundesvergleich aufgrund von Spezialisierung und Größenvorteilen hoch produktiver Agrarsektor. • Hoher Grad regionaler Verflechtung der landwirtschaftlichen Betriebe lässt hohen regionalen Multiplikatoreffekt landwirtschaftlichen Einkommens erwarten. • Professionelle Betriebe, hohes Qualifikationsniveau von Betriebsleitern und Beschäftigten. • Gute Entwicklung des ökologischen Landbaus. • Große Rolle des Ernährungsgewerbes für Wertschöpfung mit hohem Wachstum von Umsatz und Beschäftigung. • Leistungsfähige Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen. • Landwirtschaft verfügt Großteils über eine ausreichende Netzdichte an ländlichen Wegen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenkapitalschwäche vieler landwirtschaftlicher Betriebe; Kapitalausstattung der Betriebe bezogen auf die Fläche ist sehr gering (20 bis 30 % des bundesdeutschen Durchschnitts). • Geringe Investitionstätigkeit landw. Betriebe. • Noch nicht abgeschlossene Bodenneuordnung. • Geringere inländische Verarbeitungstiefe landwirtschaftlicher Produkte. • Der Anteil M-V an der landwirtschaftlichen Wertschöpfung Deutschlands ist für nahezu alle Produkte deutlich geringer als der Anteil bewirtschafteter Flächen. • Defizite in der Veredlung und Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Produkte: Produktinnovationen.

[88] Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007-2013, Schwerin 2009, S. 65.

liche Sicht auf den ländlichen Raum. Sie folgt der späten Erkenntnis, dass die Entkoppelung der meisten Dorfbewohner von der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur soziale Defizite mit sich gebracht hat, sondern auch Verwerfungen in der Kulturlandschaft mit sich bringt, da mitunter wirtschaftlich einseitig ausgerichtete Landwirtschaftsbetriebe ihre wirtschaftlichen Interessen über die des Natur- und Umweltschutzes stellen. Die auch für Menschen bedrohlichen Tierseuchen und die Lebensmittelkandale haben als Negativerfahrungen der ökologischen Wirtschaftsweise und (mit Abstrichen) auch den erneuerbaren Energien eine höhere Akzeptanz eingebracht, als diese Bereiche je mit Positivwerbung hätten erreichen können.

Ziel der finanziell geförderten Dorferneuerung ist daher auch die Erhaltung und Gestaltung typischer Dorf- und Landschaftsstrukturen oder ihre Erneuerung und Fortentwicklung gemäß den modernen Anforderungen an das Wohnen und Wirtschaften in ländlichen Räumen. Gemeinden, Gemeindeverbände, Wasser- und Bodenverbände oder Teilnehmergeinschaften nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz und dem Flurbereinigungsgesetz, natürliche

Prof. Dr. Thomas C. Mettenleiter,
Biologe und Virologe, Insel Riems



Eingebracht habe ich mich primär bei der Etablierung und dem Ausbau des deutschlandweit größten infektionsmedizinischen Forschungszentrums auf der Insel Riems. Die Arbeiten hier haben auch direkten Einfluss auf die Landwirtschaft in MV, ich denke nur an die Impfstudie zur Blauzungenerkrankung (BT).

Zur Frage, was im ländlichen Raum unseres Bundeslandes sehr gut oder gar nicht gelungen ist, maße ich mir kein Urteil an. Hinsichtlich meines Kompetenzbereichs als Präsident des schon erwähnten Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) ist mit dem Fernhalten der BT der Eradikation der klassischen Schweinepest und der

Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten (v. a. durch Weltmarkt und Nutzung landwirtschaftlicher Produkte zur Energieerzeugung). • Neue Exportmärkte für Ernährungsgewerbe. • Neue Marktchancen für Ernährungsgewerbe (Wellness, Convenience). • Ausbau der Wertschöpfungskette (v. Veredelung). 	<ul style="list-style-type: none"> • Änderungen der allgemeinen Rahmenbedingungen der Agrarpolitik. • Stärkerer Konkurrenzdruck gerade für kleine und mittlere Betriebe. • Stagnierender Absatz des Ernährungsgewerbes auf dem inländischen Markt • Absatzprobleme für Unternehmen des Ernährungsgewerbes mit traditioneller Produktpalette. • Preisdruck durch zunehmende Marktmacht von Einzelhandelsunternehmen • Zunehmender Wettbewerbsdruck für kleine Anbieter.

Kontrolle der aviären Influenza ein guter Stand zu verzeichnen.

Ich wünsche mir eine weitere enge Interaktion zwischen den Entscheidungsträgern im Ministerium, den Landwirten und dem FLI, um so zeitnah und ohne Reibungsverluste wichtige Entscheidungen zu realisieren. Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem FLI auf der Insel Riems eine Forschungsstätte von internationalem Rang, die zwar als Bundesoberbehörde primär zur Politikberatung des Bundes, aber auch als Institut vor Ort auch als Ratgeber regionaler Stellen fungiert. Diese Stellung sollte zum beiderseitigen Nutzen weiterhin gepflegt werden. Dazu noch ein „gefühltes“ Letztes: Ich fühle mich sehr wohl hier in MV und ganz besonders auf der Insel Riems!

und juristische Personen sowie Personengemeinschaften des privaten Rechts sind berechtigt, Anträge zu stellen. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die Maßnahmen Gemeinden oder in Ortsteilen mit ländlicher Siedlungsstruktur, Weiler, landschaftsbestimmende Gehöftgruppen oder Einzelhöfe betreffen. Auch Dorfentwicklungsplanungen und investive Maßnahmen zur Umsetzung von Dorfentwicklungskonzepten sind im Fokus der Dorferneuerung. Im Zeitraum von 1991 bis 2006 wurden in die ländliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern rund eine Milliarde Euro investiert. Für die Förderperiode 2007-2013 hat die Landesregierung erklärt, die Dorferneuerung, Flurneuordnung und die Entwicklung des ländlichen Raums insgesamt mit mehr als 400 Millionen Euro zu fördern. Gut 200 Millionen Euro davon sind für die Dorferneuerung und -entwicklung vorgesehen. Bund und Land tragen die Finanzierung gemeinsam im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie mit Mitteln aus dem EU-Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER). Auch privates Engagement soll dadurch gestärkt werden. Eine neue Dimension der Nutzung ländlicher Regionen als Wirtschaftsfelder bildet der Tou-

rismus, der im engen Zusammenhang mit der ganzheitlichen Sicht auf den ländlichen Raum steht. 2005 wurde die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern vom Gastgewerbe überholt. In den Beschäftigtenzahlen war dieser Punkt bereits 1999 erreicht.⁸⁹ Möglicherweise führte auch das zu Nachdenklichkeiten im ländlichen Raum. Das Neue daran ist der Ansatz, die geologischen Formationen der eiszeitlichen Hinterlassenschaften in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Nutzung und der forstlichen Kulturlandschaft mit der Architektur der Dörfer bis hin zu immateriellen Traditionen und Bräuchen zu vermitteln. Das geht weit über den „Urlaub auf dem Bauernhof“ hinaus. Der Landschaftspflegeverband „Mecklenburger Agrarkultur e.V.“ entstand 2005 unter dem Vorsitz des Landwirts Dr. Heinrich Graf von Basewitz. Ziel war die Erhaltung und Entwicklung der historischen Kulturlandschaft mit Blick auf die Verwirklichung des Landes-Naturschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern. Diese Verbindung zwischen Landwirten, die oft als die größten Umweltsünder gescholten werden, der Politik und dem Naturschutz war neu. Der Verein widmet sich landschaftspflegerischen und gestalterischen Maßnahmen, die aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege veranlasst sind, besonders auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Er fördert naturraumbezogene Landnutzungskonzepte mit dem Ziel ökologischer Nachhaltigkeit. Die Arbeit des Vereins zielt auf die „Förderung von Maßnahmen die der nachhaltigen Erschließung, Entwicklung und Erhaltung der Agrarkultur (Gutsanlagen, Dörfer, historische und ländliche Industrieanlagen, Gärten, Parks, Alleen und Landschaftskunst, historische Haustierrassen sowie Leben und Kultur auf dem Land) dienen.“ Er arbeitet für „die Schaffung eines geeigneten und ausreichenden Biotopverbundsystems durch Neuanlage naturnaher Lebensräume und die vernetzende Flächensicherung“.

[89) Klüter, Helmut, *Das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, Agrarindustrie und Tourismus*, in: Beileites, Michael; Graefe zu Baringdorf, Friedrich Wilhelm; Grünbaum Robert, *Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute*. Berlin 2010, S. 151.

um „auf eine flächendeckend naturverträgliche Landnutzung hinzuwirken.“ Die Ziele reichen bis in den kulturellen Bereich zur „Erhaltung tradierter Bräuche, ländlichem Handwerk und dörflichem Leben“.

Landtourismus soll durch den Verein als wichtiges Standbein im Mecklenburger ParkLand etabliert, gleichzeitig jedoch auch das hierfür ausschlaggebende Kapital, die einzigartige, historische Kulturlandschaft, erhalten und entwickelt werden.⁹⁰ ParkLand bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend die Verbindung natürlicher Schönheit mit land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit als Zusammenspiel sowohl für Naturnutzer, Naturschützer und Naturgenießer betrachtet wird.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Ressortforschung im Bereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) wurden bisher sieben Bundesforschungsanstalten ab 2008 zu vier Bundesforschungsinstituten zusammengeführt. Sie bearbeiten die Schutzziele Pflanze, Tier, Ernährung und Lebensmittel sowie Ländliche Räume, Wald und Fischerei. Die Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ) wurde gleichzeitig mit Teilen der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) zusammengeführt und in Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen umbenannt. Das Institut ist für das Schutzziel „Kulturpflanze“ in seiner Gesamtheit zuständig. Dazu gehören auch zwei Institute in Groß Lüsewitz. Das Institut für Züchtungsforschung an landwirtschaftlichen Kulturen beschäftigt sich mit Fragestellungen zur Agrobiodiversität. Im Mittelpunkt stehen der Schutz, die Erhaltung und Inwertsetzung von pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (PGREL), die Beschreibung genetischer Diversität sowie vernachlässigte oder neue Kulturarten. Die Forschung zur genetischen Anpassung von Kulturarten an Produktions- und Umweltbedingungen, Qualitäts- und Ertragsanforderungen

[90] <http://www.mecklenburger-agrarkultur.de/>
(11.12.2010)

Dr. Heike Mikschofsky,

Biologin, Rostock



Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Agrobiotechnologie und Begleitforschung zur Bio- und Gentechnologie von Frau Prof. Broer an der Universität Rostock konnte ich mich in den letzten 10 Jahren zur Gestaltung des ländlichen Raumes einbringen. Durch mehrjährige Freisetzungsversuche mit gentechnisch-veränderten Kartoffeln sowie zahlreichen Seminaren zum Thema Gentechnik trug ich zur Mitgestaltung des Ländlichen Raums von Mecklenburg-Vorpommern bei. So sind auch wir leider nicht von Felderstörungen verschont geblieben, was ich sehr bedauere und zutiefst verurteile. Nichtsdestotrotz konnten wir hervorragende Ergebnisse aus diesen Freisetzungsversuchen gewinnen, die derzeit veröffentlicht werden. In meinen zahlreichen Diskussionen mit Landwirten, Landfrauen und interessiertem Fachpublikum konnte ich meine Ideen und Vorstellungen zur Nutzung gentechnisch-veränderter Pflanzen einbringen. Hierbei war der Austausch verschiedener Meinungen zum Thema Grüne Gentechnik sehr informativ und aufschlussreich. Ich sehe eine große Chance in einer angepassten Nutzung der Grünen Gentechnik an die Standortbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern. Für die Zukunft wünsche ich mir einen neutralen, wissenschaftsbasierten Umgang mit neuartigen Technologien und deren Nutzung im Ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern. Meiner Meinung nach behindert ein hauptsächlich auf Misstrauen gegründetes Leben den Fortbestand der Menschheit!

Prof. Dr. Manfred Schwerin,

Biologe, Rostock/Dummerstorf



Als Vorstand des FBN Dummerstorf konnte ich mich bisher durch meinen Beitrag zur Entwicklung des Institutes zu einem leistungsfähigen, international anerkannten Forschungsinstitut, wichtigsten Arbeitgeber, bedeutendem Wirtschaftsfaktor und wichtigem Ausbilder agrarischer Berufe in der Region einbringen. Auch in meiner Funktion als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der „Teilnehmergemeinschaft des Bodenordnungsverfahrens“ durch die aktive Mitwirkung bei der Dorferneuerung, Dorfentwicklung und dem ländlichen Wegebau in der Gemeinde Dummerstorf konnte ich einen Beitrag leisten..

Unter Maßgabe der Tatsache, dass m. E. die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes in M-V u. a. auch von der Zukunft der Agrarwirtschaft abhängt, zähle ich die erfolgreiche Etablierung einer wettbewerbs- und marktfähigen Agrarwirtschaft in M-V zum größten Erfolg in den vergangenen 20 Jahren.

Es ist leider in den vergangenen 20 Jahren nicht gelungen (i) einen nachhaltigen alternativen regionalen Arbeitsmarkt für die infolge der Modernisierung und Intensivierung freigesetzten Arbeitskräfte im ländlichen Raum zu schaffen, (ii) die Attraktivität der ländlichen Räume (inklusive Grundversorgung und Daseinsvorsorge) unter sich verändernden demografischen Bedingungen (Abwanderung, Veralterung) zu sichern und (iii) der abnehmenden Verbraucherakzeptanz und zunehmend ablehnenden Haltung z.B. gegenüber der Nutztierhaltung in der Bevölkerung entgegen zu wirken.

Für die Entwicklung des Ländlichen Raumes in M-V, den ich nicht nur als landwirtschaftlich genutzten Raum, sondern auch als Kulturlandschaft und Grundlage für die Lebensqualität des Gemeinwesens verstehe, wünsche ich mir wissenschaftlich begründete, gesamtgesellschaftliche integrierte Ansätze und ausreichend gefüllte „Fördertöpfe“ mit klaren ergebnisorientierten Förderrichtlinien, welche (i) die Einkommensperspektiven und Arbeitsplatzsituation im Lande nachhaltig verbessern helfen, (ii) die Rahmenbedingungen für Wertschöpfung und gleichzeitig umweltgerechter Entwicklung sichern, (iii) gleichwertige Lebensverhältnisse wie in der Stadt anstreben und (iv) die demokratisch politische Identität im ländlichen Raum stärken.¹

[1] <http://www.fbn-dummerstorf.de> (14.1.2011).

sowie an neue Nutzungsrichtungen ist das zweite Gebiet. Ein drittes Feld ist die Entwicklung und Bewertung von Züchtungsmethoden für die Selektion nach Eigenschaften (Phänotypisierung), nach DNA-Markern (Genotypisierung) oder zur Erzeugung und Identifizierung von Genotypen. Das Institut für Resistenzforschung und Stresstoleranz erarbeitet wissenschaftliche Grundlagen für eine Stabilisierung der Kulturpflanzen gegenüber biotischem und abiotischem Stress.⁹¹

2008 wurden die Institute für Tierernährung (Braunschweig), für Tierschutz und Tierhaltung (Celle) und für Nutztiergenetik (Mariensee) in das Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems eingegliedert. Damit bestand das FLI aus 11 Instituten an 7 Standorten mit mehr als 800 Beschäftigten. Im selben Jahr begann der Neubau für die Forschungseinrichtung auf der Insel, der mit einem Volumen von 300 Millionen Euro am historischen Ort das modernste Tierseuchenforschungsinstitut Europas entstehen lässt.⁹²

Das Forschungsinstitut für die Biologie land-

[91] www.jki.bund.de (22.2.2011).

[92] Steffens, Sabine, Wiege der Virusforschung. Eine Ausstellung zur 100-jährigen Geschichte des Friedrich-Loeffler-Instituts. Greifswald-Riems [2010].

wirtschaftlicher Nutztiere (FBN) mit Sitz in Dummerstorf als gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde im Dezember 2009 auf einstimmigen Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in Leibniz-Institut für Nutztierbiologie umbenannt.

5. Kurzvorstellung ausgewählter Vereine, Verbände und Initiativen

Bauernverband

Zunächst hatten sich ein Mecklenburgischer Bauernverband, ein Landesbauernverband Mecklenburg-Vorpommern und ein Genossenschaftsverband der LPG und GPG Mecklenburg-Vorpommern gebildet. Als Arbeitsgemeinschaft waren sie bereits auf Landes- und Bundesebene gemeinsam aufgetreten. Am 22. März 1991 schlossen sie sich auf dem ersten Landesbauernntag zum Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Landwirt Harald Röpke aus Köcknitz im damaligen Kreis Pasewalk gewählt. Das war die erste geeinte berufsständische Vertretung dieser Art in den fünf neuen Bundesländern.⁹³

Mit dem Motto „Einheit der Vielfalt“ beruft sich die Interessenvertretung der Landwirte auf ihre breit gefächerte Mitgliedschaft und deren unterschiedliche Interessen. Der Verband sieht seine Hauptaufgabe in der Einflussnahme auf agrarpolitische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und europäischer

[93] Bauernzeitung, Sonderbeilage [2001].

Ebene. Dazu unterhält er ein weit gespanntes Netzwerk. Er leistet für die Mitglieder juristische und soziale Hilfe oder unterstützt die Verbände der Landjugend und Landfrauen.

Landurlaub Mecklenburg- Vorpommern e.V.

Der Verband entstand 1991 und zählt heute 325 Mitglieder mit unterschiedlichen landtouristischen Angeboten. Mitarbeit auf dem Hof, Jagen, Fischen oder Fahrradtouren gehören zum Profil. Er unterhält mehrere Regional- und Projektbüros in Mecklenburg-Vorpommern. Sein Ziel als Fachverband ist der sanfte ländliche und ökologisch integrierte Tourismus. Besondere Aufmerksamkeit wird der ländlichen Traditionspflege bei Vermittlung der erhaltenen Kulturlandschaft gewidmet. Der Verband versteht sich als Multiplikator, Berater, Organisator, Mittler und Fortbildungseinrichtung im Sinne dieser Ziele.

Landfrauenverband

Der Landfrauenverband begann seine Tätigkeit 1991 mit dem sozialen Engagement für die aus dem landwirtschaftlichen Arbeitsprozess gedrängten Frauen auf den Dörfern. Damit war



er der erste ländliche Landesfrauenverband in den neuen Bundesländern. Erste Vorsitzende wurde Lilly Wiebenson. Sie wurde 2002 von Heidemarie Becker abgelöst. 2010 übernahm Angela Peters dieses Amt. Zu den Aufgaben des Verbandes gehört es, „die wirtschaftlich, sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Interessen der Frauen im ländlichen Raum wahrzunehmen“. Ihr erstes Projekt „Beratung von Frauen im ländlichen Raum“ wurde vom Landwirtschaftsministerium unterstützt. Dabei ging es um psychologische Hilfe und Wiedereingliederung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Dauerarbeitsverhältnisse. 25 intensiv ausgebildete Beraterinnen waren in einem mobilen Netz im Land unterwegs.⁹⁴ In den Folgejahren entwickelte sich die Tätigkeit besonders in den Bereichen Bildung, Frauenpolitik, Ernährungsberatung, soziales und politisches Engagement in den Dörfern für Kinder, Jugendliche und Senioren. Gegliedert ist der Landesverband in Kreis- und Ortsverbände.

Landjugend Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Der Verband der Landjugend Mecklenburg-Vorpommern entstand 1990 als selbständige Jugendorganisation und Zusammenschluss verschiedener Initiativen und Vereine im ländlichen Raum. Er unterstützt Unternehmensgründungen oder ländliche Berufswettbewerbe genauso wie kulturelle Aktivitäten. Seit 2000 ist das Kinderensemble Dorf Mecklenburg zu verschiedensten Anlässen wie z.B. Dorf- und Stadtfeiern präsent. Das „Kompetenzzentrum für Jugendarbeit Mecklenburgische Seenplatte“ war ein temporäres Projekt von 2007 bis 2010. Mit dem Projekt sollten in den Landkreisen Müritz, Mecklenburg-Strelitz und Demmin neue Angebote für Jugendliche initiiert sowie die regionalen Akteure der Jugendarbeit zur Entwicklung und Durchführung von Angeboten für und mit jungen Menschen unterstützt und begleitet wer-



den. Elektronische Tanzmusik steht im Fokus des 1997 gegründeten Projektzweiges Tribal Zone mit Veranstaltungen in Neustrelitz, Schillersdorf und Hohenzieritz. In den Jahren 2002 und 2003 wurden Veranstaltungen im Neustrelitzer Forstamt und in der Kachelofenfabrik, sowie Open-Air's in Hohenzieritz, bei Klein Trebbow und Moltzow durchgeführt. Ein weiteres Projekt ist die „Laju-Feuercrew“, die als Show seit 2005 von Jugendlichen aus dem Raum Teterow, Rostock, Güstrow, Röbel/Waren Müritz und Neubrandenburg öffentlich auftritt.

Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Im Jahre 2000 wurde dieser Verbund von landwirtschaftlichen Produzenten gegründet. In den Aufgabenbereich fallen Messebeteiligungen, Marktrecherchen oder temporäre Projekte mit anderen Partnern. Seitdem vernetzt der Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern e.V. (AMV) die Produzenten der einheimischen Agrar- und Ernährungsbranche. Das sind die Hersteller von Fleisch- und Wurstwaren, Fischprodukten, Getränken, Milch und Molkereiprodukten, Obst, Gemüse und Kartoffelerzeugnissen sowie Backwaren und weiteren Produktgruppen. Zunehmend engagiert sich hier auch die Biobranche.

[94] [http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS 1/1806, S. 22. \(15.1.2011\)](http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/DS%201/1806,S.22.(15.1.2011)).



Verein zur Förderung der Kulturlandschaft e.V.

2006 entstand der Verein, um in speziellen Feldern ländlicher Bauweise und Landschaftsgestaltung professioneller arbeiten und agieren zu können. Alle Themen im Zusammenhang mit Reetdächern werden hier gebündelt. Ein anderer Schwerpunkt ist die beratende Tätigkeiten zur Pflege, Nutzung und Anlage von Knicks. Außerdem sollen Projekten gefördert werden, die durch Erlebnis, Bildung und Kooperation zur Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Kulturlandschaft beitragen.

Kultur-Landschaft e.V.

1999 wurde der Verein von 13 Gründungsmitgliedern in Lansen gegründet. In Zusammenarbeit mit der "Arbeitsgemeinschaft Erhaltung und Nutzung der Gutsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern" und der "Deutschen Stiftung Denkmalschutz" kümmert sich der Verein besonders um den Erhalt der vom Verfall bedrohten Gutsanlagen und Bauernhöfe. 2001 stiftete der Verein den mit 3.000 Euro

dotierten „Ludwig-Wegener-Preis“ für vorbildliche Leistungen auf diesem Gebiet und begann die Herausgabe der Zeitschrift „hierzulande“. Der Verein erstellte eine „Rote Liste“ bedrohter Anlagen.

Thünengesellschaft

Die Thünengesellschaft e. V entstand 1990 in Tellow, am früheren Wirkungsort von Johann Heinrich von Thünen als Zusammenschluss von wissenschaftlich und an der Arbeit des großen Nationalökonomen Interessierter. Seither bemüht sich die Gesellschaft um die Bewahrung, Aufarbeitung und Verbreitung des umfangreichen wissenschaftlichen Nachlasses Johann Heinrichs von Thünens.

Neben Kolloquien und Tagungen fördert die Thünengesellschaft e. V. die Veröffentlichung von Arbeiten über Thünen oder unterstützt die Edition seiner Briefe.

Seit 2006 erscheint das Thünen-Jahrbuch mit verschiedenen Ansätzen zur Beschäftigung mit dem Werk Johann Heinrich von Thünens. Es soll eine intensivere Auseinandersetzung mit seinen Ideen anregen.

Darüber hinaus sieht sich die Thünengesellschaft e. V. als Mittler für Schulen und Universitäten, um die Rezeption der immer noch aktuellen Thünenschen Modelle zur Raumtheorie und zur Lösung der sozialen Frage wieder stärker in das Bewusstsein zu rücken.

Gartenroute Mecklenburg- Vorpommern

2008 schlossen sich Eigentümer von Parks und Gärten zusammen und kreierten die Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern. Die Palette reicht vom Schlossgarten bis zum Kräutergarten. Rosengärten, Bauerngärten, künstlerische Garteninstallationen bis zu den Landschaftsparks der Güter Mecklenburg-Vorpommerns sind gleichermaßen gefragt. Die Gärten sind nach Attraktivität, Qualität sowie Service und ihre

touristische Aufbereitung ausgewählt worden. Schönheit und Produkte der Gärten sollen auch im Sinne der Slow Food-Philosophie regionaler Genussskultur öffentlich erlebbar werden. Alle Natur- und Kulturinteressierten sind als Besucher eingeladen.

Mecklenburger Agrarkultur e.V.

Das Neue an der Arbeit des 2005 gegründeten Vereins ist der ganzheitliche Ansatz, die geologischen Formationen der eiszeitlichen Hinterlassenschaften in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Nutzung und der forstlichen Kulturlandschaft mit der Architektur der Dörfer bis hin zu immateriellen Traditionen und Bräuchen zu vermitteln. Der Landschaftspflegeverband „Mecklenburger Agrarkultur e.V.“ entstand 2005 unter dem Vorsitz des Landwirts Dr. Heinrich Graf von Bassewitz. Ziel war die Erhaltung und Entwicklung der historischen Kulturlandschaft mit Blick auf die Verwirklichung des Landes-Naturschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern. Diese Verbindung zwischen Landwirten, die oft als die größten Umweltsünder gescholten werden, der Politik und dem Naturschutz war neu. Der Verein widmet sich landschaftspflegerischen und gestalterischen Maßnahmen, die aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege veranlasst sind, besonders auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Er fördert naturraumbezogene Landnutzungskonzepte mit dem Ziel ökologischer Nachhaltigkeit. Die Arbeit des Vereins zielt auf die „Förderung von Maßnahmen die der nachhaltigen Erschließung, Entwicklung und Erhaltung der Agrarkultur (Gutsanlagen, Dörfer, historische und ländliche Industrieanlagen, Gärten, Parks, Alleen und Landschaftskunst, historische Haustierrassen sowie Leben und Kultur auf dem Land) dienen.“ Er arbeitet für „die Schaffung eines geeigneten und ausreichenden Biotopverbundsystems durch Neuanlage naturnaher Lebensräume und die vernetzende Flächensicherung“, um „auf eine flächendeckend naturverträgliche Landnutzung hinzuwirken.“ Die Ziele reichen

Gerda Stachowitz,
Dipl. Ing. Architektin, Bielefeld



Ich bin Mitglied von ECOVAST, des Europäischen Verbandes für den Ländlichen Raum. (Europaen Council for the Village and Small Town).

Auf einer Tagung Anfang der 90er Jahre stieß ein Architekt aus Güstrow zu uns und berichtete von den neuen Entwicklungen und Herausforderungen in den mecklenburgischen Dörfern: „Die reißen uns hier alles ab – Ihr müsst helfen!“, klagten sie. So machten wir uns denn auf, um Mecklenburg zu retten!

Wir hatten die Erfahrungen und Kompetenzen unserer Mitglieder zu bieten, die wir zunächst in sog. „Bürgermeistergesprächen“ in den Dörfern im Kreis Güstrow weitergaben. Dabei ging es darum, die vorhandenen Werte zu erkennen und auf Fehlentwicklungen im westen aufmerksam zu machen.

So kamen wir ins Gespräch und es zeigte sich, dass sich die Erfahrungen im Westen nicht einfach übertragen ließen. Man sagte uns: „Könnt ihr nicht mal was schreiben, was man den Leuten in die Hand geben kann?“ und – „Oh Schreck“ – es fiel mir zu, eine Broschüre zu verfassen – ich fühlte mich in der Pflicht!

Die Broschüre „Mecklenburger Dörfer – Was kommt – was bleibt“ wurde ein Erfolg bei Vereinen, Bürgern und Initiativen. Sie vertrat das Anliegen, den Wert des Erbes bewusst zu machen und zu ermutigen, es mit den neuen Möglichkeiten in die Entwicklung einzubringen. Gegängelt werden wollte und sollte niemand mehr!

In der folgenden Zeit veranstalteten wir zusammen mit Martin Just von der Friedrich-Ebert-Stiftung etliche Seminare zur Dorfentwicklung, zum Natur- und Denkmalsschutz und ähnlichen Themen, die großen Anklang fanden.

Zur gleichen Zeit gründeten wir in Tellow mit Rolf-Peter Bartz, Leiter des dortigen Thünen-Museums, den Verein „Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung und Nutzung der Gutsanlagen in M-V“.

Höhepunkte waren um die Jahrtausendwende die sog. „Venzer Gespräche“ auf den Landgut „Venz-Hof“ von Sibylle Berger auf der Insel Rügen.

Ein Nimbus „Mecklenburg und Vorpommern“ hat sich bis heute in ganz Deutschland verbreitet: Intakte Natur, stille Seen, dunkle Wälder, schöne Dörfer, Backsteingotik, Gutshäuser, Schlösser und freundliche Menschen. Der sanfte Tourismus funktioniert, das äußere Bild Mecklenburg-Vorpommerns hat sich hervorragend entwickelt.

Es ist aber nicht gelungen, die Abwanderung im Lande zu stoppen. Der aus meiner Sicht überzogenen Straßenbau hat nicht zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen geführt. Es ist auch nicht gelungen, die Landwirtschaft überwiegend ökologisch zu bewirtschaften. Das hätte mehr Arbeitskräfte gebunden und den wachsenden städtischen Bedarf nach Bio-Produkten besser befriedigen können. Das wird nun auf langen Transportwegen durch andere Länder besorgt und schadet der Umwelt.

Ich wünsche mir, dass noch mehr Menschen den wunderschönen Norden entdecken, dass die Politik ein Entwicklung fördert, die die Menschen im Lande hält und die Dörfer nicht sterben lässt!

bis in den kulturellen Bereich zur „Erhaltung tradierter Bräuche, ländlichem Handwerk und dörflichem Leben“.

Landtourismus soll durch den Verein als wichtiges Standbein im Mecklenburger ParkLand etabliert, gleichzeitig jedoch auch das hierfür ausschlaggebende Kapital, die einzigartige, historische Kulturlandschaft, erhalten und

entwickelt werden. ParkLand bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend die Verbindung natürlicher Schönheit mit land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit als Zusammenspiel sowohl für Naturnutzer, Naturschützer und Naturgenießer betrachtet wird.

Verein AG Gutsanlagen

1995 wurde auf Initiative des Thünen-Museums Tellow und ECOVAST (Europäischer Verband für den ländlichen Raum) im Museumsdorf Tellow der Verein AG Gutsanlagen gegründet mit dem Zweck, die Erhaltung und Nutzung der Schlösser, Guts- bzw. Herrenhäuser und ihrer Anlagen einschließlich des Umfeldes in Mecklenburg-Vorpommern zu fördern sowie deren kulturelle, politische und historische Bedeutung im Bewusstsein der Bürger lebendig zu machen. Anlässlich eines internationalen Symposiums 2009 wurde dann eine Tellower Erklärung „Gutsanlagen im Ostseeraum - ein gemeinsames europäisches Erbe“ verabschiedet mit dem Ziel, durch länderübergreifende Zusammenarbeit die Erhaltung und Nutzung des europäischen Kulturerbes „Gutsanlagen im Ostseeraum“ unter programmatischer Sicht und durch Bündelung aller Kräfte nachhaltig zu sichern. Darin waren Themen wie Kooperation und Bündelung der Kräfte, Öffentlichkeitsarbeit, Einflussnahme auf die Raumordnungs- und Regionalentwicklung, die landwirtschaftliche, museale, touristische und andere Nutzung der Gutsanlagen, die Schaffung einer Denkmalwacht nach dem Vorbild der niederländischen Monumentenwacht oder die Verhinderung von Abriss insbesondere von Wirtschaftsgebäuden zusammengefasst.

Eine „Ostseestraße der Gutsanlagen“ war in der Diskussion, die Stiftung eines Preises für herausragende Leistungen bei der Erhaltung und Nutzung von Gutsanlagen im Ostseeraum und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze für die Erforschung, Erhaltung und Vermarktung des europäischen Kulturerbes „Gutsanlagen“.

6. Zusammensetzung des Landwirtschafts- bzw. Agrarausschusses im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Erste Legislaturperiode 1990 bis 1994

Landwirtschaftsausschuss

Vorsitzender (1990-1993):	Prof. Dr. Peter Kauffold (SPD)	
Vorsitzender (1993-1994):	Till Backhaus (SPD)	
Stellv. Vorsitzender (1990-1994)	Dr. Helmut Nieter (CDU)	
	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
CDU	Dr. Christian Gienapp (1990-1992) Peter Haeske (1991-1994) Jürgen Leiblein (1990-1991) Dieter Markhoff (1990-1994) Dieter Quaas (1990-1991) Dr. Heinrich Schlingmann (1990-1991) Dr. Annemarie Seite (1992-1994) Dr. Siegfried Zahn (1990-1994)	Lorenz Caffier (1990-1994) Heinz Fuhrmann (1993-1994) Renate Holznagel (1991-1994) Prof. Dr. Friedrich Täubrich (1990-1993)
SPD	Till Backhaus (1990-1993) Hans-Joachim Braun (1990-1994) Gerlinde Schnell (1990-1994)	Siegfried Frieze (1990-1994) Dr. Henning Klostermann (1990-1994) Horst Stolt (1990-1994)
LL/PDS	Lothar Meier (1991-1994) Johann Scheringer (1990-1994)	Catharina Muth (1990-1994) Dr. Ingrid Tschirch (1990-1994)
F.D.P.	Stefanie Wolf (1990-1994)	Walter Goldbeck (1990-1994)

Zweite Legislaturperiode 1994 bis 1998

Ausschuss für Landwirtschaft und Naturschutz

Vorsitzender:	Till Backhaus (SPD)	
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Christian Beckmann (CDU)	
	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
CDU	Hermann Bollinger Friedbert Grams Dieter Markhoff	Jürgen Andrees Lorenz Caffier Prof. Dr. Lothar Panicke
SPD	Angelika Peters Volker Schlotmann	Dr. Henning Klostermann Beate Mahr Gerlinde Schnell
LL/PDS	Johann Scheringer Dr. Ingrid Tschirch	Gerd Böttger Prof. Dr. Gerhard Poppei (1996-1998) Prof. Dr. Gregor Putensen

Dritte Legislaturperiode 1998 bis 2002

Landwirtschaftsausschuss

Vorsitzender (1998-2001)	Johann Scheringer (PDS)	
Vorsitzende (2001-2002)	Birgit Schwebs (PDS)	
Stellv. Vorsitzender:	Martin Brick (CDU)	
	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
CDU	Dr. Christian Beckmann (2000-2002) Martin Brick Dr. Berndt Seite (1998-2000)	Harry Glawe (1998-2000) Friedbert Grams (2000-2002) Renate Holznel (2000-2002) Dieter Markhoff
SPD	Hannelore Monegel Detlef Müller Ute Schildt	Rudolf Borchert Dr. Henning Klostermann Dr. Margret Seemann
LL/PDS	Peter Ritter (2001-2002) Birgit Schwebs	Gerd Böttger Dr. Arnold Schoenenburg

Vierte Legislaturperiode 2002 bis 2006

Landwirtschaftsausschuss

Vorsitzende:	Hannelore Monegel (SPD)	
Stellv. Vorsitzende:	Renate Holznel (CDU)	
	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
CDU	Beate Schlupp Martin Brick	Ilka Lochner-Borst Andreas Petters Dr. Henning von Storch Udo Timm
SPD	Hannelore Monegel Angelika Peters Ute Schildt Lilly Kühnel (vormals Wiebensohn)	Hans-Heinrich Jarchow Beate Mahr Detlef Müller
LL/PDS Linkspartei	Dr. Martina Bunge (2005) Konrad Döring (ab 2005) Birgit Schwebs (bis 2004) Alexa Wien	Angelika Gramkow (bis 2004) Gabriele Měšť an (vormals Schulz) (ab 2005) Peter Ritter (bis 2005)

Fünfte Legislaturperiode 2006 bis 2011

Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (Landwirtschaftsausschuss)

Vorsitzender: Udo Timm (CDU)		
Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE)		
	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
CDU	Beate Schlupp Dr. Henning von Storch	Dr. Ulrich Born Renate Holznagel Burkhard Lenz Ilka Lochner-Borst Marc Reinhardt Peter Stein Wolfgang Waldmüller
SPD	Hannelore Monegel Ute Schildt Dr. Gottfried Timm	Rudolf Borchert Jörg Heydorn Detlef Müller Thomas Schwarz
LL/PDS	Wolfgang Griese	Dr. Marianne Linke Peter Ritter
FDP	Sigrun Reese	Michael Roolf Toralf Schnur
NPD	Raimund Frank Borrmann	Birger Lüßow

Personen- register

- Adolphi, Peter 59
 Albert, Gunter 11
 Andrees, Jürgen 73
 Backhaus, Till 4, 6, 7, 8, 9, 10, 57, 59, 73
 Balzer, Angelika 106
 Bartel, Heidrun 7
 Bartz, Sibylle u. Rolf-Peter 72, 125
 Bauerkämper, Arnd 8
 Becker, Heidemarie 69, 106
 Beckmann, Christian 73, 74
 Beleites, Michael 37, 48, 53, 61, 64, 135
 Berger, Sibylle 72, 125
 Blum, Gisela 106
 Böhnke, Bent 124
 Bokermann, Ralf 9
 Bollinger, Hermann 73
 Bombeck, Henning 10
 Bönsel, Andre 22
 Borchert, Rudolf 8, 25, 74, 75
 Born, Ulrich 75
 Borrmann, Raimund Frank 9, 75
 Böttger, Gerd 73, 74
 Braun, Hans-Joachim 73
 Brick, Martin 74, 117
 Broer Inge 8, 9, 65
 Brückner, Herbert 7
 Buchsteiner, Ilona 19, 57, 135
 Bunge, Martina 74
 Buntzel, Rudolf 8
 Busse, Tanja 8
 Caffier, Lorenz 73
 Canditt, Charlotte 106
 Cuypers, Heinrich 29
 Cwielag, Corinna 122
 Daedelow, Dietrich 10
 Dayen, Maria 9
 de Veer, Renate 7, 31
 Deichmann, Christel 8, 33
 Deisler, Harald 8
 Dettmer, Jochen 7, 8, 10
 Döhler, Petra 106
 Döring, Konrad 74
 Dosch, Thomas 8
 Dührsen, Cornelia 10
 Eggers, Ulrike 106
 Eigen, Karl 7
 Etzrodt, Erika 106
 Evert, Rüdiger 112
 Feldhusen, Frerk 9
 Fischer, Brigitte 106
 Florida, Richard 133
 Fock, Theodor 36, 135
 Fowler, Angus 110, 111, 124
 Franken, Lorenz 9
 Freund, Thomas 10
 Frieze, Siegfried 73
 Fuhrmann, Heinz 73
 Fulda, Hendrik 13
 Funke, Karl-Heinz 7, 8
 Gabriel, Torsten 9
 Gerke, Jörg 8, 61
 Gienapp, Christian 8, 38, 73
 Glawe, Harry 74
 Goldbeck, Walter 73
 Gorbatschow, Michail
 Sergejewitsch 34
 Götz, Wilfried 8
 Gramkow, Angelika 74
 Grams, Friedberg 73, 74
 Gresshoff, Maria-Meier 110
 Griese, Thomas 7
 Griese, Wolfgang 75
 Grugel, Christian 9
 Grünbaum, Robert 48, 53, 61, 64, 135
 Grünwald, Mathias 43
 Hacker, Hans-Joachim 47
 Haeske, Peter 73
 Hanselka, Holger 7
 Heidenberger, Rolf 9
 Helmig, Gudrun 106
 Helzer, Manfred 8
 Hensel, Andreas 9
 Heydorn, Jörg 75
 Höfken, Ulrike 7
 Holst, Henning 8
 Holznapel, Renate 73, 74, 75, 111
 Iversen, Heiner 7
 Jaeger, Wolfgang 55
 Janßen, Georg 7
 Jarchow, Hans-Heinrich 74
 Johannsen, Karin 126
 Joosten, Hans 9, 10
 Just, Martin 1, 6, 78, 111, 124
 Kaether, Johann 10
 Karge, Wolf 1. 78, 135
 Kaspar, Karin 127
 Kauffold, Peter 7, 20, 21, 73, 78, 78, 114
 Kerth, Stefan 10
 Kienscherf, Harald 2, 12
 Kindermann, Heinz 7, 8
 Kirmes, Günter 124
 Klinkmann, Horst 57
 Klostermann, Henning 73, 74
 Klüter, Helmut 8, 48, 53, 64
 Knapp, Hans Dieter 10
 König, Ingo 8
 Kosin, Heinz 111
 Kraus, Birgit 106
 Krebs, Christa 106
 Kreer, Karl Otto 8, 9, 10
 Krille, Edda 106
 Kröchert, Gerd-Heinrich 8
 Kröchert, Rolf 7
 Krüger, Kersten 114
 Krüger, Leni 106
 Kuchs, Werner 35
 Kühnel, Lilly 74, 106
 Kuhz, Angelika 106
 Kuntsche, Siegfried 57
 Laschewski, Lutz 9, 120, 135
 Ledge, Ulrike 106
 Lehmkuhl, Sabine 7
 Leiblein, Jürgen 73
 Lenz, Burkhard 75
 Leo, Solveig 129
 Linke, Marianne 75
 Lochner-Borst, Ilka 74, 75
 Lode, Ernst-Jürgen 60
 Löpmeier, Franz-Josef 9
 Lüßow, Birger 75
 Mahr, Beate 73, 74
 Markhoff, Dieter 73, 74

- Marscheider, Silvia 106
 Marth, Gottfried 8, 9
 Matthes, Heide Dörte 7, 8
 Mehl, Peter 8, 10
 Mehl, Ulrike 7
 Meier, Lothar 73
 Melzer, Werner 8
 Měšťán, Gabriele 74
 Methling, Wolfgang 9, 61
 Mettenleiter, Thomas 9, 63
 Meyer, Bertold 9
 Mikschofsky, Heike 65
 Möhring, Horst 7
 Monegel, Hannelore 9, 10, 49, 74, 75
 Müller, Detlef 74, 75
 Müller, Heinz 11
 Müller, Michael 9, 10
 Muth, Catharina 73
 Nehls, Uta 9
 Neu, Claudia 10, 135
 Nieter, Helmut 73
 Nitschke, Harald 9
 Offel, Edgar 9
 Ohls, Frauke 106
 Opitz, Christiane 9
 Ott, Konrad 8, 9
 Panicke, Lothar 73
 Pellnitz, Karsten 7
 Permien, Thorsten 8, 10
 Peters, Angela 10, 106
 Peters, Angelika 8, 69, 73, 74
 Peters, Frank 111
 Petters, Andreas 74
 Piel, Martin 10
 Pitschmann, Thomas 131
 Poppei, Gerhard 73
 Putensen, Gregor 73
 Quaas, Dieter 73
 Reese, Sigrun 75
 Rehberg, Karsten 111
 Rehder, Klaus 7
 Reimer, Monika 111
 Reinhard, Marc 75
 Rhein, Günter 9
 Ribbe, Lutz 12
 Richter, Ingo 115
 Rinas, Gerd 2, 12
 Ringstorff, Harald 21, 57, 118
 Ritter, Peter 74, 75
 Röhl, Wolfgang 1, 78
 Roolf, Michael 114
 Röpke, Harald 7, 20, 68
 Rudolphi, Gerhard 1, 32, 78, 133
 Ruppenner, Marion 59
 Sanftleben, Peter 9
 Scheringer, Johann 9, 19, 73, 74
 Schiemann, Joachim 9
 Schier, Barbara 8
 Schildt, Ute 8, 9, 74, 75
 Schlingmann, Heinrich 73
 Schlotmann, Volker 73
 Schlupp, Beate 74, 75
 Schmedemann, Anke 106
 Schmidt, Helmut 118
 Schneider, Raimund 118
 Schnell, Gerlinde 73
 Schnur, Toralf 75
 Schoenenburg, Arnold 74
 Schön-Petersen, Eike 9, 10
 Schremmer, Heinz 7
 Schulze, Dietmar 8
 Schütte, Andreas 7
 Schwarz, Thomas 75
 Schwebs, Birgit 74
 Schwerin, Manfred 8, 9, 66, 117
 Schwiderski, Hans 8, 110, 111, 125
 Seemann, Margret 74
 Seite, Annemarie 73
 Seite, Berndt 74
 Seulberger, Harald 9
 Sielaff, Horst 7
 Simons, Detlev 7, 125
 Sönnichsen, Hans-Thomas 131
 Spelsberg, Gerd 9
 Stachowitz, Gerda 7, 71, 111, 112, 125
 Steffens, Sabine 27, 41, 66, 136
 Stein, Peter 75
 Stolt, Horst 73
 Stratenwerth, Ursula 111
 Succow, Michael 7, 8, 9, 10
 Tack, Fritz 7, 8, 9, 59, 75
 Täuber, Ulrich 8
 Täubrich, Friedrich 73
 Thalheim, Gerald 7, 8, 9, 57
 Thünen, Johann Heinrich 70, 72
 Tietböhl, Rainer 10
 Timm, Gottfried 75
 Timm, Udo 74, 75
 Timmermann, Tiemo 9
 Tschirch, Ingrid 73
 Vogel, Dietmar 11
 Vogel, Holger 9
 Vogtmann, Hartmut 8
 von Bassewitz, Heinrich Graf 21, 64, 71
 von Storch, Henning 74, 75
 Wacker, Alfred 125
 Wagner, Horst 7
 Walter, Jürgen 132
 Weber, Adolf 7
 Weber, Gerald 52, 136
 Wendt, Rudolf 8
 Wichtmann, Wendelin 9, 10
 Wien, Alexa 74
 Wilke, Klaus-Dieter 9
 Windhorst, Wilhelm 7
 Wolf, Stefanie 73
 Wolff, Waltraud 9
 Woltemath, Käthe 115
 Wulff, Silke 106
 Zahn, Siegfried 73
 Zerbe, Stefan 10
 Zimmermann, Edwin 6
 zu Baringdorf, Wilhelm Gräfe 48, 53, 61, 64, 135

Die Autoren

Dr. Wolf Karge

Jg. 1951, aufgewachsen in Heiligendamm und Schulbesuch in Bad Doberan. Studium des Archivwesens in Potsdam und der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Arbeit im Staatsarchiv Schwerin. 1978-1991 am Kulturhistorischen Museum Rostock tätig (zuletzt als Direktor). 1986 Promotion mit regionalgeschichtlichem Thema an der Rostocker Universität, ab 1991 freier Publizist, 1997-2007 Geschäftsführer im Technischen Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin/Wismar.

Lehraufträge an den Universitäten Rostock und Lüneburg.

Seit 2007 wieder als freier Publizist und Berater tätig.

Dr. Wolfgang Röhl

Jg. 1958, geboren und aufgewachsen in Lübz. Studium der Pflanzenproduktion in Rostock und Zusatzstudium in Prag. Promotion 1988. Wissenschaftlicher Assistent und Aspirant an der Universität Rostock. 1990 Mitarbeiter des Volkskammerabgeordneten und Parl. Staatssekretärs Prof. Dr. Peter Kauffold. Seit 1991 Sekretär des für den Agrarbereich zuständigen Fachausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Dr. Gerhard Rudolphi

Jg. 1945, aufgewachsen in Ehmkenhagen bei Ribnitz-Damgarten auf der elterlichen Neubauernstelle. 1962 bis 1965 Besuch der landwirtschaftlichen Fachschule in Stralsund. 1965 – 1971 Fernstudium an der Universität Rostock zum Diplomagraringenieur und 1972 – 1977 außerplanmäßige Aspirantur zum Dr. agr.

1971 -1977 Berater für Körnerfruchtanbau bei ehemaligen Getreidekombinat des Bez. Schwerin und 1978 – 1988 Mitarbeiter in der Landwirtschaftsverwaltung Bez. Schwerin.

von 1991 – 1999 Leiter der Abteilung Agrarberatung beim Norddeutschen Genossenschaftsverband und danach bis 2010 (Eintritt in die Altersrente) Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Fischerei im Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern. Gegenwärtig freier Mitarbeiter beim Genossenschaftsverband als Agrarberater.

Dr. Martin Just

Jg. 1947, geboren im Harz, aufgewachsen in Berlin. 1965 –1970 Studium der Landwirtschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Planmäßige Aspirantur zum Dr. agr. an der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR / Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf/Rostock. Bis 1984 dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. 1985 – 1986 freiberuflicher Musiker, 1986 – 1987 Heizer und Handwerker in einer Dresdner GPG. 1987 - Mitte 1990 Abteilungsleiter in der LPG „Schönfelder Hochland“ Dresden-Bühlau. Bis Ende 1990 Büroleiter des Vereins für Politische Bildung und Soziale Demokratie in Dresden. 1991 – 2011 Referent im Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Schwerin. Anfang 2012 Eintritt in die Altersrente.



Maßnahmen sozialdemokratischer Energiepolitik

Eine Kursänderung in der Energiepolitik ist Voraussetzung dafür, daß die Abgasschwaden aus unseren Städten verschwinden und das Waldsterben beendet wird. Eine auf der Technik der Kraft-Wärme-Kopplung beruhende dezentrale Versorgung mit Strom und Wärme ist hier z. Z. in der Regel die beste Lösung.

Der spezifische Energieverbrauch ist in unserem Land im Vergleich mit modernen Standards viel zu hoch. Daher ist die „Einsparenergie“ unsere größte, billigste und zugleich sauberste Energiequelle. Die Einsparpotentiale exakt zu erforschen und umzusetzen, wird eine vorrangige Aufgabe sein.

Eine Technik wie die Atomenergie, die niemals versagen darf und der gegenüber die Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen nicht beherrschbar sind, kann nicht verantwortet werden. Wir setzen uns dafür ein, daß demgegenüber auch am Energiestandort Greifswald mit modernen, umweltgerechten Technologien Energie erzeugt wird.

Die Erfahrungen in der Bundesrepublik zeigen, daß auch eine dezentrale Organisationsstruktur notwendig ist, will man eine intelligente, flexible und damit optimale Nutzung unterschiedlicher Energieträger erreichen. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb dafür ein, daß die Energiewirtschaft weitestgehend in den Händen der Kommunen liegt.

Die Entwicklung regenerativer Energien ist ein Schritt in die energiepolitische Zukunft. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich für eine anwendungsbezogene Entwicklung dieser Technologien in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Insbesondere wollen wir ein Programm zur Förderung der Windenergie und der Geothermik auflegen.

Industriellen Strukturwandel fördern

Wir wissen, daß es unsinnig ist, gegen den Strukturwandel anzuschubventionieren. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen, die von veralteten Produkten und Technologien wegführen und eine Diversifizierung der Produktpalette der Unternehmen ermöglichen.

- In diesem Sinne braucht unser Schiffbau Anpassungshilfe entsprechend der Werftenhilfe im Bundesprogramm.
- Wir werden ein Küstenstrukturprogramm vorlegen.
- Die Entflechtung der alten Wirtschaftseinheiten muß weiter vorangetrieben werden. Dabei appellieren wir an die Bürger, nicht nur über die alten Kader zu schimpfen, sondern sich selbst mutig als Alternativen durchzusetzen.
- Wir fordern gemeinsam mit den anderen Ländern der DDR ein *Sonderaufbauprogramm* als große gesamtdeutsche Kraftanstrengung.

Chancengleichheit und Strukturwandel in der Landwirtschaft

Unser Mecklenburg-Vorpommern wird auch als Bundesland ein Zentrum der Landwirtschaft bleiben. Es braucht deshalb eine vielfältig strukturierte, leistungsstarke und umweltfreundliche Agrar- und Ernährungswirtschaft, die in den Europäischen Gemeinschaften bestehen kann. Entsprechend den natürlichen Voraussetzungen, der Beschäftigungsstruktur und der Tradition der Bevölkerung sowie den grundsätzlich gegebenen Möglichkeiten für die Entwicklung der Industrie, werden in unserem Land auch in Zukunft mehr landwirtschaftliche Produkte erzeugt werden müssen, als für den Eigenbedarf erforderlich sind. Nur dann werden die Menschen auf absehbare Zeit ein ausreichendes, der allgemeinen Wohlstandsentwicklung entsprechendes Einkommen finden.

Gegenwärtig befindet sich die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern in einer tiefen existenzbedrohenden Krise. Der überstürzte Weg in die

Marktwirtschaft hat alle agrarwirtschaftlichen Bereiche hart getroffen und an den Rand einer Katastrophe geführt. Es ist plötzlich deutlich geworden, daß die Betriebe aller Produktionsstufen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht wettbewerbsfähig sind und nicht marktgerecht produzieren. Das ist sicher nicht durch die Bauern und andere Beschäftigtengruppen verschuldet. Der Zustand ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Agrarpolitik.

Jetzt kommt es darauf an, sofort und wirksam zu helfen, um das Überleben der Landwirtschaft in den nächsten Monaten zu gewährleisten. Es ist weiterhin erforderlich, gezielt und großzügig zu fördern, um die schnelle Anpassung an die Bedingungen der Europäischen Gemeinschaften zu ermöglichen: „Chancengleichheit und Strukturwandel“, das ist unser SPD-Agrarprogramm der Hilfe zur Selbsthilfe.

1. Die SPD fordert als Sofortmaßnahmen

- Stützungen und zentrale Entscheidungen für umfangliche Exporte, insbesondere von tierischen Produkten in Drittländer, um die aufgestauten Überschüsse aus dem Markt zu nehmen und den Preisverfall aufzuhalten.
- Angemessene Finanzausschüsse, um die unverschuldete drohende Zahlungsunfähigkeit der Betriebe abzuwenden.
- Entschuldung der Betriebe durch Streichung oder mehrjährige Aussetzung der Altkredite.
- Staatlich verbürgte kostengünstige Kredite, bis der Anschluß an die Marktwirtschaft hergestellt ist und andere Möglichkeiten der Kreditsicherung in Anspruch genommen werden können.

2. Die SPD fordert nicht nur die verfassungsrechtliche, sondern die tatsächliche Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. Es kommt darauf an,

- Rückgabeforderungen endgültig auszuschließen.
- Die Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern bei Kauf oder Pachtung von bisher volkseigenem Grund und Boden für die Übergangszeit zu begünstigen. Der §53 (3) des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes muß geltendes Recht bleiben.
- Die von den zentralen Treuhandstellen geplante schnelle Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen zur Sanierung des Staatshaushaltes und der gewerblichen Wirtschaft zu verhindern.
- Volkseigenes Grundvermögen aus zentraler „Treuhandschaft“ an eine gemeinnützige Landgesellschaft zu übertragen, welche die Verpachtung, den Verkauf oder die anderweitige Verwertung von Boden langfristig und im Interesse der Bürger wahrnimmt.

3. Die SPD setzt sich dafür ein, daß unserer Landwirtschaft ein Anpassungszeitraum von mind. drei bis fünf Jahren gewährt wird, in welchem die Höhe der Fördermittel, die Fördergrenzen und die Steuern den Ausgangsbedingungen und der notwendigen Entwicklung angepaßt sind. Alle landwirtschaftlichen Nutzflächen in Mecklenburg-Vorpommern müssen als benachteiligte Gebiete eingestuft werden und den Regelungen der EG entsprechend gefördert werden.

4. Die SPD besteht darauf, daß volkseigene Güter auf der Grundlage des entsprechenden einstimmig beschlossenen Gesetzes der Volkskammer nicht für Bundesinteressen verkauft, sondern in das Eigentum von Mecklenburg-Vorpommern übertragen werden. Soweit öffentliches Interesse besteht, sollen sie als Staatsgüter (Saatzucht, Lehr- und Versuchsgüter) fortbestehen oder im Interesse des Landes privatisiert werden.

5. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern erklärt ihre Solidarität mit den Grundforderungen der landwirtschaftlichen Berufsverbände, die während der Bauerndemonstrationen am 15. August erhoben wurden.

Die SPD erwartet von den Verbänden, daß sie die Bauern bei der aktiven Einstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen wirksam unterstützen.

6. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß

- die Erzeugung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe gefördert wird (Rapsöl, Stärke).
- die Stilllegung von Flächen vor allem bei ertragsschwachen Böden und Zentren des Fremdenverkehrs, in Trinkwasserschutzgebieten und in Naturvorranggebieten geschieht.
- die Schlachtrinderproduktion unter Ausdehnung der Grünlandwirtschaft und der Einbeziehung geeigneter Rinderrassen extensiviert wird.
- Pflanzen und Tierproduktion nicht länger getrennt bleiben.
- der Ausverkauf wertvoller Pflanzenarten, Sorten und Zuchttiere sofort unterbunden wird.
- übermäßige Tierbestandskonzentrationen abgebaut und artgerechte Formen der Tierhaltung durchgesetzt werden.
- Mecklenburg-Vorpommern entsprechend seiner Produktionsstruktur und Einkommensgrundlage eine angemessene Milchquote erhält.
- die Milchmengenreduzierung um 20 % entgegen den Vorstellungen der jetzigen Bundesregierung auf zwei Jahre ausgedehnt wird und daß die entstehenden Einkommensverluste ausgeglichen werden.
- der standortgerechte beschleunigte Aufbau einer leistungsfähigen Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie für die Herstellung von Markenprodukten und ein leistungsfähiges Management für die Vermarktung größtmögliche Förderung erfährt. Sie wird umgehend ein Aufbau- und Modernisierungsprogramm für die Lebensmittelindustrie aufstellen. Mecklenburg-Vorpommern soll kein Rohstoffland werden.

7. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die unvermeidliche Verringerung der Anzahl Beschäftigter in der Agrar- und Erneuerungswirtschaft dadurch zu mildern, daß sie über mind. drei Jahre verteilt wird.

Durch Mitbestimmung aller Beschäftigten auf neuen gesetzlichen Grundlagen, durch Einkommensbeihilfen, Vorruhestandsregelungen, Förderung von Umschulungen wird sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Ausgliederung sozialverträglich erfolgt und der Entwicklung der Infrastrukturen und der technischen Ausstattung der Betriebe entspricht.

8. Eine SPD-geführte Landesregierung

- fördert die agrar- und steuerrechtliche Gleichbehandlung aller Betriebe unterschiedlicher Produktions- und Rechtsformen und ermöglicht dadurch die Entstehung einer vielfältigen Agrarstruktur.
- unterstützt die unverzügliche Bildung von Beratergruppen, welche den Bauern bei der Ausarbeitung von Gründungs-, Sanierungskonzepten und von Entwicklungsplänen zur Seite stehen und über alle Fördermöglichkeiten informieren. Ein Programm zur Förderung junger Landwirte wird aufgelegt.
- wird Überbrückungshilfen degressiv und Strukturfördermittel progressiv einsetzen, um den Strukturwandel im Interesse der marktwirtschaftlichen Anpassung zu beschleunigen.
- orientiert auf die Entflechtung und baldmögliche geordnete Überführung der bisherigen LPG in eingetragene Genossenschaften sowie andere privatwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen, die den Anforderungen an die soziale Marktwirtschaft entsprechen.
- wird die Rahmenbedingungen dafür herstellen, daß EG-gemäße Betriebe der Gruppenlandwirtschaft entstehen können.
- fördert die Gründung von Musterbetrieben als Kapital- oder Personengesellschaften sowie als einzelbäuerliche Betriebe im Haupt-, Neben- und Zuerwerb in den verschiedenen Regionen des Landes.

- wird sich dafür einsetzen, daß nicht mehr verwertbare Anlagen und andere Investitionen aus der Zeit des Staatssozialismus, die eine schnelle Umstrukturierung verhindern, unter Staatshaftung aus der Bilanz genommen werden können.
9. Die SPD fördert den ländlichen Raum durch ein besonderes Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP). Dazu gehören Maßnahmen zur Dorferneuerung, des Aufbaus einer bedarfsgerechten Ver- und Entsorgung, der Entwicklung von Verkehrsinfrastrukturen. Jährlich werden in 34 Dörfern des Landes Erneuerungsmaßnahmen beginnen.
 10. Die SPD steht dafür ein, daß die ökologische und landeskulturelle Funktion des Waldes Vorrang vor der Holzgewinnung hat.
 - Die Forstpolitik in Mecklenburg-Vorpommern wird darauf gerichtet,
 - die Wälder zu revitalisieren.
 - den Waldbestand durch größtmögliche Aufforstung stillgelegter Ackerflächen zu vergrößern.
 - die Wildbestände an die naturgegebenen Verhältnisse in den Wäldern anzupassen und zu kontrollieren.
 - den Waldbestand in vormaligen militärischen Sperrgebieten zu erfassen, in Landeseigentum zu überführen, ordnungsgemäß zu bewirtschaften und für die Bevölkerung zugänglich zu machen.
 - die Forstverwaltung durch Einrichtung von Einheitsforstämtern unter Wahrung aller Eigentumsformen neu zu gestalten.
 11. Die SPD wird im Bereich der Fischerei dafür sorgen, daß
 - den Fischern in Mecklenburg-Vorpommern die bisherigen Fangquoten in der Ostsee auch nach der Herstellung der deutschen Einheit erhalten bleiben. Sie wird sich dafür einsetzen, daß nun auch der heimischen Fischerei der Zugang zu nicht ausgefischten Quoten in den bisherigen EG-Meeren möglich wird.
 - alle Möglichkeiten der EG für die Modernisierung der Kutterflotten und der nachgelagerten Verarbeitungsbetriebe genutzt werden.
 - die Binnenfischerei stärker als bisher am Markt und an ökologischen Erfordernissen orientiert wird.
 12. Eine SPD-Regierung wird dafür sorgen, daß die dringend notwendige Verbesserung des Küstenschutzes in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern eine besondere Förderung erfährt. Durch Raumordnungsmaßnahmen wird eine Bebauungsgrenze zu den Küstenabschnitten festgelegt.
 13. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß
 - die Landwirtschaftskammern schnell arbeitsfähig werden, um dem besonderen Beratungsbedarf im Agrarbereich zu entsprechen.
 - die traditionsreichen Untersuchungs- und Forschungsanstalten (LUFA) wieder ins Leben gerufen werden.
 14. Die Wissenschaftspolitik im Agrarbereich ist darauf gerichtet, die Angleichung der Forschungseinrichtungen an bundesdeutschen Rechtsformen zu fördern und leistungsfähige Forschungspotentiale für zentrale Aufgaben und für Landesaufgaben in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten oder zu entwickeln. Die wissenschaftlichen Einrichtungen sollen für innovative Forschungen geeignet sein und den Umstrukturierungsprozeß in der Landwirtschaft helfend begleiten.
 15. Die SPD setzt sich für eine vielseitige, den neuen Anforderungen entsprechende Berufsausbildung für die Agrar- und Ernährungswirtschaft auf allen Bildungsebenen ein.

Aufhebung der Bodenreform durch die CDU?

Mit der SPD ist das nicht zu machen!!!

Ziel der CDU ist es immer noch:

- Die zwischen 1945 bis 1949 in Ostdeutschland enteigneten Junker und Großbauern sollen ihren Grund und Boden zurückerhalten.
- Die CDU läßt nicht locker, mit Anzeigenkampagnen zur Aufhebung der Bodenreform anzustacheln.

Die Bodenreform ist heute Bundesrecht. Sie ist Bestandteil des Einigungsvertrages und durch Artikel 143 Grundgesetz rechtlich gesichert.

Nach zähem und beharrlichen Ringen haben die Sozialdemokraten im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und der Flächenerwerbsverordnung das Recht der ostdeutschen Menschen erkämpft, endlich Grund und Boden erwerben zu können.

Wer die Enteignung zwischen 1945 und 1949 rückgängig machen will, schafft neues Unrecht, gefährdet die Einheit Deutschlands und unterläuft die rechtstaatliche Ordnung der Bundesrepublik.

SPD

Landtagsfraktion
Mecklenburg-Vorpommern

- **Wir Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern stehen für dieses Ränkespiel nicht zur Verfügung.**
- **Die Bodenreform muß Bestand haben!**
- **Altes Unrecht darf nicht durch neues Unrecht ersetzt werden!**

Vi.S.d.P. Detlef Lindemann (Pressesprecher)

Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Pressedokumentation

9

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

2. Wahlperiode

Redebeitrag des Abgeordneten Till Backhaus, Fraktion der SPD,
zur 18. und 19. Tagung am 30. und 31. August 1995

TOP 1

Aktuelle Stunde

Der 50. Jahrestag der Bodenreform - aktuelle bodenpolitische
Entwicklungen und Probleme in Mecklenburg-Vorpommern

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

wie schon aus dem Thema der Aktuellen Stunde ersichtlich ist, besteht
ein Zusammenhang zwischen dem, was vor 50 Jahren im östlichen Teil
Deutschlands geschah und den Problemen, die heute unseren Menschen
im ländlichen Raum unter den Nägeln brennen.

Um die Brisanz von Bodeneigentum und Bodenreform richtig werten zu
können, ist eine geschichtliche Aufarbeitung aller damit im
Zusammenhang stehenden Fragen dringend erforderlich.

Hierzu soll diese Aktuelle Stunde aus meiner Sicht der richtige Ort sein.

Die Bedeutung der Bodenreform ergibt sich unter anderem daraus, daß
sich in keinem anderen Bundesland soviel ehemaliges Bodenreformland in
den Händen der Treuhandnachsfolger befindet und daß in keinem anderen
Bundesland soviele Alteigentümer darauf drängen, ihren Grundbesitz
bzw. den ihrer Väter oder Urgroßväter zurückzubekommen.

Damit ist auch der aktuelle Bezug zum EALG und zu seinen
Durchführungsverordnungen, auf die ich noch eingehen werde, gegeben.

Dieses Regelwerk muß unseren Landwirten die Option einräumen,
Bodenreformland, das zwischen 1945 und 1949 enteignet wurde und daß
dann in den staatlichen Bodenfonds zurückgefallen ist und nach der
Herstellung der deutschen Einheit von der Treuhandanstalt,
der BVVG, der BVS, der TGS und der TGG verwertet sollten und sollen,
chancengleich zu erwerben.

Fakt ist, daß es durch die Bodenreform zu den tiefgreifendsten
Veränderung der Agrarverhältnisse in der deutschen Geschichte
gekommen ist.

Von entscheidender Bedeutung ist die Frage, aus welcher Motivation
heraus seiner Zeit an die Aufteilung des Bodenfonds gegangen worden
ist.

3

Fest steht, meine Damen und Herren, daß die Bodenreform ein Ergebnis des von Deutschland begonnenen und verlorenen Zweiten Weltkrieges ist.

Schon in der Weimarer Republik hat es Bestrebungen gegeben, die Agrarverhältnisse durch die Aufsiedlung großer Güter zu verändern.

Jedem, der sich im Lande auskennt, sind die Westfalenhöfe bekannt, die in den Regionen, in denen Güter aufgesiedelt wurden, heute das Bild prägen.

Ein typisches Beispiel dafür ist der Ort Groß Wüstenfelde im Kreis Güstrow (Kanzlerbesuch).

Diese Siedlungspolitik hatte allerdings lange nicht so tiefgreifende Konsequenzen, wie die Bodenreform.

Mit der Umsetzung des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 sollte in Regionen mit vorrangig Großbetrieben der Anteil kleinerer bäuerlicher Betriebe aus agrarstrukturellen und sozialen Gründen erhöht werden.

In Vollzug dieses Gesetzes wurden im östlichen Teil Deutschlands von 1919 bis 1937 insgesamt 76.000 bäuerliche Familienbetriebe geschaffen.

Das zur Ausstattung der Betriebe erforderliche Land wurde dem Großgrundbesitz meist abgekauft und nur in seltensten Fällen gegen Entschädigung auf rechtsstaatlicher Basis enteignet.

4

Im Vergleich dazu wurden durch die Bodenreform allein in Mecklenburg ca. 80.000 Neubauwirtschaften geschaffen.

Auf dem Territorium des damaligen Landes Mecklenburg wurden 845.000 Hektar enteignet, von denen 140.000 Hektar im staatlichen Bodenfonds, auf den ich gleich noch einmal zu sprechen komme, verblieben.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß der Boden im Gegensatz zum Reichssiedlungsgesetz zu keinem Zeitpunkt Vollenzium der Neubauern war, sondern nur Arbeitseigentum, das nicht frei vererbbar bzw. verkäuflich war. Dies haben Sie, meine Damen und Herren, der SED-Nachfolgepartei und die Mitglieder der ehemaligen Blockparteien mitzuverantworten.

Während das Siedlungsprogramm der Weimarer Republik eindeutig auf geltendem deutschen Recht basierte, streiten sich noch heute die Historiker darüber, wer im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges die Enteignung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes im Ostteils Deutschlands vorangetrieben hat.

Einige vertreten den Standpunkt, daß die Enteignungen für die Bodenreform nicht auf Befehl der Besatzungsmacht, sondern von deutschen Kommunisten durchgeführt wurde. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Bodenreform auf Betreiben der deutschen Kommunisten und ihrer Helfer auf Befehl der sowjetischen Militäradministration durchgeführt wurde.

6

Viele der neu gegründeten Betriebe konnten aus unterschiedlichen Gründen, d. h., mangelhafter Ausstattung mit Inventar, fehlender

agronomischer Erfahrung bzw. auch durch schlechte Bodenverhältnisse (auf schlechten Standorten waren die zugeteilten 8 Hektar viel zu wenig) nicht erfolgreich geführt werden, so daß die Flächen in den Bodenfonds zurückfielen.

Ich möchte auch deutlich machen, daß es bei der Durchführung der Bodenreform schwerwiegende Fehler der damaligen Administration gegeben hat.

So ist einem Bericht der deutschen Verwaltung an die sowjetische Militäradministration mit dem Titel "Ein Jahr nach der Bodenreform" zu entnehmen, daß es unter anderem

- unzuweckmäßige Aufteilungen,
- unrichtige Waldzuteilungen und
- ungerechtfertigte Enteignungen von Liegenschaften unter 100 ha

gegeben hat.

Das kann für die zu Unrecht Enteigneten auch heute meiner Meinung nach kein Trost sein. Fest steht, sie haben bitteres Leid und Willkür erfahren.

Wir Sozialdemokraten vertreten die Auffassung, daß alles Unrecht heute nicht durch neues Unrecht ersetzt werden darf.

5

Die Landesverordnung für die Bodenreform in Mecklenburg ist datiert auf den 05. September 1945.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß diese Verordnung auf einen russischen Originaltext zurückgeht, wie es durch Veröffentlichungen zu belegen ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das Land Mecklenburg für 30.000 Umsiedler zu sorgen, für Menschen, die auf der Flucht alles verloren hatten und die jetzt Wohnung, Brot, Arbeit, Perspektiven und neuen Lebensmut brauchten.

Viele von ihnen erhielten durch die Bodenreform eine der 80.000 Neubauernstellen.

Somit ist meines Erachtens nach der Hauptgrund für die Bodenreform das Erfordernis, die beträchtlich angewachsene Bevölkerung Mecklenburgs zu ernähren.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es auch in den westlichen Besatzungszonen, z. B. in Schleswig-Holstein, Versuche einer Bodenreform gegeben hat. Hier wurden allerdings analog zum Reichsiedlungsgesetz Entschädigungen vorgenommen.

Letzten Endes sind diese Reformversuche nicht konsequent durchgeführt worden und im Sande verlaufen.

Doch zurück zum damaligen Land Mecklenburg.

7

Insofern haben wir Sozialdemokraten immer gesagt, daß der Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" nicht haltbar ist.

Vielmehr muß den Enteigneten als Ausgleich eine angemessene Entschädigung in Geld gezahlt werden.

Es war 1990 der Wille der ersten freigewählten Volkskammer, daß die Bodenreform nicht angetastet wird.

In ihrer gemeinsamen Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 haben die Bundesrepublik und die DDR dieses vereinbart.

Nur unter der Prämisse, daß "... Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage in der Zeit von 1945 bis 1949 nicht rückgängig zu machen sind ..." hat die SPD dem Einigungsvertrag zugestimmt.

Ich füge hinzu, daß sich auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom April 1990 zur Rechtmäßigkeit der Bodenreform bekannt hat.

Wie wichtig es ist, dieses immer wieder zu bekräftigen, zeigt die Aktion des sogenannten Hilfsfonds für die Opfer der stalinistischen Bodenreform. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde am 02. Mai 1994 das Bodenreformdenkmal in Bredentin geschändet. Die SPD hatte Strafanzeige gestellt, der richterlicherseits auch nachgekommen wurde.

9

Nun ist es neuerdings die "Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen", die sich als Interessenvertreter der Alteigentümer bezeichnet, beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz eingereicht hat und damit die Restitution der zwischen 1945 und 1949 enteigneten Vermögenswerte erreichen will.

Lassen Sie uns gemeinsam und gründlich solchen Bestrebungen entgegenreten.

Völlig unverständlich sind uns Sozialdemokraten die Argumente vom Bündnis 90/Die Grünen, die das EALG über eine Verfassungsklage grundsätzlich kippen wollen.

Vor einen solchen Karren und auch nicht einen Karren des sogenannten deutschen Landbundes werden wir uns in dieser Angelegenheit nicht spannen lassen, meine Damen und Herren.

Ich bezweifle überhaupt, ob die Grünen mit ihren Auffassungen zur Agrarpolitik im allgemeinen und im besonderen jetzt in bezug auf das EALG schon politikkfähig sind.

Die Begründung der Grünen, daß - ich zitiere: "Große Agrarbetriebe ... ab Oktober zu Schleuderpreisen staatlichen Boden kaufen und kleine und mittlere Bauern ... fast leer ausgehen" geht nach unserer Auffassung an den Realitäten vorbei.

Mit der Aussage, daß die Verordnung gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstoße, bringen sich die Grünen verächtlich in die Nähe der "Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen", die ebenso argumentiert.

Der gemeinsame Ansatzpunkt für das Handeln innerhalb der Regierungskoalition ist, Chancengleichheit für den Zugang zum

Produktionsfaktor Boden, einschließlich Wald, für alle
Unternehmenformen zu erreichen.

Unter Berücksichtigung aller unterschiedlichen Auffassungen und
Standpunkte zur Bodenreform möchte ich abschließend unterstreichen,
daß diese Reform trotz aller Fehler und Mängel ein historischer
Fortschritt ist, der nicht rückgängig gemacht werden darf.

Ich danke Ihnen.

Beschluss-Nr. 040608/3/01



**Beschluss des Landesvorstandes des
Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V.**

Der Landesvorstand des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet sind, einen existenzsichernden Milchpreis herbeizuführen. Er unterstützt vorbehaltlos den Milchlieferstopp und ruft zu solidarischem Handeln auf. Je mehr Milchbauern sich dem Milchlieferstopp anschließen, um so schneller wird das Ziel höherer Milchpreise erreicht und der Milchlieferstopp beendet sein.

Der Landesvorstand ruft die Mitglieder aller Verbände auf, die Einheit und den Frieden im Berufstand zu wahren und betriebliche Entscheidungen zu akzeptieren.

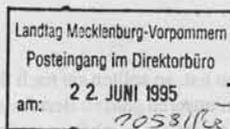
Der Landesvorstand fordert die Molkereien auf, auf Schadenersatzforderungen an die am Protest beteiligten Milchbauern zu verzichten.

Der Landesvorstand fordert die unverzügliche Neugestaltung der vertraglichen Verhältnisse zwischen Milchproduzent und Milchverarbeiter.

Der Landesvorstand ruft seine Mitglieder auf, alle genehmigten Demonstrationen zur Erreichung des existenzsichernden Milchpreises mit aller Kraft zu unterstützen.

Der Landesvorstand fordert die Molkereiwirtschaft dazu auf, umgehend und mit aller Härte neue Verhandlungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel aufzunehmen, um die Erzeugerpreise für Milch auf das erforderliche Niveau zu erhöhen.

Todendorf, 04.06.2008



Eing: PAS 23.06.93

Ullrich Gemüsedirekt

Offener Brief -

1) Pro's

2) PPS

22.6

Gebt Neid und Haß keine Chance!

Wir, die Vorsitzenden und Geschäftsführer von landwirtschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen weisen entschieden die vom "Spiegel" inszenierte Rufmord - Kampagne an unserem Berufsstand zurück!

Ja, wir bekennen uns dazu, um den Erhalt der Genossenschaften gekämpft zu haben und noch zu kämpfen!

Dafür gibt es viele Gründe:

- Die LPG waren für uns und für viele Mitglieder ein Teil unseres Lebens. In ihnen stecken unser Herzblut und unsere besten Jahre. Niemand hat das Recht, das alles mit Füßen zu treten. Es zu verteidigen, sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig!

- Nach der Wende gab es unterschiedliche persönliche Entscheidungen über den Verbleib in der LPG. Ein großer Teil der Mitglieder hat uns aber gebeten, die LPG in die Marktwirtschaft zu führen und hat uns in freier, geheimer Abstimmung ihr Vertrauen dazu ausgesprochen.

- Nicht zuletzt sind wir als modern ausgebildete und erfahrene Landwirte davon überzeugt, daß die ostdeutsche Landwirtschaft nur mit der Nutzung ihrer vielseitigen Struktur eine Chance im Konkurrenzkampf hat.

Wir sind auch der Meinung, daß unseren Unternehmen neben den ortsansässigen Wiedereinrichtern das Recht zusteht, die ehemals volkseigenen Flächen langfristig zu pachten und schrittweise zu kaufen. Schließlich haben die Genossenschaftsbauern über Jahrzehnte mit ihrer Hände Arbeit dieses Land in Kultur gehalten.

Wir bestreiten aber energisch, im Kampf um das Überleben der Genossenschaften Betrug an den Bauern begangen zu haben!

Wir hätten auch gern höhere Abfindungen gezahlt und mehr Arbeitsplätze erhalten. Die Entwertung von Gebäuden und Tieren ist doch nicht von uns vollzogen worden, sondern Ergebnis des mit der Währungsunion inszenierten völligen Zusammenbruches der Märkte. Ohne Absatz für Gemüse und Milch waren Gewächshäuser und Kuhställe über Nacht wertlos, mußte teures Zuchtvieh zu Spottpreisen verschleudert werden. Unsere Bilanzen wurden von keineswegs den LPG wohlgesonnenen staatlichen Institutionen und Banken geprüft und vor den Mitgliederversammlungen offengelegt. Wenn es in einzelnen Fällen

Unregelmäßigkeiten gegeben hat, so sollten sie nach dem Gesetz verfolgt werden. Wir verwarfen uns aber dagegen, unseren ganzen Berufsstand zu kriminalisieren und dabei sogar noch den Eindruck zu erwecken, wir hätten uns persönlich bereichert!

Wir bekennen uns zur aktiven, gleichberechtigten Mitarbeit im Deutschen Bauernverband.

Der "Spiegel" regt sich darüber auf, daß ehemalige LPG-Vorsitzende Funktionen im Bauernverband haben. Was ist denn schlecht daran, wenn dort qualifizierte Landwirte arbeiten, die sowohl Geschichte und Mentalität, wie auch die aktuellen Probleme der Gemeinschaftsbauern, Neu- und Wiedereinrichter kennen? Bisher gibt es ein gutes Klima zwischen den Vertretern verschiedener Unternehmensformen, aber auch zwischen ost- und westdeutschen Landwirten. Das lassen wir uns nicht vergiften! Wir werden die Solidarität bei der Vertretung ostdeutscher und gesamtdeutscher Interessen der Landwirte weiter festigen helfen.

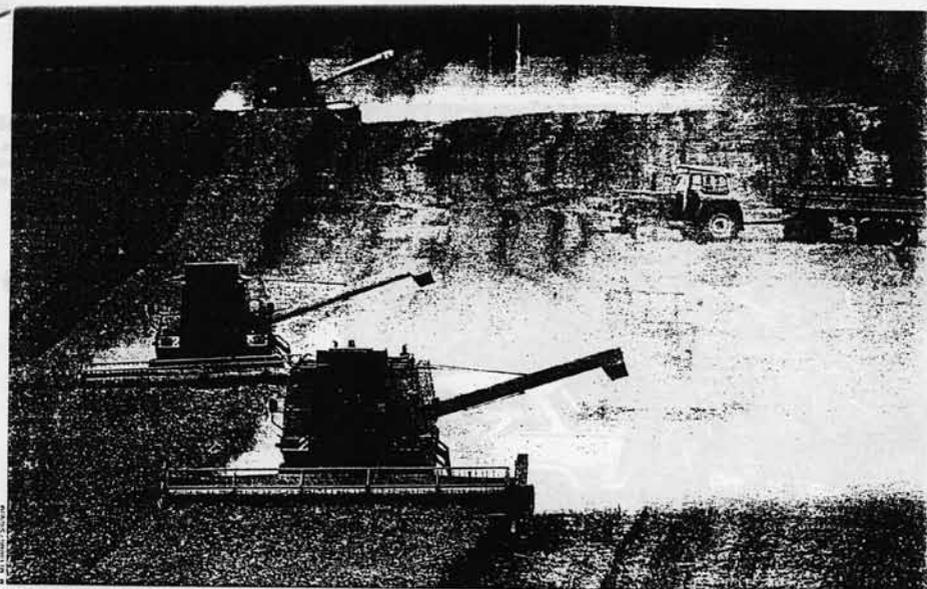
Liebe Bäuerinnen und Bauern,

laßt nicht zu, daß Neid und Haß an die Stelle von sachlicher Auseinandersetzung und gegenseitigem Verständnis bei der Lösung der noch anstehenden Probleme treten!

Glaubt nicht, daß ausgerechnet der "Spiegel" plötzlich zum Interessenvertreter der kleinen Leute im Osten geworden ist. Folgt Eurem bekanntermaßen kritischen Verstand und fragt Euch, wer die wirklichen Nutznießer dieser gegen uns gerichteten Schlammschlacht sind. Wir vertrauen darauf, daß Ihr die Antwort selbst findet!

Dr. Fritz Schmeiss	Agrar-Forstwirtschaft	Schredlitz	Vorstand v. m.
Wolfgang März	Agrar-Produktionsgenossenschaft	Mehlhof	Vorstand v. m.
Johannes Czap	Agrar-Genossenschaft	Allegerke	Vorstand v. m.
Hans Rosin	Agrar-Genossenschaft	Mesendorf	Inspektorstelle
Andreas Selig	Landwirtschaftliche	Genossenschaft	in G. K. B.
Hilfried Reilme	Agrar-Genossenschaft	m. d. H. Feinbau	u. Co KG
Johann Schüring	MdL	Verdun	Verp.
Johann	GRICOLA	Rehmann	
FORNFEIS	H.)	AGKAR ÖKOLOGIE VERBAND	VORSTAND DER

Weitere 95 Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis der ostdeutschen Landwirtschaft unterstützen den Inhalt des Briefes und erklären sich mit den Betroffenen solidarisch.



Getreide-Ernte in Mecklenburg-Vorpommern: Ganze Landstriche gehören nun den roten Junkern

SPIEGEL

12.6.85

Wmsk.

„BELOGEN UND BETROGEN“

Nirgends haben die Führungskader der DDR die Wende so unbeschadet überstanden wie auf dem Lande. In vielen Dörfern herrschen noch immer die Chefs der alten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die kleinen Bauern wurden ausgetrickt und ausgenommen – mit Hilfe und zugunsten alter Seilschaften.

Die Sache mit dem Kapitalismus hat Cyrill Wetzlich auch vier Jahre nach der Wiedervereinigung nicht so recht begriffen. Keiner hat dem Bauern aus dem Dorf Ostro südlich von Hoyerswerda erklären können, wie sich Geld gleichsam in Nichts auflösen kann.

In seiner guten Stube sitzt Wetzlich, 65, und blättert mit seinen abgearbeiteten Händen in den Akten. Ratlos lehnt er sich in seinem Sessel zurück: „Das Geld ist nicht mehr da, und ich weiß nicht, wo es geblieben ist.“

Ein paar Begriffe aus dem kapitalistischen Sprachgebrauch kennt Wetzlich inzwischen: Abwertung und Abschreibung. Die Chefs seiner einst blühenden LPG „I. Mai“ Kaschwitz, soviel weiß Wetzlich, haben 1400 Kühe abgewertet und neue Maschinen abgeschrieben.

„Ich weiß nicht, wie das geht“, resigniert der Bauer. Als sich der Betrieb wie jede Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) der untergegangenen DDR auflösen mußte, war die LPG Kaschwitz jah verarmt. Da blieh

für Anteilseigner wie Wetzlich wenig zum Verteilen.

Der Landmann aus Ostro kramt eine Rechnung aus seinen Unterlagen. 259,50 Mark hat ein Tierarzt erhalten, der eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Export von 256 Kühen und Schweinen nach Rußland und Polen ausgestellt hatte. Ein Beleg über den Verkaufserlös bei diesem Exportgeschäft ließ sich nicht auftreiben.

Die Tiere sind wohl irgendwie abhandeln gekommen. Schwund ist immer. „Was will man da machen?“ fragt Wetzlich.

Fast überall sind die LPG auf rätselhaftige Art arm geworden. Sie mußten sich in eine kapitalistische Betriebsform umwandeln und ihre ausscheidenden Genossen als Anteilseigner abfinden.

Doch als es ans Zahlen ging, war das Vermögen ehemals wohlhabender Betriebe auf rätselhaftige Art geschrumpft, bei der Agrargenossenschaft Betsdorf-Obersdorf, dem LPG Frühgemüsezentrum Dresden und wie sie alle heißen.

Geld verschwindet nicht, das weiß jeder Kaufmann – es wechselt den Besitzer. Dieter Tanneberger, Präsident der Bauernorganisation Deutscher Landbund, weiß, wohn es geflossen ist: Überall hätten LPG-Chefs mit flächendeckenden Bilanzfälschungen die Produktionsgenossenschaften arm gerechnet und Millionenbeträge in ihre Nachfolgebetriebe geschleust.

Kaum waren die Bauern billig abgefunden, entwickelten sich die verarmten LPG auf wundersame Weise zu hochprofitablen Agrarfirmer – geleitet von den ehemaligen LPG-Vorsitzenden. Sie und ihre Partner in den neuen Betrieben profitieren nun vom Aufschwung der ostdeutschen Landwirtschaft, die Bauern sind die Dummen.

Erst langsam dümmerte den Bauern, daß sie ausgetrickt und ausgenommen worden sind. „Die Wut kommt erst jetzt hoch“, sagt Landbund-Präsident Tanneberger. „Wir wurden belogen und betrogen“, beschreibt Bauer Werner Dittmann die Stimmung in der Re-

TITEL

Bundesland in Bonzenhand

Fast 1,1 Millionen Hektar staatseigenes Ackerland sind verpachtet – der größte Teil an die Betriebe der ehemaligen LPG-Chefs



Bauer nach der Wende: Aus den zerschlagenen LPG entstanden neue Großbetriebe

gion um Schönau südlich von Görlitz. Viele wandten sich in hilfloser Verbitterung an den Bundeskanzler. Das ehemalige LPG-Mitglied Inge Horn aus Berthelsdorf in einem Brief an Helmut Kohl: „Ich erlebe jetzt, wie in dem neuen Staat alles Unrecht weiter ausgeführt werden darf.“

Mit der Wiedervereinigung gingen riesige Ländereien in Bundes Eigentum über: die Acker, Wälder und Wiesen der ehemaligen Großgrundbesitzer. Diese Gutsherren, häufig Junker und andere Landadelige, waren zwischen 1945 und 1949 von den Sowjets enteignet worden, ihre Güter gehören seit dem 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland. Doch nicht einmal ein Fünftel dieses „Junker-Landes“ wurde an „ortsansässige Wiedereinrichter“ verpachtet wie die ehemaligen LPG-Bauern im Behörden-Deutsch heißen (siehe Grafik).

Statt dessen gehören fast 60 Prozent der staatseigenen Acker, wie die Statistik ausweist, „juristischen Personen“: Das sind die Firmen, die von den ehemaligen LPG-Chefs aufgemacht wurden.

Weitere zehn Prozent des Landes fielen an „ortsansässige Neueinrichter“. Das sind Ostdeutsche, die vor der Wende keinen einzigen Hektar besaßen, aber dafür einen land-

wirtschaftlichen Betrieb aufmachten. Hinter dem unverfänglichen Begriff „ortsansässige Neueinrichter“ verbergen sich im wesentlichen LPG-Vorsitzende, die selbständige Bauern wurden, oft mit vielen hundert Hektar Pachtland.

Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befanden sich oft in besserem Zustand als die heruntergekommenen Industrieanlagen der DDR.

Ihre Einfamilienhäuschen und Wohnblocks waren dank eigener Reparaturbrigaden durchweg ordentlicher erhalten als die Mietkasernen in den Städten. Von beträchtlichem Wert waren Viehherden, Melkanlagen und Getreidespeicher.

Ein milliardenschweres Vermögen wäre zu verteilen gewesen – wenn tatsächlich geteilt worden wäre. Die LPG-Mitglieder hätten eine Menge Geld erhalten – wenn die Vorsitzenden saubere Bilanzen erstellt und korrekt abgerechnet hätten.

Anders als den einfachen Ost-Bauern geht es den früheren LPG-Chefs zu meist blendend. Kein Berufsstand in der DDR hat die Wende so glatt geschafft wie die Führungskader der sozialistischen Landwirtschaft. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit herrschen sie nun wieder wie zu SED-Zeiten über das Land; mit einem Unterschied allerdings: Früher waren sie nur mächtig, heute sind sie auch noch reich.

Die alten Kader als Gewinner der Einheit – und die Verlierer sind wieder einmal die Kleinen. Nirgendwo sonst ging die Umwandlung von der Plan- in die Marktwirtschaft so reibungslos wie auf dem ostdeutschen Land. Ganze Landstriche im deutschen Osten gehören nun den roten Junkern.

Der Gesetzgeber wurde bisher nicht aktiv, die Staatsanwälte schritten selten ein. Dabei ließen es die neuen Landlords an krimineller Energie nicht fehlen. Die Bauern wurden um ihren rechtmäßigen Anteil am Vermögen der LPG



Ehemaliges LPG-Mitglied Dittmann
„Uns wurde alles mögliche vorgegaukelt“

TITEL

geprellt. Bilanzen frisiert, Protokolle gefälscht (siehe Kasten Seite 140). „Jeder klau, wie er kann“, beschreibt der Bauzener Anwalt Winfried Schachten die Devise der roten Junker.

Nach Schätzungen des Landbunds risen die neuen Großagrarier ein Vermögen von mindestens 20 Milliarden Mark an sich. Aus den aufgelösten mehr als 3800 LPG gingen 2800 Nachfolgebetriebe hervor, fast alle werden von den ehe-

ihre Betriebe technisch hochgerüstet, und dann werden allenfalls westdeutsche Großbauern mithalten können.

Mit ihren Betrieben, im Schnitt 1736 Hektar groß, können die Ostdeutschen nicht nur wesentlich rationeller wirtschaften, sie kassieren auch ungleich mehr Subventionen. Die Nachfolgebetriebe der aufgelösten LPG räumen systematisch ab, was an Beihilfen, Subventionen, Ausgleichszahlungen und

recht als Industriefirmen oder Wohnungsgesellschaften. Von den LPG-Nachfolgebetrieben ist etwa jeder zweite mit Altkrediten aus der DDR-Zeit belastet, im Schnitt mit drei Millionen Mark.

Die Chancen stehen indes nicht schlecht, daß das Bundesverfassungsgericht die Altschuldenregelung für Agrarbetriebe kippt – unter anderem auch deshalb, weil den wohlhabenden LPG vor 1990 Kredite aufgedrückt worden waren, mit denen sie sachfremde Aufgaben wie Straßenbau finanzieren mußten.

Eine Rückzahlung der Altkredite dürfte, wenn überhaupt, nur wenige überschuldete Betriebe in den Ruin treiben. Die große Masse der Agrarfabriken mit über 1000 Hektar kann die übernommenen Schulden zurückzahlen – dank der hohen Subventionen. „Wer hat, dem wird gegeben“, kritisiert Priebe die staatliche Förderung, die vorwiegend den Großagrarern zugute kommt und nur zu einem Bruchteil in kleinere Familienbetriebe fließt.

Es hätte ganz anders kommen sollen nach der Wende. Die Bauern, in der DDR zwangskollektiviert und zu Landarbeitern degradiert (siehe Kasten Seite 136), hofften, in der Freiheit ein neues Leben beginnen zu können. Viele wollten sich mit ihrem Land und mit den ausgezahlten LPG-Anteilen als „Wiedereinrichter“ eine neue selbständige Existenz aufbauen.

Doch ihre alten Chefs waren schneller. Nur kurz wahrte der Schrecken aus der Zeit der Wende, dann nahmen die Führungskräfte der Kolchosen elegant die Kurve.

Artur Walda etwa: Der LPG-Chef aus dem sächsischen Grünlichtenberg, zu SED-Zeiten Herrscher über 14 Dörfer, trug damals den Spitznamen „Stalin“. Aus seiner Groß-LPG ist längst die



F. THOMAS/STEFFE

Liquidierte LPG „Einheit“ Schlegel: „Das ist reiner Diebstahl“

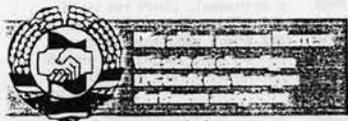
malignen LPG-Chefs geführt. In ihren Ställen stehen 80 Prozent des ostdeutschen Viehs, sie bewirtschaften mehr als zwei Drittel der ostdeutschen Acker, Felder und Wiesen. Wozu Raubritter und Junker einst Jahrhundertlang gebraucht hatten, schaffen die roten Kader in zwei Jahren.

Von der Ostseeküste bis zum Erzgebirge haben sich riesige Agrarfabriken etabliert. Die Landwirtschaft ist der einzige Wirtschaftszweig Ostdeutschlands, der dem Westen überlegen ist. Schon bald haben die ehemaligen LPG-Chefs

Prämien zu holen ist. Wo einst in Mecklenburg-Vorpommern Zuckerrüben angebaut wurden, dehnen sich nun kilometerlang riesige Rapfelder – dank üppiger Subventionen (1232 Mark pro Hektar) ist Rapsanbau lukrativer.

Keine Bauern, sondern Kapitalgesellschaften – etwa als Aktiengesellschaft – bewirtschaften ostdeutsche Äcker: „Ausgeräumte Landschaften mit Monokulturen“ beobachtete der Agrarwissenschaftler Hermann Priebe.

Auch mit der Last der Altschulden kommen die Agrarfabriken besser zu-



In der DDR existierten über 3800 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die sich bis zum 31. Dezember 1991 in eine neue Rechtsform umwandeln mußten.

Umwandlung der LPG

1. Vermögen der zerschlagenen LPG muß laut Gesetz unter die Mitglieder verteilt werden.
2. Der Vorstand erstellt die Bilanz.
3. Durch Bilanzierungstricks wird der Wert der Gebäude, der Maschinen und des sonstigen Vermögens auf dem Papier reduziert.
4. Die alte LPG wird von den alten Chefs liquidiert. Die Bauern erhalten als Abfindung nur einen Bruchteil des ihnen tatsächlich zustehenden Vermögens.

Nachfolgegesellschaft

1. Der alte LPG-Chef gründet mit anderen Führungskadern eine neue „Firma“, zumeist in Form einer Genossenschaft oder GmbH.
2. Das tatsächliche Vermögen wird auf die Nachfolgegesellschaft übertragen.
3. Nur wenige Bauern werden als Arbeitskräfte übernommen.
4. Das Vermögen der ehemaligen LPG ist in der Hand des ehemaligen LPG-Chefs und seiner Seilschaft.



TITEL

Zwang zum Kollektiv

Die DDR degradierte Bauern zu Landarbeitern

Der Sozialismus erschien ostdeutschen Landarbeitern und Kleinbauern zunächst als Glücksfall: Alle Güter mit 100 Hektar und mehr – insgesamt 7112 Besitztümer – wurden enteignet, die Acker dem werktätigen Volk übergeben.

Bis 1945 lagen Deutschlands größte Güter östlich der Elbe. Die Acker und Wälder waren häufig im Besitz von Adligen, den sogenannten Junkern. Die Dorfbevölkerung arbeitete zumeist auf den Höfen der Gutsherren oder lebte fast ebenso kärglich von ein paar Hektar Land. Bäu-

Riesige Agrarfabriken entstanden: Typ P (Pflanzenproduktion) mit Tausenden von Hektar Land oder Typ T (Tierproduktion) mit Tausenden von Schweinen und Kühen. Die Genossenschaftsmitglieder – ob Bauer oder Traktorist – waren faktisch Landarbeiter. Eingeteilt in Brigaden, standen sie unter dem Kommando des LPG-Vorsitzenden.

Unterhalb des Vorstands rangierte die Hauptbuchhalterin – der Finanzchef einer LPG war häufig eine Frau. Eine Stufe tiefer standen die Abteilungs- oder Produktionsleiter.



Ehemalige LPG (bei Schwerin): Die Bauern wurden im Stich gelassen

erliche Familienbetriebe von mittlerer Größe waren verhältnismäßig selten.

Unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ wurden die Gutsherren verjagt, und diese Parole kam damals auch gut an. Doch die Freiheit der neuen Bauern währte nicht lange.

Anfang der fünfziger Jahre begann die Zwangskollektivierung, die DDR-Bauern mußten sich in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) zusammenschließen.

Das Minimum an Selbständigkeit, das sie noch in den LPG-Typen I und II hatten, verloren die Bauern mit der schrittweisen Überführung in den Typ III. Ende 1960 waren alle Landwirte der DDR in eine der über 3800 LPG gepreßt, sie blieben aber formal Eigentümer ihres Bodens.

Nach dem Untergang der DDR mußten sich die LPG bis spätestens Ende 1991 in eine private Betriebsform umwandeln; das Land der zwischen 1945 und 1949 – vor Gründung der DDR – enteigneten Großgrundbesitzer ging in Bundesbesitz über. Häufig schlossen sich mehrere Agrarkombinate zusammen, die dann in einer anderen Rechtsform weitergeführt wurden.

Die Vorsitzenden und ihre Führungskräfte nutzten die Schwächen des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes, um mit einem Großteil des LPG-Vermögens eigene Agrarfabriken aufzumachen, meist als eingetragene Genossenschaft, als Aktiengesellschaft oder GmbH. Einige Führungscliquen bildeten auch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts und wurden so gleichsam Großbauern – die neuen roten Junker.

Agrargenossenschaft Grünlichtenberg mit 5500 Hektar entstanden, geleitet von Artur Walda. Die Macht des sächsischen Stalin blieb erhalten. Im Landesverband des Deutschen Bauernverbands avancierte Walda gleich zum Vorstandsmitglied.

Oder Bernd Schuster, der noch immer „König von Goßen“ genannt wird. In dem brandenburgischen Städtchen führt der ehemalige LPG-Chef als Vorstandsvorsitzender die örtliche Agrargenossenschaft mit 1200 Hektar und einem Gesamtvermögen von 18 Millionen Mark. Reporter des ZDF-Magazins „Kennzeichen D“ entdeckten den roten Junker auch in den Akten der Acker-Behörde. Schuster, Major der Hauptverwaltung Aufklärung, wurde 1989, kurz vor der Wende, Offizier in besonderem Einsatz, im Stasi-Jargon kurz OibE genannt.

Wie in Grünlichtenberg und Goßen hört in den ostdeutschen Dörfern wieder fast jeder auf das Kommando eines früheren LPG-Chefs. Der ist – zusammen mit seinen Freunden – in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zum Großbauern mutiert, zum geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH, zum Vorstandsvorsitzenden einer Genossenschaft oder Aktiengesellschaft.

Die Bauern haben den neuen alten Herren wenig entgegengesetzt. Am liebsten würde er zur Kalaschnikow greifen, redet sich ein Bauer aus Sachsen-Anhalt in Rage – und bittet gleichzeitig, nicht genannt zu werden, wenn er über seine früheren LPG-Chefs spricht. In den Dörfern des deutschen Ostens geht die Angst vor den einflußreichen Altkadern um.

Die komplizierte Rechtslage versteht keiner, und das nutzen die neuen Herren aus. So weigert sich Fritz Ullrich, Vorstandsvorsitzender der Lausitzer Hügelland Agrar AG, die Mitglieder der aufgelösten LPG Oberlichtenau auszuzahlen. Seine Begründung: Das frisch gegründete Unternehmen brauche dringend das Geld.

Den Anteilseignern der aufgelösten LPG standen stattliche Beträge zu. Die Bäuerin Elfriede Walther etwa hatte Anspruch auf 99 230 Mark. Der Vorstand der neuen AG bot ihr 5175 Mark, zahlbar in drei bequemen Jahresraten.

„Da eine Kapitalgesellschaft Rücklagen benötigt, erhalten Sie ... laut Satzung einen Gesamtbetrag von 10 350 DM, das sind 207 Aktien im Nominalwert von 50 DM“, lautet die Begründung. Da Elfriede Walther keine Aktien haben wollte, gab es eine Abfindung „in Höhe von 50 Prozent des fiktiven Aktiennominalwertes, das sind 5175 DM“.

Ein Vermögen von 100 000 Mark einstreichen und dafür 5000 Mark zahlen – so entsteht im Osten neuer Wohlstand.

Die Methoden der roten Landherren sind stets dieselben: Zunächst wird das

TITEL

scher Unzuverlässigkeit die Leitung der LPG Nucknitz aufgeben mußte und sich nach der Wende selbständig gemacht hat, trifft auf den Ämtern all diejenigen, die mich früher gemäßregelt haben".

Und der Bauer Fritz Goldberg hat im sächsischen Gerthain beobachtet: „In allen Ämtern sitzen die alten Seilschatten.“

Wer sich mit den roten Junkern anlegt, braucht Zeit und Nerven. „Das Verarschungsdreieck“ nennt Manfred Graf von Schwerin ein beliebtes Spiel auf dem Lande: unliebsame Bürger von einer Behörde zur nächsten zu schicken, bis sie wieder im ersten Amt landen.

Die Macht der alten Genossen, so scheint es, reicht bis in die Postämter.

Der mißliebige Landbund-Präsident Dieter Tanneberger sitzt in dem Erzebirgnsnest Dittmannsdorf, das nächste Postamt befindet sich in dem Ort Olbernhau, dicht an der tschechischen Grenze. Im März gab Tanneberger 5500 Briefe in Olbernhau ab, Einladungen zur Verbandstagung in Schwerin. Nach und nach trudelten die Briefe bei den

„Viele seltsame Dinge“

Der trickreiche Weg einer LPG in die Marktwirtschaft

Wichtiges stand an, und so lud der Vorsitzende Bert Kowalik die 312 Mitglieder seiner LPG Pflanzenproduktion Hohendorf zur Vollversammlung in die Kantine: Der sozialistische 6800-Hektar-Betrieb vor der Ostsee-Insel Usedom war überzuführen in den Kapitalismus.

Am 6. September 1990, so steht es im Protokoll, erschienen 236 Werk-tätige und beschlossen einstimmig, wie es ihr Chef vorgeschlagen hatte, die LPG künftig als Genossenschaft weiterzuführen. Denn „irgendwie“, sagt der Agraringenieur Gerhard Hollmann, „mußte es ja weitergehen“.

Daß die Kantine der LPG höchstens 60 Personen faßt, war kein Problem: Tatsächlich erschienen, wie sich vier Jahre später herausstellen sollte, nur 39 Teilnehmer.

Laut Protokoll aber stimmten 236 Anwesende der Empfehlung des Vorsitzenden zu, und der ließ die umgewandelte LPG Hohendorf als Peeneland e.G. in das Genossenschaftsregister Nr. 102 des Amtsgerichts Stralsund eintragen. Geschäftsführer: Bert Kowalik.

Den Vorstand der Peeneland bildeten neben Kowalik drei weitere Führungskräfte der früheren LPG, auch wurden drei Bauern in die neue Genossenschaft aufgenommen. Das mußte sein, denn eine Genossenschaft braucht mindestens sieben Mitglieder. Mehr wollte Kowalik in seiner neuen Firma nicht haben: Je kleiner die Zahl der Genossen, desto größer der Gewinnanteil, der auf jeden entfällt.

Keine Probleme machte die Aufstellung des Vermögens, das unter die 312 LPG-Mitglieder aufzuteilen

war. Da stand beispielsweise eine fünf Jahre alte Getreidehalle in dem Dorf Zemitz, 160 Meter lang, mit einem Wiederbeschaffungswert von 2,04 Millionen Mark.

Zunächst half ein Schreibfehler weiter: Aus dem Baujahr 1985 wurde 1975. So ermittelte ein freundlicher Bausachverständiger aus dem nahen Wolgast einen Verschleiß von 85 Prozent. Die Immobilie, deren Neubau über zwei Millionen Mark gekostet hätte, war nur noch 306 000 Mark wert. Immer noch zu viel: Zusätzlich zu dem Verschleiß kam noch eine Wertminderung von 57 Prozent, macht in der Bilanz knapp 132 000 Mark. Das sind 6,45 Prozent des Wiederbeschaffungswertes einer fünf Jahre alten Halle.

Auch die insgesamt 68 LPG-eigenen Einfamilienhäuschen und Mietwohnungen waren auf dem Papier kaum etwas wert. Sie erschienen mit einem Durchschnittspreis von 17 125 Mark in der Bilanz. „Viele seltsame Dinge“ erlebte Agraringenieur Hollmann, als er zusammen mit einem Kollegen und einem Baufacharbeiter die Wertermittlung und die Vermögensaufstellung überprüfte.

Eine ganze Reihe von Immobilien hatte der Vorsitzende in seiner Bilanz glatt übersehen: unter anderem einen Pferdestall, eine Kartoffelsortieranlage, drei Garagen, zehn Betonsilos, fünf Tankstellen und ein paar Scheunen.

Vor Gericht fordert Hollmann nun vom Vorstand Schadensersatz „für sämtliche abhanden gekommene oder nicht ordnungsgemäß verwaltete Vermögensgegenstände“; daneben stellte er Strafanzeige bei der Stralsunder Staatsanwaltschaft. Seit einigen Monaten ermitteln die Staatsanwälte wegen Urkundenfälschung und Betrugs.



Agraringenieur Hollmann: Die LPG war auf dem Papier kaum etwas wert.

B. KROHN/STRAUS

Empfängern ein, manche Schreiben waren länger als 14 Tage unterwegs. Als die Post in den Briefkasten lag, war die Tügung leider längst vorbei.

Heute meidet Tanneberger die Schneckenpost von Olbernhau. Denn als er nach dem Verbandstag in Schwerin wieder einmal Einladungen verschickte, nimmte zu einer Kundgebung des sächsischen Landesverbands in Frohnau, kam von den 456 in Olbernhau aufgegebenen Briefen kein einziger an.

Vom Provinzpostamt an der tschechischen Grenze bis zu Agrarausschüssen in Brüssel reicht der Einfluß der ehemaligen Kader. Bei der EU-Vermarktung des Getreides etwa redet Klaus Kliem mit, der noch wenige Jahre zuvor eine LPG bei Erfurt dirigierte. Demokratisch gewendet, arbeitete er sich rasch im Deutschen Bauernverband hoch und wurde Präsident des Thüringer Landesverbands.

Verwunderlich sind solche Karrieren nicht. Seit Jahrzehnten vertritt Heere-mans Verband vorwiegend die Interessen der Großbauern, und so nahm er sich fürsorglich der Großagrarien im Osten an – auch wenn deren nunmehr kapitalistische Kolchosen eher Agrarfabriken ähneln als bäuerlichen Gütern.

Daß ostdeutsche Landleute im Verband so schnell wichtige Positionen einnehmen konnten, liegt an der guten Ausbildung der ehemaligen LPG-Vorsitzenden. Sie sind meist intelligent, wendig und rhetorisch begabt.

Dank dieser Eigenschaften waren sie den LPG-Mitgliedern, die faktisch als Landarbeiter auf den Feldern und in den Ställen schufteten, haushoch überlegen. Einfache Bauern wie Jürgen Meyer aus dem pommerschen Alt-Teterin fühlten sich „wehrlös diesen Menschen ausgesetzt“.

Die Chancen waren ungleich verteilt. Die LPG-Chefs besaßen zudem auch noch die besseren Freunde – und die nötige Skrupellosigkeit. Den Rest besorgte der Gesetzgeber: Ohne dessen Nachlässigkeit wäre die beispiellose Vermögensübertragung in die Hände der alten Kader nie gelungen.

Der brandenburgische Landwirtschaftsminister schärfte 1993 den Kreisbodenkommissionen ein, sie müßten bei der Landvergabe unbedingt darauf achten, „ortsansässigen Wieder- und Neueinrichtern sowie tätigen Gesellschaftern juristischer Personen die Möglichkeit einzuräumen, wirtschaftlich stabile und zukunftsorientierte Betriebseinheiten einzurichten“.

Zweifellos sollte damit der schnelle Aufbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft vorangetrieben werden; in der Praxis führte diese Direktive dazu, daß ortsansässige Bauern nur dann Pachtland erhielten, wenn sie genug

Geld hatten – ohne ausreichendes Betriebskapital keine wirtschaftliche Stabilität.

Anders als die meisten Bauern hatten die ehemaligen LPG-Führer – als nunmehr „tätige Gesellschafter juristischer Personen“ oder als „ortsansässige Neueinrichter“ – reichlich Kapital; das Vermögen, um das sie die LPG-Mitglieder geprellt hatten. Als Agrarexperten mit Hochschuldiplom konnten sie mühe-los zukunftsorientierte Konzepte vorlegen.

Mit ähnlichen Richtlinien förderte Mecklenburg-Vorpommern den Land-

be, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auflösen. Die Bauern, die ihre Acker zu DDR-Zeiten in eine LPG hatten einbringen müssen, sollten ihr Land zurück erhalten.

Sie bekamen ihr Land wieder. Doch die meisten, vor allem die Älteren, wagten es nicht, sich selbständig zu machen. Zudem besaßen sie selten mehr als 15 Hektar – viel zu wenig, um das Land selbst rentabel zu bewirtschaften. So blieb den Ostbauern nur die Wahl, zusätzlich Land zu pachten oder aber ihre Acker zu verpachten.



Bauer Goldberg: „In allen Ämtern sitzen die alten Seilschaften“

erwerb der gewendeten Großagrarien. In allen Bundesländern kamen die ehemaligen LPG-Chefs an staats-eigene Acker. Auch die Bonner Agrarpolitik hat dazu beigetragen, daß die ehemaligen Kolchosen aufblühten.

Für die bäuerlichen Wiedereinrichter gab es eine einmalige Beihilfe von

Die Zahl der Arbeitsplätze stürzte von 890 000 auf 160 000

23 500 Mark, für die Großbetriebe Investitionshilfen bis zu 1,5 Millionen. Zudem durchschauten die ehemaligen LPG-Herrscher viel schneller als die Wiedereinrichter den Bonner und Brüsseler Subventionsdschungel und kassierten gleich kräftig ab.

Vor allem jedoch: Mit Gesetzen, die wenig durchdacht, aber kompliziert waren, machten es die Bonner möglich, daß im Osten neue Agrarkombinate entstehen konnten.

Spätestens am 31. Dezember 1991 mußten sich, das war die Bonner Vorga-

Und als Pächter boten sich ihnen ihre früheren LPG-Chefs an. Nur wenn die großen Flächen erhalten blieben, würden auch die Arbeitsplätze sicher sein, flunkerten ihnen die roten Verwalter vor.

Die Führungskräfte der LPG Lützen in Sachsen-Anhalt bearbeiteten die potentiellen Verpächter gleich gruppenweise. So bestellten sie die Rentner ihres Betriebs zu einer Versammlung. Gut 200 betagte LPG-Mitglieder saßen zusammen und lauschten den Worten des Vorsitzenden. Ein Teilnehmer erinnert sich noch an einen Kernsatz: „Gebt uns die Felder, dann kann ich garantieren, daß die Arbeitsplätze eurer Kinder bestehen bleiben.“

Die Alten nickten. Doch kaum hatten sie die Pachtverträge unterschrieben, wurden ihre Kinder entlassen – wie überall in Ostdeutschland: Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze stürzte nach der Wende von 890 000 auf 160 000.

So hielten die LPG-Herrscher erst einmal das Land der Bauern zusammen. Dann galt es, eine zweite Bonner Hürde zu nehmen: Ausscheidende LPG-Mit-

Parteitag
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 22.02.-25.02.1990
in Leipzig

Initiativantrag: Nr. 50

Antragsteller: BV Rostock, AG Landwirtschaft

Positionen der Sozialdemokraten für Agrarpolitik

Die Landwirtschaft auf dem Territorium der DDR ist wahrscheinlich nicht in so katastrophalem Zustand wie die Industrie. Aber auch auf dem Lande hinterläßt der Staatssozialismus der SED und ihrer Verbündeten ein schlimmes Erbe: Die Kommandowirtschaft, stalinistische Leitungsmethoden in den Betrieben, fehlende Technik, Gigantismus, die Störung des Eigentümerbewußtseins und der ständige Zwang, dem Boden und den Tieren mit unzulänglichen Mitteln Höchstleistungen abzupressen, haben zu einer ernsten Lage geführt: Im Vergleich zu den EG-Ländern besteht keine Wettbewerbsfähigkeit (Arbeitsproduktivität, Qualität der Produkte). In vielen Betrieben fehlen die notwendigen Ersatzteile zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit auch für die laufenden Arbeiten. Die ökologische Situation ist gekennzeichnet durch Bodenerosionen, Waldsterben, Landschaftsschäden, verheerende Belastungen des Grundwassers und der Atmosphäre mit Schadstoffen. Die Dörfer sind in einem traurigem Zustand.

Die Sozialdemokraten stellen sich der Situation, um sie zu ändern! Sozialdemokratische Agrarpolitik ist darauf gerichtet.

Existenzgrundlagen auf dem Lande zu erhalten, ein Einkommen aus der "Landwirtschaft" im weitesten Sinne zu sichern und eine höhere Lebensqualität im ländlichen Raum zu ermöglichen.

Natur und Landschaft als Lebensraum zu erhalten, gesunden zu lassen und das Leben auf dem Dorf zu einer erstrebenswerten Perspektive zu machen.

Beide Ziele sind nur mit einer intakten Landwirtschaft zu erreichen! Kulturlandschaft wird zerstört, wenn sie überhaupt nicht oder nicht pfleglich bewirtschaftet wird, wenn genommen und kaum gegeben wird.

Überweisung an Wahlplattform

Das agrarpolitische Programm, das Anfang 1990 zunächst für die Bezirksorganisation Rostock der SDP weitgehend von Peter Kauffold erarbeitet und im Februar als Initiativantrag auch von P. Kauffold in den Leipziger Parteitag eingebracht und dort angenommen wurde

(Quelle: Archiv der Sozialdemokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn)

Das sind unsere Positionen zu den wichtigsten Problemen:

1. Sozialdemokraten erkennen die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden an, die im Ergebnis der Bodenreform entstanden sind. Wir sehen in der Bodenreform keine Errungenschaft des Staatssozialismus, sondern eine notwendige, von der Bevölkerung im kriegszerstörten Ostdeutschland mehrheitlich gewünschte Maßnahme. Sie hat vor allem den Umsiedlern aus dem Osten Eigentum gegeben. Sie hat die Ernährung der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland ermöglicht. Die SPD setzt sich dafür ein, das Bodenreformland in Privateigentum mit allen damit verbundenen Rechten zu überführen.
2. Sozialdemokraten fördern das Eigentümerbewußtsein landwirtschaftlicher Produzenten. Möglichkeit und Wille zur Bewahrung und Mehrung von produktivem Eigentum sind die entscheidenden Triebkräfte für Leistung und Leistungsaufschwung auch in der Landwirtschaft. Sozialdemokraten sehen die Notwendigkeit und sehen verschiedene Möglichkeiten, das verschüttete Eigentümerbewußtsein bäuerlicher Produzenten neu aufzubauen;
 - Gewährung von Bodenanteilen an die Genossenschaffer
 - Erwerb von Betriebsanteilen durch Mitglieder von Genossenschaften
 - Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften
 - Zulassung einzelbäuerlicher Betriebe, Erwerb von Boden aus Staatseigentum durch Einzelbauern für die private, eigene Bewirtschaftung.

Die Gerechtigkeit würde gebieten, hart erarbeitetes Sparvermögen auf diese Weise in wirkliches Vermögen umzuwandeln!
3. Sozialdemokraten sehen die Gefahr, daß in zunehmenden Umfang Immobilien an devisenträchtige Käufer verschleudert werden. Wir Sozialdemokraten wollen Spekulationen mit Grund und Boden verhindern.
4. Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß Eigenheimbesitzer die zu diesem Eigentum gehörenden Grundstücke erwerben können.
5. Die Sozialdemokraten verschließen sich nicht den Forderungen der Menschen, welche nach der Bodenreform die DDR unter Zurücklassung von Hab und Gut verlassen haben und in der Bundesrepublik oder anderswo nicht entschädigt worden sind.
6. Sozialdemokraten gehen davon aus, daß künftig Betriebe aller Eigentumsformen in der Landwirtschaft möglich werden und gleichberechtigt nebeneinander bestehen.

Genossenschaften sollten das Rückgrat der Landwirtschaft bilden.

Sozialdemokraten verstehen landwirtschaftliche Genossenschaften als freiwilligen Zusammenschluß von Produzenten bei Gewinnbeteiligung nach der geleisteten Arbeit und dem Umfang des eingebrachten Eigentums (Boden, Inventar). Sozialdemokraten identifizieren sich deshalb in keiner Weise mit der Zwangskollektivierung durch den SED-Staat. Sie betrachten die entstandenen Gegebenheiten aber realpolitisch nach ihren politischen Grundwerten. Maßnahmen der Flurbereinigung werden erforderlich, wenn nur auf diese Weise der mehrheitlich gewünschte Fortbestand von Genossenschaften gesichert werden kann. Für genossenschaftlich genutzten Boden privater Eigentümer muß Pacht gezahlt werden. Genossenschaftlich genutzter Boden aus Staatseigentum soll den Genossenschaften bei pfleglicher Behandlung zu günstigen Bedingungen überlassen werden.

7. Sozialdemokraten treten ein für eine schnelle und radikale Erneuerung der "Technik" in den landwirtschaftlichen Betrieben. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung, ja sogar für das Überleben der Landwirtschaft als einem Volkswirtschaftszweig von nennenswerter Bedeutung. Die Technik muß vor allem aus den EG-Ländern bezogen werden. Dazu sind vielfältige Initiativen der Betriebe erforderlich. Sie werden jetzt nicht ausreichend koordiniert und geschehen ohne ein demokratisch bestätigtes agrarpolitisches Konzept. Unterstützungen durch den Staat sind notwendig. Für eine umfassende Erneuerung der Technik mit abgestimmten Finanzierungshilfen aus der Bundesrepublik setzt sich die SPD ein.

8. Sozialdemokraten sind gegen jedes staatliche Kommandosystem in der Landwirtschaft. Die Betriebe sind selbständig! Der Staat wird sich bei der Planung auf großräumige Konzepte und auf die Förderung notwendiger Entwicklungsrichtungen beschränken.

Sozialdemokraten sind für

- den Abbau extremer Spezialisierung, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Dazu gehört vor allem die Zusammenführung von Pflanzen- und Tierproduktion.
- standortgerechte Produktion
- Überführung von Großbetrieben bzw. industriemäßigen Großanlagen in solche Einheiten, die dem Rahmen des Dorfes als Siedlungsraum entsprechen bzw. umweltgerechte Produktion zulassen.
- standortgerechte Ansiedlung von Verarbeitungs- und Veredelungsbetrieben, marktgerechte Nebenproduktion.

9. Sozialdemokratische Agrarpolitik geht davon aus, daß die Landwirtschaft zur Einkommenssicherung und zur Herstellung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit hohe Leistungen bringen muß.

10. Sozialdemokraten fördern die Entwicklung des Tourismus als Erwerbsgrundlage für die Landbevölkerung.

11. Sozialdemokraten unterstützen die Bildung ständischer Interessenverbände, Berufsvereinigungen (Bauernverband auf Landesebene), genossenschaftlicher Geldinstitute bei starker Orientierung an bestehenden Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland.

12. Sozialdemokraten wollen eine koordinierte, beständige, systematische Zusammenarbeit von deutschen Agrarexperten aus Ost und West schnellstmöglich herbeiführen.

13. Sozialdemokraten treten ein für den zügigen Aufbau von staatlichen und privaten Expertendiensten zur umfassenden Beratung der Landwirte und für die Marktforschung.

14. Sozialdemokraten sind für die Förderung der Agrarforschung

- als freie, nicht bevormundete Grundlagenforschung (Haushaltsfinanzierung). Sie ist die Grundlage für Innovationen!
- als Anwendungsforschung (Finanzierung durch Vereinigungen und Betriebe). Sie muß zunächst den besonderen Erfordernissen bei der Anpassung der Landwirtschaft an eine ökologisch orientierte, soziale Marktwirtschaft gerecht werden.

Auf unserem Territorium besteht ein starkes Potential der Agrarforschung in Akademieinstituten und an den Universitäten.

15. Sozialdemokraten sehen die Notwendigkeit, die Landwirtschaftsbetriebe beim Übergang von der Kommandowirtschaft und Marktwirtschaft zeitweise durch staatliche Maßnahmen vor dem Ruin zu schützen:

- Schutz des Binnenmarktes (Territorium der DDR) für den Absatz der hier erzeugten Primär- und Veredelungsprodukte.
- staatliche Stützung von Erzeugerpreisen
- Sicherung traditioneller Märkte vor allem in der Sowjetunion für eventuelle Überschüsse aus der Agrarproduktion auf unserem Territorium zur Bezahlung von Energieträgern und Rohstoffen.

Eine solche Politik sollte im EG-Bereich um so eher Verständnis finden, als sich für diese Länder auf unserem Territorium ein bedeutender Markt für Landtechnik und hochveredelte Nahrungsgüter öffnen wird.

16. Sozialdemokraten sind dafür, daß Steuerabgaben der Landbevölkerung weitgehend in die Kommunen zurückfließen, um die Bedingungen für das Leben auf den Dörfern und in den Kleinstädten zu verbessern.
17. Sozialdemokraten müssen damit rechnen, daß die Marktwirtschaft zur Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft führen wird. (Erhöhung der Produktivität, Rentabilität, Wettbewerbsfähigkeit).
Parteien, die diesen Umstand im Wahlkampf übersehen, ausschließen oder verschweigen, sind nicht glaubwürdig.

Die SPD in Ost und West ist ihren sozialen Traditionen und ihrem sozialen Auftrag durch Gebote der Sozialpolitik auch im Bereich der Landwirtschaft verpflichtet:

- Arbeitslosen- und Rentenversicherungen, Rücklagenfonds
- Programme und Einrichtungen für Umschulungen
- Förderungsmaßnahmen für die Erschließung neuer Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum (Umweltschutz, Landschaftspflege, Kleinbetriebe der Verarbeitung und Veredelung, Infrastruktur, Handel und Vermarktung, Fremdenverkehr).

18. Sozialdemokraten wollen gleiche Bildungschancen für die Land- und Stadtbevölkerung. Sie setzen sich ein für eine gründliche Ausbildung und Fachkräfte in den Berufs-, Fach- und Hochschulen, die neuen Anforderungen der Ökologie und der Marktwirtschaft gerecht wird. Sie fördern Erfahrungsaustausch der Landwirte mit Partnern in den EG-Ländern.
19. Sozialdemokraten unterstützen eine unabhängige, demokratische Gewerkschaft als Interessenvertretung für die Arbeitnehmer in der Land, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.
Sie hoffen, daß sich die IG Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft schnell grundlegend erneuert und Inhalte und Strukturen annimmt, die einer Zusammenführung von FDGB und DGB gemäß sind.
20. Sozialdemokraten fühlen sich der Pflege norddeutscher Traditionen verpflichtet.

Sozialdemokraten wollen die Vereinigung der Deutschen, sie wollen einen einheitlichen deutschen Staat, der die Deutschen aus Ost und West mit ihren Erfahrungen, Kenntnissen, Traditionen zusammenführt.

Unter agrarpolitischen Gesichtspunkten ist der günstige Zeitpunkt dafür erreicht, wenn über die Anerkennung der Bodenreform in beiden Teilen Deutschlands kein Zweifel besteht und wenn geldpolitische Maßnahmen mit Entscheidungen und

bereits erkennbaren Ansätzen übereinstimmen, die einen verlust- und reibungsarmen Übergang der Landwirtschaft auf unserem Territorium zur sozialen Marktwirtschaft sicher machen.

Über den realen Zeitpunkt werden jedoch die Gesamtbedingungen entscheiden, welche eine demokratisch gewählte Regierung nach dem 18. März 1990 vorfindet. Darauf müssen wir uns einstellen.

Angenommen [] Abgelehnt [] Überwiesen []

Gründung und Geschichte des

LAND-FRAUEN- VERBANDES

Mecklenburg-Vorpommern

(Erarbeitet vom Vorstand des Landfrauenverbandes 2009/2010, Neubrandenburg)

Der LAND-FRAUENVERBAND Mecklenburg-Vorpommern e.V. wurde am 27.04.1991 in Neubrandenburg als 1. Landes-Landfrauenverband in den neuen Bundesländern gegründet.

1990 begannen die Neugestaltung der Landwirtschaft und damit auch die Arbeit der Bauernvertreter im deutschen Bauernverband. Parallel dazu wurde eine Beauftragte für die Frauen im ländlichen Raum aktiv. Frau Lilly Kühnel (ehem. Wiebensohn) als ehemalige Vorsitzende einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und zum Nachwendzeitpunkt Geschäftsführerin einer Agrargenossenschaft wurde dazu berufen.

Frau Kühnel lernte auf diesem Weg den Deutschen Land-Frauenverband e.V. kennen. Da die Frauen aus dem ländlichen Raum zu der Zeit nur eine spezifische Vereinigung hatten, erschien es logisch, anlehnend an die Erfahrungen des Deutschen Land-Frauenverbandes eine ebensolche Organisation zu gründen, zumal hier von dem deutschlandweit seit Jahren agierenden Dachverband dlV e.V. partizipiert werden konnte.

Nach entsprechender Vorbereitung wurde der LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V. gegründet, dessen erste Vorsitzende Frau Lilly Kühnel wurde.

Vorstände

Zur Wahl des ersten Vorstandes stellten sich Angelika Balzer, Erika Etzrodt, Brigitte Fischer, Christa Krebs, Leni Krüger, Silvia Marscheider, Lilly Wiebensohn, Gisela Blum, Anke Schmedemann und Silke Wulff.

63 Gründungsmitglieder wählten neben der Vorsitzenden Lilly Wiebensohn Anke Schmedemann als 1. Stellvertreterin und Erika Etzrodt als 2. Stellvertreterin und Silke Wulf und Dr. Silvia Marscheider als Mitglieder in den ersten Vorstand.

Mit der Wahl im Jahr 1994 bildete sich der Vorstand aus der Vorsitzenden Lilly Wiebensohn-Wagner, der 1. Stellvertreterin Erika Etzrodt, der 2. Stellvertreterin Renate Engel und den Mitgliedern Dr. Silvia Marscheider und Dr. Cordula Schulz.

1998 wurde Lilly Wiebensohn-Wagner wieder als Vorsitzende gewählt. Als neue Mitglieder konnten als 1. Stellvertreterin Anita Reimann, als 2. Stellvertreterin Gudrun Helmig und als Mitglieder Annelie Baark und Angelika Kuhz gewonnen werden.

2002 gab Lilly Wiebensohn den Vorsitz ab. Als neue Vorsitzende bewarb sich Heidemarie Becker, die mit der Wahl 2002 diese ehrenvolle Aufgabe übernahm. 1. Stellvertreterin wurde Frau Dr. Charlotte Canditt, die 2. Stellvertreterin war Gudrun Helmig und als Mitglieder wurden Petra Döhler, Birgit Kraus, Angelika Kuhz und Angela Peters gewählt.

Im Ergebnis der Wahl 2006 wurde der Vorstand mit seinen Mitgliedern wie im Jahr 2002 wieder gewählt.

Frau Becker legte nach 8 Jahren im Jahr 2010 ihr Amt als Vorsitzende nieder, blieb aber im Vorstand als Mitglied weiterhin tätig. Als neue Vorsitzende wurde Angela Peters, als 1. Stellvertreterin Frauke Ohls, als 2. Stellvertreterin Ulrike Ledge und als Mitglieder neben Frau Becker Ulrike Eggers, Birgit Kraus und Edda Krille gewählt.

Zweck des Verbandes

Der Verband hat sich 1991 als freiwilliger Zusammenschluss von Frauen auf dem Lande mit dem Ziel gegründet, unter Berücksichtigung

der Verhältnisse im ländlichen Raum die Interessen der Mitglieder zu vertreten.

Er hat die Aufgabe, die wirtschaftlich-, sozial-, bildungs-, und gesellschaftspolitischen Interessen der Frauen im ländlichen Raum wahrzunehmen und in freier Meinungsäußerung zu fördern und zu vertreten.

Zweck des Verbandes ist die Förderung

- der Bildung und Erziehung,
- der Kunst und Kultur,
- des Umwelt- und Landschaftsschutzes,
- des Heimatgedankens und des traditionellen Brauchtums,
- der Jugend- und Altenpflege,
- des Wohlfahrtswesens,
- der Völkerverständigung,
- der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Kreislandfrauenvereine & Ortsvereine

Bereits 1992 haben sich im Land Mecklenburg-Vorpommern 16 Kreislandfrauenvereine mit 420 Mitgliedern gebildet.

Insgesamt gründeten sich in den ersten Jahren seit Bestehen des LAND-FRAUENVERBANDES M-V e.V. 25 Kreislandfrauenvereine, die sich mit der Gebietsreform 1995 auf landesweit 15 Kreisvereine und 82 Ortsvereine mit rund 1500 Mitgliedern teilweise zusammenschlossen.

Kreislandfrauenverband:	Gegründet am:	Mitglieder 2010
Pasewalk, (Zusammenschluss zum KLV UER)	19.02.1990	
Nordwestmecklenburg (Grevesmühlen)	17.06.1991	213
Neubrandenburg, (Zusammenschluss zum KLV MST)	25.07.1991	
Rügen, (Auflösung 2006)	02.09.1991	
Schwerin, (Auflösung 1999)	17.09.1991	
Malchin	21.10.1991	32
Neustrelitz, (Zusammenschluss zum KLV MST)	24.10.1991	
Stralsund	16.11.1991	9
Grimmen	10.12.1991	41
Ribnitz-Damgarten	12.12.1991	6
Demmin	13.01.1992	17
Greifswald	22.02.1992	110
Sternberg, (Auflösung)	04.03.1992	
Ludwigslust	27.03.1992	88
Waren	17.06.1992	56
Altentreptow, (als Ortsgruppe zu Malchin 2005)	25.06.1992	
Anklam/Wolgast	08.07.1992	63
Bützow, (Auflösung 1998)	03.09.1992	
Bad-Doberan	15.12.1992	108
Teterow	11.02.1993	52
Uecker-Randow	15.11.1993	163
Güstrow, (als Ortsgruppe zu Bad-Doberan 2010)	15.11.1993	
Rostock, (Auflösung)	15.12.1993	
Parchim	19.04.1994	35
Mecklenburg-Strelitz	09.05.1995	103

Aufgaben

Der LAND-FRAUENVERBAND M-V setzt sich als Interessenvertreter für Frauen und Familien im ländlichen Raum dafür ein:

- die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Situation von Frauen und ihren Familien zu verbessern
- Erwerbs- und Privatleben besser vereinbaren zu können
- unsere Dörfer und ländlichen Gemeinden lebenswert und funktionsfähig zu erhalten
- die aktive Mitwirkung von Frauen im öffentlichen Leben zu stärken
- das ehrenamtliche Engagement und dessen gesellschaftliche Anerkennung zu fördern
- das Dorfleben lebendig zu gestalten
- Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen und zu erhalten

Der LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V. bietet allen Frauen, unabhängig von Alter, Beruf und Familienstand, eine Plattform an, um für den Erhalt und die Entwicklung des ländlichen Raumes mitzuwirken oder um sich einfach nur in einer Gruppe gleichgesinnter Frauen besser in das gesellschaftliche und soziale Leben zu integrieren.

Der Verband bietet:

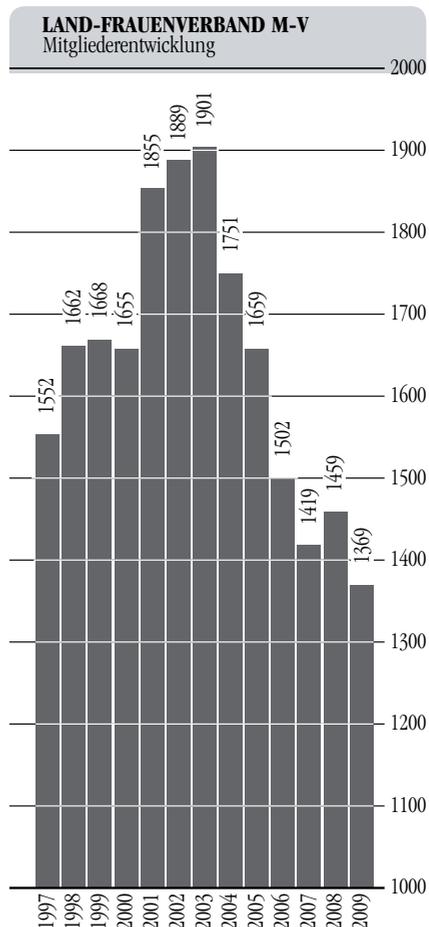
- die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen, Gesprächskreisen und Studienfahrten zu beruflichen, politischen, sozialen und kulturellen Themen
- die Mitwirkung in Arbeitsgruppen und Gremien zur Interessenvertretung in der Frauen- und Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Agrarpolitik oder Umwelt- und Verbraucherpolitik
- als Botschafterin für unser Land und seine Produkte zu werben
- als aid-Fachfrau über eine gesunde und ausgewogene Ernährung von Kindern an den Grundschulen unseres Landes zu informieren
- Integration, Beratung und Hilfe bei der Erschließung von neuen Erwerbsmöglichkeiten
- die Mitwirkung bei den vielfältigen Aktionen mit und für Kinder, Jugendliche und Senioren
- und bei der Gestaltung eines aktiven und geselligen Dorflebens

Mitgliederentwicklung

1997 betrug die Mitgliederanzahl des Landesverbandes 1.552 Mitglieder, sie stieg Jahr für Jahr an, bis zu einem Höchstwert von 1.901 Mitgliedern im Jahr 2003. Danach fiel die Mitgliederzahl schnell ab und hat jetzt im Jahr 2010 ein Minimum von 1.096 Mitgliedern erreicht.

Förderpolitik

Der LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V. hat insgesamt 274 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) im Zeitraum von 1994 bis 2006 durchgeführt.



Dazu kommen noch 20 Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) im Zeitraum 2003 bis 2005, 12 Gemeinwohlorientierte Arbeitsmarktprojekte (GAP) und 11 Projekte im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms (ASP).

Seit 2005 hat der Verband über diverse Arbeitsgelegenheiten 19 Frauen mit einer Mehraufwandsentschädigung beschäftigt.

Der LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V. hat von 2004 bis 2009 insgesamt 8 Kleinprojekte mit den unterschiedlichsten Themen und Zielgruppen initiiert und erfolgreich durchgeführt.

Über den Europäischen Sozialfonds führte der Verband seit 2003 Integrationsprojekte für die Zielgruppe der HARTZ IV-Empfänger bzw. der Nichtleistungsempfänger durch.

Mit dem Rückgang der Fördergelder kann der LAND-FRAUENVERBAND

M-V e.V. immer weniger geförderte Projekte durchführen.

Kita „Kinderland“ in Friedland

Der LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V. ist seit 1992 Träger der Kita „Kinderland“ in Friedland, deren Leiterin Kerstin Kummer damals mit einem trag- und ausbaufähigen Konzept ihre Idee umsetzte und in unserem Verband ein Partner fand, der sich u.a. für den Erhalt von Kindereinrichtungen einsetzte:

Mit dem Neubau eines Hauses in der Wollweberstraße in Friedland konnte die bisher erfolgreiche Geschichte der Kita weitergeführt werden. Auch heute ist die Kapazität von 61 Plätzen ausgelastet. Neben Frau Kummer arbeiten noch 6 weitere Mitarbeiterinnen als Erzieherinnen und 3 Mitarbeiterinnen als Reinigungskräfte in der Kita und genießen das Vertrauen und die Anerkennung der Elternschaft in Friedland.

Das neue Leitbild

Land braucht Leben – unter diesem Motto engagieren sich knapp 1.100 Frauen unseres Bundeslandes im LAND-FRAUENVERBANDS M-V e.V. Gemeinschaftssinn, Ideenreichtum

und Einsatzbereitschaft kennzeichnen das ehrenamtliche Wirken der Mitglieder in diesem Forum für LANDFRAUEN aller Generationen.

Die LANDFRAUEN

gestalten dörfliches Leben aktiv mit.

werben als Botschafterinnen für regionale Produkte aus der Land- und Ernährungswirtschaft und nehmen an landesweiten Aktionstagen teil. treffen sich zu Vorträgen, Informationsveranstaltungen, Feierstunden, Kulturveranstaltungen, Fachexkursionen und Ausflügen, Sport- und Kreativrunden, aber auch zu „Klön-Stunden“ am Frühstücks- und Kaffeetisch tragen mit ihren Liedern und Tänzen bei vielen Veranstaltungen und der Beschäftigung mit alten Handarbeitstechniken zur ländlichen Brauchtumpflege bei.

Die Bildungsangebote des Verbandes finden regen Zuspruch. Als Anerkennung der zahlreichen und breit gefächerten Bildungsangebote ist der Verband seit 2005 eine „Staatlich anerkannte Einrichtung der Weiterbildung“.

Der Verband unterstützt Frauen beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben. Er kümmert sich aber auch um die Betreuung älterer Mitbürger in ihrem häuslichen Umfeld und um die Unterstützung bedürftiger Frauen und ihrer Familien.

Der Verband hat in seinen Reihen viele Frauen, die als Bürgermeisterin oder Gemeindevertreterin politische Verantwortung wahrnehmen bzw. in anderen Gremien des Landes bzw. der Landeskreise mitwirken. In diesem Rahmen leistet der Verband einen guten Beitrag zur weiteren Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse für Frauen im ländlichen Raum.

So kann man sagen, dass die Landfrauen im LAND-FRAUENVERBAND M-V e.V. **DIE gesellschaftliche Kraft** im ländlichen Raum sind.

Dr. Hans Schwiderski:

Erinnerungen an die Jahre des Aufbaus der Arbeitsgemeinschaft für Urlaub und Freizeit auf dem Lande M/V e. V. (2005 umbenannt in "Landurlaub M/V") (unveröffentlicht, 2008)

Gründungsversammlung in Reimershagen und Namensgebung

An einem Samstag im Sommer 1991 machten wir uns aus Dummerstorf auf nach Reimershagen, weil wir erfahren hatten, dass dort eine Zusammenkunft über Tourismus auf dem Lande statt finden sollte. Meine Motivation zu dieser Fahrt ergab sich aus der im April ange-tretenen Stelle als Projektleiter bei der Lande-stierärztekammer für den Aufbau von Natur- und Wildparks, um wenigstens einen kleinen Teil der 700 plötzlich arbeitslos gewordenen Tierärzte über ABM beschäftigen zu können. Bis dahin hatte ich mich im hiesigen Forschungs-institut⁹⁵ mit Embryonensplittung, das heißt mit der Erzeugung identischer Zwillinge beim Rind durchaus erfolgreich beschäftigt, sah aber unter den neuen Bedingungen wegen des bevorstehenden Wegfalls des Großteils der Stellen und des Austausches vieler Wissenschaftler durch Leute aus dem Westen keine Perspektive für mich, weiter in der Forschung tätig zu sein. Mit mir kamen zwei Leute, Nachbarn, die Interesse hatten evtl. auf dem Gebiet des ländlichen Tourismus eine neue Beschäftigung zu finden. Neben einigen Leuten aus Reimershagen und Umgebung war eine größere Gruppe aus dem Süden des Kreises Ückermünde angereist. (Lukow- Rieth) Man hatte dort Ideen entwickelt, ehemalige NVA- Liegenschaften für den Tourismus nutzbar zu machen.

Eine weitere Gruppe, für uns die wichtigste, war aus Westdeutschland, namentlich aus Nordrhein - Westfalen und Niedersachsen angereist. Es waren Leute einer internationalen Nicht-regierungsorganisation zur Erhaltung und

Unterstützung ländlicher Räume, genannt ECOVAST. Maria Meier- Gresshoff, die selbst ein Landhotel bei Oelde aufgebaut hat und betreibt, hielt den Einführungsvortrag. In einer bewegenden Schilderung des Beginns ihrer Beschäftigung mit dem Erwerbszweig machte sie klar, dass es ihr nicht leicht gefallen war, mit einer Vermietung von Zimmern im Wohnhaus des Gresshoffschen Bauernhofes zu beginnen. Als sie einmal mit ansehen musste, wie ihr Mann einen zahlenden Jagdgast mit dem Spazierstock begleitete, weil die Land-wirtschaft nicht mehr genug abwarf, um den Hof zu erhalten, fasste sie den Entschluss: "Maria, du musst etwas tun, was Geld ins Haus bringt, ehe es zu spät ist." Sie begann mit der Vermietung von drei Zimmern im Dachgeschoss mit insgesamt sieben Betten und schilderte, wie sie aus den Einnahmen die ständigen Erweiterungen bis zum heutigen Landhotel schaffte, welches nicht nur einigen Familienangehörigen, sondern auch mehreren Angestellten, Arbeitsplätze und Einkommen bietet. Eindringlich wies sie darauf hin, dass es dabei sehr wichtig ist, im Rahmen eines Vereins organisiert zu sein, weil nicht nur die staatliche Unterstützung, sondern auch die Kommunikation mit den entsprechenden Stellen der Landesregierung und die Vertretung der legitimen Interessen der Anbieter die Existenz von Ansprechpartnern verlangen. Angus Fowler sprach über die Bedingungen und Notwendigkeiten die eine Vereinsgründung erfordert und erläuterte eine Mustersatzung. Das war sehr notwendig, da diese Materie für fast alle zukünftigen Vereinsmitglieder vollkommen neu war. Er ging auch auf die Bedeutung des ländlichen Tourismus für die Erhaltung des baulichen und sonstigen kulturellen Erbes in den ländlichen Räumen. Nach weiteren Auftritten aus der hauptsächlich aus NRW angereisten Gruppe und einigen zaghaften Fragen aus der Zuhörerschaft, war man der Meinung zum Gründungsakt schreiten zu können. Als Titel für den e.V. schlug man den oben genannten vor, weil er unlängst in Niedersachsen für gut befunden worden war und als Aufbautitel geeignet erschien.

[95] Forschungszentrum für Tierproduktion Dummerstorf der AdL der DDR

Leider war nur ein kleiner Teil der Anwesenden bereit, dem Verein beizutreten aber die 13 oder 14 Beitrittswilligen reichten aus, um die Gründung zu vollziehen und aus diesem Kreis einen Vorstand zu wählen. Auf Vorschlag eines meiner Mitfahrer wurde auch ich in den ersten Vorstand gewählt.

Der erste Vorsitzende, Karsten Rehberg, aus Hintersee sowie Norbert Paulmann aus Neubrandenburg als Geschäftsführer, konnten ihre Arbeit aufnehmen. Die Satzung des Vereins wurde von Angus Fowler beigesteuert, der sich auch in der Folgezeit in M/V im Rahmen von ECOVAST sowie von Europa Nostra stark für die ländlichen Räume engagierte und 2004 das Bundesverdienstkreuz für sein Wirken erhielt. Auch weitere ECOVAST-Mitglieder, insbesondere Gerda Stachowitz und Ursula Stratenwerth waren zu Vorträgen oft in unserem Bundesland und unterstützten uns beim schwierigen Einleben in die für uns neuen Systeme der Bundesrepublik. Ein entscheidenden Beitrag leistete dabei die Friedrich Ebert- Stiftung insbesondere Martin Just, bei der Organisation und finanziellen Sicherstellung der Veranstaltungen.

Leider ergab es sich bald nach dem Eintrag des Vereins in das Register, dass sich sowohl der Vorsitzende als auch der Geschäftsführer anderen Tätigkeiten zuwandten.

Da wir in Dummerstorf über ein bescheidenes Büro mit entsprechender Kommunikation verfügten, musste ich bald die Obliegenheiten des Geschäftsführers übernehmen und war erfreut, dass die CDU- Landtagsabgeordnete Renate Holznagel, die ich aus meiner Tätigkeit für die Landestierärztekammer kannte, sich bereit erklärte, für den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft zu kandidieren.

Auf der Jahreshauptversammlung 1992, die ebenfalls in Reimershagen statt fand, wurde auch Heinz Kosin, der dabei war, seinen Bauernhof zum Landhotel umzubauen in den Vorstand gewählt. Ein Jahr später kam Frank Peters dazu, welcher dabei war, aus dem abgelegenen Bauernhof seiner Eltern einen schmucken Reiterhof zu gestalten. Zu den ersten aktiven Mitgliedern gehörte auch Monika Reimer,

Dr. agr. habil. Hans Schwiderski,
Dipl. Landwirt, Dummerstorf

Frage1: Einbringen in die Entwicklung des Ländlichen Raumes in M/V

Diverse ehrenamtliche und bezahlte Tätigkeiten als Projektleiter und Geschäftsführer: Ab März 1991 Leiter einer Projektgruppe zum Aufbau von Natur- und Wildparks in Mecklenburg-Vorpommern, von 1993 bis 2003 Geschäftsführer der AG für Urlaub und Freizeit auf dem Lande in Mecklenburg- Vorpommern, Heute Landurlaub e. V.; Mitarbeit im Rahmen der internationalen Nichtregierungsorganisation für den Erhalt der Dörfer und Kleinstädte ECOVAST sowie im e.V. zur Erhaltung und Nutzung von Schlössern und Gutsanlagen in MV.

Frage2: Was ist im Ländlichen Raum gut gelungen?

Mit regional unterschiedlichem Niveau konnte allmählich die zunächst fast vollständige Abhängigkeit der Mehrzahl der Arbeitnehmer von staatlichen Arbeitsförderungsmaßnahmen vermindert werden.

Besonders hervorzuheben sind die Erfolge bei der Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande und die Erfolge bei der Verschönerung der Dörfer und Kleinstädte durch private, kommunale und staatliche Initiativen.

Sehr positiv müssen auch die Bestrebungen der Landesregierung zum Erhalt wettbewerbsfähiger Strukturen in der Landwirtschaft eingeschätzt werden. Dadurch ist es gelungen, von Anbeginn bis dato die Bestellung der Ackerflächen zu gewährleisten.

Frage3: was ist überhaupt nicht gelungen?

Die Trennung der Idw. Nutzfläche vom Gebäudebestand bei deren Vergabe war ein Fehler, der dazu führte, dass viele Gebäude, besonders die Gutshäuser, ohne Not verkamen, weil sich vor Ort niemand mehr für sie zuständig fühlte. Ebenso muss auch die misslungene Anpassung der Tierproduktion, die als Hauptfaktor bei der

Herbeiführung der Massenarbeitslosigkeit in den Dörfern wirkte, als Politikfehler angesehen werden.

Frage 4: Wünsche:

Da beim Ausbau des Tourismus die Grenzen bald erreicht sind, müssen Landwirtschaft und Verarbeitungsindustrie als Reserven für die Beschäftigung der Landbevölkerung in den ballungsfernen Räumen, in denen Arbeitslosigkeit und Abwanderung noch immer viel zu stark vertreten sind, ausgebaut werden.

die aus der Ruine der Wolfsberger Mühle ein schmuckes Ausflugsotel mit über 20 Betten machte. In dieser Zeit, 1992/93 ging es um die Arbeitsfähigkeit der Vereinszentrale, die ohne finanzielle Basis nicht zu erreichen war. Durch Zufall lernte ich einen Herrn Noack vom Bundesinstitut für Berufsbildung kennen, einen ehemaligen DDR- Bürger, der 3 Jahre von der Stasi in Bautzen eingesperrt worden war und dennoch große Bereitschaft zeigte, uns zu helfen. Dadurch, dass auch er seine Zeit gebraucht hatte, in der bundesdeutschen Wirklichkeit Fuß zu fassen, war er in der Lage unsere Probleme besser einzuschätzen als andere und uns über Jahre ein sehr guter Mentor zu sein.

Es wurde also ein Umschulungsprojekt des Bundesinstituts bei uns installiert, um ein Beispiel für die Ausbildung von Touristikfachwirten zu schaffen, wobei unser Verein als Träger fungierte und damit auch über Mittel zum Aufbau seiner eigenen Infrastruktur verfügte. Sehr stolz waren wir darauf, dass es uns gelang, für unsere Umschüler sogar ein Praktikum in den Niederlanden zu organisieren, was nicht nur den Gesichtskreis der Teilnehmer, sondern auch den unserigen erweiterte. Gleichzeitig liefen mit Unterstützung durch ECOVAST Vortragsreihen im Lande, die der Verbreitung des Gedankens der Erhaltung der Wohnbarkeit der Dörfer und Kleinstädte dienten, uns bekannt machten und uns neue Mitglieder zuführten.

Besonders aktiv war dabei Gerda Stachowitz,

eine Architektin aus Bielefeld, die das Buch "Mecklenburger Dörfer, was kommt, was bleibt?" in dieser Zeit verfasste und mit unserer Unterstützung verbreitete. Auch sie war, ebenso wie ihr Mann, ohne jemals etwas Substantielles gegen den Arbeiter- und Bauernstaat getan zu haben, sehr schlimm von der Stasi verfolgt worden.

Da das Projekt langfristig angelegt war, hatten wir ausreichend Zeit, uns um weitere Nachfolgeprojekte zu kümmern, wobei wir mit ADAPT-Eurotourist und Leader II erfolgreich waren. Als diese Projekte endeten, natürlich fristgemäß, mussten neue gefunden werden. Aus der Zeitung erfuhren wir, dass in Rostock die Projektzentrale für ein neues EU- Projekt mit dem Namen INTERREG eröffnet werden sollte. Da andere Einreicher Probleme mit der Suche der erforderlichen Auslandspartner hatten, über die wir bereits aus dem ADAPT- Projekt verfügten, erhielten wir auch hier den Zuschlag. Ohne die sehr guten Englisch- Kenntnisse von Frau Hass, die bereits während des Eurotourist- Projektes zu uns gestoßen war, hätten wir das sehr umfangreiche ausschließlich in englischer Sprache zu bewältigende Einreichungsverfahren nicht erfolgreich erledigen können. Seitens des Landwirtschaftsministeriums, das als staatlicher Projektverantwortlicher fungieren musste, stand uns Herr Rüdiger Evert eine ganze Reihe von Jahren vertrauensvoll zur Seite. Seine Eltern stammten aus Mecklenburg, er selbst war in Schleswig- Holstein aufgewachsen und Beamter im dortigen Landwirtschaftsministerium geworden. Er hat unsere immer anspruchsvoller werdenden Projekte, besonders in kritischen Situationen, unter Nutzung seines Ermessensspielraumes erst möglich gemacht. Die Interreg- Projekte wurden in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Raumordnung und Landesplanung, wobei jeweils Projektmitarbeiter dort stationiert werden konnten, abgearbeitet. Das brachte den Mitarbeitern des Vereins wichtige neue Erkenntnisse, besonders hinsichtlich der Fähigkeit zur Beratung der Mitglieder und Neueinsteiger aber auch zur Verbesserung der örtlichen touristischen Infrastrukturen. Hier denke ich besonders an die Arbeiten zu den

Rad- und Reitwegen. Die erwähnten Projekte sicherten nicht nur die Existenz des Vereins, sondern sie ermöglichten es uns, im Lande unter den Anbietern von Landurlaub u.a. durch Lehrgänge, die Klassifizierung der Angebote und zahlreich weitere Aktivitäten immer bekannter zu werden. Selbst Auslandsreisen zum Erfahrungsaustausch konnten für interessierte Mitglieder nach Schweden und Dänemark organisiert werden. Das fand seinen Niederschlag in einer ständig ansteigenden Zahl der Mitglieder. So war es uns etwa ab dem Jahr 2000 möglich, eine Kraft und zwar die Verantwortliche für den Urlaubskatalog und die Werbung auf Messen und Veranstaltungen aus den Einnahmen und Beiträgen der Mitglieder zu finanzieren. Im Jahre 2003 schied ich aus Altersgründen mit 68 Jahren aus dem Dienst aus.

Auch heute erfüllt der Verein Landurlaub Mecklenburg - Vorpommern seine Aufgaben bei der Unterstützung der noch immer wachsenden Zahl der Anbieter von Landurlaub in seinen unterschiedlichen Formen. Besonders hoch ist dabei einzuschätzen, dass viele der vom Verfall bedrohten Schlösser und Gutshäuser einer touristischen Nutzung zugeführt wurden und das Erholungspotential der ländlichen Räume unter Beweis stellen. Persönlich bin ich den deutschen und ausländischen Mitstreitern von ECOVAST dankbar für die uneigennützig geleistete Hilfe in einer sehr schwierigen Situation sowie für die vielen nützlichen Hinweise und Anregungen für die Aufbauarbeit..

Prof. Dr. Peter Kauffold

**Biologe, Bandelstorf,
Zeitzeugenbericht**



Auszug aus: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Peter Kauffold am 30. November 2007 in: Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 3 Herausgegeben von Kersten Krüger, Universität Rostock 2009

.... Im September 1989 wurde ich zum Professor der AdL ernannt. Das geschah 14 Jahre nach der Promotion B und 22 Jahre nachdem letztmalig ein „parteiloser“ Wissenschaftler aus unserer Einrichtung diese Berufung erfuhr. Das sind gleich zwei Langzeitrekorde der sozialistischen Kaderpolitik in einem. Ich hatte damit nicht mehr gerechnet.

Das politisch bewegte Jahr 1989 begann einen Monat später. Die galoppierende Destabilisierung des staatlichen Machtapparates spiegelte sich auch in Fassungslosigkeit und zunehmender Unsicherheit der „staatlichen“ Leitung des FZT und der Parteileitung. An der Pinwand im Leitungsgebäude erschienen sogar spontane Meinungsäußerungen zur politischen Situation. Ich hatte mich auch daran beteiligt und freie Wahlen sowie Reformen verlangt. Meine Frau und ich nahmen an den volkreichen Protestdemonstrationen teil und an öffentlichen Diskussionsrunden mit oppositionellen Kräften.

Im FZT wurde Anfang 1990 ein wissenschaftlicher Rat als ein Organ der Mitbestimmung gewählt. Auch ich gehörte dazu.

Eine ganz lapidar gehaltene Einschätzung meiner langjährigen Wirkungsstätte muss ich an diese Stelle meines Berichtes setzen, weil ich mich zum Ende des Jahres 1989 freiwillig in Prozesse begeben hatte, die mich von der Tätigkeit eines forschenden Wissenschaftlers fortzogen: Im FZT Dummerstorf ist auf vielen Gebieten eine seriöse und qualifizierte Forschungstätigkeit betrieben worden mit zum Teil sehr hohen Leistungen, die Bestand haben und als Bausteine in das Gebäude der Agrarwissenschaften eingegangen sind. Andere Leistungen, insbesondere aus der Anwendungsforschung, sind mit den Produktionsbedingungen untergegangen, denen sie dienen sollten. Dem DDR-Futterwertungssystem wünsche ich eine Renaissance. Es ist das komplexe Ergebnis einer langjährigen Forschung vieler Wissenschaftler, das die Bewertung von Futterstoffen und Rationen auf eine neue energetische Grundlage stellt. Es wäre heute noch weltweit sehr vorteilhaft einsetzbar. Das FZT war so gut, wie es unter den Bedingungen der SED-Diktatur eben nur sein konnte, einem System, in welchem Freizügigkeit nicht gegeben war, wo Konzeption, Kommunikation und Kooperation unter Vormundschaft standen, kein echter Wettbewerb existierte, wo Personalentscheidungen ideologischen Leitlinien folgten und Heuchelei an der Tagesordnung war und wo schließlich die Ausstattung mit leistungsfähiger Technik durch die Mangelwirtschaft limitiert war. Immerhin war das FZT doch so gut und so funktional strukturiert, dass es die im Einigungsvertrag vorgesehene und in den Hintergründen stark beargwöhnte Evaluierung im Jahr 1991 soweit überstand, dass sein Kern in ein neu zu gründendes Institut überführt wurde. Dieses FBN gehört fortan zu den vom Bund und von den Ländern getragenen Instituten, welche heute die Leibniz-Gemeinschaft bilden.

Den Begriff „Diktatur“ habe ich eben zum ersten mal genannt. Zum Jahreswechsel 1989/90

hatte ich mich entschlossen, der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei beizutreten, um in ihrem Rahmen zur Überwindung eben dieses Systems beizutragen. In dem kahlen und doch irgendwie chaotischen Rostocker Parteibüro in der Nähe vom Bahnhof herrschte die Atmosphäre eines noch nicht strukturierten Neuanfangs. Zwei anwesende Aktivisten, der Kinderarzt Ingo Richter und Käthe Woltemath, freuten sich über den Neuzugang eines „Landwirts“. Sie erwarteten von mir schnell den Entwurf eines Agrarprogramms für die Partei. Der wurde in einigen Nachtschichten gemeinsam mit neuen Freunden erarbeitet, von Parteitagen in den Nordbezirken akzeptiert und schließlich, nachdem ich ihn als einen Initiativantrag eingebracht hatte, auch von dem Parteitag in Leipzig als Agrar- und Wahlprogramm für die SPD in der DDR angenommen. Da ich außerdem erfolgreich um einen vorderen Listenplatz bemüht war, der die Mitgliedschaft in der frei gewählten Volkskammer sehr wahrscheinlich machte, hatte ich mir einen anderen als den bisherigen Weg selbst vorgezeichnet. Darüber wunderten sich manche meiner Kollegen im FZT Dummerstorf sehr.

Das Jahr 1990, das ich zumeist in Berlin erlebte, hat einen hohen Stellenwert in meiner Biografie und erscheint mir in der Erinnerung viel länger als andere Jahre. Es war zwar über die Maßen strapaziös, aber stets verbunden mit einem hohen Lebensgefühl und der sehr starken Motivation für die politische Gestaltung. Gleich nach den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 hatte ich als Vertreter meiner Fraktion die agrarpolitischen Positionen für den Koalitionsvertrag zu verhandeln. Das geschah sehr problembewusst und in gutem Einvernehmen zwischen der künftigen Koalitionspartnern. Auf Beschluss der Koalitionäre sollte die SPD das Ressort für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft besetzen. Ich entschied mich für das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium mit einem sehr großen Bereich selbst gewählter Zuständigkeiten und für die Rolle des Stellvertreters des Ministers.

Über Aktivitäten und Turbulenzen der ebenso ereignisreichen wie kurzen Zeit als Abgeordneter und als Regierungsmitglied kann ich hier nur episodenhaft berichten. Deshalb möchte ich jeden, der sich über das letzte Jahr der DDR authentisch bilden will, dazu anregen, die Protokolle der Volkskammer in der 10. Wahlperiode zu lesen. Sie spiegeln ganz unmittelbar, lebendig, hautnah und spannend auch die Situation im Agrarbereich, die Eigendynamik der gesellschaftlichen Prozesse und die redliche Absicht der vielen Neupolitiker, enorme Schwierigkeiten zu überwinden und den Einstieg in die gewollte, aber sehr schnell herannahende Deutsche Einheit für unsere Bürger und Wähler verträglich zu gestalten.

Eines meiner besonderen Anliegen waren die Boden- und die Agrarstrukturpolitik. Ich wurde nicht müde darin, den Erhalt der Bodenreform zu fordern. Das war zwar ohnehin ein vereinbartes Ziel unserer Regierung, aber es gab in der Bundesrepublik eine starke Lobby, welche die Restitution verlangte. Die Regierungen versprachen sich aus der Verwertung der bisher volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen erhebliche Einnahmen vor allem für Strukturanpassungen der Wirtschaft insgesamt. Ich habe mich in diesem Rahmen für eine schonende Privatisierung des Bodens im Zuge der Umstrukturierung und zu Gunsten der Landwirtschaft eingesetzt. Dabei sollten die einheimischen in der Landwirtschaft tätigen Menschen realistische Chancen bekommen, Flächen zu erwerben oder langfristig zu pachten. Ein Ziel bestand zudem auch in der Erhaltung großflächiger Betriebe als moderner, zukunftsorientierter Agrarstrukturen. Da eine gesonderte Treuhandanstalt für das volkseigene landwirtschaftliche Vermögen nicht gebildet wurde, sollten sehr schnell Land- und Siedlungsgesellschaften zu dem Zweck entstehen, die Anpassung der Landwirtschaft und den Flächenerwerb wirksam zu flankieren. Für all dies wurden in wenigen Monaten gesetzliche Grundlagen geschaffen.

Der Vertrag über die „Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ zwischen der DDR und der BRD wurde schon am 18. Mai unterzeichnet und trat am 1. Juli in Kraft. Die alsbaldige Vereinigung beider deutscher Staaten durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD wurden als Staatsziele festgeschrieben. Damit waren Ziel und Weg festgelegt und ein hohes Tempo programmiert. Ich war Mitglied in der Regierungskommission der DDR für die Verhandlungen mit der BRD zu dem Staatsvertrag und Unterhändler für die Agrar- und Ernährungswirtschaft. In ebenso harten wie anständigen Verhandlungen mit dem BML kam es zu notwendigen grundsätzlichen Festlegungen über die Preispolitik, die Förderung des Anpassungsprozesses sowie über finanzielle Anpassungshilfen, die zwar beträchtlich aber nicht auskömmlich waren. Die Partner hatten sich zwar bewegt, aber der von uns kalkulierte Bedarf war nicht weiter verhandelbar. Die Mittel waren dringend nötig, denn die Einführung der DM würde harsche Umbrüche einleiten. Die Wirkungen waren noch größer als vermutet. In der DDR entstand schlagartig eine hochgradig krisenhafte Situation. Sie hatte im Agrarsektor zudem besonders spektakuläre Züge, weil es sich bei den Agrarprodukten zum Beispiel um lebende Tiere und verderbliche Erzeugnisse handelt. Die Nachfrage der Bevölkerung nach einheimischen Produkten verringerte sich dramatisch mit entsprechenden Folgen für die Liquidität der Wirtschaftseinheiten. Instrumente der Marktregulation wurden wirkungslos. In unseren Betrieben gab es keine marktwirtschaftlichen Erfahrungen, und die Produktion war zu teuer. Der Ministerpräsident empfing Unmutsbekundungen aus allen Landesteilen über die schleppende Versorgung mit den hoch begehrten Westprodukten, und bei mir stapelten sich die Hilferufe der Landwirte und der Verarbeiter, die auf ihren Erzeugnissen sitzen blieben. Eilige Hilfsmaßnahmen hatten wir schon im Juli auf den Weg gebracht. Sie konnten gar nicht so schnell greifen, und es entstand eine sehr explosive Stimmung, die sich in der großen Demonstration der Bauern

am 14. August auf dem Berliner Alexanderplatz entlud, in deren Folge der Minister am 16. August entlassen wurde. Ich bekam die Mittel, die Hilfsmaßnahmen zu erweitern; sie wurden jetzt nun vom Ministerpräsidenten verkündet und beruhigten bei ihrer späteren Umsetzung einige Symptome der Situation. Die SPD verließ die Koalition, nachdem auch der sehr unbequeme Finanzminister (SPD) entlassen worden war. Ich meine, beide dienten vor allem als Sündenböcke. Damit endete auch mein Regierungsamt am 20. August. Ich glaube heute, dass unser Austritt aus der Koalition ein Fehler war. Die weitere Teilhabe der SPD-Fraktion an der Regierungsverantwortung wäre der Wahrung unserer Interessen im Einigungsvertrag vielleicht besser bekommen.

Am Tag der Deutschen Einheit im Jahr 1990 fühlte ich mich sehr befreit. Ich war glücklich darüber, dass uns die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR den Weg eröffnet hatte, in eine demokratisch verfasste Gesellschaft einzutreten und dass ich im politischen Mandat beherzt daran mitwirken konnte.

Mit dem Einigungsvertrag vom 31. August war ich sehr unzufrieden. Unsere Handschrift war nicht mehr deutlich zu erkennen. Die Bodenreform blieb zwar unangetastet, aber die agrarpolitischen Gesetze der Volkskammer waren betroffen. Der Vertrag bildete schließlich das Regelwerk für die Ausgestaltung der Einheit! Ich konnte ihm nicht zustimmen. Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz passte wahrscheinlich nicht zu dem bäuerlichen Leitbild der konservativen Mehrheiten im Bundestag. Das Gesetz wurde für eine spätere Neuberatung in den neu gewählten Bundestag übernommen und dabei entkernt. Die bodenpolitischen Gesetze waren verschwunden. Sie störten gewiss Absichten zur Bodenverwertung, wie sie später von der Treuhandanstalt praktiziert wurden.

Während meiner anschließenden Tätigkeit als Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bis zum Frühjahr 1993

spürte ich sehr bald, wie sehr diese Defizite im Einigungsvertrag die Gesundheit und Erstarbung der Agrarbetriebe bei uns behinderten. Jetzt, 17 Jahre nach der Deutschen Einheit, gibt es starke und leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe in unserem Bundesland, aber die Probleme der Flächenausstattung sind immer noch nicht ausgestanden.

Am Jahresende 1992 übernahm ich, zunächst ehrenamtlich, als Vorstand die Leitung des Forschungsinstitutes für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere (FBN) in Dummerstorf gleich nach dessen Gründung. Es geschah kaum aus alter Anhänglichkeit. Vielmehr erschien mir die Möglichkeit, in einem Abschnitt des Neubeginns und des Aufbaus unter den Bedingungen der Demokratie nachhaltige Entscheidungen für die Entwicklung gerade dieses Instituts treffen zu können, reizvoll und für das Land wichtig. Der freiwillige Mandatsverzicht ersparte mir jeden möglichen Vorwurf des Lobbyismus.

Das FBN ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Mecklenburg-Vorpommern und hatte knapp 300 Mitarbeiter. Es steht unter der Dienstaufsicht des Landwirtschaftsministers. Zu dem Minister Martin Brick bestand immer ein störungsfreies, vertrauensvolles Verhältnis; er hat niemals versucht in die Einrichtung „hineinzuregieren“. Ich halte es übrigens für sehr töricht, wenn sich Leiter von Landeseinrichtungen mit der Landesregierung überwerfen. Sie tragen große Verantwortung dafür, dass die Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft funktioniert.

Im FBN begann eine intensive Bautätigkeit in einem vorher nie gekannten Umfang. In hohem Tempo wurde daran gegangen, die gesamte materielle Substanz des Instituts zu sanieren, zu modernisieren oder gänzlich Neues zu schaffen. Dazu gehörten auch die Ausrüstungen. Dabei waren stets auch die Mitarbeiter in die konzeptionellen Arbeiten und sogar in die Bauaufsicht einbezogen. Ich hoffte, sie hielten es für einen glücklichen Umstand, selbst an der

Gestaltung bester Bedingungen für die eigene wissenschaftliche Arbeit mitwirken zu können. Ich hatte allerdings den Eindruck, dass es manchen Mitarbeitern anfangs nicht leicht fiel, sich auf die neuen Freiheiten und die größere eigene Verantwortung einzustellen.

Inhaltlich ging es darum, die Forschungsbereiche als Leistungsträger zu konsolidieren und die wissenschaftliche Thematik zu hinterfragen. Dabei waren die satzungsgemäßen Gremien des FBN sehr hilfreich. Es ging auch darum, die Interdisziplinarität über geeignete Hebel zu fördern und die Wissenschaftler zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen anzuregen. Für die Perspektive des FBN und in Vorbereitung auf die bevorstehende nächste Evaluierung war ein zukunftsfähiges Alleinstellungsmerkmal in partnerschaftlicher Diskussion mit den Mitarbeitern zu entwickeln, dem künftig alle verpflichtet waren. Dieses sah ich in dem Ansatz einer systemischen Forschung, welche die verschiedenen im Institut vorhandenen Forschungsrichtungen und Disziplinen zur komplexen Untersuchung der Vorgänge zusammenführt, welche den Tierleistungen zu Grunde liegen.

Das FBN hat diesen Weg auch nach meinem Ausscheiden aus dem Institut konsequent weiter verfolgt. Unter der Leitung von Prof. Manfred Schwerin und mit motivierten Mitarbeitern steht es jetzt nach einer neuerlichen Evaluierung der Leistungen als eine Einrichtung da, deren Ausstrahlung zunimmt. Die kooperative Anbindung an die Universität Rostock ist enger als je zuvor. Das Forschungspotential in Dummerstorf hat sich seit 1990 wirklich erneuert und ist in einer freiheitlichen, wettbewerbsorientierten „Scientific Community“ bestens aufgestellt.

Bei der Neuausrichtung und dem Ausbau der außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen und dem Aufbau neuer Institute ist in unserem Land seit 1990 überhaupt viel erreicht worden. Im Vergleich dazu erscheint mir die Erneuerung der Hochschulen noch längst nicht abgeschlossen.

Der ersten sozialdemokratische Regierung unter Harald Ringstorff gehörte ich als Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur von 1998 bis 2002 an. Die Ausfüllung dieses Amtes, in welchem ich auch dem Wohl der Universitäten unseres Landes verpflichtet war, gehört in eine weiteres Kapitel meiner Biografie. Ich möchte es am heutigen Nachmittag eigentlich nicht mehr öffnen.

Aus der Diskussion:

Raimund Schneider:

Wie sehen sie das Blühen oder das Verblühen oder das Gar-Nicht-Erst-Blühen Mecklenburg-Vorpommerns?

Diese Frage kann man nicht beantworten, indem man sich nur am gegenwärtigen Ist-Zustand orientiert und dabei wahrscheinlich sehr viele Unzulänglichkeiten entdeckt. Als Zeitzeuge ist es meine Aufgabe, selbst erlebte Entwicklungen im Land seit dem Bezugsjahr 1990 und bis heute zu betrachten. Unter dieser Sicht ist unser Land Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich „erblüht“. Das betrifft ganz entscheidende Positionen, die ich nun auch konkret benennen muss: Mit viel Mühe und viel Geld wurde fast die gesamte Infrastruktur erneuert: Verkehrswege, die Leitungsnetze, Energie- und Trinkwasserversorgung, Kommunikationssysteme, Klärwerke. In der Landschaftspflege, im Umwelt- und Küstenschutz gibt es sehr positive Veränderungen. Die Stadtkerne sind saniert; die Denkmalpflege hat vorher nie gekannte Dimensionen erreicht. Die Wohnbedingungen für sehr viele Menschen haben sich unvergleichlich verbessert. Die Krankenhäuser sind in weit besserem Zustand als vorher. Moderne und leistungsfähige Versorgungseinrichtungen für die Lebenshaltung der Bevölkerung sind flächendeckend entstanden. Viele Schulen wurden rekonstruiert oder neu errichtet. Die wissenschaftlichen Institute sind beispielhaft erneuert, und auch in die, für unser Land zahl-

reichen Universitäten und Hochschulen wurde viel (wenn auch nicht ausreichend) investiert. Im Lande wurden moderne und bürgernahe Verwaltungen aufgebaut, und die politischen Organe der Demokratie funktionieren. Dies ist noch nicht alles. Für nur 17 Jahre sind das gewaltige Leistungen und eine Erfolgsgeschichte. Das wird leider sehr schnell vergessen; und ich mag mir gar nicht ausmalen, wie unser Land unter den Bedingungen der DDR bei ihrem rapiden wirtschaftlichen Verfall heute aussehen würde.

Wahrscheinlich war es vom damaligen Bundeskanzler taktisch kalkuliert, aber ganz sicher war es für die Ausgestaltung der Deutschen Einheit schädlich, die Erwartungen der Menschen an positive Veränderungen schon zu Anfang 1990 in unrealistische Höhen zu schrauben. Es braucht alles mehr Zeit als ursprünglich versprochen und von den Menschen geglaubt wurde. Helmut Schmidt hatte den Rostockern im Januar oder Februar 1990 in einer Ansprache auf dem Universitätsplatz eine realistische Einschätzung gegeben, als er sagte, es würde schwer werden, aber wir würden es schaffen. Das wollte aber niemand so gerne hören.

Die genannten Entwicklungen im Land waren nur mit gewaltigen Finanztransfers möglich. Hier erweitert sich die Frage umgehend auf das „Erblihen“ selbst tragender Wirtschaftsstrukturen. Es ist ganz zwangsläufig, dass die Entwicklung der Wirtschaft seit 1990 den natürlichen Ressourcen der Region und den Traditionen des Landes folgte. In unserem Land gibt es jetzt eine hocheffiziente, ertragsstarke Agrarwirtschaft mit traditionell großen Strukturen. Eine belastende Konsequenz der notwendigen Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft ist die Einsparung zahlreicher Arbeitsplätze. Das Ernährungsgewerbe ist erstarbt und es gibt hier noch viele Möglichkeiten. Die maritime Industrie und die Hafengewirtschaft haben überlebt, sind modernisiert und profitieren von der Globalisierung. Die Tourismusindustrie hat sich kontinuierlich entwickelt und belegt einen Spitzenplatz in Deutschland. Das sind wichtige Beispiele für standortbezogene positive Ent-

wicklungen. Aber insgesamt steht unser Land weit hinten in der Rangliste der Wirtschaftsleistungen Deutscher Bundesländer.

Damit dies nicht so bleibt, bedarf es vermehrt innovativer Ansätze jenseits der bisherigen wirtschaftlichen Traditionen. Dazu wird auch die Politik beitragen müssen, indem sie sich vor allem bemüht, das Bildungswesen und die Forschung und Entwicklung zu stärken. Die Einrichtungen in diesem Sektor sind dabei gefordert, Profillinien möglichst selbst zu entwickeln, Schwerpunkte zu setzen, die Kräfte durch Kooperationen zu bündeln, Ideen zu generieren und ganz konsequent eine gesellschaftlich nützliche Verwertung ihrer Ergebnisse anzustreben. Die junge Generation, darunter auch Absolventen unserer Hochschulen, ist eingeladen sich bei uns stärker als bisher anzusiedeln und auch unternehmerisch tätig zu werden. Auch hier kann die Politik wirksam helfen. Der vorherrschende Zukunftspessimismus bringt uns nicht voran. Wir brauchen Optimismus, auch die Bereitschaft, in ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auf manche Besitzstände zu verzichten und Entscheidungen schnell voran zu bringen. Die Entscheidungsträger müssen dazu übergehen, in übergreifenden Projekten und dabei systemisch zu denken und zu agieren und sich bereit finden, auf ressortverhaftete Kleinteiligkeit zu verzichten. Wenn sich dieser Wunschkatalog erfüllt, hat unser schönes Mecklenburg-Vorpommern gute Aussichten, auf eigenen Grundlagen zu „erblühen“ und keine traditionell arme Region und kein Auswanderungsland zu bleiben.

Heiko Marski:

Ursprünglich hatte ich drei Fragen, die ich auf zwei zusammenschmelzen möchte. Sie haben vorhin sehr ausführlich über ihre Forschung im Bereich des Embryotransfers berichtet. Das heißt, Sie wollten die Embryonen von Fleischkühen in Milchkühe einpflanzen, um einerseits die Milchquote aufrecht zu erhalten, andererseits die Fleischproduktion steigern zu können.

Sind Ihnen da auch als Wissenschaftler niemals ethische Bedenken gekommen, dass Sie quasi mit hunderttausenden von Tieren solche Versuche machen und letztendlich mit dem Leben auch ein wenig rumspielen?

Wissenschaftler sind immer neugierig und spielen auch manchmal etwas herum. Ich hatte und habe aber überhaupt keine Bedenken, wenn jemand zum Beispiel unter Verwendung der Eierstöcke geschlachteter Rinder Embryonen erzeugt und diese mikroskopisch kleinen Häufchen von Zellen in die Gebärmütter von Ammentieren einsetzt. Ich kenne diesbezüglich auch keine kompetenten Bedenkenräger. Wer dies aus ethischen Gründen ablehnt, müsste auch die künstliche Besamung ablehnen. Als Technik kann der Embryotransfer allerdings auch für die Einschleusung genetisch manipulierter Embryonen verwendet werden.

Gegenüber gentechnischen Manipulationen am Erbgut hege ich heute grundsätzlich weit größeres Misstrauen als früher: Kaum haben wir das versiegelte Töpfchen geöffnet, stochern wir schon munter darin herum. Das ist gewiss eine große Versuchung! Wir können aber nicht „weiser“ sein als die Evolution. Systemische Konsequenzen sind nicht vorherzusehen. Die Populationen landwirtschaftlicher Nutztiere kann man noch kontrollieren. Aber die Reproduktion von windblütigen Pflanzen und frei lebenden Tieren wohl eher nicht, und es kann uns dabei gehen wie dem Zauberlehrling.

Im FBN Dummerstorf hatte ich einmal Besuch von einer Gruppe ganz junger Molekulargenetiker aus einem asiatischen Land, alle Professoren. Sie erzählten sehr fröhlich und sehr stolz, was sie alles gentechnisch manipulierten und auch freisetzen: Verschiedene windblütige Pflanzen, Maulbeerbäume, Seidenraupen, Parasiten in Seidenraupen, Schlupfwespen, die wieder an diesen Parasiten parasitierten, auch Wirbeltiere und so weiter. Mir blieb fast die Spucke weg.

Ich sehe allerdings die Gefahr, dass irgendwo in der Welt immer alles, was machbar zu

sein scheint, auch gemacht wird: Wo Hunger bekämpft werden muss, wo es um großen Profit geht, wo imperiale Ansprüche bestehen, und wo solche Ideologien die Staaten beherrschen, welche die Allmacht des Menschen verkünden. Wir sind aber nicht die Herren sondern nur ein Glied der Natur unseres kleinen Planeten, der unsere einzige Heimat ist. Und wir tun gut daran, die Gleichgewichte und Ausgleichsmechanismen in der Natur zu erforschen, um sie nicht zu überfordern, sondern uns darin einzubetten und unser Tun danach auszurichten. Das heißt für mich zugleich, dass es für Wissenschaftler keine Tugend ist unpolitisch zu sein.

Stellungnahmen zu Fragen der Entwicklung des Ländlichen Raums in MV

Dr. Lutz Laschewski,

Sozialwissenschaftler, Neustrelitz



Seit 1993 habe ich als Sozialwissenschaftler die agrarstrukturelle Entwicklung und den dramatischen Wandel in den neuen Bundesländern wissenschaftlich begleitet. Diese Arbeit wurde in etwa 60 wissenschaftlichen Beiträgen in deutscher und englischer Sprache dokumentiert. Neben eher analytischen Beiträgen wurden explizit in Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche

angewandte Fragestellungen untersucht, z.B.

- Bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital in ländlichen Gemeinden,
- Wissensmanagement zur nachhaltigen Landnutzung,
- Alternative Vermarktungsformen landwirtschaftlicher Produkte,
- Risikomanagement in landwirtschaftlichen Betrieben,
- Landwirtschaftliche Berufsausbildung,
- Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und E-Learning in ländlichen Regionen.

In diesem Zusammenhang bestand eine direkt Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium in Schwerin zum einen im Rahmen der Studie „Das soziale und aktive Dorf“ (2006) und im Rahmen einer SWOT -Analyse für das Entwicklungsprogramm ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommern (EPLR) Entwicklungsprogramm ebenfalls in 2006.

Bei aller Kritik und angesichts der Größe der ökonomischen und soziale Probleme, die mit dem Vereinigungsprozess verbunden waren, muss man fest halten, dass der friedliche Übergang von einer sozialistischen in eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft in den neuen Bundesländern ausgesprochen erfolgreich gelungen ist. Das gilt insbesondere für den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen, die Erhaltung des sozialen Friedens und eine wachsende wirtschaftliche Prosperität für große Teile der Bevölkerung. Trotz aller Divergenzen, Interessenkonflikte und sozialen Verwerfungen sowie der durch die modernen Informationstechnologien und die Globalisierung bedingten, zusätzlichen gesellschaftlichen Dynamik ist es gelungen, die Probleme in zivilen, weitgehend konstruktiven und demokratischen Entscheidungsprozessen zu diskutieren und zu einem großen Teil auch erfolgreich zu bewältigen. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und seine Institutionen werden von der großen Mehrheit der Bürger des Landes getragen und unterstützt. Davon war Anfang der 1990er Jahre (erinnert sei z.B. an Ereignisse in Lichtenhagen

1991) durchaus nicht auszugehen. Ich bin optimistisch, dass diese positive Verankerung und das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen des Landes in den nächsten Jahren weiter zunehmen kann, wenn es gelingt, einerseits solide und pragmatisch, den anstehenden gesellschaftlichen Problemen (z.B. die demografische Entwicklung, die Funktionsfähigkeit der Kommunen) wie bisher konstruktiv zu begegnen und andererseits die Bürger noch stärker als bisher in die politischen Entscheidungs- und Planungsprozesse einzubinden.

Es ist bisher wenig gelungen, der extremen Industrialisierung der Landwirtschaft und des Ernährungssektors alternative und für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern wünschenswerte Entwicklungsmodelle gegenüber zu stellen und zu etablieren, die die Belange der regionalen Bevölkerung stärker berücksichtigt.

In der Agrar- und Regionalpolitik herrscht nach wie vor ein technokratischer Politikstil vor, der gesellschaftliche Fragen zu oft als technische Probleme (z.B. des Baus von Straßen, der Erzeugung erneuerbarer Energien, Biotechnologien, der Schutzes der Natur) definiert. Die (positiven als auch negativen) sozialen Effekte der Umsetzung von politischen Maßnahmen (oder auch der Erhaltung unsinniger Förderpolitiken) werden zu wenig berücksichtigt. Dies kommt in besonderer Weise auch in der gegenwärtigen Forschungsförderung zum Ausdruck. Sozialwissenschaftliche Begleitforschung wird meist gar nicht oder nur marginal als Anhängsel großer technischer Projekte (mit oft geringem Ertrag realisiert). Innovationen werden auf technische Innovationen reduziert, während für soziale Innovationen kaum ernsthafte Förderbemühungen existieren.

Genährt wird dieser Politikstil durch eine Rhetorik des Sachzwanges, die das Wünschenswerte mit den Argumenten (scheinbarer) Sachzwänge vom Tisch zu wischen versucht (z.B. ökonomische Zwänge in der Landwirtschaft, die Unabänderlichkeit des demografischen Wandels

oder die scheinbare Gesetzmäßigkeit immer knapper werdender Kassen in den öffentlichen Haushalten.)

Der technokratische Politikstil findet seinen Niederschlag auch in der geringen Berücksichtigung regionaler Identitäten. So werden bspw. Landwirtschaft und Essen primär als technisch-biologische Fragen aufgefasst. Fragen z.B. der (regionalen) Ernährungskultur und des Naturverständnisses bleiben in der politischen Planungspraxis unberücksichtigt und/oder werden als irrational oder ideologisch abgetan. Dies führt jedoch dazu, dass der öffentliche Protest, sei es als Widerstand gegen Massentierhaltungsanlagen, die „Vermaisung“ ganzer Landstriche oder gegen gentechnischen Anbau zunimmt. Um im politischen Diskurs wahrgenommen zu werden, muss dieser Protest technisch argumentieren, obwohl er im Kern moralische Natur ist und Fragen einer gerechten sozialen Teilhabe, der regionalen Identität und eines angemessenen Umgangs mit der Natur zum Gegenstand hat.

Die technokratische Politik hat es bisher unterlassen, eine positive Debatte über regionale Identitäten im Land zu führen. Konzepte wie das „Gesundheitsland“ oder der Bezug auf die schöne Umwelt verbleiben auf einer technischen-biophysischen Ebene. Das u.a. führt dazu, dass in politischen Teilbereichen kleine Interessengruppen die (historische) Deutungshoheit über gesellschaftliche Fragen kapern, wobei das Interesse großer Teile der Bevölkerung ignoriert wird. So wird bspw. die BVVG-Privatisierungsdebatte einerseits von Alteigentümern beherrscht, die den Eindruck erwecken wollen, dass der Großgrundbesitz sozusagen ein „natürlicher“ Bestandteil Mecklenburg-Vorpommerns und deshalb nahezu ein unabänderliches Phänomen sei, und andererseits einer kleinen agrarischen Funktionselite, die von den historischen Umbrüchen zufällig profitiert hat und den Eindruck erwecken will, dass sie die Bewahrer einer „ostdeutschen“ agrarischen Identität seien, weshalb staatliches Vermögen zu möglichst günstigen Bedingungen in ihr Privatvermögen

zu überführen sei. Die legitimen Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen, z.B. der Familien der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Gebieten, die nach 1945 nahezu die Hälfte der Bevölkerung Mecklenburgs-Vorpommerns ausmachen sowie landwirtschaftliche Existenzgründer, oder die allgemeinen gesellschaftlichen Interessen bei der Gestaltung der Agrarstruktur (dass heisst u.a. die Interessen der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung, die die überragende Mehrheit der Bevölkerung des Landes stellen), werden in diesem Zusammenhang kaum artikuliert.

Ich wünsche mir vorrangig:

- Entwicklung positiver (aber auch realistischer) Visionen für das ländliche Leben und eine nachhaltige ländliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern;
- Unterstützung (nicht nur materiell, sondern insbesondere auch ideell) von alternativen landwirtschaftlichen Modellen;
- eine konsequente Verlagerung der staatlichen Förderungen von den physischen Investitionen zur Förderung der Menschen (was nicht bedeutet, das Geld nur in technische Forschung & Entwicklungen zu stecken oder jetzt Schulgebäude anstelle von Straßen zu bauen, sondern Kommunikationsprozesse zu fördern!);
- die systematische soziale Wirkungsanalyse aller politischer Programme und Projekte;
- umfassende Partizipation der Bevölkerung in allen öffentlichen Vorhaben und der Gestaltung vom Politik
- mehr Mut, die Besonderheiten der ländlichen Regionen (kleine Einheiten, große Distanzen, wenig Menschen) nicht nur negativ als „Problem“, sondern als „Qualität“ zu definieren.

Corinna Cwielag,

Geschäftsführerin des BUND Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin



Wo konnte ich mich einbringen?

In Gemeinderäten und Kreistagen (z.B. Umweltausschuß Landkreis Parchim), in Bürgerinitiativen gegen Fehlentwicklungen, die vorhandene Arbeitsplätze, Wohnplätze, Natur und natürliche Ressourcen vernichtet hätten, z.B. Bürgerinitiative „Langenhagener Seewiesen“ und gegen eine Mülldeponie in Augzin, Initiative „Goldberger Land gentechnikfrei“, in Umwelt- und Naturschutzverbänden: z.B. Grüne Liga, BUND, im Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern, dem Zusammenschluß der Naturschutzverbände mit landwirtschaftlichen Verbänden und dem Tierschutz

Was ist gut gelungen?

- Ausbau der Infrastruktur für Telekommunikation: ermöglicht Arbeiten aus dem ländlichen Raum
- Aufbau von Abwasseranlagen und Abwasserreinigungsanlagen, NICHT die Dimensionen (tw. überdimensioniert und mit Pflanzenkläranlagen besser erreichbar)
- Ansätze zum Ausbau des Radwegenetzes, NICHT des Wanderwegenetzes
- großflächige Umstellung auf ökologischen Landbau grundsätzlich, NICHT die Entwicklung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen

Was ist überhaupt nicht gut gelungen?

- Erhalt bzw. Entwicklung dezentraler Struktu-

ren für Schlachtung und Milchverarbeitung mit kurzen Wegen, stattdessen Schaffung von Großstrukturen für Schlachtung und Milchverarbeitung

- Förderung art- und umweltgerechter Tierhaltung mit Erhalt bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen
- Förderung der Forschung und Anwendung von Agrogentechnik (FINAB, Agrobiotechnikum)
- Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen durch geeignete agrarpolitische Steuerung im Rahmen der Direktzahlungen sowie der Agrarumweltprogramme
- Schulpolitik für den ländlichen Raum: Niedergang der dezentralen Bildungsstruktur, Schließen von Kindergärten, Schulen, Sportstätten, kaum qualitativ gute außerschulische Bildung (Musikschulen, Tanz Programm-Jugendclubs), keine Förderung von Breitensport und Erhalt und Betreuung geeigneter dezentraler, preiswerter Sportstätten
- Die Verteilung der Strukturmittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes: Beispiel Ländlicher Wegebau: Hunderte Kilometer Feld- und Wiesenwege, auch Waldwege verschwinden seit 1990 unter Asphalt- und Betondecken. Insgesamt sind mehrere Tausende Kilometer ländliche Wege versiegelt worden. Überwiegend öffentliche Interessen, wie der Natur- und Landschaftsschutz oder die Tourismusentwicklung, spielen dabei fast keine Rolle und werden auch in den Genehmigungsverfahren nicht ordnungsgemäß einbezogen. Die verausgabten Millionen haben weder Arbeitsplätze noch Arbeitsplatzstrukturen wie den Erhalt bzw. Aufbau des verarbeitenden ländlichen Handwerk geschaffen.

Was wünsche ich mir für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes?

Soziale und ökologische Ausgestaltung der Direktzahlungen, bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2014. Dazu zählt die Bindung der Direktzahlungen an verbindliche soziale und ökologische Kriterien: Staffellung der Direktzahlungen für Großbetrie-

be nach Arbeitsintensivität (nur der Nachweis der Lohnkosten sollte die Abzüge mindern können),

Bindung der Direktzahlungen nicht mehr nur an geltende gesetzliche Standards, sondern an darüber hinausgehende wirksame ökologische Anforderungen,

obligatorische Agrarumweltleistungen: ökologische Vorrangflächen auf mindestens 10 Prozent der Betriebsfläche, Mindest-Fruchtfolgen, Ausgeglichene N- und Humus-Bilanzen, Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen, Grünlanderhalt sowie Anhebung der Tierschutzstandards.

In der Landesplanung muss die Überlagerungsklausel von Tourismus- und Landwirtschaftsräumen geändert werden. In den touristischen Schwerpunkt- und Entwicklungsräumen muss die Art der landwirtschaftlichen Nutzung mit den touristischen Zielen vereinbar sein.

Die Gemeinden im ländlichen Raum müssen so gestärkt werden, dass sie in der Lage sind, die Aufgaben der Kommunalverfassung selbständig erfüllen und eigene Entwicklungsziele umsetzen zu können.

Erarbeitung eines „Aktionsplans Ökologischer Landbau für Mecklenburg-Vorpommern“ für 20 % Ökolandbau-Fläche bis 2015 mit Entwicklung des ökologischen Landbaus durch Erhöhung der Umstellungsförderung für Acker- und Grünland auf 250 /ha und der Beibehaltungsprämie auf 200 /ha sowie durch Zahlung eines finanziellen Ausgleich für erforderliche Investitionen in die ökologische Nutztierhaltung Förderung der handwerklichen Verarbeitungsbetriebe und der Direktvermarktung ökologischer Erzeugnisse.

Aufbau eines „Kompetenzzentrums Ökologische Lebensmittelwirtschaft“ in Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Aktivitäten koordiniert, vernetzt und gebündelt werden, Ausbau der Ökolandbau-Forschung in der Landesforschungsanstalt zur Produktionstechnik und zu regionalen Anbau- bzw. Sortenversu-

chen, zur ökologischen Vermarktung, u. a. zur Wirtschaftlichkeit, Bio-Marketing und Kaufverhalten sowie zur Sozioökonomie. Entwicklung standort- und betriebsstruktur-typischer Bio-Demonstrations-Betriebe,

Förderung besonders art- und umweltgerechter, bäuerlicher Nutztierhaltung im Neuland-Programm mit Auslauf, Stroheinstreu und hofeigenem, gentechnikfreien Futter für die Tiere. Stärkere Förderung der Weidehaltung durch ein Weideprogramm zur langfristigen Nutzung des Grünlandes mit Milchkühen.

Keine staatlich geförderte Forschung zur Agrogentechnik im Land und keine Freisetzungsversuche sowie kein großflächiger Anbau genveränderter Pflanzen. Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen auf allen Landesflächen.

Ausbau der ländlichen Infrastruktur: Ländliche Wege dürfen nicht in erster Linie asphaltiert und mit Beton befestigt werden. Hier sind Lebensqualität und der Wert von Landschaften nicht nur eindimensional zu betrachten. So darf der Erhalt naturtouristisch reizvoller Landschaftselemente, die Bewahrung des landeskulturellen Erbes nicht regelmäßig den Bedürfnissen landwirtschaftlicher Großbetriebe geopfert werden. Wir brauchen eine Landesinitiative zum Erhalt unserer traditionellen Dorfstrukturen, zum Erhalt von Kopfsteinpflaster, von historisch wertvollen Gebäuden im ländlichen Raum, von Sandwegen, von Feldsteinmauern – von alldem, was den Charme ländlicher Räume ausmacht.

Angus Fowler,

Kunsthistoriker, Bauforscher,
Marburg

(Mein angeheirateter Onkel, Duncan Mackenzie Mennige aus Aberdeen, Germanist und Nordist, war um 1931 in Prerow auf Darss wohl

in der Heimvolksschule von Fritz Klaut dort, mit seinem Freund, meinem späteren Mentor 1964, der Sozialdemokrat Wilhelm Kleinenberg, vielleicht auch mit Adolf Reichwein und Studenten aus Halle. Mein Onkel, der 1933 in Kiel promovierte und die Bücherverbrennung dort bewusst und sehr kritisch erlebt hat, konnte mecklenburgisches Platt. Sein Vater wiederum, John Henderson Mennige, Lehrer und Gymnasialdirektor in Aberdeen, besuchte einen Sommerkurs an der Universität Greifswald 1910, vorher 1904 in Marburg, um seine Deutschkenntnisse für den Unterricht zu verbessern, da er eine Kollegin ersetzen musste.

Meine Beziehungen zu Mecklenburg-Vorpommern kamen über meine Arbeit beim Förderkreis Alte Kirchen e.V. (Marburg) zur Erhaltung und Nutzung gefährdeter Kirchen zustande. Bereits 1985 lernte ich den Leiter des Bauamtes der damals „Greifswalder“ Landeskirche, 1990 Pommersche Kirche, Günter Kirmes bei einer Tagung an der Evangelischen Akademie Mühlheim an der Ruhr kennen. Er gab mir wertvolle Informationen für meinen Bericht für den Europarat in Straßburg (Doc. 6032 1989) zur Lage aufgegebenen religiöser Gebäude in Europa. 1989/90 lernte ich Bent Böhnke kennen, Leiter der kirchlichen Baustelle in Güstrow. 1991 besuchte ich Mecklenburg und Vorpommern, lernte viele schöne alte Kirchen kennen, auch die damit verbundenen Gutshäuser und Dörfer. Ich konnte einen Preis des europäischen Denkmalschutzverbandes für die Rettung, Erhaltung und Nutzung der Alten Kirche in Alt-Sammit vermitteln. Ich war gleichzeitig aktiv im internationalen Verband für den ländlichen Raum ECOVAST, Gründungsmitglied 1984, Vorstandsmitglied, später Vize-Präsident und Präsident, z.Zt. noch Vorsitzender der Deutschen Sektion. 1991 vermittelt durch die Familie Böhnke fand ein Treffen ECOVAST Mitglieder in Marienhof unweit Güstrow statt. Bei verschiedenen Gesprächen wurden dann die Seminare für Dorfentwicklung von ECOVAST gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung/Büro Schwerin, Martin Just entwickelt und durchgeführt, nachher auch in anderen östlichen Bundesländern, unter der Leitung von ECOVAST Mitglied Detlev

Simons, später Vorsitzende der Deutschen Sektion. In Verbindung mit der Übergabe des Europa Nostra Preises in Alt-Sammit durch den ehem. Schweizer Botschafter in der DDR, Alfred Waker, fand eine gemeinsame Tagung von ECOVAST und Europa Nostra zur Kulturlandschaft Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow statt, ein gemeinsamer Aufruf zur Erhaltung der Kulturlandschaft in MV insbesondere zur Erhaltung der schönen Baum-Alleen im ländlichen Raum M-Vs wurde verabschiedet. Vermittelt durch ECOVAST Mitglied Maria Meier Greshoff, half ECOVAST und ich persönlich u.a. mit Hans Schwiderski bei Gründung und Aufbau der AG Urlaub und Freizeit auf dem Lande in M-V. In engem Zusammenhang mit den ECOVAST Veranstaltungen hat ECOVAST Mitglied Gerda Stachowitz das Buch „Mecklenburger Dörfer/ Was bleibt, was kommt?“ verfasst. Durch G. Stachowitz und mich in enger Zusammenarbeit mit Rolf-Peter Bartz und verbunden mit der Übergabe eines weiteren Europa Nostra Preises, auch von mir vermittelt, diesmal für die Rettung, Erhaltung und Nutzung der Gutsanlage in Tellow, kam es dann zur Gründung der AG Erhaltung und Nutzung von Gutsanlagen in M-V. Später konnte ich die Hilfe des Förderkreises Alte Kirchen Berlin-Brandenburg (ich war dort Vorsitzender 1996-2006) für den Verein Dorfkirchen in Not in Mecklenburg und Vorpommern vermitteln. In enger Anlehnung an einem schon in Brandenburg vorhandenen und von der Robert-Bosch-Stiftung Wettbewerb für junge Fördervereine und Gruppen mit innovativen Ideen zur Erhaltung und Nutzung von Dorfkirchen konnte ein ähnlicher Wettbewerb „Startkapital“ in M-V eingerichtet werden. Denn die Dorfkirchen sind wichtige Identifikationssymbole, meist die bedeutendsten Denkmäler in Ortschaften und heute häufig Kristallisationspunkte bürgerschaftlichen Einsatzes im ländlichen Raum.

Es ist seit 1990 viel für den ländlichen Raum in M-V getan worden. Schlecht finde ich aber im Rahmen von Dorferneuerung den Einsatz schlechter und falscher moderner Baumaterialien, die in Zukunft viele bauliche Probleme

verursachen werden, und dies häufig durch mittelmäßige oder gar schlechte und wenig gefühlvolle westliche Architekten, Ingenieure und Planer.

In Zukunft muss alles getan werden, um den ländlichen Raum und Dörfer aktiv und lebendig zu halten und die Erhaltung und Nutzung des wertvollen natürlichen, architektonischen und kulturellen Erbes zu gewährleisten.

Dr. Sibylle Berger,
Landwirtin und Kunsthistorikerin,
Venze auf Rügen

Als berufliche Quereinsteiger haben mein Mann und ich seit 1995 den Hof meiner Großeltern wieder belebt. In unserem landwirtschaftlichen Betrieb (350 ha Acker, 150 ha Wiesen) beschäftigen wir ganzjährig vier Mitarbeiter. Dank des Engagements des Teams gelang nicht nur der Betriebsaufbau, sondern auch die Sanierung einer historischen Gutsanlage. Seit mehreren Wahlperioden bin ich parteiloses Gemeinderatsmitglied für die SPD.

Nicht gelungen ist die Entwicklung einer vielschichtigen mittelständischen Landwirtschaft. Dies wurde in der Wendezeit durch eine unseelige Allianz der PDS-Nachfolger (industrielle Landwirtschaft im Kollektiv) mit den Machthabern der CDU (private Kapitalkonzentration und Gewinnerzielung) erreicht. Verstärkt durch pauschale ideologische Barrieren in den Köpfen der Amtsinhaber wurde ein Engagement ehemaliger Eigentümer flächendeckend erschwert. Stattdessen wurden Großstrukturen etabliert, bei denen viele Betriebe die Flächen mehrerer enteigneter Güter bewirtschaften. Dies führte zu einer Verarmung der Kulturlandschaft auf sozialer, kultureller und ökologischer Ebene:

Die hochtechnisierte Landwirtschaft braucht nur wenige Arbeitskräfte, die häufig auch nur

als Saisonarbeiter gehalten werden. Die Betriebe selbst sind durch größenbedingte Kostendegression und die ha-bezogenen EU-Subventionen hoch lukrativ. Die Politik der Nachwende hat so zu neuen „Grafchaften“ und großem Reichtum bei Wenigen geführt. In dieser Leere ist für Menschen wenig Raum, das betrifft auch den Arzt und den Lehrer. Für die Dorfbevölkerung, als Arbeitskräfte wenig gebraucht, ist eine echte Teilhabe an der Wirtschaft nicht möglich. Den Einstieg in solche Betriebe können sich nur finanzkräftige Investoren aus dem Westen oder ehemalige LPG-Kader mit „gut gelungener Umstrukturierung“ leisten. Hier liegt auch ein Teilaspekt, der erklären könnte, dass die ländliche Bevölkerung nicht in dieser Gesellschaft ankommen kann und sich dem Rand zuwendet.

Diese Agrarindustrie benötigt die historischen Dorfstrukturen nicht mehr. Eine an sich an historischen Gebäuden (von der Scheune, der Arbeiterwohnung, dem Bauern- und Gutshaus) reiche Landschaft verfällt. Der alte Kirchweg oder die Allee fallen der Arrondierung zum Opfer.

Die biologische Artenvielfalt ist auf den über 100 ha großen Schlägen in Vorpommern geringer als in städtischen Räumen.

Es wird höchste Zeit, dass die Agrarsubventionen an gesellschaftsrelevante Leistungen gekoppelt werden.

Karin Johannsen,
Museumsleiterin, Dishley



1. Wann, wie und ggf. wo konnte ich mich einbringen bei der Entwicklung des Ländlichen Raums von Mecklenburg-Vorpommern?

Mit dem Wegfall der alten Strukturen aus der DDR-Zeit mussten neue geschaffen werden. Im Jahre 1991 wurde ein Verein auf der Tenne der alten Schulstelle in Göldenitz, dem Landschulmuseum, gegründet - „Auf der Tenne“ e. V. - . Wichtigstes Anliegen war es damals, die Kultur- und Freizeiteinrichtungen des Landkreises Rostock nicht zu schließen, zu verkaufen oder artfremd zu nutzen. Sie sollten den Einwohnern der Region weiter zur Verfügung stehen. Dazu zählte auch das Landschulmuseum, welches in dieser Zeit, als es eher die Ausnahme war, den neuen Weg der freien Trägerschaft einschlug, erfolgreich, wie sich gezeigt hat.

Seit dieser Zeit genieße ich hier als Leiterin die Chance, an der kulturellen Vielfalt der Region mitzuarbeiten.

Wir haben

- unsere Region bekannt gemacht mit Ausstellungen zur Schulgeschichte, in handwerklichen wie künstlerischen Angeboten, internationalen Symposien, u. a.
- beziehen die Region ein durch bürgerschaftliches Engagement, Gemeinschaftsprojekte, u. a.
- uns mit Ausstellungen und Kontaktherstel-

lung in den Schulneu- und -umbau eingebracht mit Blick in andere Bundesländer, die Schweiz, u. a.

- uns in die Diskussion der Schulsysteme eingebracht, mit Blick in Schulversuche in MV, nach Dänemark, die Niederlande, u. a.
 - die interkulturelle Zusammenarbeit und Bildung belebt mit Blick nach Finnland, Italien, Ukraine, Senegal, Brasilien, u. a.
- Der Verein „Auf der Tenne“ e.V. ist heute ein etablierter Verein, der für Kinder, Jugendliche und Senioren da ist – in Kindertagesstätten, Jugendclubs, in kulturell und künstlerisch geprägten Einrichtungen sowie in einem Altenhilfzentrum. www.aufdertenne.de

2. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern (sehr) gut gelungen?

Es haben sich gediegene Strukturen herausgebildet, die einen Wandel von anfänglicher Masse und Themenüberschneidungen zu einer gesunden Vielfalt vollzogen haben. Unter der Voraussetzung, dass nicht weiter gespart wird, sind durch geeignete Kooperation sinnvolle Ergänzungen, Synergieeffekte möglich, zwischen kulturellen Einrichtungen selbst, kommunalen Einrichtungen, Wirtschaft, Vereinen, Tourismus, etc., die zum Wohle der ländlichen Region weiter gedeihen können.

3. Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht gelungen?

Eine ausreichende Ausstattung mit Fachkräften und angemessene finanzielle sächliche Grundausstattung gelingt nicht immer. Es ist eine Tendenz zu beobachten, soziale Probleme mit sozial Benachteiligten lösen zu wollen, statt mit qualifizierten Angeboten den Problemen vorzubeugen, sich ihrer anzunehmen, um rechtzeitig handlungsfähig zu sein.

4. Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des Ländlichen Raums von Mecklenburg-Vorpommern?

Die so genannten „freiwilligen“ Aufgaben für den Kulturbereich in die Pflichtaufgaben zu überführen, um eine stetige und dauerhaft qualitativ hochwertige Arbeit leisten zu können. Kultur ist kein nettes Anhängsel, was zur Aufbesserung des Images nützlich ist, sondern ein menschliches Grundbedürfnis.

Karin Kaspar,
Diplomökonomin, Grüssow



Wann, wie und ggf. wo konnte ich mich einbringen bei der Entwicklung des Ländlichen Raums von M-V?

Als Kommunalpolitikerin einer Gemeinde mit einer Einwohner„dünne“ von 18 E/km² waren die Politikfelder sehr vielfältig: Schule auf dem Lande, medizinische Grundversorgung, ÖPNV, Verkehrsentwicklung, Teilhabe am kulturellen Leben, Knüpfung sozialer Netzwerke, ja selbst die Organisation von Ortsvereinsarbeit im Rahmen meiner SPD-Mitgliedschaft – das alles ist bei solchen Entfernungen nur mit außerordentlicher Hartnäckigkeit zu bewältigen. Dem habe ich mich seit der Kommunalwahl 1990 sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kreisebene gestellt. Nach Beendigung meines Berufslebens nach einer längeren Krankheitsphase konnte ich die bis da-

hin gesammelten Erfahrungen auch in aktiven Projekten anwenden. Hier einige Beispiele:

2000: Gründung des Fördervereins Usedomer Achterland e.V. mit dem Ziel, durch Projekte, Aktionen und Initiativen die Rahmenbedingungen für eine eigenständige Entwicklung des Usedomer Achterlandes zu entwickeln und zu erproben. Dabei sollen die Achterlandgemeinden von der guten Entwicklung der Ostseebäder partizipieren. Die Handlungsfelder waren die touristische Entwicklung sowie die Ankerbelegung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Dies scheint gelungen, da der Verein inzwischen in alle Politikfelder der Insel einbezogen ist.

2000-2002: Mitwirkung an der Erarbeitung des Naturparkplanes und seitdem Mitarbeit im Naturparkbeirat

2005-2007: Mitwirkung bei der Erarbeitung des Tourismuskonzeptes 2015 des Tourismusverbandes Insel Usedom hinsichtlich der Herausarbeitung von Entwicklungspotenzialen des Usedomer Achterlandes

2003-2007: Mitwirkung bei der Erarbeitung der Verkehrskonzeptes Usedom – Wolin 2015

2007/2008: Durchsetzung der „Kleinen Schule auf dem Lande“ in Zirchow

2006-2010: Verhinderung des Baus eines Steinkohlekraftwerkes am Industriestandort Lubminer Heide

Gegenwärtig arbeite ich intensiv an folgenden Projekten: Verhinderung der Ausweitung der Lagerung von atomaren Abfällen im Zwischenlager Nord und den damit verbundenen Castortransporten, Entwicklungskonzept für den Industriestandort Lubminer Heide, Wiederinbetriebnahme der Eisenbahnverbindung Berlin-Ducherow-Karnin-Swinemünde-Heringsdorf, Stauabbau durch Einführung von Kreisverkehren auf der Insel Usedom, Stärkung der Demokratie durch Erhöhung der Leistungs- und Kompetenzfähigkeit der Inselkommunen durch Zusammenschluss von Gemeinden und Sicherung der Gemeindehoheit durch Zusammenführung von Legislative und Exekutive in einer Gemeinde Usedom, Neugestaltung von Kulturförderung im ländlichen Raum uvm.

Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von M-V sehr gut gelungen?

Das „Energieautarke Dorf“ ist das erste Programm, das auch finanzschwachen Kommunen eine Perspektive eröffnen kann. Ohne fürsorgende Beratung und ggf. intelligente Anschubfinanzierung werden es aber nur die wenigsten nutzen können.

Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von M-V überhaupt nicht gelungen?

Die Erarbeitung von konkreten Entwicklungsstrategien für besonders dünn besiedelte und gleichzeitig territorial schlecht vernetzbare (z.B. Insellage) Räume scheitert immer wieder an der Finanzverteilung. Die Ausrichtung der regionalen Raumplanung auf die Zentren wirkt sich bei allen Beteuerungen in der konkreten Situation nachteilig für die Ländlichen Räume aus.

Insbesondere die Sicherung der verfassungsmäßig garantierten Aufgaben der Daseinsvorsorge erscheint mir bisher nicht ansatzweise gelöst. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, halte ich gerade die dazu notwendige Auseinandersetzung als ein Gebot der Stunde.

Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums in M-V?

Ich wünsche mir, dass

- die Beratung zur EU-Förderpolitik, am Beispiel der skandinavischen Länder orientiert, institutionalisiert und als offensives Angebot an die Kommunen entwickelt wird,
- die Projektförderung individueller, einfallorientierter und einfacher handhabbar gestaltet werden muss,
- zur Finanzierung der Daseinsvorsorge und gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung im Ländlichen Raum die Spielräume der Modulation, die im Vertrag von Lissabon

zur „Gemeinsamen Agrarpolitik“ festgeschrieben sind und der im Dezember 2009 in Kraft getreten ist, konsequenter gerade hierfür eingesetzt werden. Dafür kann das Operationelle Programm ein geeignetes Instrument sein.

Solveig Leo,

Diplomagraringenieur, Banzkow



Als ich 1964 vor der Entscheidung stand, als Absolventin einer landwirtschaftlichen Fachschule die zukünftige berufliche Herausforderung zu finden, habe ich nicht lange überlegt. Es zog mich und meine Studienfreundin Gudrun Schumann nach Mecklenburg, nach Banzkow. Der damalige Vorsitzende der LPG „Clara Zetkin“ suchte auf der Landwirtschaftsausstellung „agra“ in Leipzig für die Genossenschaft junge Fachkader und zeigte uns interessante berufliche Perspektiven auf. Mit großem Enthusiasmus traten wir die Reise in das „Abenteuer Praxis“ von Thüringen nach Mecklenburg an. Wir haben unsere Entscheidung nie bereut, im Gegenteil. Unsere Vorstellungen von einer kontinuierlichen beruflichen Entwicklung und einem vielseitigen Leben auf dem Lande haben sich voll erfüllt. Wir konnten Landwirtschaft in der Lewitz in immer größer werdenden Strukturen erfolgreich mitgestalten, das war für uns ständiger Anreiz, eine große Herausforderung und erfüllte uns mit Stolz. Zur Zeit der Wende war ich Leiterin der Agrar-Industrie-Vereinigung „Lewitz“, Gudrun Schumann Direktorin der 18 000-er Färsenanlage in Mirow. Jetzt sind

wir beide aktive Rentner, sind nach wie vor an landwirtschaftlichen Problemen interessiert und nehmen am dörflichen Leben teil. Von 1992 bis 2009 war ich neben meiner landwirtschaftlichen Tätigkeit außerdem ehrenamtliche Bürgermeisterin von Banzkow und konnte somit an der Entwicklung unserer Gemeinde viele Jahre aktiv dabei sein, aktiv mitgestalten. Es ist uns schwer zu erkennen, dass Banzkow heute ein attraktives Dorf ist. Die Menschen leben gern hier und fühlen sich wohl, sie nehmen am Dorfgeschehen regen Anteil und sind jederzeit zur Mitwirkung bereit. Nicht nur bei den Wettbewerben „Unser Dorf hat Zukunft“ (Goldmedaille im Bundeswettbewerb 2007) und im Europawettbewerb „Entente Florale“ (Silbermedaille 2010) haben wir das eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Auch bereits vor der Wende hat die Dorfgemeinschaft zusammeng gehalten und gemeinsam gestaltet. Die Gemeindevertretung konnte auf dieser Bereitschaft aufbauen und die neuen Möglichkeiten umfassend nutzen. Vorteilhaft war und ist, dass es nach 1990 bei uns keinerlei Parteienstreit gab, alle an einem großen runden Tisch sitzen und mit den Bürgern gemeinsam über die Gemeindeentwicklung entscheiden. So konnte die vorhandene Infrastruktur (Schule, Kita, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten, örtliches Handwerk, Gastronomie) erhalten und erweitert werden. Es gibt auch keine verfallenen Gebäude oder nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Anlagen. Sie wurden auf der Grundlage der Ortgestaltungsplanung umgenutzt bzw. abgerissen. Die Ansiedlung neuer Gewerke wurde unterstützt. Der Lewitz- Pflegedienst z.B. ist heute mit über 120 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in der Gemeinde. Die demografische Entwicklung erhöht den Pflege- und Betreuungsbedarf, denn leider ist der traditionelle Familienverband zur Pflege der Angehörigen immer weniger vorhanden. Pflegedienste übernehmen zunehmend diese Aufgabe, schaffen damit aber gleichzeitig wieder Arbeitsplätze. Andererseits brauchen die Beschäftigten der Pflegedienste eine intakte Infrastruktur, um den komplizierten Schichtdienst meistern zu können. Die Gemeindevertretung trägt viel

zum Funktionieren dieser neuen Strukturen bei. Sie unterstützt auch die umgebildete landwirtschaftliche Genossenschaft bei der Einführung neuer Technologien z.B. Biogas. Dabei hat sich die Weiterführung der landwirtschaftlichen Produktion nach 1990 in unseren traditionell großen Strukturen bewährt. Die gegenwärtige politische (Wahlkampf-) Diskussion zu einschneidenden Veränderungen der Strukturen und Wirtschaftsformen ist deshalb wenig hilfreich, denn die Agrargenossenschaft ist ein wichtiger Partner in der kommunalen Entwicklung. Sie ist auch Bestandteil des vor kurzem neu erarbeiteten Leitbildes für die Legwitzregion, zu der unsere Gemeinde gehört. Die Einwohner wurden in die Erarbeitung mit einbezogen, über alle neuen Vorhaben informiert und ihre Meinung gehört. Mit großer Unterstützung des Amtes wurden bisher viele Fördermöglichkeiten erschlossen und im Sinne der Umsetzung der Dorfentwicklungskonzeption genutzt. Das ist zukünftig im bisherigen Umfang sicher nicht mehr möglich. Ein großer Schatz für die Gemeinde sind unsere schon langjährig aktiven Vereine, die alle die Wende überstanden und ihre seit Generationen vielseitigen Aktivitäten fortgesetzt und ausgebaut haben. Der Karnevalsverein gestaltet jetzt seine 58. Saison und das Bankzower Blasorchester wurde 2010 anlässlich seines 40-jährigen Bestehens mit dem Kulturpreis des Kreises Parchim ausgezeichnet. Weitere neun Vereine tragen den unterschiedlichen Freizeitbedürfnissen der Bürger mit ihrer Tätigkeit Rechnung. Im Dorfgemeinschaftshaus „Störtal“ (einer ehemaligen Gaststätte) finden viele Vereine räumliche Möglichkeiten für ihre Aktivitäten. Bisher war die Dorfentwicklung von einem ständig steigendem Niveau geprägt, das weiterzuführen muß unser gemeinsames Anliegen sein. Bei den gegenwärtigen komplizierten finanziellen Rahmenbedingungen wird das sehr schwer werden. Gerade heute brauchen die ländlichen Räume vielfältige zukunftsorientierte Arbeitsmöglichkeiten, nachhaltige Wirtschaftsformen, Investitionen in den Bereichen Tourismus, IT-Bereich, Dienstleistungen usw. und mehr denn je ein großes bürgerschaftliches Engagement.

Dazu sind die Einwohner sicherlich bereit, fraglich ist allerdings, ob diese Bereitschaft für die zukünftige Gestaltung der Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume ausreicht. Hier ist auf jeden Fall die große Politik in der Verantwortung.

Wolfgang Kniep,

Lehrer, Liedermacher, Leisterförde



Als erster frei gewählter Bürgermeister der Gemeinde Gallin war ich unmittelbar nach der Wende Mitbegründer der Bürgerinitiative gegen den Erweiterungsflughafen HH-Fuhlsbüttel, der im Raum zwischen Schaalsee und Boizenburg geplant war.

Nach erfolgreicher Abwehr dieses Ansinnens legten wir als Gemeinden Gallin und Valluhn an der A24 den Grundstein zum heute größten Logistikzentrum in M-V.

Als Reaktion auf die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen gründete ich im Herbst 1992 die Jugendinitiative TU WAS, mit der ich vier Jahre lang jeden Samstag praktischen Naturschutz betrieb und auch das Asylbewerberheim Hof Gallin einbezog.

Leider fand all dies keinen Eingang in die kürzlich erschienene Galliner Dorfchronik. Gut gelungen ist die Umsetzung des letzten Volkskammerbeschlusses zum Naturschutz (Nationalparkprogramm), die Umstrukturierung der Landwirtschaft, allerdings verbunden mit Wegfall von Arbeitsplätzen, der Ländliche Wege- und Straßenbau, die Sanierung der Wohngebäude - die Dörfer sind bunter geworden -, aber Wegfall „anheimelnder“ Struktu-

ren (Schule, Konsum, Kneipe...)
Im ehemaligen „Schutzstreifen“ aufgewachsen, durfte ich nach dem Studium nicht in mein Elternhaus zurück ziehen und verbrachte 25 Jahre im „Exil“ (Gallin). Dass ich heute wieder in Leisterförde wohne und Hauptinitiator des dortigen Landschaftspflegevereins bin, ist für mich Hauptgewinn der „Wende“, aber auch mit unnötigen Problemen verbunden.

Besonders im grenznahen Raum hatte ich mir „Dorferneuerung“ ganz anderes vorgestellt! Statt durch das DDR-Regime beseitigte Gebäude (vor allem im „Schutzstreifen“) neu zu errichten bzw. Bebauung wieder zuzulassen, besteht grundsätzlich Bauverbot. Ausnahmen bilden lediglich im Rahmen so genannten „privilegierten Bauens“ errichtete Gebäude. Dieses „Programm“ - eigentlich für landwirtschaftliche Wiedereinrichter gedacht - wurde allerdings oft auf abstruse Weise missbraucht.

Ähnlich misslungen ist das Thema Landerwerb: Sowohl durch BVVG (Treuhand) als auch durch Privatpersonen wurden Landver- und -ankäufe getätigt, die nicht unbedingt illegal, moralisch zumindest fragwürdig und von der einheimischen Bevölkerung oft schwer nachvollziehbar sind. In diesen Themenkreis fallen auch die teilweise Privatisierung des „Grünen Bandes“ (eigentlicher Grenzstreifen) durch das Bundesvermögensamt und die grenzenlosen Waldverkäufe durch das Land M-V. Sie öffnen Spekulation und Unterwanderung des Natur- und Landschaftsschutzes Tür und Tor! Durch die Währungsunion wurde das Vermögen der Ostdeutschen quasi halbiert. Ergo kam ein „Investor“ in der Regel aus dem Westen. Dem geschuldet verschwanden viele dörfliche Kleinstrukturen. So ist z.B. im herrlichen Schaaletal auf 20 km touristischem Wanderweg von ehemals fünf Gaststätten keine mehr vorhanden.

Ich wünsche mir:

- dass Allgemeinwohl vor Privatinteressen gestellt wird. Das bedeutet Beschneidung Korruption fördernder Privilegien (vor allem bei Bau, Landerwerb und Jagd) zugunsten von Naturschutz und Landschaftsentwicklung.

- eine schnelle Umsetzung bestehender (z.B. Moorschutz, Wasserrahmenrichtlinie) und nachhaltige Entwicklung neuer Programme und Gesetze unter Einbezug der Bürger.
- dass dadurch bei der Entscheidung junger Menschen, hier zu bleiben oder weg zu ziehen, Lebensqualität und Arbeitsplatz gleich hohen Stellenwert erlangen.
- die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze und endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West.
- Nur so können wir verhindern, dass M-V das Altersheim Norddeutschlands wird.

Hans-Thomas Sönnichsen,
Diplomagraringenieur(FH), Dissau



Bereits im Sommer 1990 habe ich als Mitarbeiter der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft den Aufbau und die Einrichtung der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet und unterstützt. Nach Gründung der Gesellschaft war ich gemeinsam mit Herrn Dr. Thomas Pitschmann deren Geschäftsführer. Die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern ist satzungsgemäß mit der Entwicklung der ländlichen Räume, schwerpunktmäßig mit der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe zur Verbesserung der Agrarstruktur beauftragt. Durch die Aufgabe der Landgesellschaft konnte ich unter anderem sehr früh bei der Feststellung der Eigentumsverhältnisse im Auftrag der Treuhandanstalt und des Landes Mecklenburg-Vorpommern maßgeblich mitwirken. Diese Feststellung und ggf. eine

Neuordnung nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (Flurneuordnung) waren wesentliche Voraussetzungen zur Durchführung von Investitionen. Durch die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern konnte ich mitwirken bei der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Zusammenhang mit Neu- und Wiedereinrichtung sowie der Umstrukturierung Betriebe juristischer Personen (frühere LPG), der Entwicklung ländlicher Räume mit der Durchführung von Flurneuordnungsverfahren. Flurneuordnungsverfahren haben wesentlich zur Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen wie den ländliche Wegebau und damit der Erschließung der ländlichen Räume, der Durchführung von Dorferneuerungsmaßnahmen und damit zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum beigetragen.

Erschließung von Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern sowie der Erschließung von Gewerbeflächen gehörten ebenfalls zu meinen Aufgaben über Tochtergesellschaften der Landgesellschaft, der LGE und der EGS. Flächenbeschaffung für Maßnahmen der Infrastruktur (Bau der Autobahn A 20) und Flächenbeschaffung für Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen gehörten mit zu meinen Aufgaben.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine hervorragende und auf Dauer eine entwicklungsfähige Agrarstruktur. Die Betriebsgrößen sowohl im Marktfruchtbereich wie auch die Veredelungsbetriebe (Tierhaltung) sind sehr gut ausgerichtet und leistungsmäßig im Vergleich in Deutschland im vorderen Drittel. Diese Entwicklung ist auf die guten agrarstrukturellen Rahmenbedingungen durch die Agrarpolitik wie insbesondere auch auf die hohe Qualifikation der Landwirte zurückzuführen.

Bedrückend ist die hohe Arbeitslosigkeit in den ländlichen Räumen. Es ist nicht gelungen, für die in der Landwirtschaft weggebrochenen Arbeitsplätze neue und andere Betriebe anzusiedeln. Mangelnde Qualifikation und Motivation vieler Arbeitsloser in ländlichen Regionen außerhalb der Landwirtschaft tätig zu sein, ist sicherlich mit ein Grund für diese Entwicklung.

Innerhalb der Landwirtschaft sind aufgrund des hohen Mechanisierungsgrades nur begrenzt Arbeitsplätze verfügbar.

Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund seiner natürlichen Ressourcen im Bereich der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs und sicherlich auch im Schiffbau weiterhin gute Chancen, bisher Erreichtes zu festigen und auszubauen. Es müssen aber Wege gefunden werden, besonders in den ländlichen Räumen Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu ist die Landespolitik sicherlich so auszurichten, dass ansiedlungswillige Betriebe (z.B. auch größere Veredelungsbetriebe) eine Chance zur Ansiedlung haben, ohne mit überzogenen Auflagen zur Ansiedlungsgenehmigung und damit zur Erlangung einer Baugenehmigung abgeschreckt zu werden. Wichtig ist, dass die Wertschöpfung anzusiedelnder Betriebe im Land bleibt.

Dr. Jürgen Walter,

Hochschulprofessor, Neubrandenburg



Ich habe einen kleinen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb, der ökologisch bewirtschaftet wird, aufgebaut, alte zerfallene Bausubstanz zu unseren Wohnzwecken saniert und damit die im ländl. Raum ansässigen Handwerksbetriebe gefördert.

Der ländliche Raum hat u.a. eine ökologische Funktion. Durch den hohen Anteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche, die ökologisches bewirtschaftet wird, ist eine Ökologisierung sehr gut gelungen.

Ungenügend wurde die Stärkung der außeragraren Wirtschaft gefördert. Die Lebensqualität und –perspektiven wurden dadurch nur unzureichend entwickelt. Bildungs- und Kultureinrichtung zu erhalten bzw. auszubauen ist nicht hinreichend geglückt. Die Entwicklung des ländlichen Raums zu Freizeit- und Erholungsgebieten ist nur punktuell erreicht worden. Die Nahversorgung im Gesundheitswesen, in Bildungs- und Jugendeinrichtungen und Einrichtungen des täglichen Bedarfs sind nicht ausreichend vorhanden. Die Erwerbsstruktur hat sich dramatisch verschlechtert.

Ich wünsche mir, dass:

- die struktur-, kultur- und bildungsschwachen Regionen aufgewertet werden,
- die Problembereiche und Schwächen stark zurückgedrängt und die Potentiale in vielen Bereichen – nicht nur in wirtschaftlichen – gefördert werden,
- um mit Richard Florida zu sprechen, sollten TTT – Talente, Technologie und Toleranz – in ländlichen Räumen Bestand haben.
- Nur eine ganzheitliche Entwicklung des ländlichen Raums führt zum Erfolg.

Dr. Gerhard Rudolphi,
Diplomagraringenieur, Dummerstorf



Wann, wie und wo konnte ich mich einbringen bei der Entwicklung des Ländlichen Raums von Mecklenburg-Vorpommern?

Nach der Auflösung und Abwicklung des Wissenschaftlich-technischen Zentrums für Landwirtschaft im ehemaligen Bezirk Schwerin im Jahre 1991 habe ich mit einer Gruppe junger Diplolandwirte beim Norddeutschen Genossenschaftsverband die Agrarberatung für Agrargenossenschaften aufgebaut. Hier ging es in den ersten Jahren sehr intensiv um die Umwandlung ehemaliger LPG in Agrargenossenschaften und die damit verbundenen zentralen Punkte der Gestaltung der Vermögenseinwanderung mit den ehemaligen LPG-Mitgliedern, aber auch um die Erarbeitung von Betriebskonzepten für die umgewandelten Genossenschaften, schwerpunktmäßig als Grundlage für die Erlangung von öffentlichen Mitteln für Investitionen, aber auch zur Vorlage bei der Treuhand als Voraussetzung zum Abschluss von Pachtverträgen und zur Regelung der Altschuldenproblematik. Das hört sich sehr nüchtern an, war aber mit vielen subjektiv belasteten Auseinandersetzungen und Vorbehalten auf Seiten der öffentlichen Dienststellen verbunden.

Ab 1999 bis zur Erlangung meines Rentenalters habe ich im Schweriner Landwirtschaftsministerium die Abteilung Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Fischerei geleitet. Mein Hauptmotiv für den Wechsel war es, den Nachweis zu erbringen, dass hiesige Fachleute, auch mit einer typischen DDR-Vergangenheit, sehr wohl in der Lage sind, erfolgreich für die Land- und Ernährungswirtschaft und den ländlichen Raum in unserem Bundesland tätig zu sein. Warum sollten das nur Verwaltungsleute aus dem Westen können? Dies waren spannende 11 Jahre mit viel persönlicher Anerkennung aus dem Berufsstand und von betroffenen Bürgern. Ich konnte also an markanten Stellen mitwirken, dass in Mecklenburg-Vorpommern eine moderne, leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft entstanden ist und der ländliche Raum, trotz aller Probleme im sozialen Bereich eine funktionierende Infrastruktur hat

Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern sehr gut gelungen?

Die überwiegende Anzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen sind mit modernen Maschinen, Stallanlagen und Wirtschaftsgebäuden ausgestattet. Sie verfügen über ein hohes Leistungsniveau als Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität. Der ökologische Landbau hat mit rund einem Zehntel an der landwirtschaftlichen Fläche einen überdurchschnittlichen Anteil in Deutschland, auch diese Betriebe werden von hochqualifizierten Landwirten geführt und sind modern aufgestellt. Die Verarbeitungsstätten für landwirtschaftliche Produkte sind überwiegend völlig neu entstanden oder grundlegend modernisiert worden. Sie sind wettbewerbsfähig auf die Zukunft ausgerichtet und produzieren Lebensmittel in einer sehr guten Qualität

Was ist in den vergangenen 20 Jahren im Ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht gelungen?

In der Landwirtschaft bestehen die größten Defizite im Umfang der Wertschöpfung je Flächeneinheit. Dafür gibt es eine Reihe objektiver und subjektiver Ursachen. Bei der Zuteilung von Lieferrechten und Quoten sind die hiesigen Landwirte mit den Regelungen im Einigungsvertrag wesentlich schlechter ausgestattet worden als die Nachbarn in den westlichen Bundesländern. Das trifft für Milch-, Zuckerrüben- und Stärkekartoffellieferrechte zu, aber ebenso für die Kutter- und Küstenfischerei mit Dorschquoten. Eine weitere Ursache ist der Niedergang der Schweinehaltung. Die Stallanlagen waren völlig verschlissen, eine wirtschaftlich tragbare Weiterführung der Produktion nicht möglich und für eine grundlegende Modernisierung fehlte das Geld. Man muss aber auch nicht übersehen, dass die gute Flächenausstattung vieler Betriebe und die Vorzüglichkeit des Marktfruchtbaues nicht bei jedem Landwirt das Suchen nach neuen Lösungen angeregt hat. Ein Thema, das mir bei der obigen Fragestellung noch besonders am Herzen liegt, ist das Verhältnis von Landwirtschaft und Umwelt. Hier hat sich ein erhebliches Konfliktpotenzial aufgebaut, das dem Umweltschutz abträglich ist und Land-

wirte oft ungerechtfertigt diskreditiert. Dieser Konflikt ist aus meiner Sicht meistens subjektiv bedingt, weil handelnde Personen oft Extrempositionen aufbauen und nicht auf einen Konsens bedacht sind. Erfolgreicher Umweltschutz in der Fläche geht nur mit Landwirten!

Was wünsche ich mir vorrangig für die weitere Entwicklung des Ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern?

Eine ideologiefreie Fortsetzung der erfolgreichen Agrarpolitik. Ein Kernpunkt ist dabei, dass die aktiven Landwirte in überwiegender Weise die Eigentümer der landwirtschaftlichen Flächen bleiben oder werden. Mehr Verständnis auf beiden Seiten für ein nachhaltiges Wirtschaften, sowohl ökologisch und ökonomisch, aber auch sozial. Es muss besser gelingen, junge fähige Schulabgänger für einen Beruf in der Landwirtschaft zu begeistern. Nur so kann der ländliche Raum sich auch künftig erfolgreich und lebenswert entwickeln.

Zu empfehlende weiterführende Literatur

10 Jahre Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., Schwerin 2001.

Agrarbericht 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2003). Schwerin 2004.

Agrarbericht 2006 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2005). Schwerin 2006.

Agrarbericht 2009 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Berichtsjahr 2008). Schwerin 2009.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Landschaft – ländlicher Raum – Landwirtschaft, Berlin 2005.

Beleites, Michael; Graefe zu Baringdorf, Friedrich Wilhelm; Grünbaum Robert, Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin 2010.

Buchsteiner, Ilona, Bodenreform und Agrarwirtschaft in der DDR, in: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Schwerin 1997, S. 9-62.

Buchsteiner, Ilona und Kuntsche, Siegfried (Hrsg.), Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart. 50 Jahre nach der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR. Rostock 2004.

Neu, Claudia, Das soziale und aktive Dorf, (mit Theodor Fock und Lutz Laschewski), hrsg. vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 2006.

Neu, Claudia, Daseinsvorsorge im peripheren Ländlichen Raum - am Beispiel der Gemeinde Galenbeck (mit Kristina Baade, Peter A. Berger et al.), hrsg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 2007.

Dokumente des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, in: www.dokumentation.landtag-mv.de

Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007-2013. Schwerin 2009.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die Umsetzung der EU-Agrarreform. Eine Halbzeitbewertung mit Ausblick in die Zukunft, Schwerin 2004.

Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Band 1 Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Schwerin 1995.

Hoffmann, Hans-Wilhelm, die Landwirtschaft in der DDR und der Übergang zu europaorientierten marktwirtschaftlichen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Agrargeschichte in Mecklenburg-Vorpommern aus europäischer Sicht, H. 4, Rostock 1993.

Karge, Wolf, Geschichte – Gesichter – Geschichten. Entwicklung der ländlichen Region im Nordosten Deutschlands zwischen Diktatur und Demokratie, Einblicke Heft 14. Grevesmühlen 2011.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Erste Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 1994. Schwerin 2000.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Zweite Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 1998. Schwerin 1998.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Dritte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2002. Schwerin 2003.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Vierte Wahlperiode. Bericht zur Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006. Schwerin 2007.

Landwirtschaft 2010. Der kritische Agrarbericht. Schwerpunkt: Boden. Konstanz/Hamm 2010.

Leitfaden zum Landwirtschaftsanpassungsge-
setz. Bonn 1992.

Mitteilung der Kommission an das europä-
ische Parlament, den Rat, den europäischen
Wirtschafts- und Sozialausschuss und den
Ausschuss der Regionen, Die GAP bis 2020:
Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und

ländliche Gebiete – die künftigen Herausfor-
derungen. Brüssel 2010.

Steffens, Sabine, Wiege der Virusforschung.
Eine Ausstellung zur 100-jährigen Geschichte
des Friedrich-Loeffler-Instituts. Greifswald-
Riems [2010].

Weber, Gerald, Neue Perspektiven für die
Agrarpolitik durch die EU-Osterweiterung, in:
Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern, Die Umsetzung
der EU-Agrarreform. Eine Halbzeitbewertung
mit Ausblick in die Zukunft, Schwerin 2004, S.
47-65.